

Jahresbericht über  
die Tätigkeit der  
**OSZE**  
2008

Der Generalsekretär

Organisation für Sicherheit  
und Zusammenarbeit in  
Europa

# **Inhalt**

## **Botschaft des Generalsekretärs**

## **Das Wichtigste in Kürze**

### **Bericht des Amtierenden Vorsitzes**

Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktfolgenbeseitigung  
Die Arbeit des Vorsitzes im Verlauf des Jahres  
Gestaltung der Zukunft der OSZE

## **Der Ständige Rat**

## **Das Forum für Sicherheitskooperation**

## **Die Parlamentarische Versammlung der OSZE**

### **Die Feldoperationen**

#### **SÜDOSTEUROPA**

Die Präsenz in Albanien  
Die Mission in Bosnien und Herzegowina  
Die Mission im Kosovo  
Die Mission in Montenegro  
Die Mission in Serbien  
Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje  
Das Büro in Zagreb

#### **OSTEUROPA**

Das Büro in Minsk  
Die Mission in Moldau  
Der Projektkoordinator in der Ukraine

#### **SÜDKAUKASUS**

Das Büro in Baku  
Die Mission in Georgien  
Das Büro in Eriwan

#### **ZENTRALASIEN**

Das Zentrum in Aschgabad  
Das Zentrum in Astana  
Das Zentrum in Bischkek  
Das Büro in Tadschikistan  
Der Projektkoordinator in Usbekistan

#### **UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG BILATERALER ABKOMMEN**

Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte  
Militärangehörige

## **Die Institutionen**

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte  
Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten  
Der Beauftragte für Medienfreiheit

## **Das Sekretariat**

Das Büro des Generalsekretärs  
Das Leitende Management  
Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Die Abteilung Externe Zusammenarbeit  
Der Rechtsdienst  
Die Abteilung Genderfragen  
Das Sicherheitsmanagement  
Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten  
Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels  
Die Gruppe Terrorismusbekämpfung  
Das Büro für Innenrevision  
Das Konfliktverhütungszentrum  
Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE  
Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen  
Die Hauptabteilung Personalressourcen

## **Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit**

Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum  
Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum  
und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

## **Anhänge**

Die OSZE auf einen Blick  
OSZE-Organisationsplan  
OSZE-Haushalt 2008 nach Teilhaushalten  
Personalstatistik  
Kontakt

**FOOTER:** OSZE-Jahresbericht

***Botschaft des  
General-  
sekretärs***

## **Botschaft des Generalsekretärs**

Eine gemeinsame Vision steht hinter der reichen Vielfalt der OSZE und ihrer Tätigkeit.

Es ist die Vision von einem Raum, der 56 Länder umfasst und in Frieden vereint ist. Eine Vision, die auf „zehn Geboten“ – einem Satz von Prinzipien und gemeinsamen Werten – fußt, beginnend mit der Notwendigkeit, die „dem Menschen innewohnende Würde“ zu fördern, wie in der *Schlussakte von Helsinki* erklärt wurde. Von dieser einzigartigen Vision, die dem Geist von Helsinki entspringt, lässt sich die OSZE in allen Aspekten ihrer Arbeit auch heute noch leiten.

Der finnische Vorsitz zollte dieser Vision die gebührende Anerkennung. Der Amtierende Vorsitzende und sein Team handelten in diesem äußerst schwierigen Jahr mit bemerkenswerter Entschlossenheit. Die Georgienkrise im August löste Bestürzung aus. Der Krieg erinnerte uns auch an unseren eigentlichen Auftrag: die Schaffung eines Raumes kooperativer Sicherheit und die Arbeit an der Überwindung unserer – oft schwerwiegenden – Differenzen auf friedlichem Wege.

Die Bemühungen der OSZE in Georgien, die das ganze Jahr hindurch anhielten, waren ein Beispiel für diese nicht einfache Aufgabe. Im Frühjahr wurden die OSZE-Mechanismen und -Verfahren zur Krisenbewältigung in Gang gesetzt, was eine ausführliche Debatte unter den Teilnehmerstaaten ermöglichte. Anfang Juli begab sich eine Gruppe von OSZE-Botschaftern in die Konfliktzone, um die Lage aus eigener Erfahrung zu beurteilen. Die Mission in Georgien entfaltete in der Konfliktzone eine rege Beobachtertätigkeit und bemühte sich, durch wirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen Vertrauen herzustellen. Es gab immer wieder eindeutige Anzeichen für ein Anwachsen der Spannungen.

Als die Kämpfe ausbrachen, reagierte die OSZE rasch. Wesentlichen Anteil daran hatte die Reisediplomatie des Amtierenden Vorsitzenden und seines Sondergesandten. Innerhalb weniger Tage wurden 20 zusätzliche Militärbeobachter entsandt, die zur Wiederherstellung von Vertrauen und Stabilität beitragen sollten. Anfang Oktober unternahm der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen eine Mission zur Beurteilung der Auswirkungen des Konflikts auf die Umwelt. Der gemeinsam ausgearbeitete Bericht soll als Grundlage für das weitere Vorgehen dienen.

Auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden entsandten das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten ein Expertenteam zur Beurteilung der Lage der Menschenrechte und Minderheiten in den vom bewaffneten Konflikt in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten. Ein gemeinsamer Erkundungsbericht erging an die Teilnehmerstaaten.

Auf politischer Ebene führte die OSZE gemeinsam mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen den Vorsitz bei den Genfer Gesprächen. Gegenstand dieser Gespräche, die am 15. Oktober begannen, sind Fragen der Sicherheit und Stabilität sowie Flüchtlingsfragen und die Belange von Binnenvertriebenen.

Der Beauftragte für Medienfreiheit verfolgte den Lauf der Ereignisse mit nicht nachlassender Wachsamkeit. Im November veranstaltete sein Büro die fünfte Medienkonferenz der OSZE in Tiflis, an der Journalisten aus dem gesamten Südkaukasus teilnahmen.

Die ganze Zeit hindurch arbeitete die OSZE-Mission in Georgien unablässig daran, ihr dimensionenübergreifendes Mandat in Zusammenarbeit mit der georgischen Regierung und Gesellschaft umzusetzen.

All dies macht deutlich, was die OSZE – ihre Institutionen und Feldoperationen und das Sekretariat – neben dem politischen Dialog, der sich in der Organisation vollzieht, an konkreter praktischer Arbeit leistet. Gleichzeitig drängt sich aber auch die Frage auf, wie wir unsere Konfliktverhütungsmechanismen noch weiter stärken können, um solche Konflikte letztlich ganz zu vermeiden.

Das ganze Jahr hindurch setzte die OSZE ihr starkes Engagement in den Regionen fort, auch in Südosteuropa, wo ihr in den internationalen Bemühungen um Förderung von Stabilität und Aussöhnung im Kosovo nach wie vor eine einzigartige Rolle zukommt.

2008 war für die Organisation ein Jahr der Kontinuität und des Wandels. Wir begingen den 10. Jahrestag der Einsetzung eines Beauftragten für Medienfreiheit, einer einzigartigen Institution, die sich der Förderung der Medienfreiheit im gesamten OSZE-Raum annimmt. Mit Janez Lenarčič trat ein tatkräftiger neuer Leiter an die Spitze des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, und Goran Svilanović wurde mit 1. Dezember zum Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE bestellt.

Die OSZE erlebte auch die Eröffnung eines neuen Büros in Zagreb, das an die Stelle der Mission in Kroatien trat. In Tadschikistan fand die Organisation neue Aufgaben, wozu auch der Haushalt aufgestockt wurde, und das Büro in Tadschikistan trat an die Stelle des Zentrums in Duschanbe.

Afghanistan, seit 2003 ein Kooperationspartner in Asien, dessen Sicherheit als maßgeblich für jene der OSZE-Teilnehmerstaaten angesehen wird, war Gegenstand eines verstärkten Engagements der Organisation. Ende des Jahres begann die OSZE mit dem Aufbau einer neuen Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe und eines Schulungszentrums für den Zolldienst in Bischkek; mehrere andere Vorschläge sind in Prüfung.

2008 bestätigte sich auch, dass die OSZE ein einzigartiges Netzwerk für innovative Formen der Zusammenarbeit bietet, sei es im Bereich öffentlich-

privater Partnerschaften zur Bekämpfung des Terrorismus oder im Kampf gegen den Menschenhandel.

Die OSZE blickte dieses Jahr auch auf neue Weise in die Zukunft. Anfang Juli füllten rund 48 Stunden lang 140 Schüler und Studenten aus 30 OSZE-Ländern die Gänge und Sitzungssäle der OSZE in der Wiener Hofburg. Mit einer *Konferenz* unter der Bezeichnung *Model OSCE* beschrift die OSZE neue Wege, um die Werte und die Vision der Organisation an die jüngere Generation weiterzugeben.

Die Veranstaltung hatte großen Erfolg, da den jungen Menschen etwas von dem Geist vermittelt wurde, von dem diese Organisation erfüllt ist – jenem Geist, von dem sich die Teilnehmerstaaten leiten ließen, als sie zum ersten Mal in Helsinki zusammentraten, und der auch heute noch, trotz aller Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, die Zusammenarbeit prägt.

*Der Generalsekretär*

*Marc Perrin de Brichambaut*

*Das  
Wichtigste in  
Kürze*



## Das Wichtigste in Kürze

Die OSZE setzte 2008 konkrete Schritte zur Erhöhung der Sicherheit ihrer Teilnehmerstaaten und ihrer Kooperationspartner und diente gleichzeitig als wichtiges Dialogforum. In der folgenden Kurzdarstellung werden in chronologischer Reihenfolge einige Bereiche herausgegriffen, in denen die OSZE erfolgreich tätig war.

**Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt.** Das 16. *Wirtschafts- und Umweltforum* war der Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt gewidmet. Das *Forum*, das in zwei Teilen abgehalten wurde – im **Januar** in Wien und im Mai in Prag –, hatte konkret die Erhöhung der Sicherheit und den Umweltschutz zum Thema. Die Empfehlungen, die auf dem *Forum* abgegeben wurden, fanden Eingang in einen *Beschluss des Ministerrats* von Helsinki und eine Reihe von Aktivitäten, darunter im Juni eine *Konferenz* über die *Sicherheit der Schifffahrt und Umweltsicherheit im grenzübergreifenden Zusammenhang des Schwarzmeerbeckens* in Odessa (Ukraine).

**Langzeitplanung.** Auf dem *Ministerratstreffen* von Madrid 2007 wurde der OSZE-Vorsitz erstmals auf drei Jahre im Voraus festgelegt. Dadurch konnte der finnische Vorsitz im **Januar** eine neue Form von informellen Konsultationen in die Wege leiten, die eine bessere langfristige Planung ermöglichen und der Wahrung der Kontinuität dienen. Ein Quintett, bestehend aus den Teilnehmerstaaten, die in den Jahren 2007 bis 2011 den Vorsitz führen bzw. führten, ersetzte das bisherige Troikaformat, in dem die laufenden OSZE-Angelegenheiten koordiniert und besprochen wurden. Neben regelmäßigen informellen Konsultationen in Wien hielten die Fünf – Spanien, Finnland, Griechenland, Kasachstan und Litauen – drei Treffen auf Ministerebene ab: am 1. und 2. Juni in Helsinki, wo sie im Interesse einer langfristigen Planung Prioritäten für die fernere Zukunft erörterten, sowie am 23. September in New York am Rande der Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) und am 3. Dezember am Rande des *Ministerratstreffens* der OSZE in Helsinki.

**10 Jahre OSZE-Bauftragter für Medienfreiheit.** Im **Februar** veranstaltete der Medienbeauftragte in Wien ein Expertentreffen aus Anlass des zehnjährigen Bestehens dieser Einrichtung. Die über 80 Teilnehmer befassten sich mit gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen an die Medien- und Meinungsfreiheit im OSZE-Raum.

**Kampf gegen Ölverschmutzung.** Auf einem technischen Workshop in Turkmenistan am **10. und 11. März** äußerten sich die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres besorgt über die Ölverschmutzung zu Lande und zur See. Thema des Workshops waren optimale Technologien zur Beseitigung der Ölverschmutzung und die Schaffung eines Kooperationsrahmens für Aktivitäten der OSZE und anderer internationaler Organisationen im Kampf gegen die Ölverschmutzung. Die OSZE arbeitete ein Projekt aus, durch das in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan das im Land vorhandene Potenzial zur Bekämpfung der Ölverschmutzung entwickelt, modernisiert und in die Praxis umgesetzt werden soll.

**Aktivierung der Risikominderungs- und Krisenbewältigungsmechanismen der OSZE.** Nach dem Zwischenfall mit einem unbewaffneten Luftfahrzeug vom

**20. April** über einem unter abchasischer Kontrolle stehenden Gebiet ersuchte der Vorsitz auf Antrag Georgiens das Forum für Sicherheitskooperation um Einbringung seines Fachwissens im Einklang mit *Beschluss Nr. 3 des Ministerrats* von Bukarest über die Förderung der Rolle der OSZE als politisches Dialogforum. Der *Beschluss* ermöglicht es dem Ständigen Rat, das Forum um Einbringung seines Fachwissens politisch-militärischer Art zu ersuchen. Zusätzlich aktivierten Georgien und die Russische Föderation Kapitel III des *Wiener Dokuments 1999*, das einen Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten vorsieht. Daraufhin bot der Vorsitz den nötigen Rahmen für Konsultationen zwischen den Beteiligten. Der Ständige Rat und das Forum für Sicherheitskooperation dienten jeweils auch als politisches Forum, in dem die Teilnehmerstaaten einschlägige Empfehlungen abgeben konnten.

**Kampf gegen den Menschenhandel.** Das zum Sekretariat gehörende Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels veranstaltete im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel zwei hochrangige Konferenzen – am **26. und 27. Mai** in Wien zum Thema Kinderhandel und am 10. und 11. September in Helsinki über die erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel – sowie ein technisches Seminar.

**Veranstaltungen im Rahmen der menschlichen Dimension.** Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte organisierte drei *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension*: am **29. und 30. Mai** in Wien über die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, am 10. und 11. Juli in Wien über nachhaltige Strategien zur Integration der Roma und Sinti und am 6. und 7. November in Wien über demokratische Gesetzgebung. Vom 14. bis 16. Mai veranstaltete es in Warschau ein Seminar zum Thema Verfassungsgerichtsbarkeit. Der Vorsitz hielt am 21. und 22. Juli in Wien ein *Seminar zu wahlbezogenen Fragen* ab. Das bedeutendste Ereignis des Jahres in der menschlichen Dimension, das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*, fand vom 29. September bis 10. Oktober in Warschau statt.

**Leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen.** 2008 war das erste Jahr, in dem die Organisation die leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen, eine ergebnisorientierte Managementmethode, in all ihren Durchführungsorganen anwandte. Die Methode ist noch nicht ganz ausgereift und wird von den Teilnehmerstaaten weiterentwickelt. Die *Programmorschau 2009*, das wichtigste Dokument für die strategische Planung, das der Generalsekretär den Teilnehmerstaaten alljährlich im **Mai** vorlegt, enthielt als Besonderheit erstmals eine Botschaft, in der das Vorsitzquintett seine strategischen Prioritäten für die kommenden Jahre darlegte.

**Grenzmanagement.** Im Anschluss an einen *Ministerratsbeschluss* aus dem Jahr 2007 über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* präsentierte der Generalsekretär am **6. Juni** ein Tätigkeitsprogramm, durch das unter anderem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan in Fragen der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements gefördert werden soll. Die Diskussionen über das Programm waren zu Jahresende noch nicht abgeschlossen. Darüber hinaus sollen offizielle Vertreter Afghanistans eingeladen werden, sich an den Aktivitäten einer OSZE-weiten Stabsakademie für Grenzmanagement in Dushanbe und eines auf nationaler Ebene agierenden Schulungszentrums für den

Zolldienst in Bischkek sowie an den gemeinsam mit der turkmenischen Zollbehörde durchgeführten Ausbildungsveranstaltungen zu beteiligen.

**Das Mandat der OSZE in Tadschikistan.** Seit **19. Juni** verfügt die Feldoperation der OSZE in Tadschikistan über ein erweitertes Mandat, in Würdigung der Tatsache, dass das Land die Konfliktfolgephase nunmehr hinter sich hat und den Weg der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beschreitet. Die von den tadschikischen Behörden und der Organisation vereinbarte Verstärkung der Zusammenarbeit brachte auch die Umwandlung des Zentrums in Duschanbe in das Büro in Tadschikistan mit sich, das in jeder der drei Sicherheitsdimensionen der OSZE mit neuen Aufgaben betraut wurde. Der Haushalt und das Personal wurden aufgestockt und das Büro übersiedelte in größere und zentraler gelegene Räumlichkeiten.

**17. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung.** Die Parlamentarische Versammlung der OSZE hielt vom **29. Juni bis 3. Juli** in Astana (Kasachstan) ihre 17. *Jahrestagung* ab. Die Tagung stand unter dem Motto „Transparenz in der OSZE“. Es wurden mehrere Entschlüsse – als *Erklärung von Astana* – und eine Entschlüsselung zu den Ereignissen in Georgien verabschiedet; der Portugiese Joāo Soares wurde zum neuen Präsidenten der Versammlung gewählt.

**Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC).** Themen der *ASRC* am **1. und 2. Juli** waren: transnationale Herausforderungen an die Sicherheit, der aktuelle Stand der Rüstungskontrollvereinbarungen und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, der Sicherheitsdialog sowie Fragen im Zusammenhang mit Frühwarnung, Konfliktverhütung und -lösung und Krisenbewältigung. Sechs Hauptreferenten gaben in ihren Vorträgen Denkanstöße, die als Grundlage für rege Debatten in den Arbeitssitzungen dienten, in denen die Teilnehmerstaaten eine Bestandsaufnahme der Sicherheitslage im OSZE-Raum vornahmen. In seiner Rede vor den Teilnehmern der *Konferenz* betonte der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General John Craddock, neben anderen Sicherheitsfragen, dass die OSZE in den Bemühungen um Wiederherstellung der Sicherheit und Stabilisierung Afghanistans eine wichtige Rolle spielen könnte.

**Die OSZE als Modell.** Über 140 junge Leute aus 30 OSZE-Teilnehmerstaaten nahmen an einer Veranstaltung unter der Bezeichnung *Model OSCE* teil, die vom **5. bis 7. Juli** erstmals stattfand. Schüler und Studenten, die in die Rolle von Delegierten eines anderen Landes als des ihren schlüpften, diskutierten über drei Problemkreise im Sicherheitsbereich: Terrorismus und Internet, Wasserwirtschaft in Zentralasien und Romakinder als Opfer von Menschenhandel. Per Konsens wurden drei Dokumente verabschiedet.

**Wahlbeobachtung.** 2008 wurden die Diskussionen über eine Weiterentwicklung und Vertiefung der wahlbezogenen OSZE-Verpflichtungen fortgesetzt. Das ganze Jahr über wurden in der OSZE Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht. Ein besonderer Höhepunkt war ein Wahlseminar in Wien am **21. und 22. Juli**. Gegenstand des Seminars war die Rolle der Organisation als Motor für die Entwicklung von Wahlverfahren, unter anderem durch Wahlbeobachtung. Diese Veranstaltung setzte einen Dialog in Gang, der dazu beitrug, das Vertrauen der Teilnehmerstaaten in die wahlbezogenen Aktivitäten der OSZE zu festigen.

**Militärbeobachter in Georgien.** Am **19. August** beschloss der Ständige Rat, sofort 20 zusätzliche unbewaffnete OSZE-Militärbeobachter zur OSZE-Mission in Georgien zu entsenden und in den an Südossetien angrenzenden Gebieten zu stationieren. Gemeinsam mit den acht schon bisher im Einsatz stehenden Militärbeobachtern verfolgten sie die Umsetzung des Sechspunkteabkommens vom 12. August und berichteten darüber.

**Online-seminar für Polizeibeamte.** Die erste ausschließlich online abgehaltene OSZE-Konferenz widmete sich der Frage, wie Kinder vor sexueller Ausbeutung im Internet geschützt und Täter rascher ergriffen werden können. Die rund 80 Teilnehmer hörten vom **13. bis 24. Oktober** sechs Vorträge und äußerten sich in regelmäßigen Chats und Mitteilungen, die von der OSZE moderiert wurden, unter anderem zur Notwendigkeit einer rechtlichen Grundlage, einer internationalen Zusammenarbeit bei Analysen und Ermittlungen und einer verstärkten Kooperation zwischen der Zivilgesellschaft und den Ermittlungsbeamten. Sie erörterten auch die Rolle von Bildung und Technologie im Kampf gegen dieses Verbrechen.

**Genfer Gespräche.** Die erste Runde der im Sechspunkteabkommen vom 12. August vorgesehenen Genfer Gespräche begann am **15. Oktober**. An diesen Gesprächen, für deren Zustandekommen sich die OSZE gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union eingesetzt hatte, nahmen Georgien, Russland und die Vereinigten Staaten sowie Vertreter aus Südossetien und Abchasien teil. Neben dem Sondergesandten Heikki Talvitie als Vertreter der OSZE war auch Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut anwesend. Bei der zweiten und dritten Gesprächsrunde am 18. und 19. November bzw. 17. und 18. Dezember vereinbarten die Teilnehmer einen Großteil der vorgeschlagenen Elemente zur Schaffung von Mechanismen für den Umgang mit Zwischenfällen vor Ort. Weitere Gespräche, bei denen die noch verbliebenen Differenzen ausgeräumt werden sollten, waren für Februar 2009 geplant.

**Mittelmeerkonferenz der OSZE.** Am **27. und 28. Oktober** fand in Amman das jährliche Treffen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum statt. Um dem stärkeren und systematischeren Engagement der Mittelmeerpartner in der OSZE Rechnung zu tragen und eine Angleichung an die schon traditionelle jährliche Konferenz mit den asiatischen Partnern vorzunehmen, fand die diesjährige Veranstaltung nicht als Seminar sondern in Form einer Konferenz statt.

#### **START BOX**

Der Partnerschaftsfonds

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wurde 2008 ein Partnerschaftsfonds eingerichtet. In diesen Fonds wurden über 500.000 Euro eingezahlt. Im Rahmen des Fonds wurden fünf Projekte abgewickelt, unter anderem in den Bereichen multilaterale Diplomatie, Wahlen und Mitsprache der Zivilgesellschaft.

#### **END BOX**

**OSZE/Afghanistan-Konferenz.** Am **9. und 10. November** wurde die jährliche Konferenz der OSZE mit ihren asiatischen Partnern erstmals von Afghanistan ausgerichtet. Der Veranstaltungsort stand als Symbol für den Willen der OSZE, sich für Afghanistan zu engagieren, aber auch für die Verpflichtung von Afghanistan

selbst, mit der OSZE im Interesse der Förderung von Sicherheit und Stabilität zu kooperieren.

**15 Jahre Hoher Kommissar für nationale Minderheiten.** Das Büro des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten feierte im **November** sein 15-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurden die Verdienste der stillen Diplomatie gewürdigt, die immer wieder geholfen hat, Spannungen im Zusammenhang mit Minderheitenfragen in der Region abzubauen.

**Bekämpfung der Geldwäsche.** Im **Dezember** wurde die OSZE Beobachter im Expertenausschuss des Europarats für die Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche (MONEYVAL). Die OSZE hat ihre Mitwirkung an der Bekämpfung der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und der Korruption nachhaltig verstärkt. Sie arbeitet nun enger mit MONEYVAL und anderen Organisationen zusammen, organisiert Veranstaltungen und bietet den Teilnehmerstaaten technische Unterstützung.

***Bericht des  
Amtierenden  
Vorsitzes***

## **Bericht des Amtierenden Vorsitzes**

Als ich am 4. April mein Amt als Amtierender Vorsitzender antrat, fand ich ein solides Fundament vor, auf dem ich aufbauen konnte. Mein Vorgänger, Minister Ilkka Kanerva, hatte die Geschicke der Organisation in den ersten drei Monaten des Jahres mit großem Einsatz gelenkt, so wie vor ihm schon der spanische Vorsitz. Gemeinsam mit dem Sekretariat, den Institutionen und Feldoperationen arbeitete ich daran, die Stärken der OSZE als Dialogforum und europaweite Handlungsplattform noch mehr hervorzukehren. Ich wollte den Beweis antreten, dass die OSZE konkrete Ergebnisse hervorbringen und dadurch Dinge in Bewegung setzen kann.

Ich möchte drei Bereiche herausgreifen, in denen die OSZE meiner Meinung nach im Jahr 2008 Besonderes geleistet hat:

- **Krisenbewältigung und Konfliktverhütung:** Vor und während der Krise in Georgien trat die OSZE rasch in Aktion. Sie war am Zustandekommen des Waffenstillstandsabkommens beteiligt und leistete ihren Beitrag zur internationalen Beobachtungstätigkeit.
- **Festigung der Demokratie:** Die OSZE weckte stärkeres Interesse an Wahlreformen und förderte die Entwicklung demokratischer Institutionen; sie beobachtete zwölf Wahlen im OSZE-Raum.
- **Stärkung der kooperativen Sicherheit:** Die OSZE diente als Ort, an dem ein echter politischer Dialog und ein freimütiger Meinungs austausch über so strittige Fragen wie die Ausrufung der Unabhängigkeit durch die Kosovo-Versammlung und die Krise in Georgien stattfinden konnte.

Während des ganzen Jahres arbeiteten wir an einer Steigerung der Effizienz unserer Organisation, wobei unsere besondere Aufmerksamkeit der Wahrung der Kontinuität und der langfristigen Planung galt. Ich bin zuversichtlich, dass sich die verstärkte Zusammenarbeit unter den fünf aufeinanderfolgenden Vorsitzenden – Spanien, Finnland, Griechenland, Kasachstan und Litauen – auf lange Sicht bewähren und für Nachhaltigkeit in den OSZE-Aktivitäten sorgen wird.

2008 war für den Vorsitz und die Organisation ein Jahr der Herausforderungen und der harten Arbeit. Es war aber auch ein erfolgreiches Jahr. Die Rekordbeteiligung von fast 50 Außenministern am *Ministerratstreffen* von Helsinki im Dezember zeugt vom gesteigerten Ansehen der OSZE in den internationalen Beziehungen.

2008

*Der Amtierende Vorsitzende  
Alexander Stubb*

### **Der Geist von Helsinki**

Finnland trat den OSZE-Vorsitz in dem Bestreben an, den Geist von Helsinki wieder aufleben zu lassen, jenes Helsinki, wo vor über 30 Jahren ein dauerhafter Konsens über die europäische Sicherheit zustande kam und die Grundlagen für die Schaffung der OSZE gelegt wurden.

Zu Beginn des Jahres 2008 stand die OSZE vor neuen Herausforderungen, die die gemeinsamen Verpflichtungen und Werte, die dieser Arbeit entsprungen waren, vor eine Bewährungsprobe stellten. Finnland wusste, dass sein Vorsitz von einer Reihe alter wie auch neuer Sicherheitsfragen dominiert werden könnte, darunter das OSZE-Engagement im Kosovo und Langzeitkonflikte.

Dem Geist von Helsinki folgend, machte der Vorsitz „Kontinuität“, „Kohärenz“ und „Kooperation“ zu seinen Schlagworten.

Das bedeutete, Sicherheitsbedrohungen klar ins Auge zu sehen, wie hartnäckig oder kontroversiell sie auch waren. Es bedeutete, bestehende Verpflichtungen nachhaltig einzufordern und die schon begonnene Arbeit fortzusetzen. Es bedeutete auch, die langfristigen Aufgaben der Organisation und ihren Status neu zu überdenken und ihre Bemühungen, diesen Sicherheitsbedrohungen bestmöglich entgegenzutreten, zu rationalisieren.

### **Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktfolgenbeseitigung**

Finnland entschloss sich, die Aufmerksamkeit wieder auf Langzeitkonflikte zu lenken. Anfang des Jahres absolvierte der Amtierende Vorsitzende eine Reihe von Besuchen in wichtigen Hauptstädten. Mit der Bestellung des erfahrenen Diplomaten Heikki Talvitie, der früher schon als EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus und Kovorsitzender der mit dem Berg-Karabach-Konflikt befassten Minsk-Gruppe tätig war, zu seinem Sondergesandten setzte er ein deutliches Signal.

Neue Initiativen gab es in Bezug auf eine Lösung für das moldauische Transnistrien und den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, auch Berg-Karabach-Konflikt genannt. Trotz reger Konfliktverhütungsaktivitäten in der ersten Jahreshälfte kam es in Georgien im August zu Kampfhandlungen.

**Georgien.** Trotz intensiver diplomatischer Bemühungen trat Anfang August der georgisch-ossetische Konflikt offen zutage. Die Auswirkungen waren schwerwiegend – nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, sondern auch für das Konzept der gemeinsamen und kooperativen Sicherheit als solches.

Die Krise wurde für den finnischen Vorsitz rasch zum überragenden Thema. Der nachstehende Überblick ist bei Weitem nicht vollständig. Er beschreibt die Höhepunkte der diplomatischen und politischen Tätigkeit des Vorsitzes in den Monaten vor und nach den Ereignissen vom August. Vieles davon geschah hinter den Kulissen.

**(TEXT FOR THE TIMELINE STRIP:** Das folgende diplomatische Tagebuch fasst die regen diplomatischen Aktivitäten des Vorsitzes in den Monaten vor und nach dem Konflikt, der im August in Georgien ausbrach, zusammen. Es berichtet von wiederholten frühzeitigen Warnungen und Versuchen, die Spannungen abzubauen, gefolgt von intensiven Bemühungen, den Krieg zu stoppen, den Konflikt zu lösen und seine Auswirkungen auf die Menschen und die Wirtschaft zu lindern. Wir steigen Ende April in das Geschehen ein:)



## START GEORGIA TIMELINE

### Diplomatisches Tagebuch:

#### Die Georgien-Krise dominiert die Agenda des finnischen Vorsitzes

(TAGLINE FOR TIMELINE:) Diplomatisches Tagebuch *Die Georgien-Krise*

**Helsinki, 30. April:** Der Amtierende Vorsitzende, der finnische Außenminister Alexander Stubb, stellt in einer Erklärung fest, die jüngsten Entwicklungen in den Konfliktzonen – unter anderem die militärische Aufrüstung – hätten zu einem beträchtlichen Anwachsen der Spannungen in der Region geführt. In Telefonaten mit dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili und dem russischen Außenminister Sergei Lawrow fordert er diese dringend auf, die Spannungen im Wege des Dialogs und durch vertrauensbildende Maßnahmen zu entschärfen. „Alle Parteien sollten auf einseitige Maßnahmen und auf die Androhung militärischer Gewalt verzichten“, sagt er.

**Wien, 2. Mai:** Im Anschluss an den Zwischenfall mit einem unbewaffneten Luftfahrzeug über Abchasien vom 20. April ersucht der Vorsitz das Forum für Sicherheitskooperation um Einbringung seines Fachwissens im Einklang mit *Beschluss* Nr. 3 des *Ministerrats* von Bukarest.

**Wien, 28. bis 30. Mai:** Georgien und die Russische Föderation aktivieren Kapitel III des *Wiener Dokuments 1999*, das einen Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten vorsieht. Der Vorsitz bietet den nötigen Rahmen für Konsultationen zwischen den Parteien.

**Helsinki, 30. Mai:** Der Amtierende Vorsitzende trifft die georgische Außenministerin Ekaterine Tkeschelaschwili und erörtert mit ihr die Lage in den abtrünnigen georgischen Regionen. „Es ist an der Zeit, nach neuen, für die Konfliktparteien akzeptablen Verhandlungsstrukturen zu suchen“, sagt er.

**Astana, 2. Juli:** Der Amtierende Vorsitzende macht in einer Rede auf der *Jahrestagung* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf die besorgniserregende Lage im Südkaukasus aufmerksam.

**Tiflis und Zchinwali, 7. bis 9. Juli:** Unter Leitung des finnischen Botschafters Antti Turunen, des Vorsitzenden des Ständigen Rates der OSZE, begeben sich Botschafter und Vertreter aus 21 OSZE-Teilnehmerstaaten nach Georgien, unter anderem in die Zone des georgisch-ossetischen Konflikts, wo sie mit georgischen Behördenvertretern, der De-facto-Führung der südossetischen Seite, dem Kommandanten der Gemeinsamen Friedenstruppen und den Militärbeobachtern in der Außenstelle der Mission in Zchinwali zusammentreffen. Sie sehen sich auch Projekte des unter OSZE-Führung stehenden *Wirtschaftlichen Sanierungsprogramms* an, das der Herstellung von Vertrauen zwischen den Volksgruppen in der Konfliktzone dienen soll.

**Moskau, 7. Juli:** Der Sondergesandte Heikki Talvitie erörtert mit dem russischen Vizeaußenminister Alexander Gruschko die Lage in den abtrünnigen georgischen Regionen.

**Tiflis und Zchinwali, 10. und 11. Juli:** Der Sondergesandte Talvitie führt Gespräche mit den Parteien und dem Kommandanten der Gemeinsamen Friedenstruppen. Am 14. Juli berichtet der Sondergesandte dem Ständigen Rat über seine Konsultationen.

**Washington D. C., 17. Juli:** Der Amtierende Vorsitzende trifft die Außenministerin der Vereinigten Staaten (US), Condoleezza Rice. Die Langzeitkonflikte in Georgien stehen unter den Gesprächsthemen an erster Stelle.

**Helsinki, 2. August:** Der Amtierende Vorsitzende bedauert und verurteilt die Eskalation der Gewalt in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts, unter anderem den verhängnisvollen nächtlichen Beschuss.

**Helsinki, 7. August:** Der Amtierende Vorsitzende bedauert die Absage eines geplanten Treffens von Vertretern Georgiens und Südossetiens. Er lädt die Parteien nochmals zu einem Treffen in Helsinki ein, das so bald wie möglich stattfinden soll. „Die Lage in der Konfliktzone ist aufs Äußerste gespannt und verlangt nach einer sofortigen Deeskalation“, sagt er. Er fordert die Parteien eindringlich zur Einstellung aller militärischen Handlungen und zur Wiederaufnahme direkter Kontakte auf.

**In der georgischen Konfliktzone, 7. und 8. August:** Es kommt zu ersten Kampfhandlungen.

**Helsinki, 8. August:** Der Amtierende Vorsitzende steht nach wie vor in Kontakt mit Tiflis, Moskau und allen internationalen Akteuren, die an der Lösung des Konflikts mitwirken. Er kündigt einen sofortigen Besuch des Sondergesandten Talvitie in Georgien an. Er verurteilt den Beschuss der Räumlichkeiten der OSZE-Mission in Zchinwali und fordert „Georgier, Südosseten und Russen nachdrücklich auf, das Feuer einzustellen, die Kampfhandlungen zu beenden und eine weitere Eskalation zu vermeiden“.

**Wien, 8. August:** Der Ständige Rat der OSZE tritt zu einer Sondersitzung über die Lage in Georgien zusammen.

**Tiflis, 9. August:** Der Sondergesandte Talvitie führt eine Reihe von Konsultationen mit wichtigen Akteuren.

**Tiflis und Gori, 10. und 11. August:** Der Amtierende Vorsitzende reist mit dem französischen Außenminister Bernard Kouchner, dessen Land in der Europäischen Union (EU) den Vorsitz führt, an und sagt: „Für die OSZE und die EU hat die raschestmögliche Aushandlung eines Waffenstillstands höchste Priorität. Danach müssen wir uns der humanitären Lage widmen, angesichts der vielen Zivilisten, die unter diesen sinnlosen Kämpfen gelitten haben.“ Zusätzlich zu den acht bereits vor Ort tätigen Militärbeobachtern würden weitere benötigt. Die beiden Minister treffen den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili und unterbreiten ihm einen von der OSZE und der EU ausgearbeiteten Waffenstillstandsplan.

**Moskau, 12. August:** Der Amtierende Vorsitzende stellt dem russischen Außenminister Sergei Lawrow das vorgeschlagene Abkommen vor. Er begrüßt den Beschluss des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, die militärische Operation in Georgien zu beenden, und sagt, die OSZE sei bereit, bei der Überwachung der

Waffenruhe mitzuhelfen und die humanitären Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Russland billigt das Sechspunkteabkommen vom 12. August. Später akzeptiert auch Georgien das Abkommen.

**Brüssel, 13. August:** Der Amtierende Vorsitzende nimmt an einer Dringlichkeits-sitzung der EU-Außenminister teil, die den vereinbarten Plan zum Gegenstand hat.

**Helsinki, 13. August:** Der Amtierende Vorsitzende äußert „ernste Besorgnis“ über das Anhalten der Gewalt und die Gefährdung von Zivilisten im Konfliktgebiet und in dessen Umgebung.

**Brüssel, 18. und 19. August:** Der Amtierende Vorsitzende führt Gespräche mit dem belgischen Außenminister Karel de Gucht, dessen Land im VN-Sicherheitsrat den Vorsitz führt, und trifft US-Außenministerin Condoleezza Rice. Er nimmt an einem Treffen der Außenminister der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) mit der OSZE-Ministertrioika (Spanien, Finnland, Griechenland) teil. In Gesprächen mit EU-Vertretern wird das Vorgehen in Georgien koordiniert.

**Wien, 19. August:** Nach intensiven Verhandlungen in einer Sondersitzung des Ständigen Rates vereinbaren die 56 OSZE-Teilnehmerstaaten, die Anzahl der OSZE-Beobachter in der Mission in Georgien um bis zu 100 zu erhöhen. In dem *Beschluss* werden 20 unbewaffnete Militärbeobachter gefordert, die sofort in die „Südostetien umgebenden Gebiete“ entsandt werden sollen. Einzelheiten betreffend die zusätzlichen Beobachter sollen noch erörtert werden.

**Brüssel, 19. August:** „Ich hoffe, dass der heutige Beschluss der OSZE zur vollständigen Umsetzung des Sechspunkteabkommens beitragen und die sofortige Öffnung humanitärer Korridore ermöglichen wird, damit der Zivilbevölkerung Hilfe geleistet und die Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen vorbereitet werden kann“, sagt der Amtierende Vorsitzende. „Ich hoffe auch, dass die OSZE-Militärbeobachter sich schon bald in ganz Georgien sicher und frei bewegen können.“

**Tiflis und Gori, 21. und 22. August:** Der Amtierende Vorsitzende macht sich ein Bild von der Sicherheitslage und der humanitären Situation in Tiflis und Gori, wo er mit Vertriebenen spricht.

**Helsinki, 26. August:** Der Amtierende Vorsitzende verurteilt die von Russland beschlossene Anerkennung der Unabhängigkeit der abtrünnigen georgischen Regionen Südostetien und Abchasien als Verstoß gegen grundlegende OSZE-Prinzipien.

**Helsinki, 28. August:** Der Amtierende Vorsitzende schlägt in einem Schreiben an alle OSZE-Außenminister eine neue internationale Plattform vor, die sich mit den Konflikten in Georgien befassen soll.

**Brüssel, 1. September:** Der Amtierende Vorsitzende nimmt an einem Sondergipfel-treffen der EU zur Krise in Georgien teil.

**Wien, 17. September:** Weitere Verhandlungen unter Leitung des Vorsitzes über die Modalitäten für die Entsendung der zusätzlichen Militärbeobachter zur OSZE-Mission in Georgien scheitern.

**Genf, 14. Oktober:** Der Amtierende Vorsitzende, VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und als EU-Vertreter Außenminister Bernard Kouchner, der Hohe Repräsentant Javier Solana und Kommissarin Benita Ferrero-Waldner treffen vor Beginn der Genfer Gespräche zusammen, die dazu dienen sollen, in der Region für Frieden und Stabilität zu sorgen und die Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.

**Genf, 15. Oktober:** Die im Sechspunkteabkommen vom 12. August vorgesehene erste Runde der Genfer Gespräche beginnt. Die OSZE hat sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der EU für das Zustandekommen der Gespräche eingesetzt. An den Gesprächen beteiligen sich Georgien, Russland und die Vereinigten Staaten sowie Vertreter aus Südossetien und Abchasien. Neben dem Sondergesandten Talvitie als Vertreter der OSZE ist auch Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut anwesend.

**Genf, 18. und 19. November:** Bei der zweiten Gesprächsrunde gibt es Fortschritte. In den beiden parallel tätigen Arbeitsgruppen herrscht allgemein die Auffassung, dass praktische Dinge, durch die den Menschen vor Ort geholfen werden kann, – etwa konkrete Schritte zur Streitbeilegung – im Mittelpunkt stehen und strittige politische Fragen ausgeklammert werden sollen.

**Genf, 17. und 18. Dezember:** Der Amtierende Vorsitzende zeigt sich mit den Georgien-Gesprächen im Dezember zufrieden. „Es wurde an praktische und konkrete Fragen mit dem Ziel herangegangen, den Menschen in der Region zu helfen. Alle eingeladenen Parteien nahmen an den Gesprächen teil und konnten auch schwierige Fragen ansprechen“, sagt er. Die Teilnehmer vereinbarten einen Großteil der vorgeschlagenen Elemente zur Schaffung von Mechanismen für den Umgang mit Zwischenfällen vor Ort. Die Vermittler planen, sich mit den anderen Teilnehmern zusammenzusetzen, um die wenigen noch verbliebenen Differenzen auszuräumen, damit beim nächsten Treffen im Februar 2009 eine Vereinbarung getroffen werden kann.

**Wien und Helsinki, 22. Dezember:** Intensive Verhandlungen über die Zukunft der OSZE-Mission in Georgien unter Leitung des Vorsitzes führen nicht zum erwarteten Ergebnis. Der Amtierende Vorsitzende findet es äußerst bedauerlich, dass unter den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten kein Konsens in dieser Frage zustande kam.

#### END GEORGIA TIMELINE

**Moldau.** Der Amtierende Vorsitzende besuchte im Januar Moldau, wo er mit der Führung in Chişinău und Tiraspol Gespräche führte. Er war entschlossen, gleich zu Beginn des finnischen Vorsitzes Bewegung in die Lösung der Transnistrien-Frage zu bringen.

In der Folge besuchte der Sondergesandte Talvitie Moldau mehrmals im Laufe des Jahres. Unter seiner Führung hielten die Vermittler – Russische Föderation, Ukraine und OSZE – und die Beobachter – EU und Vereinigte Staaten – in Wien, Helsinki und der Region mehrere Konsultationsrunden im „3+2“-Format ab. Das ganze Jahr

hindurch stand der Sondergesandte Talvitie in engem Kontakt mit allen Beteiligten in Moskau, Kiew, Brüssel und Washington.

Im April führten die Vermittler und Beobachter mit den Konfliktparteien Konsultationen im „5+2“-Format. Diese Konsultationen fanden am Rande eines sehr ergiebigen, von der OSZE-Mission in Moldau veranstalteten Seminars über vertrauensbildende Maßnahmen in Odessa statt. Im Juli begaben sich die Vermittler und Beobachter gemeinsam nach Chişinău und Tiraspol, wo sie mit der Führung zusammentrafen und eine weitere Runde informeller Konsultationen im „5+2“-Format abhielten. Im Herbst folgten wieder zwei informelle Konsultationsrunden im „5+2“-Format: die erste im Oktober am Rande der Wilton-Park-Konferenz zum Thema Moldau, die zweite im November in Odessa am Rande eines vom Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten veranstalteten Seminars.

Auf dem *Ministerratstreffen* von Helsinki beteiligte sich der Sondergesandte Talvitie an Gesprächen über die Ausarbeitung einer regionalen Erklärung zu Moldau. Die Versuche, einen Konsens zu dieser Erklärung herbeizuführen, verliefen ergebnislos, doch erwies sich der Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen allen Beteiligten als nützlich; in vielen Bereichen wurden Gemeinsamkeiten festgestellt.

Im Anschluss an das *Ministerratstreffen* von Helsinki folgten weitere Bemühungen, den Prozess im Rahmen einer neuerlichen informellen Konsultationsrunde im „5+2“-Format voranzubringen. Diese Konsultationen, die in Wien in Anwesenheit des designierten griechischen Vorsitzes geführt wurden, boten Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über eine mögliche Erweiterung der gemeinsamen moldauisch-transnistrischen Experten-Arbeitsgruppen für vertrauensbildende Maßnahmen und Fragen des freien Personen- und Warenverkehrs zwischen den beiden Ufern des Nistru/Dnjestr. Die beiden Themen wurden auch bei einem Treffen zwischen dem moldauischen Präsidenten Vladimir Voronin und dem transnistrischen Führer Igor Smirnow am 24. Dezember erörtert; es war das zweite Treffen der beiden Führer im Jahr 2008.

**Der Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, auch Berg-Karabach-Konflikt genannt.** Die Präsidenten von Aserbaidschan und Armenien trafen im Laufe des Jahres zweimal zusammen. Auch die Außenminister der beiden Länder setzten ihre Treffen und Verhandlungen fort, um zu einer Vereinbarung über die von den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe im November 2007 in Madrid vorgeschlagenen Grundprinzipien für eine friedliche Beilegung des Konflikts zu gelangen. Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Andrzej Kasprzyk, unterstützte die Kovorsitzenden in den Verhandlungen und hielt sie und den Vorsitz über die Entwicklungen vor Ort auf dem Laufenden.

Im März ereignete sich an der Kontaktlinie der schwerste Zusammenstoß seit Jahren und die Lage drohte zu eskalieren. Wie schon in anderen Fällen, intervenierte der Persönliche Beauftragte direkt auf höchster militärischer und politischer Ebene, um eine Übergabe der sterblichen Überreste der Gefallenen zu erreichen und eine Beruhigung der Lage herbeizuführen.

Der Persönliche Beauftragte bemühte sich gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz um die Übergabe der Kriegsgefangenen und Internierten.

Mit anderen Organisationen arbeitete er an einer Lösung des Problems der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, der Vermissten und der Minenräumung.

Am 2. November unterzeichneten die Präsidenten Armeniens, Aserbaidschans und der Russischen Föderation in Moskau eine *Erklärung*, in der sie sich verpflichteten, sich für eine Verbesserung der Lage im Südkaukasus einzusetzen und durch eine politische Lösung des Berg-Karabach-Konflikts auf der Grundlage völkerrechtlicher Prinzipien und der in diesem Rahmen gebilligten Beschlüsse und Dokumente in der Region für Stabilität und Sicherheit zu sorgen und so günstige Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum und eine allseitige Zusammenarbeit in der Region zu schaffen. Die Präsidenten betonten erneut, dass die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE ihre Vermittlungsbemühungen unbedingt fortsetzen und dabei die Ergebnisse ihres Treffens mit den Konfliktparteien am 29. November 2007 in Madrid und der darauf folgenden Gespräche zur Weiterentwicklung der Grundprinzipien einer politischen Lösung berücksichtigen sollten.

Auf dem *Ministerratstreffen* von Helsinki berichtete der Amtierende Vorsitzende über die in Moskau unterzeichnete *Erklärung*.

Der *Ministerrat* verabschiedete in Helsinki auch eine *Erklärung*, in der die Minister die konstruktive und positive Dynamik im Friedensprozess rund um eine politische Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts begrüßten, die durch die beiden diesjährigen Treffen der Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan am 6. Juni in St. Petersburg und am 2. November in Moskau entstanden war.

## START BOX

### **Die Hochrangige Planungsgruppe**

Die Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) beriet den Amtierenden Vorsitzenden laufend über die militärischen Aspekte der Planung eines möglichen Friedenssicherungseinsatzes in dem Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst. Die Planungsgruppe hat im Laufe der Jahre vier Optionen für die mögliche Entsendung einer Friedenssicherungstruppe ausgearbeitet und diese mehrmals überarbeitet.

Dieses Jahr wurde das Einsatzkonzept für die schwerste militärische Option neu durchdacht, um den Entwicklungen in den militärischen Planungstechniken und der Terminologie Rechnung zu tragen, wobei jedoch die wesentlichen Elemente der Optionspläne, die von den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE 1996 vorgegeben worden waren, unverändert blieben.

Die Planungsgruppe veranschlagte auch die Kosten für die Verwirklichung und Durchführung zweier ausgewählter Optionspläne – der schwersten Option (militärische Friedenssicherung) und der leichtesten Option (unbewaffnete Beobachter) – auf der Grundlage des Kostenerstattungssystems der Vereinten Nationen.

Im Laufe des Jahres nahmen 35 Delegationen an Informationsveranstaltungen in den Räumlichkeiten der HLPG teil.

## END BOX

## START BOX

### **Ehemaliger OSZE-Gesandter Martti Ahtisaari aus Finnland erhält Friedensnobelpreis**

Finnland war Mitgestalter des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE und stand oft an der Spitze regionaler und weltweiter diplomatischer Bemühungen um die Beendigung von Konflikten.

2008 erhielt der Finne Martti Ahtisaari, ein ehemaliger OSZE-Gesandter, den Friedensnobelpreis für seine erfolgreiche Tätigkeit als Friedensbringer in verschiedensten Unruheregionen der Welt, darunter Zentralasien, Nordirland und Südosteuropa. Der frühere finnische Präsident leistete einen entscheidenden Beitrag zur Friedensstiftung in Namibia und Indonesien und war für die Vereinten Nationen Verhandlungsleiter im Kosovo.

Im März 2003 bestellte der damalige Amtierende Vorsitzende der OSZE, Jaap de Hoop Scheffer, Ahtisaari zu seinem persönlichen Gesandten für Zentralasien. Ahtisaari blieb auch noch im folgenden Jahr in dieser Funktion.

## END BOX

## START BOX

### **Nach dem Konflikt: Erfüllung von Vereinbarungen und Vertrauensbildung**

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für *Anhang I-B Artikel IV des Friedensabkommens von Dayton*, auf dessen Grundlage das *Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle* ausgearbeitet wurde, hat den Auftrag, die vier Parteien – Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Kroatien und die Republik Serbien – bei der Erfüllung des *Übereinkommens*, etwa bei gegenseitigen Inspektionen von Rüstungsgütern, zu unterstützen.

2008 führten die Parteien 19 planmäßige Inspektionen und eine Exportbeobachtung auf freiwilliger Basis durch, jeweils mit Unterstützung durch OSZE-Assistenten. Wie schon in den vergangenen Jahren, verliefen die Inspektionen vollkommen problemlos in einem Klima des Vertrauens und der Transparenz.

Ein weiteres Positivum war, dass die Parteien die drastische Verringerung ihrer militärischen Personalstärke fortsetzten. Mit der Notifikation der Reduzierung schwerer Waffen boten sie darüber hinaus Gelegenheit zur Beobachtung und Verifikation der Entsorgung, auch wenn dies nach dem offiziellen Ende der Reduzierungsphase nicht erforderlich gewesen wäre.

Dieses Jahr fand im Juli in Wien die 6. *Überprüfungskonferenz* über die Umsetzung des *Übereinkommens* statt. Bei dieser Gelegenheit bekräftigten die Parteien ihre Bereitschaft,

- die Umsetzung des *Übereinkommens* unter Mitwirkung des Persönlichen Beauftragten fortzusetzen,
- unter Mitwirkung des Persönlichen Beauftragten zu sondieren, wie in Bezug auf das *Übereinkommen* schrittweise eine vollständige Autonomie verwirklicht werden kann, und

- einen Meinungsaustausch darüber in die Wege zu leiten, ob der angepasste *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa* eine langfristige Alternative für die Zukunft wäre.

Im Verlauf der 41. Tagung der Subregionalen Beratungskommission vom 14. bis 16. Oktober in Pržno (Montenegro) unterzeichneten die Parteien rechtlich bindende Abänderungen zum *Übereinkommen*, in denen Montenegro als vollwertige Partei anerkannt wurde. Montenegro hatte bereits seit Mai 2007 als unabhängiger Staat am Inspektionsregime teilgenommen, doch wurde mit den Unterschriften aller Vertragsparteien und von Brigadegeneral Costanzo Periotta, der als Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für die OSZE unterzeichnete, sein offizieller Beitritt zum *Übereinkommen* besiegelt.

Durch die von den militärischen Vertretern der Parteien im Laufe der Jahre durchgeführten Inspektionen wurde nicht nur das *Übereinkommen* erfüllt; diese Inspektionen halfen auch mit, zwischen den Parteien und ihren militärischen Vertretern Vertrauen herzustellen und für Transparenz zu sorgen. Ebenso erhielten die Parteien durch Treffen auf politischer Ebene Gelegenheit, ihre Beziehungen untereinander zu verstärken.

END BOX

## Die Arbeit des Vorsitzes im Verlauf des Jahres

Nachstehend werden in chronologischer Reihenfolge über das Jahr hinweg die wichtigsten Tätigkeiten des Vorsitzes gemäß seiner Prioritätensetzung geschildert. Dabei galt es, entweder politische Akzente zu setzen oder Fortschritte bei der praktischen Arbeit vor Ort zu machen. In vielen Fällen waren zwei oder sogar alle drei der traditionellen Sicherheitsdimensionen der OSZE betroffen: die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension.

**Januar.** Der Vorsitz machte die **Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt** zum Thema des 16. *Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE*, das in zwei Teilen – im Januar in Wien und im Mai in Prag – abgehalten wurde. Der immer stärker werdende Verkehr auf allen Schifffahrtswegen führt zu einem grenz- und regionenübergreifenden Wirtschaftswachstum, das zu regionaler Stabilität und Sicherheit beiträgt, aber auch andere, weniger erwünschte Folgen hat. Neben der Erörterung von Fragen der Sicherheit von Schifffahrtswegen widmete sich das *Forum* besonders den Problemen der Binnenländer.

**Februar.** Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit durch die **Kosovo-Versammlung** am 17. Februar verstärkten sich die politischen Bruchlinien, die sich in den Ansichten der Teilnehmerstaaten zur Rolle der OSZE im Kosovo bereits zuvor bemerkbar gemacht hatten.

Die Teilnehmerstaaten kamen Ende letzten Jahres überein, die Mission im Kosovo, die größte Feldoperation der OSZE und stärkste zivile Feldpräsenz im Kosovo, nur noch um jeweils einen Monat zu verlängern – ein Kompromiss, der die drohende Einstellung der Mission abwenden sollte. Andere Feldoperationen werden jeweils für ein Jahr genehmigt.



Der Vorsitz war das ganze Jahr über bemüht, die Aktivitäten der OSZE im Kosovo am Laufen zu halten. Aufgrund der Verkleinerung der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) kam der OSZE, die 800 Mitarbeiter im Einsatz hat, eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Stabilität und der demokratischen Entwicklung zu.

„Die OSZE ist in einzigartiger Weise geeignet, mit allen Volksgruppen an der Förderung der Stabilität und der demokratischen Entwicklung zu arbeiten, und ihr Beitrag wird auch jetzt dringend benötigt. Ich rufe die Teilnehmerstaaten und die internationale Gemeinschaft auf, dabei mitzuhelfen, dass die Organisation ihre nützliche Arbeit im Kosovo zum Wohle aller seiner Bewohner fortsetzen kann,“ sagte der Amtierende Vorsitzende im Februar.

**Februar.** Der Vorsitz legte großen Nachdruck auf **Aktivitäten im Bereich des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit**, wobei er hier für die Zukunft eine stärkere Rolle der OSZE anstrebte, insbesondere in Zentralasien.

Bis Anfang Februar hatte die finnische Regierung bereits über 500.000 Euro für ein besseres Grenzmanagement zwischen Tadschikistan und Afghanistan beigesteuert. Gegen Ende des Monats kamen die OSZE und die tadschikischen Behörden am Rande des *Treffens* einer gemeinsamen *OSZE/Tadschikistan-Arbeitsgruppe* in Duschanbe überein, mit der Entwicklung einer nationalen Grenzstrategie und einschlägiger Projekte zu beginnen, nachdem sie schon seit 2006 bei Aktivitäten zur Unterstützung des Grenzschutzes zusammengearbeitet hatten.

Bei dem Treffen nahm die Vision des Vorsitzes von einer größeren Rolle der OSZE im Grenzmanagement Gestalt an. Die OSZE und Tadschikistan erörterten die Einrichtung einer Stabsakademie für Grenzmanagement in Tadschikistan – eines OSZE-Zentrums mit Schwerpunkt auf dem regionalen Grenzmanagement – sowie Projekte zur Ausbildung taktischer Grenzpatrouillen und Überwachungsgruppen und Möglichkeiten zur Unterstützung der Zollbehörden bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Waffen, Drogen und Vorläufersubstanzen. Daraufhin begaben sich im folgenden Monat drei finnische Experten nach Tadschikistan, wo sie an – hauptsächlich von Finnland und Norwegen finanzierten – Grenzsicherheitsprojekten im Wert von rund 2,8 Millionen Euro mitwirkten.

Große Diskussionen gab es im Laufe des Jahres rund um die Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan*. Der Generalsekretär arbeitete ein Paket von Vorschlägen aus, unter anderem über die Unterstützung beim Grenzschutz. In einigen zentralasiatischen Ländern wurde mit der Umsetzung einzelner Vorschläge begonnen.

**März.** Der Amtierende Vorsitzende setzte sich vehement für eine **Beobachtung** der russischen Präsidentenwahlen durch das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ein. Trotz intensiver Verhandlungen zwischen den Behörden der Russischen Föderation und dem BDIMR konnte keine Einigung erzielt werden.

**März.** Themen der *Zweiten Vorbereitungskonferenz* für das 16. *Wirtschafts- und Umweltforum* am 6. und 7. März in Aschgabad (Turkmenistan) waren die **maritime Zusammenarbeit** im Kaspischen Meer und im Mittelmeer, gute Regierungsführung im Umweltbereich und die Zusammenarbeit mit Binnenländern in Bezug auf Schifffahrt und andere Verkehrsarten. Ein technischer Workshop über die *Bekämpfung der Ölverschmutzung und Sanierungsmaßnahmen* folgte unmittelbar darauf in Turkmenbaschy.

**Mai.** Mehrere Empfehlungen zu einem künftigen Engagement der OSZE für die Zusammenarbeit im Bereich der **See- und Binnenschifffahrt** wurden im Laufe des zweiten Teils des 16. *Wirtschafts- und Umweltforums* in Prag abgegeben. Die Teilnehmer betonten die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit, eines integrierten Küstenbereichs- und Wassermanagements und einer erfolgreichen Umsetzung einschlägiger internationaler Übereinkünfte.

**Mai.** Der Vorsitz brachte neuen Schwung in die Arbeit der OSZE zu Fragen der Verbreitung und Verwendung von **Kleinwaffen und leichten Waffen** (SALW) und des illegalen Handels mit diesen Waffen. Die SALW-Konferenz für regionale Organisationen in Brüssel, die erste derartige Zusammenkunft überhaupt, ermöglichte den Teilnehmern eine effizientere Koordination im Vorgehen gegen diese länderübergreifende Bedrohung.

Gegenstand dieser Konferenz, die zusammen mit den Ländern des Euroatlantischen Partnerschaftsrats veranstaltet und von den Vereinten Nationen unterstützt wurde, waren regionale Instrumente zur Bekämpfung und Unterbindung des illegalen Handels mit SALW, mechanische Sicherung und Lagerverwaltung sowie Programme zur Einziehung und Vernichtung von Waffen.

Fünf *Beschlüssen* des Ständigen Rates folgte ein *Ministerratsbeschluss* zu diesem Thema.

**Mai.** Besorgt über die in den letzten Jahren in der Region immer häufiger auftretenden Fälle von Intoleranz und Diskriminierung, förderte der Vorsitz eine gemeinsam mit dem BDIMR der OSZE im Mai in Wien veranstaltete Tagung zum Thema Toleranz. Im Zentrum dieser Veranstaltung stand die Rolle nationaler Institutionen im Kampf gegen die Diskriminierung von Migranten und Angehörigen nationaler Minderheiten.

Der Amtierende Vorsitzende äußerte sich anerkennend über die Arbeit der Institutionen, der Parlamentarischen Versammlung und der drei Persönlichen Beauftragten zur Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der **Bekämpfung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung**. Anastasia Crickley, die Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, befasst sich auch mit Fällen von Intoleranz gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen. Gert Weisskirchen ist Persönlicher Beauftragter für die Bekämpfung von Antisemitismus und Botschafter Ömür Orhun für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen.

Die Teilnehmer legten den Regierungen nahe, derartige Einrichtungen zu schaffen, sofern dies noch nicht erfolgt ist, und zu gewährleisten, dass diese von der Regierung vollkommen unabhängig sind und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

**Juni.** Der Vorsitz richtete im Juni in Helsinki eine Zusammenkunft nationaler Kontaktstellen für **Hassdelikte** aus. Diese Kontaktstellen wurden von den Teilnehmerstaaten eingerichtet, um das BDIMR mit nationalen Daten und Informationen über die Bemühungen der Regierungsstellen um ein verstärktes Vorgehen gegen Fälle von hassbedingter Gewalt zu versorgen. Die Tagung, an der auch die drei Persönlichen Beauftragten des Vorsitzes teilnahmen, diente der Erörterung bewährter Praktiken bei der Datenbeschaffung und bei der Schaffung gesetzlicher Regelungen für Hassdelikte. Ein weiteres Gesprächsthema waren die OSZE-Programme für Bildung, Polizeiausbildung und Unterstützung bei der Rechtsetzung, auf die die Teilnehmerstaaten im Kampf gegen Hassdelikte zurückgreifen können.

**Juni.** Einer der größten Erfolge des Vorsitzes war eine Vereinbarung mit **Tadschikistan** über die Verstärkung der Tätigkeit der OSZE in diesem Land. Nach einem entsprechenden Beschluss des Ständigen Rates vom 19. Juni verfügt die Feldoperation der OSZE in Tadschikistan nun über ein erweitertes Mandat. Aus dem Zentrum in Duschanbe wurde das Büro in Tadschikistan. Das starke neue Mandat sieht umfangreichere Aufgaben in allen drei Sicherheitsdimensionen der OSZE vor. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, stockte der Ständige Rat den Haushalt von 3.937.600 Euro im Jahr zuvor auf 4.724.900 Euro im Jahr 2008 auf.

Ein wichtiges Ergebnis der laufenden Gespräche des Amtierenden Vorsitzenden mit den tadschikischen Behörden war die Vereinbarung, in Duschanbe eine Stabsakademie für Grenzmanagement einzurichten, an der Grenzschutzbeamte aus allen Ländern ausgebildet werden sollen, was der gesamten OSZE-Region zugutekommen wird.

Weitere Initiativen könnten schon bald verwirklicht werden, etwa ein Schulungszentrum für die Ausbildung und berufliche Fortbildung von Strafverfolgungsbeamten aus Tadschikistan und Afghanistan in Duschanbe.

**Juni.** In Weiterverfolgung des Themas **See- und Binnenschifffahrt** veranstalteten der Vorsitz und die ukrainische Regierung eine Expertenkonferenz über die Sicherheit der Schifffahrt und Umweltsicherheit im Schwarzmeerbecken. Die 150 Teilnehmer befassten sich mit der Umsetzung von Rechtsinstrumenten zur Verbesserung der Sicherheit der Schifffahrt und des Umweltschutzes und mit Möglichkeiten zur Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit im Schwarzen Meer, etwa in Fragen der Überwachung und Beobachtung des Schiffsverkehrs, der Ballastwasser- und Sedimentüberwachung, der Reinhaltung und der Katastrophenvorsorge und -bekämpfung.

Gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE schlug der Vorsitz mögliche weitere Aktivitäten vor, etwa den Aufbau nationaler Kapazitäten zur Bekämpfung der Ölverschmutzung in den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres.

**Juli.** Die Teilnehmerstaaten zeigten starkes Interesse am Thema regionale Sicherheit. Auf der sechsten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, die das Forum für Sicherheitskooperation und der Ständige Rat am 1. und 2. Juli in Wien gemeinsam veranstalteten, gab es dazu einen regen und offenen Meinungs- und Gedankenaustausch. Schwerpunktthemen der Konferenz waren: transnationale Herausforderungen an die Sicherheit, der aktuelle Stand der Rüstungskontrollvereinbarungen, der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) und des Sicherheitsdialogs sowie Fragen der Frühwarnung, der Konfliktverhütung und -lösung und der Krisenbewältigung.

Sechs Hauptredner gaben in ihren Vorträgen Denkanstöße, die als Grundlage für die Debatten in den Arbeitssitzungen dienten. Der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General John Craddock, betonte insbesondere, dass die OSZE in den Bemühungen um Wiederherstellung der Sicherheit und Stabilisierung Afghanistans eine wichtige Rolle spielen könnte. Die Delegationen sprachen sich nachdrücklich dafür aus, dass sich die OSZE weiter für Afghanistan engagieren solle. Viele waren der Ansicht, dass die OSZE vor allem durch Investitionen in die Grenzsicherheit und das Grenzmanagement Hilfe leisten könnte.

Die Teilnehmerstaaten vermerkten das Fehlen nachhaltiger Fortschritte in Bezug auf die Langzeitkonflikte im OSZE-Raum und kamen überein, dass die OSZE ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung dieser Konflikte fortsetzen sollte. Unter anderem wurde vorgeschlagen, für den georgisch-abchasischen und den georgisch-ossetischen Konflikt neue Verhandlungsstrukturen zu schaffen.

Viele Delegationen äußerten sich besorgt über den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)*. Nach einer außerordentlichen Konferenz, bei der es nach Meinung der Russischen Föderation nicht gelungen war, die Differenzen zwischen den Vertragsstaaten zu beseitigen, hatte die Russische Föderation als einer der Unterzeichner 2007 ihre Teilnahme am *KSE-Vertrag* ausgesetzt.

**Juli.** Vor fünf Jahren verstärkte die OSZE mit dem *Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet* ihre Bemühungen um Bewältigung der Probleme von Roma- und Sinti-Minderheiten. Dieser Aktionsplan war ein Meilenstein, der zu einem tief greifenden Wandel in den für die Integration von Minderheiten erforderlichen institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen beitrug. Doch das übergeordnete Ziel des *Aktionsplans* – der Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppen ein für alle Mal ein Ende zu bereiten und zu gewährleisten, dass sie an ihrer Gesellschaft uneingeschränkt und gleichberechtigt teilnehmen können – liegt noch in weiter Ferne.

Der finnische Vorsitz beschloss, den Worten Taten folgen zu lassen. Gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltete er eine Tagung, auf der bestehende Initiativen geprüft und Maßnahmen zur Gewährleistung der Umsetzung des *Aktionsplans* empfohlen werden sollten. Bei einer Tagung in Wien am 10. und 11. Juli standen Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene im Vordergrund. Insbesondere ging es um die Frage, auf welche Weise gewährleistet werden kann, dass Roma gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Sozialleistungen haben.

Ihren Abschluss fanden die Arbeiten in einem *Ministerratsbeschluss*, der eine Reihe von Maßnahmen und Empfehlungen enthält, durch die die Bemühungen der OSZE zur Umsetzung des *Aktionsplans* verstärkt werden sollen.

**Juli.** Einige Teilnehmerstaaten äußerten Bedenken über die **Wahlbeobachtung** und befanden, dass bei dieser bedeutenden OSZE-Aktivität Voreingenommenheit herrsche: Die Beobachtung finde überwiegend in einer bestimmten Subregion der OSZE statt bzw. würden in den Missionen Beobachter aus einem anderen Gebiet dominieren.

Das BDIMR, jene OSZE-Institution, die mit der Wahlbeobachtung betraut ist, stellte fest, es habe Wahlen im gesamten OSZE-Raum beobachtet und an jeder Beobachtungsmission im Jahr 2007 seien im Durchschnitt Bürger aus 43 Teilnehmerstaaten beteiligt gewesen.

Um hervorzuheben, wie wichtig ihm die Arbeit rund um das Thema Wahlen ist, bestellte der Vorsitz den finnischen Abgeordneten Kimmo Kiljunen, der bereits mehrere Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE geleitet hatte, im März zu seinem Sondergesandten für diesen Aufgabenbereich.

Der finnische Vorsitz stellte Mittel für ein Seminar bereit, das im Juli in Wien stattfand und einen Dialog zu dieser Frage einleiten sollte.

**Juli.** Auf der von Kasachstan in der Hauptstadt Astana ausgerichteten *Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE* hielt der Amtierende Vorsitzende eine Rede. Er betonte, dass Stabilität, Sicherheit und Demokratie in der Region weiter gestärkt werden müssen, und sah einem Dialog über kooperative Sicherheit erwartungsvoll entgegen.

**September.** Der Amtierende Vorsitzende sprach vor dem **Sicherheitsrat der Vereinten Nationen**. In seiner Rede berichtete er über den neuen Anlauf der Organisation in Fragen der Konfliktlösung und Krisenbewältigung. „Es ist an der Zeit, ihn (den Begriff ‚festgefahrener Konflikt‘) aus dem politischen Wortschatz zu verbannen und rasch zu handeln, um die offenen Konflikte in unserer Region beizulegen“, sagte er.

**September.** Der Vorsitz und die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Eva Biaudet, gingen daran, Bewegung in die Bekämpfung des **Menschenhandels** zu bringen.

Alarmiert durch die Ausbreitung des Menschenhandels in der OSZE-Region und dessen Verbindungen zur grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, haben viele Teilnehmerstaaten auf nationaler Ebene die im *OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels* aus dem Jahr 2003 empfohlenen Maßnahmen ergriffen. Trotz ansehnlicher Bemühungen, dieses Verbrechen zu bekämpfen, wurden nur wenige Opfer identifiziert und noch weniger Straftäter vor Gericht gestellt.

Die Teilnehmer der *Konferenz zum Thema Erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel – Herausforderungen und bewährte Methoden*, die am 10. und 11. September in Helsinki stattfand, betonten, dass es wichtig sei, den Opfern in

geeigneter Form Schutz und Unterstützung zukommen zu lassen und ihre Identifizierung zu verbessern, da es nur dann eine wirksame Reaktion vonseiten der Strafgerichtsbarkeit geben könne. Unter Berücksichtigung der bei dieser Konferenz geleisteten Arbeit wurde im Dezember auf dem *Ministerratstreffen* von Helsinki der *Beschluss* gefasst, die Reaktion der Strafgerichtsbarkeit auf diese Verbrechen zu verstärken.

**Oktober.** Im Rahmen seiner Arbeit zum Thema **Grenzmanagement** veranstaltete der Vorsitz gemeinsam mit dem OSZE-Sekretariat und den Feldoperationen in Zentralasien einen fünftägigen Kurs zur Förderung einer konstruktiven zwischenbehördlichen Zusammenarbeit. An diesem Kurs, der in Helsinki von Experten finnischer Behörden – Grenzschutz, Zoll und Innenministerium – abgehalten wurde, nahmen höhere Beamte der Grenzschutz- und Strafverfolgungsbehörden der fünf Länder teil.

Eine zentralasiatische Konferenz auf Ministerebene zum Thema Grenzmanagement und Drogenbekämpfung, die am 21. und 22. Oktober in Duschanbe abgehalten wurde, endete mit einer *Partnerschaftserklärung* zu praktischen Fragen. Darin kamen die Teilnehmer überein, dass es wichtig sei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken und nationale Grenzmanagement- und Drogenbekämpfungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Gastgeber dieser Veranstaltung war die tadschikische Regierung. Mitveranstalter waren die EU/Europäische Kommission, Finnland, der französische EU-Vorsitz, Deutschland, die OSZE, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

**Oktober.** Die *OSZE-Mittelmeerkonferenz* 2008 zum Thema *Das OSZE-Konzept der regionalen Sicherheit – ein Modell für den Mittelmeerraum* analysierte Sicherheitsfragen des Mittelmeerraums unter dem Blickwinkel des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE. Schwerpunktthemen waren politisch-militärische Aspekte der Sicherheit, die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Sicherheit in der Region sowie die OSZE-Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte und Toleranz und deren Bedeutung für die Region.

**Oktober.** Der Vorsitz rückte das **Gender Mainstreaming** in den Vordergrund und folgte damit dem *OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern*. Er betonte, dass Gender Mainstreaming in alle Strategien, Programme, Projekte und Aktivitäten der OSZE einfließen müsse: sowohl quer durch alle drei Dimensionen als auch innerhalb der Organisation selbst.

In seinem Bestreben, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, leistete der Amtierende Vorsitzende politische und finanzielle Unterstützung für ein OSZE-Expertenseminar über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, das vom 20. bis 22. Oktober in Duschanbe stattfand und von der Abteilung Genderfragen, dem OSZE-Büro in Tadschikistan und der tadschikischen Regierung gemeinsam veranstaltet wurde.

Der Vorsitz unterstützte auch ein OSZE-Projekt, durch das auf die Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung der Arbeitsmigration aufmerksam gemacht werden sollte, und er organisierte ein Seminar über Grenzsicherheit und -management, bei dem die Rolle, die Bedeutung und die Durchführbarkeit der

Einbeziehung von Genderanliegen in Grenzmanagementprogramme und -aktivitäten hervorgehoben wurden.

**November.** Die Teilnehmer einer Tagung über **demokratische Gesetzgebung**, die Anfang November in Wien mit dem BDIMR veranstaltet wurde, befassten sich mit dem Gesetzgebungsprozess als wesentlichem Bestandteil einer demokratischen Regierungsführung. Sie riefen die Teilnehmerstaaten auf, für eine stärkere Mitsprache der Öffentlichkeit und mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozess zu sorgen. Der Vertreter des Vorsitzes sagte bei diesem Treffen, Ziel der demokratischen Gesetzgebung sei es, Gerechtigkeit herbeizuführen, für die Qualität der Gesetze sei jedoch der Ausarbeitungsprozess entscheidend.

**November.** Die **OSZE/Afghanistan-Konferenz**, eine jährlich stattfindende Konferenz mit den asiatischen Partnern, diesmal zum Thema *Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien zur Bewältigung von Herausforderungen für die Sicherheit*, fand erstmals in Afghanistan selbst statt. Die Teilnehmer sprachen sich erneut dafür aus, dass sich die OSZE für Afghanistan engagieren und das Land bei seinen Bemühungen um Normalisierung und Stabilität unterstützen solle. Auch eine mögliche Unterstützung durch die OSZE bei den Präsidentenwahlen 2009 wurde angesprochen.

**Dezember.** US-Außenministerin Condoleezza Rice traf am 2. Dezember in Brüssel mit dem Amtierenden Vorsitzenden zusammen, um **vordringliche OSZE-Fragen** zu erörtern.

**Dezember.** Beim *Ministerrattreffen* von Helsinki erwies sich die **Debatte über Sicherheit in Europa** auf der Grundlage der Initiativen der Russischen Föderation und des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy in seiner Eigenschaft als turnusmäßiger EU-Vorsitzender als einer der Höhepunkte der Erörterungen. Der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, hielt eine Rede.

Der Amtierende Vorsitzende sagte: „Das Treffen war erfrischend, aufrichtig, offen und analytisch. Ich sehe darin eine Rückkehr des Geistes von Helsinki.“ Beim Arbeitssessen fasste er die Debatte zusammen, wobei er unter anderem zu dem Schluss kam, dass der Sicherheitsbegriff „harte“ und „weiche“ Sicherheit umfasse und dass nach wie vor alle drei OSZE-Dimensionen von Bedeutung seien. Die Minister waren sich weitgehend darin einig, dass weiter gefasste Sicherheitskonzepte entwickelt aber auch die festgefahrenen Konflikte angesprochen werden müssen.

Der Vorsitz tat sein Bestes, um Einvernehmen in Bezug auf eine umfassende politische Erklärung herzustellen – es wäre die erste seit 2002 gewesen. Er wählte dafür einen innovativen Ansatz: Der Amtierende Vorsitzende leitete die Debatte auf Ministerebene, also auf einer höheren Ebene als in den letzten Jahren, und hielt mit verschiedensten Hauptstädten Rücksprache. Obwohl sich eine lebhafte Debatte entspann, erwiesen sich die Auffassungsunterschiede in grundlegenden Fragen leider als unüberbrückbar.

Ein nach dem Konflikt in Georgien vom BDIMR auf Ersuchen des Vorsitzes erstellter Bericht über die Menschenrechtssituation in den vom Krieg in Mitleidenschaft

gezogenen Gebieten diente in den Diskussionen über die Nachwirkungen des Krieges vom August als Hintergrundinformation.

Die Minister verabschiedeten dreizehn *Beschlüsse* und einigten sich auf eine *Ministererklärung* zum Berg-Karabach-Konflikt. Es wurde vereinbart, die Bemühungen der OSZE um Verbesserung der Lage der Roma und Sinti zu verstärken und den Menschenhandel zu bekämpfen. „1975 konnten wir uns in Helsinki auf ein Dokument einigen, das noch immer als Grundlage unserer Arbeit dient. Wir haben 1992 in Helsinki ein Dokument zustande gebracht und ich glaube, wir haben auch 2008 gewisse Fortschritte gemacht“, sagte der Amtierende Vorsitzende.

## START BOX

### Dokumente des Ministerratstreffens von Helsinki

Beschluss Nr. 1: Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Beschluss Nr. 2: Wiederbestellung des Generalsekretärs der OSZE

Beschluss Nr. 3: Dauer des Dienstverhältnisses des OSZE-Generalsekretärs

Beschluss Nr. 4: Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE

Beschluss Nr. 5: Verstärkte Reaktion der Strafgerichtsbarkeit auf den Menschenhandel durch ein umfassendes Konzept

Beschluss Nr. 6: Verstärkte Bemühungen der OSZE zur Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet

Beschluss Nr. 7: Weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im OSZE-Raum

Beschluss Nr. 8: Beitrag der OSZE zur Umsetzungsphase der Initiative „Allianz der Zivilisationen“

Beschluss Nr. 9: Folgemaßnahmen zum Sechzehnten Wirtschafts- und Umweltforum über Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt

Beschluss Nr. 10: Weitere Förderung der Terrorismusbekämpfung durch die OSZE

Beschluss Nr. 11: Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition

Beschluss Nr. 12: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE

Beschluss Nr. 13: Für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen

Ministererklärung zum Berg-Karabach-Konflikt

Ministererklärung zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Ministererklärung zum 60. Jahrestag der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

## END BOX

**Dezember.** Bei einer gemeinsam mit dem EU-Vorsitz am 15. Dezember in Wien abgehaltenen Veranstaltung beging der Vorsitz den 60. Jahrestag der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, des Grundsteins aller internationalen Übereinkünfte zum Thema **Menschenrechte**, auch der im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen. Die Teilnehmer erörterten, auf welche Weise die OSZE dazu beitragen kann, dass in Konfliktsituationen die Menschenrechte gewahrt bleiben, indem sie die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger im OSZE-Raum in ihrem Eintreten für die Menschenrechte unterstützt. Die Veranstaltung bot den Teilnehmern Gelegenheit, ihr Bekenntnis zu den in der *Erklärung* verankerten Werten als Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE zu bekräftigen. Am



Rande dieser Veranstaltung wurde der Jahresbericht des BDIMR über die Lage der Menschenrechtsverteidiger in der OSZE-Region vorgestellt.

## **Gestaltung der Zukunft der OSZE**

Der Vorsitz sprach eine Reihe konkreter Fragen an, die für die Zukunft der OSZE von Bedeutung sind. Wie soll ihre langfristige Planung aussehen? Was für eine Rechtsstellung wird sie haben? Wie sieht die Zukunft der Wirtschafts- und Umweltdimension aus? Die Bemühungen des Vorsitzes um einen Konsens in diesen Zukunftsfragen zogen sich wie ein roter Faden durch seine Arbeit im Jahr 2008.

**Langzeitplanung.** Der Vorsitz nutzte die Möglichkeiten, die ein 2007 in Madrid gefasster *Ministerratsbeschluss* eröffnet hatte, um die langfristige Prioritätensetzung und Planung in der OSZE zu fördern und in ihren Aktivitäten für mehr Kontinuität und Kohärenz zu sorgen. Nachdem die OSZE-Vorsitze erstmals auf drei Jahre im Voraus festgelegt worden waren, setzte der Vorsitz an die Stelle der Troika, die die Arbeit der OSZE lange gelenkt hatte, ein Quintett.

Er konnte fünf Länder – die Troika von 2008 und die künftigen Vorsitze, nämlich Spanien, Finnland, Griechenland, Kasachstan und Litauen – zur Mitarbeit an der Prioritätensetzung gewinnen. Die Gruppe wurde im Juni zu einem Einstandstreffen nach Helsinki eingeladen.

Das Ministerquintett einigte sich auf eine Reihe von Prioritäten für die nächsten Jahre: das Engagement der OSZE für Afghanistan, Grenzsicherheit und -management, Bekämpfung des Terrorismus, Bemühungen um Bewältigung der Probleme mit Lagerbeständen von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Gender Mainstreaming, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen, Bekämpfung des Menschenhandels und Verstärkung des Dialogs mit den Kooperationspartnern der Organisation. Einigkeit bestand auch darin, dass der OSZE Rechtspersönlichkeit verliehen werden müsse.

Das Quintett bekräftigte das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE, war einhellig der Auffassung, dass der OSZE bei der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktfolgenbeseitigung eine wichtige Rolle zukomme, und versprach, sich verstärkt um die Beilegung der Langzeitkonflikte im OSZE-Raum zu bemühen.

Das Ministerquintett trat ein weiteres Mal im September in New York zur Vorbereitung des *Ministerratstreffens* von Helsinki zusammen und ein drittes Mal in Helsinki unmittelbar vor dem *Ministerratstreffen*.

## **START BOX**

### **Die Rechtsstellung der OSZE**

Der finnische Vorsitz war federführend in den Bemühungen um eine Einigung zum Entwurf eines Übereinkommens über die Rechtspersönlichkeit und einheitliche Vorrechte und Immunitäten. Einige interessierte Teilnehmerstaaten hatten 2007 wichtige Vorarbeiten in dieser Frage geleistet, das Übereinkommen ist jedoch aufgrund fehlenden Konsenses unter den Teilnehmerstaaten noch nicht unterschriftsreif.

Im Juni erklärte das Quintett dieses Thema zu einer langfristigen Priorität. Im Oktober veranstaltete der finnische Vorsitz ein informelles Treffen der Teilnehmerstaaten zu den noch offenen Fragen im Entwurf zum Übereinkommen. Auf dem *Ministerrats-treffen* wurde ein *Beschluss* über die *Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE* verabschiedet, in dem der Amtierende Vorsitzende beauftragt wurde, den Dialog in dieser Frage weiter zu betreiben und dem *Ministerratstreffen* im nächsten Jahr zu berichten.

END BOX

**Die Zukunft der Wirtschafts- und Umweltdimension.** Das Programm des finnischen Vorsitzes regte zu einer Strategiedebatte über die zweite Sicherheitsdimension der OSZE – Wirtschaft und Umwelt – an. Mehrere Delegationen folgten dem Aufruf zu einem strukturierteren Herangehen.

Um die Kontinuität zu wahren, befragte der Vorsitz das Quintett und berücksichtigte dessen Ansichten bei der Festlegung langfristiger Prioritäten in dieser Dimension. Auf der Wunschliste standen Migration, Verkehr, umweltbezogene Sicherheitsaspekte und die Zusammenarbeit in Fragen der See- und Binnenschifffahrt, Good Governance sowie Umwelt und Sicherheit an oberster Stelle.

Bisher stand das zweiteilige *Wirtschafts- und Umweltforum* jedes Jahr unter einem anderen Thema. Der Vorsitz regte an, stattdessen die Prioritätenliste, die sich nunmehr im Quintett herauskristallisiert hat, als Grundlage heranzuziehen, und empfahl, von der Zweiteilung des Forums wieder abzugehen.

*Der Ständige  
Rat*

## Der Ständige Rat

### Gastredner im Ständigen Rat (StR) im Jahr 2008:

10. Januar: **Ilkka Kanerva**, finnischer Außenminister
24. Januar: **Dimitrij Rupel**, slowenischer Außenminister
31. Januar (StR-Sondersitzung): **Benita Ferrero-Waldner**, Europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik
19. Februar (StR-Sondersitzung): **Vuk Jeremić**, serbischer Außenminister
27. Februar (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation): **Bertie Ahern**, irischer Premierminister
28. Februar: **Ján Kubiš**, slowakischer Außenminister
13. März: **Heikki Talvitie**, Sondergesandter des Amtierenden Vorsitzenden
10. April: **Alexander Stubb**, Amtierender Vorsitzender der OSZE und finnischer Außenminister
17. April: **Amre Moussa**, Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten
24. April: **Terry Davis**, Generalsekretär des Europarats
4. Juni (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation): **Jaak Aaviksoo**, estnischer Verteidigungsminister
5. Juni: **Miroslav Lajčák**, Hoher Repräsentant und Sonderbeauftragter der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
12. Juni: **Peter Semneby**, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Südkaukasus  
Brigadegeneral **Ferenc Bánfi**, Leiter der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes an der moldauisch-ukrainischen Grenze
3. Juli: **Sergei Lebedew**, Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
17. Juli: **Bernard Kouchner**, französischer Außenminister
14. August: **Heikki Talvitie**, Sondergesandter des Amtierenden Vorsitzenden
28. August (StR-Sondersitzung): **Ekaterine Tkeschelaschwili**, georgische Außenministerin
4. September: **Lamberto Zannier**, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo

10. September (StR-Sondersitzung): **Vuk Jeremić**, serbischer Außenminister

16. Oktober: **Erhard Busek**, ehemaliger Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa

29. Oktober (Gemeinsame Sitzung mit dem Forum für Sicherheitskooperation):  
**Costas Papacostas**, Verteidigungsminister der Republik Zypern

6. November: **Lulzim Basha**, albanischer Außenminister

**Pierre Morel**, EU-Sonderbeauftragter für Zentralasien und für die Krise in Georgien

20. November: **Heikki Talvitie**, Sondergesandter des Amtierenden Vorsitzenden

## Der Ständige Rat

Der Ständige Rat ist das Hauptgremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er tritt wöchentlich in der Hofburg zusammen. 2008 führte der finnische Botschafter Antti Turunen den Vorsitz.

Im Laufe des Jahres sprachen viele hochrangige Vertreter der Teilnehmerstaaten vor dem Ständigen Rat und äußerten ihre Ansichten zu kontroversiellen Tagesthemen. Erstmals ergriff auch der damalige irische Premierminister Bertie Ahern anlässlich einer gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation in der OSZE das Wort.

Die drei seit 2007 bestehenden Ausschüsse, die die drei Sicherheitsdimensionen der OSZE widerspiegeln, setzten ihre Arbeit fort. Sie erörterten eine Reihe von politischen Initiativen und entwarfen Texte, die in Beschlüsse des Ständigen Rates und des Ministerrats Eingang fanden.

Der von Botschafter György Molnár, dem Ständigen Vertreter Ungarns, geleitete Sicherheitsausschuss befasste sich mit Themen wie Polizeiarbeit, Terrorismusbekämpfung und Grenzmanagement und mit der Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan*.

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss unter Leitung des Ständigen Vertreters von Kasachstan, Botschafter Kairat Abdrachmanow, griff das auf dem 16. *Wirtschafts- und Umweltforum* erörterte Thema *Binnenschifffahrt* auf.

Der Ausschuss für die menschliche Dimension wurde von Botschafter Eoin O’Leary, dem Ständigen Vertreter Irlands, geleitet. Er leistete einen Beitrag zu den Bemühungen der OSZE im Kampf gegen den Menschenhandel. Im Mittelpunkt stand die verstärkte Reaktion der Strafgerichtsbarkeit und die Arbeit an der Umsetzung des *Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet*, durch den die Roma- und Sinti-Minderheiten in die europäische Gesellschaft integriert werden sollen. Der Ausschuss befasste sich auch mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im OSZE-Raum und mit der Frage, welchen Beitrag die OSZE zur Umsetzungsphase der VN-Initiative *Allianz der Zivilisationen* leisten kann.

*Das Forum  
für  
Sicherheits-  
kooperation*

## Das Forum für Sicherheitskooperation

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK), in dem 2008 Spanien, Estland und Finnland der Reihe nach den Vorsitz führten, widmete sich weiterhin den wesentlichen politisch-militärischen Fragen, darunter: Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) und der *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*.

Bis Dezember dieses arbeitsreichen und anspruchsvollen Jahres wurden 17 neue *Beschlüsse* verabschiedet, die auf Initiativen von Delegationen zurückgingen. In einigen Fällen handelte es sich um zusätzliche Maßnahmen zur Aktualisierung bereits bestehender Verpflichtungen, mit anderen wiederum begab sich das Forum auf ein neues Betätigungsfeld. Im Laufe des Jahres leistete das Forum auch wichtige Beiträge zu verschiedenen Veranstaltungen, etwa zum *Ministerratstreffen* von Helsinki, zur *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC)* und zur *Dritten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen*.

Ein verstärkter Dialog über VSBM und Rüstungskontrolle unterstrich die Bedeutung des Forums als Plattform zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit.

Auch die wachsenden Spannungen und der Ausbruch von Kampfhandlungen in Georgien ließen das Forum aktiv werden. An erster Stelle standen Maßnahmen zur Verminderung der Risiken nach dem *Wiener Dokument 1999 (WD99)* im Anschluss an den Zwischenfall vom 20. April mit einem unbemannten Luftfahrzeug, das über Abchasien (Georgien) abgeschossen worden war. Außerdem ersuchte der Vorsitz des Ständigen Rates das Forum um Einbringung seines Fachwissens politisch-militärischer Art unter Bezugnahme auf *Beschluss Nr. 3 des Ministerrats* von Bukarest über die Förderung der Rolle der OSZE als politisches Dialogforum, worauf ein konstruktiver beratender Dialog folgte.

Eine der wichtigsten jährlichen Veranstaltungen des Forums, das *Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM)*, das im März zum 18. Mal stattfand, war für die Teilnehmerstaaten ein Anlass, sich mit der Durchführung der vereinbarten VSBM in Gegenwart und Zukunft zu befassen, und bot Experten Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen, Anregungen zu äußern und die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in diesem Bereich zu beurteilen. Unmittelbar vor diesem Treffen traten die Leiter der Verifikationszentren zum zweiten Mal zusammen.

Das Forum schlug Themen für die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* vor, die im Juli in Wien stattfand. In den Diskussionen zeigte sich, dass der *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)* nach wie vor seine Bedeutung hat.

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen des Forums und im Plenum über eine bessere Umsetzung des *WD99* führten zu einem Beschluss über die Berücksichtigung nationaler Feiertage bei der Planung von Verifikationsaktivitäten.

Das Forum verabschiedete ferner einen *Beschluss* über eine 2009 in Wien abzuhaltende *OSZE-Arbeitstagung über einen umfassenden OSZE-Ansatz zur Verbesserung der Internetsicherheit*. Der *Beschluss* folgte auf eine Initiative des estnischen Forumsvorsitzes.

Die *OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW)* und über *Lagerbestände konventioneller Munition (SCA)* waren auch dieses Jahr ein wichtiges Thema im Forum. Dieses verabschiedete neue *Beschlüsse* über: die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von tragbaren Luftabwehrsystemen; die Aktualisierung der meldepflichtigen Kategorien von Waffensystemen und Gerät, die Gegenstand des Informationsaustauschs über den Transfer konventioneller Waffen sind; die Einführung bewährter Praktiken zur Verhütung destabilisierender Transfers von SALW auf dem Luftweg samt einem Fragebogen dazu; einen Informationsaustausch in Bezug auf Musterformulare für Endnutzerbescheinigungen und einschlägige Verifikationsverfahren; und eine Übersicht über Aspekte der Entsorgung von flüssigem Raketentreibstoff im OSZE-Raum. Die OSZE gab auch das *Praxis-handbuch „Konventionelle Munition“* heraus.

Praktische Hilfe für die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung des *SALW-* und des *SCA-Dokuments* blieb ein von Dynamik geprägter Tätigkeitsbereich des Forums. 2008 setzte die OSZE die Umsetzung zweier gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen betriebener Unterstützungsprogramme in Montenegro und Belarus fort. Die zweite Phase des umfassenden *SALW-* und *SCA-*Unterstützungsprogramms für Tadschikistan steht vor dem Abschluss. Das Forum begann auch mit einem umfassenden *SALW-* und *SCA-*Programm. Es erhielt drei neue Anfragen um Unterstützung betreffend *SALW* bzw. *SCA*.

Im Februar veranstaltete das Forum einen *Workshop über die Auswirkungen technischer, managementbezogener und finanzieller Fragen auf bestehende und geplante OSZE-Projekte betreffend SALW und SCA*.

Das Forum verabschiedete einen neuen *Beschluss* über die Öffnung und Verankerung des *Verhaltenskodex* im öffentlichen Bewusstsein, der zum Ziel hat, die Normen für verantwortungsbewusstes und kooperatives Verhalten im Sicherheitsbereich und die Verantwortlichkeiten der Staaten untereinander sowie die demokratische Kontrolle militärischer Kräfte in der OSZE-Region zu verstärken. Es gab auch immer mehr Befürworter einer Aktualisierung des entsprechenden Fragebogens.

Auch die Arbeit zur Unterstützung der Umsetzung von *Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen* über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen wurde fortgesetzt. Die Teilnehmerstaaten diskutierten über die Ausarbeitung eines Praxisleitfadens.

Im Januar fand eine Sondersitzung der Arbeitsgruppe A statt, die eine aktivere Rolle der OSZE im Kampf gegen Antipersonenminen zum Gegenstand hatte.

Die drei Vorsitze des Forums im Jahr 2008 setzten sich im Geiste des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit weiter für eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Forum und dem Ständigen Rat ein. In drei gemeinsamen Sitzungen und drei gemeinsamen Sondersitzungen wurden



dimensionenübergreifende Fragen, die für die Arbeit beider Gremien von Bedeutung sind, erörtert.

*Die  
Parlamente-  
tarische Ver-  
sammlung  
der OSZE*

## **Die Parlamentarische Versammlung der OSZE**

*Der auf dem Gipfeltreffen von Paris 1990 ins Leben gerufenen Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE gehören 320 Abgeordnete an. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung des Dialogs zwischen gewählten Parlamentariern in der OSZE-Region zu Fragen mit OSZE-Bezug. Die Parlamentarische Versammlung setzt sich für mehr Sicherheit in allen drei Dimensionen der OSZE ein. In ihrer jährlichen Erklärung, die sie auf ihrer Jahrestagung im Juli verabschiedet, spricht sie Empfehlungen an OSZE-Institutionen wie auch an die Regierungen und Parlamente der Teilnehmerstaaten aus.*

2008 war für die Versammlung und ihr Internationales Sekretariat in Kopenhagen ein sehr arbeitsreiches Jahr. Die *Jahrestagung* fand im Juli in Astana (Kasachstan) statt, die *Wintertagung* im Februar in Wien (Österreich), und im September hielt die Versammlung ihre *Herbsttreffen* in Toronto (Kanada) ab. Die Führungsspitze der Versammlung hatte für ihre politische Arbeit übervolle Terminkalender, und das Wahlbeobachtungsprogramm der Versammlung, das dieses Jahr acht Missionen umfasste, erwies sich wieder als eine der großen Stärken der OSZE.

### **Die Präsidentschaft**

Auf der *Jahrestagung* trat Göran Lenmarker aus Schweden als Präsident der Versammlung zurück, nachdem seine Amtszeit nach den maximal möglichen zwei aufeinanderfolgenden Jahren geendet hatte. Der Portugiese João Soares wurde zu seinem Nachfolger gewählt. Nach seiner Wahl erklärte Präsident Soares, eine intensivere Debatte über die wichtigsten Sicherheitsfragen, mit denen die OSZE-Region konfrontiert ist, führen zu wollen. Er betonte, dass es für die Parlamentarische Versammlung oberste Priorität habe, bei den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE eine führende Rolle zu spielen und ein politisches Urteil abzugeben. Er wolle sich für mehr Ausgewogenheit und Transparenz in der Arbeit der Organisation einsetzen.

### **Die Krise in Georgien**

Seit August stand die Krise in Georgien im Mittelpunkt der Tätigkeit der Versammlung. Präsident Soares handelte rasch und gab eine Erklärung ab, in der er zu Zurückhaltung aufrief. Er ernannte Ehrenpräsident Lenmarker zum Sondergesandten für diesen Konflikt. Bald darauf begab sich Präsident Soares nach Moskau, und Ehrenpräsident Lenmarker reiste nach Georgien, wo er Tiflis und Gori besuchte. Bei den *Herbsttreffen* führte die Versammlung eine allgemeine Debatte über die Lage in Georgien, nachdem der georgische Außenminister und der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen ihre Ansichten dargelegt hatten. Ehrenpräsident Lenmarker legte auch einen ersten Bericht vor, in dem die Forderung nach Beobachtern und einer unabhängigen Katastrophenkommission zur Untersuchung der Ereignisse erhoben wurde.

### **Der parlamentarische Dialog**

**17. Jahrestagung, Astana, 29. Juni bis 3. Juli.** Die Versammlung hielt ihre *Jahrestagung* erstmals in Zentralasien ab. Vom 29. Juni bis 3. Juli traten 227 Parlamentarier

aus 49 Ländern in Astana (Kasachstan) zur 17. *Jahrestagung* zusammen. Präsident Nursultan Nasarbajew und die Präsidenten der beiden Kammern des kasachischen Parlaments sprachen vor den Teilnehmern der *Jahrestagung*. Das Generalthema lautete: „Transparenz in der OSZE“. Es gab lebhaft Debatten über die Notwendigkeit von Regelungen für private Militärfirmen, die Sicherheitslage in Georgien, Afghanistan, Internetsicherheit, Umweltsicherheit und Klimawandel, Warenverkehr, Wasserwirtschaft, Migration, Gewalt gegen Frauen, den Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und den Wunsch an die Teilnehmerstaaten, ihre historischen Archive zugänglicher zu machen.

Die Versammlung verabschiedete die *Erklärung von Astana*, in der die Teilnehmerstaaten aufgerufen wurden, „sich auf höchster politischer Ebene uneingeschränkt für die volle Umsetzung aller ihrer OSZE-Verpflichtungen und für die künftige Stärkung der Organisation einzusetzen“. Die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten wurden auch eingeladen, die Vorschläge der Versammlung regelmäßig zu prüfen und von der Versammlung als Förderin der Demokratie und der Menschenrechte besser Gebrauch zu machen.

***Herbsttreffen, Toronto, 18. bis 20. September.*** Das Schwerpunktthema der *Herbsttreffen* lautete: die OSZE in einer offenen Welt – Warenverkehr, Sicherheit und Migration. Neben einem Seminar fanden in dieser Veranstaltungsreihe auch das *Mittelmeerforum*, das sich dieses Jahr dem Thema Integration und Zusammenarbeit widmete, und ein Treffen des Ständigen Ausschusses statt. Eine eigene Debatte zu Georgien, in deren Verlauf die Lage auf verschiedene Weise beurteilt wurde, war einer der Höhepunkte der Treffen. Der Generalsekretär der OSZE unterrichtete den Ständigen Ausschuss der Versammlung über den Haushaltsvoranschlag für 2009 und begrüßte das Interesse der Abgeordneten an der OSZE. Das *Mittelmeerforum* war das bisher bestbesuchte; an der Veranstaltung nahmen auch hochrangige Parlamentarierdelegationen der Kooperationspartner teil. Auf dem Forum wurden die vielseitigen Bemühungen um mehr Stabilität und Einigkeit im Mittelmeerraum erörtert, darunter die Initiativen „Mittelmeerunion“ und „Mittelmeerdimension der OSZE“.

***Wintertagung, Wien, 21. und 22. Februar.*** Die zweitgrößte Veranstaltung der Versammlung in diesem Jahr, die *Wintertagung*, bot den Abgeordneten eine gute Gelegenheit, mit hochrangigen Bediensteten und der Führungsspitze der OSZE unmittelbar in Kontakt zu treten und die von der Versammlung 2007 verabschiedete *Erklärung von Kiew* einer weiteren Betrachtung zu unterziehen. Auf der *Wintertagung* führte die Versammlung Debatten zu zwei besonderen Themen: einerseits zum Kosovo und andererseits zum *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)* und zur Raketenverteidigung.

## **Wahlbeobachtung**

2008 nahm die Versammlung gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) an sechs Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE teil, bei denen eigens dafür bestellte Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung die Teams der Kurzzeitbeobachter leiteten. Eine Beobachtermission entsandte die Versammlung in Eigeninitiative in die Vereinigten Staaten. Entsprechend den Gepflogenheiten ernannte der Amtierende Vorsitzende folgende Sonderkoordinatoren:

- den Abgeordneten zum US-Kongress Alcee Hastings für die Präsidentenwahlen in Georgien vom 5. Januar
- die belgische Senatorin Anne-Marie Lizin für die Präsidentenwahlen in Armenien vom 19. Februar und die Parlamentswahlen in Belarus vom 28. September
- den slowenischen Parlamentarier Roberto Battelli für die Parlamentswahlen in Serbien vom 11. Mai
- den portugiesischen Parlamentarier João Soares für die Parlamentswahlen in Georgien vom 21. Mai und die allgemeinen Wahlen in den Vereinigten Staaten vom 4. November, denen am 22. und 23. September ein Wahlseminar in Washington D. C. vorausgegangen war
- die dänische Parlamentarierin Pia Christmas-Møller für die Parlamentswahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien vom 1. Juni und die Wahlwiederholung vom 15. Juni

Neben der Entsendung von Missionen beteiligte sich die Versammlung an einem Dialog über wahlbezogene Angelegenheiten und konkrete Fragen der Wahlbeobachtung. Nach einer Rede des Präsidenten vor der Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wurde in einer informellen Arbeitsgruppe ein Dialog über Beobachtungsstandards und Transparenz geführt. Der Generalsekretär Spencer Oliver traf in Kopenhagen mit dem neuen Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zusammen. Bei einem Seminar über Wahlbeobachtung im Juli in Wien stellte der Generalsekretär die Ansichten der Versammlung vor.

## **Regionale Schwerpunkte und die Arbeit vor Ort**

Ausschüsse und Vertreter der Versammlung arbeiten vor Ort mit Feldoperationen an der Förderung des parlamentarischen Dialogs über verschiedene politische Themen.

Der Sonderbeauftragte für den Berg-Karabach-Konflikt, Ehrenpräsident Lennmarker, setzte sich wie schon bisher in Armenien und Aserbaidschan für einen parlamentarischen Dialog ein, um den Friedensprozess der Minsk-Gruppe zu unterstützen. Bei Besuchen in beiden Ländern im September waren die neuen Impulse für eine Lösung des Konflikts Gesprächsthema.

Im Februar berichtete das Parlamentarierteam für Moldau der Versammlung über einen Besuch in diesem Land. In dem Bericht wird zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Status von Transnistrien aufgerufen. Bei einem Treffen mit der moldauischen Delegation während der *Wintertagung* erörterte das Team die Aussichten für eine Institutionalisierung parlamentarischer Kontakte zwischen Chişinău und Tiraspol.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus setzte sich weiterhin für die Förderung des Dialogs, der Demokratie sowie freier und fairer Wahlprozesse in Belarus ein. Die Arbeitsgruppe führte bei Treffen der Versammlung Gespräche mit belarussischen Parlamentariern. Darüber hinaus nahm die Leiterin der Arbeitsgruppe, Uta Zapf, zur Absprache von Strategien an Sitzungen der Parlamentariertroika teil, der Vertreter der

Parlamentarischen Versammlung des Europarats, des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE angehören.

Der Sonderbeauftragte der Versammlung für Zentralasien, Vizepräsident Kimmo Kiljunen, ermutigte zentralasiatische Mitglieder auch dieses Jahr zu einer aktiven Teilnahme an der Versammlung. Er traf am Rande von Treffen der Versammlung mit zentralasiatischen Delegationen zusammen, um Fragen der regionalen Zusammenarbeit und andere Themen mit OSZE-Bezug zu besprechen. Im März besuchte er Turkmenistan.

Gegen Ende des Jahres ernannte Präsident Soares Michel Voisin zum Sonderbeauftragten für Afghanistan. Das gesamte Jahr 2008 hindurch ermutigte die Versammlung afghanische Abgeordnete zur Teilnahme an den Treffen der Versammlung. Diese nahm auch an der *OSZE/Afghanistan-Konferenz 2008* teil, wo sie auf die Rolle der Parlamentarier in der OSZE aufmerksam machte.

Die Versammlung setzte ihre seit Langem bestehenden Bemühungen um eine Verstärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum fort. Der Sonderbeauftragte Alcee Hastings war auch im Laufe dieses Jahres bestrebt, Fragen, die die Sicherheit im Mittelmeerraum betreffen, bewusst zu machen. Er besuchte die Region im Dezember.

Die Vizepräsidentin der Versammlung und Sonderbeauftragte für Guantánamo, Anne-Marie Lizin, besuchte am 26. März zum dritten Mal das US-Gefangenenlager in Guantánamo Bay und setzte ihre Nachforschungen über den Zustand seiner Insassen fort. Einen Bericht darüber legte sie der *Jahrestagung* vor.

Die Sonderbeauftragte für Genderfragen, Vizepräsidentin Tone Tingsgaard, legte der *Jahrestagung* ihren jährlichen Bericht vor und arbeitete den Text zu einer EntschlieÙung aus, in der dazu aufgerufen wurde, in der OSZE mehr Frauen für leitende Positionen heranzuziehen. 2008 betonte sie insbesondere die Frage der Gewalt gegen Frauen. Am 20. Oktober nahm sie in Duschanbe am *Expertenseminar über innovative Ansätze zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen* teil.

Der Sonderbeauftragte für den OSZE-Haushalt, Pétur Blöndal, führte Gespräche im Büro des Generalsekretärs der OSZE und besuchte das BDIMR und die externen Prüfer der OSZE.

Roberto Battelli, OSZE-Sonderbeauftragter für Südosteuropa, besuchte seine Region 2008 mehrmals, auch als Sonderkoordinator des Amtierenden Vorsitzenden bei den Wahlen in Serbien im Mai. Er vertrat auch die Versammlung bei Treffen regionaler Initiativen, unter anderem beim ersten Treffen des Regionalen Kooperationsrats. Im Oktober veranstaltete die Versammlung in Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels eine Diskussionsrunde zum Thema Menschenhandel in Verbindung mit einem Besuch bei der OSZE-Mission in Sarajewo.

Der Sonderbeauftragte für den Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Carlo Vizzini, legte bei den *Herbsttreffen* einen Bericht vor, in dem

einheitliche europäische Gesetze und mehr Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden im Kampf gegen die organisierte Kriminalität gefordert wurden.

Präsident der Parlamentarischen Versammlung:  
João Soares seit 3. Juli,  
als Nachfolger von Göran Lenmarker  
[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)

*Die Feld-  
operationen  
der OSZE*



# *Südosteuropa*

## Die Präsenz in Albanien

*Die Präsenz in Albanien unterstützte das Gastland bei der Festigung seiner staatlichen Institutionen mit folgenden Schwerpunkten: Reformen in den Bereichen Justiz, Gesetzgebung und Wahlen, Aufbau parlamentarischer Kapazitäten, Bekämpfung des Menschenhandels, Polizeiausbildung, Korruptionsbekämpfung und Good Governance, Eigentumsfragen und Regionalverwaltung. Sie setzte sich ferner für die Unabhängigkeit der Medien und für die Stärkung der Zivilgesellschaft ein. In einem großen technischen Unterstützungsprojekt zur Modernisierung des albanischen Personenstands- und Adressenwesens wurde ein Meilenstein gesetzt.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Hilfestellung für die Grenz- und Staatspolizei.** Die Präsenz unterstützte die Grenz- und Migrationspolizei bei der Umsetzung der *Strategie für ein integriertes Grenzmanagement*, indem sie sich von der Zentrale aus und über die Außenstellen für das Zustandekommen von Treffen zu Fragen der Grenzkooperation und grenzüberschreitender Vereinbarungen einsetzte. Zur Unterstützung im Kampf gegen die Kriminalität erhielten rund ein Dutzend Polizei- und Zollbeamte eine Ausbildung, bei der sie lernten, wie man Fahrzeuge mit spezieller Ausrüstung durchsucht und gefälschte Dokumente erkennt. Bei einem regionalen Workshop erfuhren 30 höhere Polizeibeamte Einzelheiten über den Betrieb von Leadership-Assessment-Zentren, die die Umsetzung des neuen *Gesetzes* über die *Polizeiränge* und des *Gesetzes* über die *Staatspolizei* unterstützen. 15 höhere Polizeibeamte aus der Region und internationale Polizeiexperten nahmen an einer *Leadership-Konferenz über Polizeiausbildung auf dem Balkan* teil, bei der verfügbare Ressourcen für die Polizeiausbildung aufgezeigt und Netzwerke für Polizeiausbildner geschaffen werden sollten. Die Präsenz arrangierte auch Kurse für den Zweitspracherwerb, an denen 150 Polizeibeamte teilnahmen.

**Entsorgung von Munition.** Die Präsenz unterstützte die Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation, das Albanien seine Hilfe bei der Entsorgung des Raketentreibstoffs *Mélange* anbot. Die gesamte Menge an Treibstoff wurde im Rahmen eines von Griechenland, Dänemark, Finnland und Schweden finanzierten Projekts von den drei ursprünglichen Lagerstätten entfernt und neutralisiert.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Unterstützung der Eigentumsreform.** Die Präsenz half dem Amt für Eigentumsrückgabe und -entschädigung bei der Entwicklung einer Grundkarte, der ersten Stufe digitalisierter geografischer Informationen in einem Geografischen Informationssystem. Im Rahmen eines von der Europäischen Kommission finanzierten Projekts wurde mit der Eintragung von Liegenschaften im südlichen Abschnitt der albanischen Küste begonnen.

**Unterstützung der Dezentralisierung und der Regionalreform.** 27 Richter erhielten bei einer regionalen Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa abgehalten wurde, eine

Schulung zum Thema „Der Zugang zum Recht“. Gemeinsam mit dem Europarat unterstützte die Präsenz ein Projekt für die Bürgermeister von fünf Gemeinden zu den Themen Mitarbeiterführung, Verwaltung öffentlicher Versorgungsbetriebe und Bürgerbeteiligung.

**Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung.** Eine von der Präsenz ausgerichtete Konferenz sollte – angesichts der erweiterten Kompetenzen örtlicher Behörden – gewährleisten, dass die nationalen Prioritäten im Kampf gegen Korruption in örtliche Pläne einfließen. Mit Unterstützung der Präsenz wurden 400 Beamte des Oberinspektorats für Vermögensoffenbarung und Wirtschaftsprüfung über die bei Interessenkonflikten anzuwendenden rechtlichen Grundlagen informiert.

**Unterstützung beim Schutz und bei der Wiedereingliederung von Menschenhandelsoffern.** Die Präsenz unterstützte die Ausarbeitung und Veröffentlichung der *Nationalen Strategie gegen Menschenhandel samt einem Aktionsplan für die Jahre 2008–2010* und veranstaltete eine nationale Konferenz, bei der dieses Dokument vorgestellt wurde. Für Strafverfolgungsbehörden und Sozialeinrichtungen erstellte sie zwei Handbücher mit Informationen über die Identifizierung und den Schutz tatsächlicher und potenzieller Menschenhandelsoffern und deren Verweisung an zuständige Stellen. Die Präsenz schulte Polizeibeamte in Fragen des Menschenhandels und Sozialarbeiter in Fragen der Verhütung des Menschenhandels und des Opferschutzes.

**Förderung eines besseren Umweltmanagements.** Im Einklang mit den Empfehlungen der *Aarhus-Konvention* bezüglich einer stärkeren Bürgerbeteiligung setzte sich die Präsenz für die Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) an der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitischen Entscheidungen ein. Regierungs- und NRO-Vertreter nahmen an Studienbesuchen in Finnland und Österreich teil, wo sie optimale Vorgehensweisen in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen und erneuerbare Energiesysteme studieren konnten.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Förderung der Wahlreform.** Die Präsenz unterstützte Albanien bei der Schaffung eines neuen Staatlichen Bürgerverzeichnisses, das im Dezember fertiggestellt wurde und einen wichtigen Schritt im Regierungsprojekt zur Modernisierung des Adressen- und Personenstandswesens darstellt. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission finanziert. Die Präsenz unterstützte den Parlamentarischen Ad-hoc-Ausschuss für Fragen der Wahlreform und setzte sich erfolgreich für eine Geschlechterquote in der jüngst beschlossenen *Wahlordnung* ein. Unter Beteiligung von NROs, die Menschen mit Behinderung vertreten, fand auf Betreiben der Präsenz eine Veranstaltung statt, deren Ergebnisse später dem Ad-hoc-Ausschuss zur Kenntnis gebracht wurden.

**Stärkung der Parlamentarischen Versammlung.** Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern hielt die Präsenz mehrere regionale Veranstaltungen ab. Weibliche Abgeordnete wurden bei der Gründung einer Frauenfraktion unterstützt. Gemeinsam mit anderen OSZE-Missionen in der Region veranstaltete die Präsenz eine Regionalkonferenz für weibliche Abgeordnete. Mit Unterstützung des niederländischen Parlaments organisierte sie eine Schulung für

Mitarbeiter der Parlamentsbibliothek und des Parlamentsarchivs. Die Präsenz unterstützt neuerdings auch die Schaffung eines Informatiknetzwerks.

**Stärkung der Justiz.** Die Präsenz leistete technische Unterstützung bei der Einführung der staatlichen Bewährungshilfe, deren Aufgaben bei einem Seminar für 40 Richter und Staatsanwälte erörtert wurden, und veranstaltete einen Bewährungshilfe-Lehrgang. Die Präsenz leistete auch Unterstützung bei der Ausarbeitung von Durchführungsverordnungen zum *Gesetz* über die *Staatspolizei* und zum *Gesetz* über die *Oberste Staatliche Rechnungsprüfungsbehörde*. Sie gab ein Polizeihandbuch über den Umgang mit minderjährigen Gesetzesbrechern und Verbrechensoffern heraus. Gemeinsam mit der Kommission für den öffentlichen Dienst informierte sie in einer Schulungsveranstaltung 36 Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen von Shkodra und Lezha über gesetzliche Bestimmungen für den öffentlichen Dienst und über Streitbeilegung. Die Präsenz gab einen *Juristischen Schutzverordnungsführer* und eine Broschüre über häusliche Gewalt heraus. Sie stellte Mittel für einen Studienbesuch in Italien zum Thema Zeugenschutz zur Verfügung, an dem Ankläger vom Gerichtshof für Schwerverbrechen und Mitarbeiter des albanischen Amtes für Zeugenschutz teilnahmen.

**Menschenrechte.** Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft brachte die Präsenz in allen Haftanstalten des Landes insgesamt rund 70 versiegelte Briefkästen an. Häftlinge können auf diese Weise bei der Volksanwaltschaft eine Beschwerde einbringen, wenn sie der Ansicht sind, dass ihre Rechte verletzt wurden. Die Präsenz veranstaltete eine Konferenz über die Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und zur Hebung des Verständnisses für Romafragen. Sie führte weiterhin den Vorsitz in Koordinations-sitzungen von Gebern und Regierungsvertretern zu Fragen der Roma und der Gefängnisreform.

**Medienentwicklung.** Die Präsenz unterstützte den Staatlichen Rundfunk- und Fernsehrat bei der Ausarbeitung des Entwurfs zu einer Digital-TV-Strategie im Wege eines Konsultationsprozesses mit österreichischer Finanzierung. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt wurde auch bei der Ausarbeitung von Konzepten für die Umsetzung ihrer Strategie unterstützt. Unter Mithilfe des Beauftragten für Medienfreiheit förderte die Präsenz einen transparenten Prozess zur Ausarbeitung eines neuen Rundfunk- und Fernsehgesetzes. Sie begann mit einem von der Europäischen Kommission finanzierten Projekt zur Schaffung eines „Medienklubs“, der als Selbstkontrollorgan der Medien fungieren wird.

**Förderung der Zivilgesellschaft und der Bürgerrechte.** Zivilgesellschaftliche Entwicklungszentren unterstützten mithilfe der Präsenz auch dieses Jahr die örtliche Zivilgesellschaft. Die Zentren veranstalteten mit örtlichen NROs Hearings über den Entwurf zu einem Gesetz über den albanischen Fonds für die Entwicklung der Zivilgesellschaft.

**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte.** Mit Unterstützung vonseiten der Präsenz verabschiedete das Parlament ein *Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter*. Die Präsenz fungierte weiterhin als Beraterin bei der Ausarbeitung der nötigen Durchführungsverordnungen. Weibliche Opfer in der Region Kukës erhielten auch dieses Jahr mit deutscher Finanzierung Unterstützung durch das Frauenberatungszentrum.

Leiter der Präsenz:  
Botschafter Robert Bosch  
Haushalt: 3.544.600 EUR  
[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)

## Die Mission in Bosnien und Herzegowina

*Die Mission setzte ihre Arbeit an der Festigung der Demokratie und einer verantwortungsvollen Staatsführung fort und konnte zwei Unterstützungsprojekte zugunsten der örtlichen Verwaltung, an denen sich mehr als die Hälfte der Gemeinden des Landes beteiligte, erfolgreich abschließen. Im Rahmen ihrer Bemühungen um Förderung der Rechtsstaatlichkeit setzte sich die Mission auch dieses Jahr vehement für eine effiziente Abwicklung von Kriegsverbrecherprozessen und entsprechende Gesetzesreformen ein. Die Mission leistete einen Beitrag zur aktuellen Bildungsreform, wobei sie die Frage des Zugangs zu Bildungseinrichtungen und die Themen Diskriminierung, Wirtschaftlichkeit und Bürgerbeteiligung ansprach. Und schließlich unterstützte die Mission Bosnien und Herzegowina auch bei der Erfüllung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Rüstungskontrolle.** Die Mission arbeitete mit Behörden zusammen, um die Sicherheit von Munitionslagern zu erhöhen, die Vernichtung überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen und überschüssiger Munition voranzutreiben und strengere gesetzliche Vorschriften zur Kontrolle von Waffen und Munition auf gesamtstaatlicher Ebene zu erreichen. Obwohl keine entsprechenden Gesetze erlassen wurden, haben die diesbezüglichen Bemühungen doch zu einer Bewusstseinsbildung hinsichtlich aller Aspekte dieser Frage beigetragen.

Die Mission half auch bei der Umsetzung der Regelungen für *subregionale Rüstungskontrolle* im Rahmen von *Anhang 1-B des Friedensabkommens von Dayton* durch technische, logistische und sprachliche Unterstützung bei 17 Veranstaltungen.

**Erfüllung von Verpflichtungen.** Das Verteidigungsministerium und die Mission veranstalteten vier Seminare über den *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, die von über 100 höheren Sicherheitsbeamten aus gesamtstaatlichen Institutionen und den Teilgebieten besucht wurden. Es kam auch zu einer Verstärkung der interministeriellen und der zwischenbehördlichen Zusammenarbeit.

**Parlamentarische Entwicklung.** Durch die Abhaltung von Studienbesuchen, Arbeitstagen und Konferenzen für die gesamtstaatlichen parlamentarischen Ausschüsse für Verteidigung, Sicherheit und den Nachrichtendienst förderte die Mission unter den Abgeordneten das Verständnis für parlamentarische Kontrolle. Die zwischenbehördliche Zusammenarbeit zeigte sich besonders bei einer Regionalkonferenz für Parlamentarier und Ministerialbeamte über kooperatives Vorgehen bei Naturkatastrophen.

**Aufbau von Kapazitäten.** Gemeinsam mit dem Ministerrat und dem Sicherheitsministerium arbeitete die Mission an der Umsetzung der Sicherheitsstrategie des Landes. An drei Kursen über die Sicherheitsstrategie, die mit finanzieller Unterstützung Finnlands abgehalten wurden, beteiligten sich 70 höherrangige Mitarbeiter von staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, Mitglieder der Zivilgesellschaft und Medienschaffende.

In Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsministerium und dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik veranstaltete die Mission ein sicherheitspolitisches Seminar auf Führungsebene, bei dem erörtert wurde, welchen Beitrag das Land zur Verbesserung der Sicherheit in der Region leisten kann.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Arbeitsplätze und Wirtschaft.** Die Mission half bei der Organisation von zwölf Stellenbörsen und 30 Unternehmerseminaren, die gemeinsam mit Gemeinden, Arbeitsämtern, privatwirtschaftlichen Unternehmen, Entwicklungsagenturen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen abgehalten wurden. Über 400 junge Menschen fanden einen Arbeitsplatz und 50 gründeten ein Unternehmen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Ahnung von Kriegsverbrechen.** Eine der dringlichsten Aufgaben der Mission war die Beratung und Unterstützung nationaler Institutionen in Bezug auf die effiziente Abwicklung von Kriegsverbrecherprozessen. Die Mission setzte auch die Beobachtung von Fällen fort, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) abgetreten worden waren. Darüber verfasste sie 15 Berichte, in denen Probleme detailliert behandelt und Lösungen vorgeschlagen wurden. Die Mission trat für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem ICTY und den Justizbehörden des Gesamtstaates und der Teilgebiete ein. Durch Schulungen und technische Unterstützung sorgte sie für einen kompetenteren Umgang der Justiz mit Kriegsverbrechen.

**Justizreform.** Zur Unterstützung der laufenden institutionellen und legislativen Reformen präsentierte die Mission maßgeblichen Beteiligten regelmäßig die Erkenntnisse aus ihren Beobachtungen in Bezug auf die Fähigkeit der Justiz zu einer effizienten und erfolgreichen Abwicklung ihrer Tätigkeit. Sie setzte sich für die Verabschiedung einer Nationalen Reformstrategie für die Justiz, Reformen in der Gesetzgebung und Verbesserungen in der Jugendgerichtsbarkeit ein.

**Nationale Menschenrechtsinstitutionen.** Die Mission half auch dieses Jahr bei der Besetzung der Stellen in der jüngst reformierten Volksanwaltschaft. Sie überwachte die Funktionsfähigkeit von Arbeitsgruppen, die sich mit Gesetzungsfragen befassen, und von Kontrollmechanismen, durch die Menschenrechtsverletzungen abgestellt werden sollen.

**Förderung der Rechte der Roma und nationaler Minderheiten.** Die Mission war maßgeblich daran beteiligt, dass sich das Gastland der *Dekade für die Integration der Roma* anschloss, und unterstützte die Ausarbeitung der *Roma-Aktionspläne* für Wohnraumversorgung, Gesundheit und Beschäftigung. Sie befasste sich auch mit dem Aufbau von Kapazitäten in den Minderheitenräten und Roma-Vereinigungen.

**Unterstützung der Flüchtlingsrückkehr.** Die Mission unterstützte die Arbeit der Staatlichen Kommission für Flüchtlinge und Vertriebene und die Revision der *Implementierungsstrategie nach Anhang 7 des Friedensabkommens von Dayton*. In enger Zusammenarbeit mit OSZE-Missionen, der Europäischen Kommission und dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen in Kroatien, Serbien und

Montenegro trug die Mission zu Fortschritten bei der Umsetzung der *Erklärung von Sarajewo* (der *3x4-Initiative*) bei, deren Ziel es ist, entweder die Rückkehr oder die örtliche Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Region zu erleichtern.

**Gleichstellung der Geschlechter und häusliche Gewalt.** Die Mission trat weiterhin für die Umsetzung der *Resolution 1325* des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über *Frauen und Frieden und Sicherheit*, des *Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (CEDAW) und des bosnisch-herzegowinischen Gesetzes über die *Gleichstellung der Geschlechter* ein. Sie beobachtete das Vorgehen örtlicher Behörden gegen häusliche Gewalt und unterstützte örtliche Initiativen zur Verbesserung der Kommunikation unter einschlägigen Akteuren.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels organisierte die Mission ein *Parlamentarierseminar*, als dessen Gastgeber das Parlament von Bosnien und Herzegowina fungierte. An dem Seminar nahmen 30 Parlamentarier aus der gesamten Region teil.

## DEMOKRATISIERUNG

**Transparenz und Rechenschaftspflicht auf Regierungsebene.** Die Mission unterstützte die regionale Zusammenarbeit von Abgeordneten und Bediensteten des Staatsparlaments zu Fragen der Integration in die Europäische Union, die Arbeit mit Kontrollbehörden und die Teilnahme von Frauen an der Entscheidungsfindung. Sie unterstützte weiterhin die Entwicklung der Informationstechnologie, die Einführung eines festen Parlamentskalenders und die elektronische Verarbeitung parlamentarischer Materialien. Die Bemühungen um Einführung eines Verhaltenskodex und um Öffnung des Parlaments für die Bevölkerung gingen weiter.

Die Mission schloss zwei mehrjährige Kommunalverwaltungsprojekte ab: das *Programm für die Reform der Kommunalverwaltung*, das von 95 der 102 beteiligten Gemeinden erfolgreich abgeschlossen wurde, und *UGOVOR (Vertrag)*, das 70 der 80 teilnehmenden Gemeinden abschlossen. Beide Projekte hatten eine Verbesserung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht in der Kommunalverwaltung zum Ziel, insbesondere im Hinblick auf die strategische Planung, die Haushaltsdisziplin und leistungsorientierte Einstellungspraktiken. Zusätzlich wurde vereinbart, 2009 die Verantwortung für das *Beacon Scheme*, das hervorragende Leistungen der öffentlichen Verwaltung als Dienstleistungsanbieter feststellt und auszeichnet, an einheimische Behörden zu übertragen.

Die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Kommunikationsstrategien im Rahmen der *Public-Outreach-Initiative* verbesserte die Kommunikation zwischen Kommunalverwaltungsbehörden und der Öffentlichkeit. Durch eine weitere Initiative in 18 kleineren Gemeinden sollten örtliche Medien die Fähigkeit erlangen, als Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Bürgern zu fungieren und Fragen anzusprechen, die für die örtliche Bevölkerung von Bedeutung sind. Die Mission veranstaltete auch erstmals einen Sommerkurs für Journalisten.



**Gesetzliche und verordnungsrechtliche Grundlagen.** Die Mission unterstützte über 95 Prozent der Gemeinden des Gastlandes bei der Angleichung ihrer Statuten und verfahrensrechtlichen Vorschriften an das neue *Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung* und half beiden Teilgebieten bei den laufenden Reformen in der kommunalen Selbstverwaltung.

**Bürgerbeteiligung.** Rund 650 junge Menschen nahmen am Projekt *Offenes Parlament* teil, das zehn TV-Debatten zwischen Parlamentariern und Jugendlichen und sechs Bildungsbesuche im Parlament umfasste.

## WAHLANGELEGENHEITEN

Auf Ersuchen der Zentralen Wahlkommission leistete die Mission fachliche Beratung in Fragen der Wahlgesetzgebung, unter anderem zum Thema Parteienfinanzierung und zu gesetzlichen Regelungen für Interessenkonflikte. Auch bei der Umsetzung einer Abänderung zur *Wahlordnung* leistete die Mission Unterstützung: Personen, die 1991 ihren Wohnsitz in Srebrenica hatten, sind nun bei Kommunalwahlen in dieser Stadt wahlberechtigt. Diese Maßnahme, die in Srebrenica zu einer höheren Wahlbeteiligung führte (63 Prozent gegenüber 36 Prozent im Jahr 2004), wurde von den Vereinigten Staaten, Schweden und den Niederlanden finanziell unterstützt.

## BILDUNGSWESEN

**Förderung von Good Governance und Rechtsstaatlichkeit.** Erste Versuche der Mission, das Good-Governance-Konzept in Schulen zu propagieren, waren erfolgreich. Fast 50 Schulausschüsse aus dem ganzen Kanton Zenica-Doboj nahmen an dem teilweise von Deutschland finanzierten Pilotprojekt teil. Diese Bemühungen sollen 2009 in anderen Gebieten noch verstärkt werden. Ein Bericht über Schulsprengel zog zwei Vorausanalysen über Optionen für eine Optimierung des Schulnetzes in Sanski Most und Banja Luka nach sich. Bei mehreren Studienbesuchen konnten Schüler, Lehrer und Eltern aus anderen Teilen des Landes das schulische Integrationsmodell des Brčko-Distrikts kennenlernen. Zur Stärkung regionaler Netzwerke fanden Treffen von Schuldirektoren mit ihren Kollegen in Slowenien statt, und Elternvereinsmitglieder aus dem Gastland trafen ihre montenegrinischen Kollegen und begannen mit der Entwicklung grenzüberschreitender Initiativen.

**Mehr Gleichberechtigung beim Zugang zu Bildung und Nichtdiskriminierung.** Angesichts der möglicherweise destabilisierenden Auswirkungen der Tatsache, dass beim Zugang zu Schulen keine Gleichberechtigung herrscht, setzte sich die Mission 2008 für die Einführung eines *Integrationsindex* ein – eines Instruments zur Selbsteinschätzung der Schulen samt Aktionsplänen, durch die gewährleistet werden soll, dass alle Kinder geeignete Schulen besuchen können und dort willkommen sind. Mit finanzieller Unterstützung vonseiten des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten ermöglichte die Mission die Ausarbeitung eines *Übungsbuchs zum Thema nationale Minderheiten* für Grundschüler. Sie unterstützte auch die Einführung eines Unterrichtsfachs „Kultur der Religionen“, wofür Deutschland und Norwegen die finanziellen Mittel bereitstellten. Die Mission leistete auch weiterhin logistische Unterstützung bei Fortbildungsveranstaltungen für Autoren von Geschichtelehrbüchern, Verlagslektoren und Lehrer.

**Förderung der Mitsprache.** Die Mission organisierte öffentliche Debatten und zwei Dutzend Radiosendungen, in denen Empfehlungen für die Umsetzung des *Rahmengesetzes* über die *Vorschulbildung* abgegeben wurden. Sie organisierte auch über 40 Veranstaltungen im Rahmen der Initiative *Für eine Kultur der Toleranz*, an denen Schüler, Eltern und Lehrer aus gemischten und ethnisch einheitlichen Gemeinschaften teilnahmen. Die Mission war bestrebt, durch Workshops, etwa zu den Themen Identität, Vorurteile und Klischees, und durch Besuche an Kulturstätten die gegenseitige Achtung und das Verständnis füreinander zu fördern.

Leiter der Mission:

Botschafter Gary Robbins seit 30. Oktober,

als Nachfolger von Botschafter Douglas Davidson, dessen Mandat am 15. September endete

Haushalt: 15.254.500 EUR

[www.oscebih.org](http://www.oscebih.org)

## Die Mission im Kosovo

*Trotz der Veränderungen im politischen Umfeld im Zusammenhang mit der Ausrufung der Unabhängigkeit durch die Kosovo-Versammlung am 17. Februar erfüllte die Mission im Kosovo weiterhin ihr Mandat. Sie nahm eine statusneutrale Position im Sinne von Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) ein, in der die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Mission festgelegt wurden.*

*Die Mission nahm wie bisher ihre weithin anerkannten Verantwortlichkeiten im Bereich der Stärkung von Institutionen wahr, unter besonderer Betonung der Achtung der Menschenrechte und der Volksgruppenrechte. Sie ist derzeit der einzige zivile internationale Akteur mit einer ausgeprägten Feldpräsenz im gesamten Kosovo. Mit der Umgestaltung der internationalen Zivilpräsenz erhält die Mission eine noch wichtigere Rolle.*

**(FOOTNOTE: 1. Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die Vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.)**

### START BOX

#### **Fortgesetzte Feldpräsenz**

Mit der Verkleinerung der VN-Mission im Kosovo (UNMIK) stieg die Bedeutung der OSZE-Feldpräsenz, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Volksgruppenrechte. Die Mission fungiert als „Auge und Ohr“ der internationalen Gemeinschaft im Kosovo, ihre Mitarbeiter sind in jeder Gemeinde, den meisten Ministerien, der Kosovo-Versammlung und mehreren unabhängigen öffentlichen Einrichtungen präsent. Die Kommunalteams der OSZE und die Fachabteilungen für Eigentumsfragen, Good Governance, Volksgruppen, Justiz und Polizei halten die internationale Gemeinschaft über die Entwicklungen auf dem Laufenden und versuchen, eine Änderung zum Besseren herbeizuführen.

Die von der Mission in Eigeninitiative betriebene Überwachung kosovarischer Gerichte, Polizeistationen und kommunaler Verwaltungsorgane, von Arbeitsgruppen und Kommissionen besteht nicht nur in einer reinen Beobachtung, sondern führt oft auch zu politischen Interventionen, durch die sich das Leistungsvermögen örtlicher Behörden verbessern soll. In ihrer fast zehnjährigen Arbeit mit örtlichen Akteuren hat sich die Mission aufgrund ihrer Kompetenz und Professionalität einen guten Ruf erworben. An den guten Arbeitsbeziehungen mit allen Volksgruppen und örtlichen Behörden hat sich trotz der politischen Entwicklungen dieses Jahres nichts geändert.

### END BOX

#### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Menschenrechte.** Die Mission wachte weiterhin über den Schutz der Menschenrechte und über Mitsprachemöglichkeiten der Volksgruppen im Kosovo, wobei sie auf den Schutz der in der Minderheit befindlichen Volksgruppen, auf Eigentumsfragen, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Beobachtung der Gerichte und der Polizei besonders achtete und die Volksanwaltschaft unterstützte.

Die Mission trug maßgeblich dazu bei, dass Ämter auf kommunaler Ebene für Angehörige bestimmter Volksgruppen reserviert wurden – was eine entscheidende Voraussetzung für die Förderung der Rechte der in der Minderheit befindlichen Volksgruppen ist –, insbesondere durch Erleichterung des Zugangs zu Schlüsselstellen und durch Öffentlichkeitsarbeit.

Infolge der Unterstützung durch die Mission in den letzten beiden Jahren gibt es nun in den meisten Ministerien und Gemeindeverwaltungen Menschenrechtsabteilungen. Diese Abteilungen ermöglichen es den Ämtern, in denen sie tätig sind, für die Wahrung der Menschenrechte zu sorgen und eigene Menschenrechtsberichte herauszugeben.

**Good Governance.** Auf Betreiben der Mission richtete die Kosovo-Versammlung einen eigenen Menschenrechtsausschuss ein. Der neue Ausschuss für Menschenrechte, Genderfragen, Vermisste und Petitionen, der seine Arbeit binnen kürzester Zeit aufnehmen konnte, hat den Gesetzgeber veranlasst, der Wahrung der Menschenrechte durch öffentliche Institutionen, der Chancengleichheit und dem Dialog mit der Zivilgesellschaft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Mission betreute und beriet den neuen Ausschuss und die anderen Ausschüsse der Versammlung unter besonderer Beachtung folgender Themen: Unterstützung in Gesetzgebungsfragen, Aufsichtsorgane, Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz und Überprüfung von Gesetzesentwürfen im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Volksgruppenrechte und internationale Standards.

**Eigentumsrechte.** Der Schutz von Wohn- und Eigentumsrechten und des kulturellen Erbes war eine weitere vorrangige Aufgabe der Mission. Sie beobachtete den Raumplanungsprozess und riet den Behörden, „wilde“ Siedlungen zu legalisieren, damit sich die Lage in diesem Bereich normalisiert. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Integration der Bewohner dieser Siedlungen – meist Roma, Ashkali, Ägypter oder Angehörige anderer benachteiligter Bevölkerungsgruppen – in die Gesellschaft. Die Mission überwachte verschiedene religiöse und kulturelle Stätten und informierte und beriet Gemeindeverwaltungen über ihre Verpflichtung, diese Stätten optimal zu schützen, wie es international üblich ist.

**Unterstützung im Kampf gegen den Menschenhandel.** Die Bekämpfung des Menschenhandels war der Mission ein besonderes Anliegen. Sie bot Schulungen für die an der Bekämpfung des Menschenhandels Beteiligten – Gewerbe-, Arbeits- und Gesundheitsinspektoren, Opferanwälte, Polizeibeamte und Friedenssoldaten der Kosovo-Truppe. Zur Bewusstseinsbildung in dieser Frage wurden mehrere öffentliche Informationskampagnen durchgeführt. Die größte dieser Kampagnen, „*Rock to Break the Silence*“: *Melde Menschenhandel*, machte Werbung für eine telefonische Anlaufstelle. Höhepunkt war ein öffentliches Rockkonzert am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte.

**Beobachtung der Justiz.** Die Mission beobachtete auch dieses Jahr die Justiz und veröffentlichte vierteljährliche Prozessbeobachtungsberichte. Sie gab auch eine Reihe von Sonderberichten über Kriegsverbrechen, die Bekämpfung des Menschenhandels, Eigentumsengeschäfte, den Privatisierungsprozess und ethnisch motivierte Zwischenfälle heraus, darunter einen Follow-up-Bericht zu den Unruhen vom März 2004. Die Mission unterstützte die kosovarische Rechtsanwaltskammer und das kosovarische

Justizinstitut bei der Umstellung ihrer Ausbildungsprogramme für Rechtsanwälte, Richter und Staatsanwälte, um den dringendsten Schulungsbedarf zu decken.

**Rechtsstaatlichkeit.** Die Mission setzte die Beobachtung der Polizei fort und leistete Unterstützung bei der Entwicklung eines rechenschaftspflichtigen und menschenrechtskonform agierenden Polizeidienstes. Um den Sicherheitsorganen an der Basis der Gesellschaft (den Örtlichen Komitees für öffentliche Sicherheit), die hauptsächlich in den Siedlungsgebieten von Minderheiten gebildet wurden, mehr Durchschlagskraft zu verleihen, führte die Mission in acht Dörfern ein Projekt für gemeinschaftliche Sicherheit durch.

Die Mission verbesserte die Kommunikation zwischen der Polizei und der Justiz durch eine Reihe von Diskussionsrunden im ganzen Kosovo. Vertreter der Polizei und der Justiz nahmen an diesen Diskussionen teil. Die engere Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt in Richtung der Wahrung der Menschenrechte durch alle Beteiligten in Justiz und Polizei.

**Hochschulbildung.** Die Mission ermöglichte die Teilnahme kosovarischer Universitäten an wichtigen europäischen Veranstaltungen auf Hochschulebene und half der Universität Prishtinë/Priština und der Universität Mitrovicë/Mitrovica bei der Vernetzung mit Bildungspartnern. Sie half auch bei der Einrichtung eines Akademischen Entwicklungsbüros an der Universität Prishtinë/Priština, das die Lehrpläne evaluieren soll.

**Medienentwicklung.** Nach Ablauf des Vertrags über die Einhebung der Rundfunkgebühren durch die Kosovarische Energiegesellschaft führte die Mission Verhandlungen über dessen Verlängerung. Dank der Vermittlertätigkeit der Mission konnte die öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalt des Kosovo (RTK) ihre finanzielle und redaktionelle Autonomie wiedererlangen, da der Dienstleistungsvertrag um ein weiteres Jahr verlängert wurde. Dadurch haben alle Beteiligten Zeit, nach einer langfristigen und dauerhaften finanziellen Lösung für RTK zu suchen.

Die Mission beriet und unterstützte die Unabhängige Medienkommission bei der Ausarbeitung einer Strategie für die Neuvergabe von Lizenzen an kosovarische Rundfunkanstalten. Sie sorgte für ein besseres Funktionieren des kosovarischen Presserats, indem sie sein Sekretariat beriet, mit den Gebern sprach und ihm durch Öffentlichkeitsarbeit zu einem größeren Bekanntheitsgrad verhalf. Zur Unterstützung des kosovarischen Medieninstituts bei der Verbesserung seiner Mechanismen für finanzielle Nachhaltigkeit führte die Mission unter den Konsumenten örtlicher kosovarischer Medien, die am Medienvertriebssystem des Instituts teilnehmen, eine Umfrage durch, um Sendezeit an Großwerbekunden zu verkaufen.

**Wahlen.** Die Mission stand der Zentralen Wahlkommission bei der Planung von Wahlen nach wie vor unterstützend, beratend und helfend zur Seite.

## START BOX

### Die OSZE auf Sendung

2008 trat die Mission bei einer groß angelegten Serie von TV-Debatten, die sich mit der Arbeit von Bürgermeistern in ihrem ersten Jahr im Amt nach den Wahlen von

2007 befassten, als Geldgeberin und Koproduzentin in Erscheinung. Diese Shows zählten zu den meistgesehenen Sendungen im kosovarischen Fernsehen. Die Mission finanzierte auch zehn Fernsehshows, in denen der Auftrag und die Arbeit der Volksanwaltschaft bekannt gemacht werden sollten. In diesen Sendungen ging es um Menschenrechtsfragen, die im Kosovo für Unmut sorgen, etwa die Länge der Gerichtsverfahren, Eigentumsrechte, unterlassene Ermittlungen in Kriminalfällen, Genderfragen und häusliche Gewalt, Sozialfürsorge und Pensionen und die Straffreiheit von Behörden.

**END BOX**

## **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Entwicklung der öffentlichen Sicherheit.** Die Mission widmete sich wie bisher Fragen der örtlichen öffentlichen Sicherheit, einschließlich Polizei, Zoll, Strafvollzug, Feuerwehr, Rettungsbrigaden und Krankentransportdienst. Schwerpunktthemen waren Spezialausbildung, Entwicklung gemeinschaftlicher Formen der Sicherheitsgewährleistung und das Bewusstsein für öffentliche Sicherheit. Die Mission stellte dem kosovarischen Zentrum für Ausbildung und Entwicklung im Bereich der öffentlichen Sicherheit Personal und Einrichtungen zur Verfügung und setzte letzte Schritte zur Gründung eines Polizeiinspektorats des Kosovo, eines zivilen Polizei-aufsichtsorgans, das höchsten internationalen Standards entspricht.

Die Mission schloss eine umfassende Bewertung der verschiedenen im Kosovo tätigen Feuerwehr- und Rettungsstationen und Krankentransportteams ab. Nun hilft sie diesen Dienststellen, den dringendsten Bedarf an Ausrüstung, Personal, Ausbildung und Arbeitsnormen zu decken.

Die Mission führte eine kosovoweite Umfrage über die öffentliche Wahrnehmung der Arbeit verschiedener Dienststellen für öffentliche Sicherheit durch, in dem Bestreben, deren Image und Einsatzbereitschaft zu verbessern.

Präventive Verbrechensbekämpfung, beispielsweise durch öffentliche Informationskampagnen, und die weitere Unterstützung gemeinschaftlicher Formen der Sicherheitsgewährleistung waren Prioritäten der Mission. Diese ermöglichte Treffen auf Gemeindeebene zwischen Dorfvertretern und verschiedenen Dienststellen für öffentliche Sicherheit zur Erörterung von Sicherheitsfragen, die die Bevölkerung direkt betreffen, ungeachtet ihres ethnischen Hintergrunds.

Leiter der Mission:

Botschafter Werner Almhofer seit 1. Oktober,  
als Nachfolger von Botschafter Tim Guldemann, dessen Mandat am 30. September  
endete

Haushalt: 30.010.300 EUR

[www.osce.org/kosovo](http://www.osce.org/kosovo)

## Die Mission in Montenegro

*Die Mission in Montenegro beteiligte sich wie bisher aktiv am Dialog und an der Partnerschaft mit dem Gastland, um dieses bei der Stärkung bestehender und neu geschaffener Institutionen zu unterstützen. Getreu dem Leitprinzip „Beständigkeit und Anpassungsfähigkeit“ geht die Mission auf die sich wandelnden Bedürfnisse Montenegros in dessen fortschreitendem Reformprozess ein. Das Jahr 2008 brachte in der Partnerschaft mit dem Gastland eine Reihe von Errungenschaften: Die Mission half mit, eine viermonatige Pattsituation im Parlament zu beenden, ermöglichte die sichere Entfernung aller Bestände des Oxidationsmittels *Mélange* und des Treibstoffs Tonka aus der Bucht von Kotor, die unter dem Schutz der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) steht, und ein Polizeiarbeitsprojekt wurde von der Schweizer Entwicklungsagentur zum besten Projekt für gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit in Südosteuropa gekürt. Der Mission kam auch eine leitende Aufgabe bei der Ausarbeitung, öffentlichen Erörterung und Verabschiedung der neuen rechtlichen Grundlagen für die öffentlich-rechtliche montenegrinische Rundfunkanstalt RTCG zu.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Programm für politisch-militärische Angelegenheiten.** Im Rahmen des von der Regierung, der OSZE und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gemeinsam betriebenen *Programms zur Entmilitarisierung Montenegros (MONDEM)* im Wert von 4,5 Millionen Euro, das von 2007 bis 2009 läuft, ermöglichte die Mission die Entfernung der gesamten Bestände des Oxidationsmittels *Mélange* und des Treibstoffs Tonka (TG-02) – beides höchst umweltschädliche flüssige Treibladungen für Raketen – aus der unter UNESCO-Schutz stehenden Bucht von Kotor. Auch an der Entfernung eines Napalmverdickungsmittels, eines wichtigen Bestandteils der für Kriegszwecke verwendeten brennbaren Flüssigkeit, vom Flughafen Podgorica und aus anderen Lagerstätten war die Mission beteiligt. Die gesamten Bestände wurden im November nach Schweden transportiert und auf sichere Weise entsorgt.

**Polizeiausbildung.** Die Mission unterstützte auch dieses Jahr das Direktorat und die Akademie der montenegrinischen Polizei durch Abwicklung von Fachausbildungsprogrammen zu folgenden Themen: Ermittlungen in Fällen von organisierter Kriminalität, Korruption und Internetkriminalität und Kontrolle von Ausgangsstoffen für die Herstellung von Suchtmitteln.

**Polizeiarbeit an den Grenzen.** Montenegro und Albanien unterzeichneten im Februar ein *Bilaterales Kooperationsabkommen*, für dessen Zustandekommen sich die Mission eingesetzt hatte. Neben dem *Abkommen* unterzeichneten die Parteien Protokolle über gemeinsame Patrouillen und einen regelmäßigen Informationsaustausch im Einklang mit der *Integrierten Grenzmanagementstrategie* und im Rahmen des *Ohrid-Prozesses zur Verbesserung der Grenzsicherheit*.

**Gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit.** Mit der Ausbildung von über 100 polizeilichen Kontaktbeamten und deren Einsatz in allen 21 Gemeinden schloss die Mission die landesweite Umsetzung dieses Projekts erfolgreich ab. Die Schweizer

Entwicklungsagentur kürte es zum besten Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit des Jahres in Südosteuropa.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Kampf gegen Geldwäsche.** Die Mission veranstaltete mehrere Workshops und Diskussionsrunden und stärkte dadurch das Know-how, die Fähigkeiten und die Effizienz aller mit dem Kampf gegen Geldwäsche befassten montenegrinischen Institutionen.

**Korruptionsbekämpfung.** Die Mission unterstützte Montenegro bei seinen Bemühungen im Kampf gegen Korruption durch Anfertigung einer für öffentliche Organisationen und Institutionen gedachten Unterlage mit Anleitungen für das Vorgehen bei Meldung von Korruptionsfällen.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Good Governance.** Auf nationaler Ebene setzte die Mission die Umsetzung ihres auf vier Jahre angelegten, von Österreich finanzierten Good-Governance-Projekts fort, das die Effizienz des Parlaments steigern soll. Auf lokaler Ebene arbeiteten die Mission und der Europarat einen Ehren- und Verhaltenskodex für örtliche Verwaltungsbeamte aus, der in der Verwaltung für mehr Transparenz sorgen und die Korruption eindämmen soll.

**Zivilgesellschaft.** Die Mission setzte sich wie bisher für die Einhaltung demokratischer Grundsätze und die Stärkung der Zivilgesellschaft ein, indem sie die Umsetzung der *Strategie für politische Bildung* förderte. Der Lehrplan gilt nun an allen öffentlichen Schulen Montenegros.

**Gleichstellung der Geschlechter.** Die Mission unterstützte kommunale Gleichbehandlungsbeauftragte in mehreren Gemeinden entsprechend dem *Gesetz über die Gleichstellung der Geschlechter*.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Mission half bei der Ausarbeitung des *Aktionsplans 2009 des Nationalen Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels* und bei einer Schulung in Öffentlichkeitsarbeit für Mitarbeiter des Nationalen Koordinators.

**Justizreform.** Die Mission leistete Unterstützung bei der Umsetzung des *Justizreformprogramms* und des entsprechenden *Aktionsplans* unter besonderer Berücksichtigung der internationalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden, der Entwicklung eines Systems für kostenlose Rechtsberatung, der Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und der Förderung der Mediation als alternatives Mittel zur Beilegung von Konflikten.

**Strafjustizreform.** Die Mission unterstützte in umfassender Weise die Ausarbeitung und Verabschiedung der *Strafprozessordnung* und Abänderungen zum *Strafgesetzbuch*. Im Rahmen ihres *Prozessbeobachtungsprojekts* half die Mission Montenegro bei der Schaffung von Instrumenten für eine Reform der Strafrechtspflege.



**Menschenrechte.** Die Mission ließ der Volksanwaltschaft und dem Verfassungsgericht fachliche Unterstützung zukommen, da Letzteres auch die oberste Menschenrechtsinstitution des Landes ist. Sie förderte außerdem die Verabschiedung des *Nationalen Mechanismus für die Verhinderung von Folter* und die Ratifizierung des *Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter*.

**Medienentwicklung.** Die Mission sorgte für fachkundige Beratung in Bezug auf den Entwurf eines Gesetzes über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Ausarbeitung und Einführung eines neuen Statuts, eines Verhaltenskodex und von Verfahrensregeln für das Selbstkontrollorgan der Medien. Sie wickelte mehrere Fachausbildungsprogramme zur Verbesserung der journalistischen Standesregeln in Montenegro ab.

**Freier Informationszugang.** Die Mission aktualisierte und veröffentlichte ein Handbuch für den öffentlichen Dienst über das jüngst verabschiedete *Geheimhaltungsgesetz* und die dazugehörigen Durchführungsverordnungen und schulte Juristen der Zentralbehörden in dessen Anwendung.

Leiterin der Mission:  
Botschafterin Paraschiva Badescu  
Haushalt: 2.309.500 EUR  
[www.osce.org/montenegro](http://www.osce.org/montenegro)

## Die Mission in Serbien

*Die Mission in Serbien leistete dem Gastland Hilfe beim Aufbau unabhängiger, rechenschaftspflichtiger und wirksamer demokratischer Institutionen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medien, Strafverfolgung, Wirtschaft und Umwelt. Sie unterstützte die Zivilgesellschaft und förderte die Zusammenarbeit und Aussöhnung in der Region. Ihr Beitrag zu einer umfassenden Reform der polizeilichen Grundausbildung und zur Justizreform ist als wichtiger Erfolg zu verbuchen. Die Mission entfaltete regere Aktivitäten in Südwestserbien und setzte sich weiter für die Aufrechterhaltung der Stabilität in Südserbien ein.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Bekämpfung der organisierten Kriminalität.** Die Mission unterstützte die serbischen Behörden bei der Ausarbeitung und Verabschiedung neuer Rechtsvorschriften für die Beschlagnahme von Vermögenswerten, bei der Ausarbeitung einer *Nationalen Strategie für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität* und bei der Entwicklung von Regelungen für den Sonderstrafvollzug. Sie bot Polizeibeamten, Staatsanwälten und Richtern Schulungen betreffend besondere Ermittlungs- und Überwachungstechniken, kriminaltechnische Untersuchungsmethoden und Ermittlungen in Finanzstrafverfahren und half bei der Ausstattung regionaler Polizeidienststellen, die mit Überwachungsaufgaben betraut sind. Sie verstärkte die Kooperation im Land und auf internationaler Ebene und arbeitete mit der italienischen Mafiabekämpfungsstelle und der italienischen Finanzpolizei zusammen. Die Mission unterstützte die Modernisierung des Gerichtsmedizinischen Labors des Staatlichen Zentrums für Kriminaltechnik. Sie führte außerdem an der Universität Belgrad einen ersten außerlehrplanmäßigen Kurs über organisierte Kriminalität durch.

**Kriegsverbrechen.** Die Mission beobachtete 11 Kriegsverbrecherprozesse, darunter fünf neue Fälle aus dem Jahr 2008. Serbien profitierte von den Erfolgen des von der OSZE initiierten *Palić-Prozesses* zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Rechtsfragen und konnte die Kooperation zwischen Polizei- und Anklagebehörden intensivieren. Die Mission verstärkte die Kapazitäten der Dienststelle zur Untersuchung von Kriegsverbrechen und des Zeugen- und Opferschutzdienstes der Belgrader Kammer für Kriegsverbrechen. Sie unterstützte die Anklagebehörde für Kriegsverbrechen bei einer öffentlichen Informationskampagne über Kriegsverbrecherprozesse in Serbien.

**Transparenz in der Wirtschaft und Bekämpfung der Korruption.** Die Mission war Serbien auch dieses Jahr bei der Umsetzung seiner *Nationalen Antikorruptionsstrategie* behilflich und unterstützte die auf der Grundlage einschlägiger Gesetze geschaffenen Institutionen. Sie erteilte fachliche Beratung bei der Ausarbeitung neuer gesetzlicher Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen. In Süd- und Südwestserbien arbeitete sie mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) zusammen, um Kommunalverwaltungen im Hinblick auf die Tätigkeit kommunaler Antikorruptionsräte und die Hebung des Korruptionsbewusstseins unter jungen Menschen zu unterstützen.

**Grenzmanagement.** Die Mission half wie bisher Grenzdienststellen bei der Umsetzung des Programms für ein *Integriertes Grenzmanagement*, durch das die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg gefördert werden soll.

**Polizeireform.** Die Mission unterstützte auch dieses Jahr das Innenministerium bei seiner Arbeit an der Verbesserung der Kapazitäten für strategische Planung und bei der Einrichtung einer Kommission für strategische Planung. Sie band die Zivilgesellschaft in öffentliche Debatten über die Polizeireform ein und trug wie bisher zur Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit, der Polizeiausbildung, der Innenrevision und von Beschwerde- und Belobigungsverfahren bei. Die Bemühungen der Mission um eine Umgestaltung der polizeilichen Grundausbildung trugen dieses Jahr erste Früchte: Die erste Klasse mit 129 Polizeischülern aus dem neuen Zentrum für polizeiliche Grundausbildung schloss ihre Ausbildung ab.

### START BOX

Stärkung der Professionalität der unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Radio-TV-Vojvodina (RTV)

Das RTV-Entwicklungsprojekt der Mission wird vom Vereinigten Königreich mitfinanziert und steht unter der Leitung von Rick Thompson, einem ehemaligen leitenden Mitarbeiter und Nachrichtenredakteur der BBC. RTV ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die in zehn Sprachen sendet. Dieses Jahr konzentrierte sich die Mission auf die Hebung der Professionalität bei den TV-Nachrichten, die Verbesserung des Studiodesigns und die Unterstützung von Schulungskursen zu folgenden Themen: Präsentation von TV-Nachrichten und Regieführung, politische Berichterstattung, Einsatz von Grafiken und Videojournalismus. Dank dieser Schulungskurse für über 150 Journalisten ist die Berichterstattung ausgewogener und professioneller geworden und die Anzahl der Hörer und Seher gestiegen.

### END BOX

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Strategische Unterstützung für die Umwelt.** Die Mission unterstützte die Behörden bei der Gründung eines Ministeriums für Umweltschutz und Raumplanung und bei dessen Verknüpfung mit dem Umweltfonds und der Umweltagentur. Sie verstärkte auch die Kapazitäten von Umwelt-NROs und förderte die internationale und kommunale Zusammenarbeit.

**Wirtschaftliche Emanzipation.** In den letzten fünf Jahren nahmen über 1200 junge Menschen in 20 Gemeinden an den von der Mission unterstützten Programmen zur *Förderung des Jungunternehmertums* teil. Die Mission setzte sich nach wie vor für die Befolgung bewährter Methoden der Unternehmensführung ein und unterstützte zu diesem Zweck die serbische Vereinigung von Unternehmensvorständen und Gründerzentren.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

**Demokratisches Regieren.** Die Mission leistete Unterstützung bei der Ausarbeitung gesetzlicher Regelungen zur Verstärkung der Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effizienz der kommunalen Selbstverwaltung. Sie half auch bei der Festigung von

Kontakten zwischen gewählten Vertretern und Bürgern und unterstützte das serbische Parlament und die Versammlung der Vojvodina bei der Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam mit anderen Missionen unterstützte sie Veranstaltungen für parlamentarische Ausschüsse in der Region, sie half bei der Angleichung von Gesetzen an europäische Standards und stellte in höheren Schulen Szenen aus der Parlamentsarbeit nach.

**Flüchtlingsrückkehr und -integration.** Da Serbien nach wie vor die meisten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Europa beherbergt, beriet die Mission die serbischen Behörden darüber, wie das Flüchtlingsdossier im Rahmen der *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr* geschlossen werden kann.

**Menschenrechte und Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Mission unterstützte eine Aufklärungskampagne und öffentliche Diskussionen zu Menschenrechtsfragen. Sie setzte ihre Tätigkeit zur Verbesserung der behördlichen Reaktion auf das Verbrechen Menschenhandel und auf die Anliegen seiner Opfer fort.

**Chancengleichheit.** Die Mission half den Behörden bei der Umsetzung des *Roma-Aktionsplans* zu den Themen Bildung, Gesundheit und Wohnungswesen und ermutigte zu einem Dialog zwischen der Polizei und der Volksgruppe der Roma. Gemeinsam mit dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft bemühte sich die Mission um eine gesetzliche Regelung für Personen ohne rechtliche Identität. Sie unterstützte das Ministerium bei der Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die Volksräte der nationalen Minderheiten und half dem Ministerium für Jugend und Sport bei der praktischen Umsetzung der *Nationalen Jugendstrategie* und des daran anknüpfenden *Aktionsplans*. Die Mission förderte auch ein Gutachten über die kommunalen Gleichbehandlungsbeauftragten und unterstützte mehrere Rechtsberatungsstellen an Universitäten, die kostenlose Dienste anbieten.

**Justizreform.** Die Mission leistete Unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzen über Richter und Staatsanwälte, beim Aufbau von Kapazitäten in den Vereinigungen der Richter und Staatsanwälte und bei der Einrichtung einer Rechtsakademie. Sie half Juristen bei der Verbesserung ihrer Fertigkeit im Verfassen von Rechtstexten, machte auf die Notwendigkeit einer Analyse der Auswirkungen von Rechtsvorschriften aufmerksam und unterstützte öffentliche Beratungen.

**Menschenrechtsinstitutionen.** Die Mission machte unter der Bevölkerung die neue Volksanwaltschaft bekannt und stärkte deren Kapazitäten, wobei sie auf das Fachwissen des stellvertretenden katalanischen Volksanwalts zurückgriff. Sie setzte auch ihre Unterstützung für den Volksanwalt der Provinz Vojvodina fort.

**Strafvollzugsreform.** Die Mission half der Gefängnisverwaltung des Justizministeriums bei der Ausarbeitung eines verbesserten Rechtsrahmens, bestehend aus 13 Durchführungsverordnungen über die Arbeitsbedingungen in Gefängnissen, den Sonderstrafvollzug und den alternativen Strafvollzug.

## START BOX

Einführung des alternativen Strafvollzugs (PHOTO STORY)

Die Einrichtung einer Abteilung für Therapie und alternativen Strafvollzug im Justizministerium war ein wichtiger Meilenstein im Zuge der Einführung des alternativen Strafvollzugs. Die Mission half dem Ministerium bei der Ausarbeitung des erforderlichen Rechtsrahmens, der Ausbildung der Beauftragten für alternativen Strafvollzug und der Ausstattung ihrer Büros. Eine von der OSZE unterstützte Aufklärungskampagne im Herbst informierte Bürger und Beamte über die Vorteile des außergerichtlichen Tatausgleichs.

**END BOX**

**Medienrecht.** Die Mission half der Regierung bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Verhinderung von Medienkonzentrationen und Transparenz in den Eigentumsverhältnissen und bei der Verabschiedung des *Gesetzes über den Schutz persönlicher Daten*. Sie schulte rund 120 Journalisten und führte öffentliche Aufklärungskampagnen über den Informationszugang durch. Die Mission verfolgte den Abschluss der Vergabe von Rundfunklizenzen durch den staatlichen Rundfunkrat.

**Journalistische Fortbildung.** Die Mission schulte rund 200 Medienschaffende zu den Themen Wahlberichterstattung, Vielfalt, Wirtschaft, Politik und Kriegsverbrechen. Sie stärkte die finanzielle Eigenständigkeit lokaler Medienunternehmen. Wissenschaftlichen Institutionen wurden Vorlesungen zu ausgewählten Themen, Studienbesuche in den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich und Praktika für die besten Publizistikstudenten geboten. Die Mission half auch beim Aufbau von Kapazitäten in Journalistenverbänden.

Leiter der Mission:  
Botschafter Hans Ola Urstad  
Haushalt: 8.200.400 EUR  
[www.osce.org/serbia](http://www.osce.org/serbia)

## Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

*Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje setzte ihre Arbeit an verschiedenen langfristigen Reformprozessen in enger Absprache mit ihren örtlichen Ansprechpartnern fort, obwohl es ein turbulentes Jahr war mit vorgezogenen Parlamentswahlen und wichtigen internationalen Ereignissen, die sich auch auf das Land auswirkten. Neben einer umfangreichen Beobachtertätigkeit und vertrauensbildenden Aktivitäten konnten dank der Mithilfe der Mission bei der Reform der Wahlordnung und auf anderen Gebieten, etwa in den Bereichen bürgernahe Polizeiarbeit und Dezentralisierung, beachtliche Erfolge erzielt werden.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Monitoring.** Die für Vertrauensbildung zuständigen Beobachter aus der Mission verfolgten die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ausrufung der Unabhängigkeit durch die Kosovo-Versammlung sehr genau. Unter Beobachtung standen insbesondere das ehemalige Krisengebiet und die Nordwestgrenze des Landes, deren Demarkation dieses Jahr abgeschlossen wurde. Regelmäßige Besuche vor Ort halfen der Mission bei der Planung von Projekten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und innerhalb der Volksgruppen. Die Beobachter intervenierten in einigen Fällen, um ethnische Spannungen abzubauen, die in Schulen zutage getreten waren, und um zu sehen, welche Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten gemacht wurden.

Die Beobachter verfolgten auch den Wahlkampf, in dessen Verlauf sie zum Abbau von Spannungen zwischen Aktivisten rivalisierender politischer Parteien beitrugen. Als es im Vorfeld der Wahlen zu Gewaltausbrüchen kam, schritt die Mission rasch ein, um festzustellen, wie sich diese Vorkommnisse auf die betroffenen Volksgruppen auswirkten, und um eine Eskalation zu verhindern. Als sich nach den Wahlen die neue Regierungskoalition bildete und die Parteienlandschaft neu formierte, untersuchten Missionsmitarbeiter vor Ort die politischen Auswirkungen der Wahlen.

**Dezentralisierung.** Die Mission leistete in der Schlussphase der Dezentralisierung der Verwaltung Beachtliches. Im Mittelpunkt stand die Dezentralisierung des Finanzwesens, einschließlich neuer Auflagen für die mehrjährige Haushaltsplanung. Die Mission unterstützte Schulungsmaßnahmen für Bedienstete aller Kommunalverwaltungen auf diesem Gebiet und in Fragen der Prüfung des Haushaltsvollzugs. Da es für kleinere Gemeinden schwierig ist, die Mittel für die Wahrnehmung ihrer neuen, durch die Dezentralisierung anfallenden Aufgaben aufzubringen, beschloss die Mission dieses Jahr, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden durch Ausschreibung kleiner Zuschüsse direkt zu unterstützen. 36 Gemeinden bewarben sich um vier Zuschüsse, die für gemeinsame Kommunalprojekte in den Bereichen Stadtplanung und kommunale Wirtschaftsentwicklung vergeben wurden.

Im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses wurden den Gemeinden auch mehr Aufgaben im Bildungsbereich übertragen. Die Mission unterrichtete über 70 kommunale Bildungsbeauftragte über ihre gesetzlichen Aufgaben, Bildungsstrategien, die Rolle der Inspektoren, Multikulturalismus und andere Herausforderungen im Bildungsbereich. Das Unterrichtsangebot führt auf lokaler Ebene oft zu ethnischen Spannungen. Um den Gemeinden beim Umgang mit dieser und anderen

kulturspezifischen Fragen zu helfen, setzte sich die Mission für die Gründung der im Gesetz vorgesehenen Komitees für interkulturelle Beziehungen und für deren Akzeptanz in den Kommunalverwaltungen ein. In allen 23 Gemeinden mit einer ausgeprägt multiethnischen Bevölkerung und in sieben weiteren mit einem unterhalb des gesetzlichen Grenzwerts liegenden Minderheitenanteil gibt es nun solche Komitees.

**Polizeireform.** Die Mission konzentrierte sich auf die Hilfestellung bei der Schaffung eines nachhaltigen Systems der dienstbegleitenden Polizeiausbildung und moderner Ausbildungseinrichtungen auf regionaler und kommunaler Ebene. Rund 600 Polizeiausbildner wurden in Schulungen über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, häusliche Gewalt, Grenzmanagement, den *Ehrenkodex* und allgemeine Managementfragen informiert. Sie begannen im ganzen Land mit der Ausbildung ihrer Kollegen.

Die Förderung der bürgernahen Polizeiarbeit zählte nach wie vor zu den Prioritäten der Mission und des Landes. Die Mission unterstützte zwei große Projekte: die Gründung Lokaler Präventionsräte und die Ausbildung von 83 Präventionsinspektoren. Die Räte – 60 wurden dieses Jahr eingerichtet – dienen als Mechanismen für die institutionenübergreifende Zusammenarbeit in Fragen der Verbrechenverhütung. Sie sind sehr erfolgreich tätig, was die Mission zur Förderung eines Regionalen Präventionsrats und das Innenministerium zur Schaffung eines Nationalen Präventionsrats veranlasste. Auch die Anzahl der Bürgerberatungsgruppen hat sich landesweit von 130 im Jahr 2007 auf 139 erhöht.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Wahlreform.** Die Mission unterstützte die Bemühungen inländischer Institutionen, die Empfehlungen aus dem Bericht des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) über die Wahlen von 2006 in die *Wahlordnung* einzuarbeiten. Die Arbeiten verzögerten sich durch die vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli, wurden aber danach sofort wiederaufgenommen und es wurde auch der Bericht des BDIMR über diese letzten Wahlen ausgewertet. Die Mission, das Parlament, das Justizministerium und Nichtregierungsorganisationen arbeiteten mit fachlicher Unterstützung durch das BDIMR und die Venedig-Kommission an einem Abänderungsentwurf zur *Wahlordnung*. Die Abänderungen wurden im Herbst beschlossen und gelten daher schon bei den Wahlen im Jahr 2009.

**Verbesserung des Gesetzgebungs- und Verordnungswesens.** Eine enge Zusammenarbeit mit dem BDIMR, dem Parlament, dem Generalsekretariat der Regierung und dem Justizministerium entfaltete sich auch dieses Jahr in Bezug auf die 2007 ausgearbeiteten Empfehlungen zur Verbesserung des Gesetzgebungs- und Verordnungswesens und zur Verstärkung der parlamentarischen Forschungs- und Analysetätigkeit.

**Justizreform.** Eines der wichtigsten Ziele der Mission war auch dieses Jahr die korrekte Umsetzung und die Weiterentwicklung der *Justizreformstrategie*. Die Mission ermöglichte zahlreiche Diskussionsforen und unterstützte Recherchen zum Entwurf des neuen Strafprozessgesetzes. Sie führte in der Staatsanwaltschaft eine Bedarfserhebung im Hinblick auf deren künftige Ermittlungsfunktion durch und half

auch bei der Schaffung eines Leistungsbeurteilungssystems für Richter. Die Mission unterstützte wie bisher themenbezogene Schulungen für Anwälte, wobei sie dieses Jahr mit der Anwältevereinigung an einem System für berufsbegleitendes Lernen arbeitete.

Die Mission erstellte mehrere themenbezogene Berichte über ihre Beobachtungen auf dem Gebiet der Rechtsordnung. Neun Monate lang wurde im ganzen Land die Arbeit ausgewählter Gerichte erster Instanz untersucht und es wurden Verbesserungen im Justizwesen empfohlen. Darüber hinaus wurde in den vier Fällen, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an die Justizbehörden des Landes zurückverwiesen wurden, mit der Beobachtung begonnen.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Nachdem die Mission schon früher an der Entwicklung eines nationalen Leitmechanismus für Menschenhandelsopfer mitgewirkt hatte, unterstützte sie die Ausarbeitung und Verabschiedung von Verfahrensvorschriften für die Opferhilfe. Daran anschließend organisierte die Mission gemeinsam mit ihren inländischen Partnern Schulungen zu diesen Vorschriften für staatliche Stellen und NROs, die Opfer betreuen. Für den Betrieb der Notrufnummer und für Opferunterkünfte kam auch dieses Jahr Unterstützung von der Mission.

**Menschenrechte.** Nationale Akteure entwickelten mit Unterstützung der Mission ein Modell für die Schaffung eines externen Aufsichtsmechanismus für Strafverfolgungsbehörden und erstellten Entwürfe zu entsprechenden Gesetzesänderungen.

**Integration der Roma.** Die Mission unterstützte die Revision der nationalen Aktionspläne zur Umsetzung der *Dekade für die Integration der Roma 2005–2015*. Sie half bei der Gründung von Bürgerberatungsgruppen in Romagemeinden und veranstaltete ein Sensibilisierungstraining für Polizeibeamte aus anderen Volksgruppen, um die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Romagemeinden zu verbessern. Von der Mission kam dieses Jahr erstmals Unterstützung für die kostenlose Rechtsberatung für Roma, insbesondere in Bezug auf die Beschaffung von Personaldokumenten und den Zugang zu kommunalen Einrichtungen.

**Medienentwicklung.** Die Mission konzentrierte sich dieses Jahr auf Grundsatzfragen und Gesetzesänderungen, die durch die bevorstehende Digitalisierung des Rundfunks und den Wandel zu einer Informationsgesellschaft notwendig wurden. Sie veranstaltete für lokale, regionale und nationale Sender Workshops über die Digitalisierung und über neue elektronische Kommunikationsplattformen, die sie zum Nachdenken über ihre Zukunftsfähigkeit unter den neuen Gegebenheiten anregen sollten.

Zur Unterstützung des inländischen Monitorings und des Gesetzesvollzugs im Rundfunkbereich aktualisierte die Mission das Programm-Monitoringsystem der Aufsichtsbehörden. Sie beobachtete wie bisher die Situation in der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt und den Pluralismus auf dem Medienmarkt.

**Medienfreiheit.** In Zusammenarbeit mit verschiedenen inländischen Akteuren unterstützte die Mission den Abschluss der Arbeiten an einem Abänderungsentwurf



zum *Gesetz über den freien Zugang zu Informationen öffentlicher Natur*, in den die Erfahrungen von Nutzern und Anwendern des *Gesetzes* in den ersten beiden Jahren nach seinem Inkrafttreten einfließen. Die Mission ging auch Fällen von Gewalt gegen Journalisten nach, die sich im Vorjahr ereignet hatten.

Leiter der Mission:  
Botschafter Giorgio Radicati  
Haushalt: 9.078.800 EUR  
[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)

## **Das Büro in Zagreb**

*Das Büro in Zagreb wurde Anfang des Jahres eingerichtet, nachdem die Mission in Kroatien ihren Auftrag erfüllt hatte. In Absprache mit der kroatischen Regierung wurde das Büro in Zagreb damit betraut, sich im Rahmen der Plattform mit einigen noch offenen Fragen in bestimmten Bereichen des Mandats – Verantwortung für Kriegsverbrechen und Wohnraumbeschaffung – zu befassen. Die Plattform ist eine eigene Verhandlungsstruktur, in deren Rahmen das Büro und die wichtigsten Akteure auf Regierungsebene seit 2005 regelmäßig zu Plenarsitzungen auf ministerieller Ebene zusammentreten.*

*Bei diesen Gesprächen konnten sich die kroatischen Behörden von der Richtigkeit einiger Bedenken des Büros hinsichtlich der Verantwortung für Kriegsverbrechen überzeugen, was dazu führte, dass sie eine Reihe von Reformmaßnahmen vorschlugen bzw. beschlossen. Durch die vollständige Umsetzung dieser Reformen kann Kroatien sein Bekenntnis zu einer unvoreingenommenen und wirksamen Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen unter Beweis stellen.*

*Das Büro half bei der Umsetzung von Wohnraumbeschaffungsprogrammen durch Organisation von Besuchen auf hoher Ebene vor Ort, bei denen die an Anspruchsberechtigte vergebenen Wohnungen besichtigt werden konnten, und durch seine Teilnahme an diesen Besuchen.*

*Angesichts des reduzierten Mandats wurde der Personalstand des Büros von 110 im Jahr 2007 auf 34 am 1. April verkleinert.*

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Verantwortung für Kriegsverbrechen.** Das Büro setzte die umfassende Beobachtung aller Kriegsverbrecherprozesse im Land fort. Es handelt sich um über 100 Fälle mit mehr als 200 Beteiligten, die an 15 Gerichten abgehandelt werden. Zwei dieser Verfahren wurden von kroatischen Behörden eingeleitet, nachdem der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) die Anklage und das Beweismaterial abgetreten hatte. Das Büro befürwortete auch ein systematisches Herangehen an mutmaßliche Kriegsverbrechen, die noch nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Die Erkenntnisse aus der Prozessbeobachtung veranlassten das Büro, sich um Reformen zu bemühen. Im zweiten Halbjahr, nach dem routinemäßigen Plenum im Justizministerium, an dem auch die Delegation der Europäischen Kommission und das ICTY-Verbindungsbüro teilgenommen hatten, intensivierten sich die Gespräche mit Vertretern der Richterschaft, der Anklagebehörde und der Polizei. Daraufhin wurden von der Regierung einige Reformmaßnahmen vorgeschlagen bzw. beschlossen, unter anderem ein verstärkter Einsatz von zwischenstaatlichen Videoschaltungen für Zeugenaussagen sowie Verbesserungen hinsichtlich der Vertraulichkeit gerichtlicher Untersuchungen und der Eignung der vom Gericht bestellten Strafverteidiger. Fortgesetzt wurden auch die Gespräche über die Umsetzung eines Mechanismus zur Überprüfung in Abwesenheit gefällter Urteile und über die Anwendung einheitlicher Standards für Staatsanwälte und die Polizei in

Fällen von Kriegsverbrechen, die noch nicht abgeschlossen wurden oder in denen noch keine Anklage erhoben wurde.

Das Büro konnte auch dieses Jahr auf die positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen den kroatischen Anklägern und ihren Kollegen in anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien, insbesondere Serbien, verweisen, wobei es betonte, dass die Anklagebehörden diesen Prozess zwar erfolgreich in Eigenverantwortung übernommen haben, die OSZE jedoch weiterhin aufmerksam und engagiert bleiben müsse. Das Büro wies auch auf offene Fragen in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit hin, deren Lösung eine wichtige Voraussetzung für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist.

Das Büro konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf die maßgebliche Rolle der Polizei bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen und auf die Gewährleistung eines – rechtlichen wie auch politischen – Umfelds, in dem Personen, die von Kriegsverbrechen Kenntnis haben, darüber sprechen können, ohne nachteilige Folgen befürchten zu müssen.

**Ausbildung und Unterstützungsprojekte.** Das Büro leistete Nichtregierungsorganisationen weiterhin finanzielle und personelle Unterstützung zur Verbesserung ihrer Kontroll- und Anwaltsfunktion in Bezug auf die Verantwortung für Kriegsverbrechen. Darüber hinaus unterstützte das Büro die Justizakademie bei der Verbesserung ihrer Website und die Bibliotheken von vier regionalen Schulungszentren für juristische Berufe durch Bereitstellung von Computern und rechtlicher Literatur. Auch örtlichen Gerichten und Staatsanwälten wurde Fachliteratur zur Verfügung gestellt.

**Wohnraumbeschaffung.** Der Stellvertretende Ministerpräsident für Regionalentwicklung, Wiederaufbau und Flüchtlingsrückkehr und der Entwicklungsminister, der wichtigste Bereitsteller von Wohnraum in Kroatien, nahmen an Plenarsitzungen zum Thema Flüchtlingsrückkehr teil, in denen zuerst die OSZE und dann die Europäische Kommission den Vorsitz führten. An diesen Sitzungen nahmen auch andere internationale Akteure teil. Die OSZE unterstützte das *Programm* der Regierung zur *Bereitstellung von Wohnraum für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten*, damit der Dreijahresplan (2007–2009) erfüllt werden kann.

Die Regierung hat festgestellt, dass für 2144 ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten Wohnraum bereitgestellt werden muss, damit der Richtwert für 2009 erreicht wird. Insgesamt muss im Rahmen des *Programms* für 2007–2009 5000 Personen dieser Kategorie Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Um bei der Überwachung des *Programms* und der Überprüfung der Zahlen behilflich zu sein, besuchten Vertreter des Büros im Laufe des Jahres über 1000 Empfänger zugewiesener Wohnungen in ganz Kroatien. Bei diesen Besuchen wurden nicht nur die Zuteilungen an Rückkehrerfamilien überprüft, sondern es wurden auch die Wohnverhältnisse beurteilt und es wurde der Frage nachgegangen, ob die Empfänger früher Mietrechte für die in gesellschaftlichem Eigentum befindlichen Wohnungen hatten. Die OSZE befand, dass sich die Qualität der Wohnraumbeschaffung 2008 im Vergleich zum Vorjahr verbessert habe, und stellte fest, dass es sich bei den

Leistungsempfängern großteils um nach Kroatien zurückgekehrte Angehörige von Minderheiten handelte.

Auf Vorschlag des Entwicklungsministers organisierte das Büro Besuche an Orten in ehemaligen Kriegsgebieten, an denen Wohnungen vergeben werden. An diesen Besuchen nahmen Mitarbeiter des Büros selbst und Spitzenvertreter kroatischer Behörden, deren ausführende Organe, Vertreter der Kommunalverwaltungen und andere Akteure teil. Vertreter anderer internationaler Organisationen in Kroatien wurden ebenfalls eingeladen, an diesen Treffen vor Ort teilzunehmen. Diese Besuche erwiesen sich als sehr hilfreich im Hinblick auf eine rechtzeitige und wirksame Lösung von Wohnungsvergabefällen, besonders in den problematischsten und entlegensten Gemeinden.

Leiter des Büros:  
Botschafter Jorge Fuentes  
Haushalt: 2.748.800 EUR  
[www.osce.org/zagreb](http://www.osce.org/zagreb)

*Osteuropa*

## Das Büro in Minsk

*Ein Workshop für Experten aus der Region zum Thema Energieeffizienz, Expertentagungen über die Verbesserung der rechtlichen Grundlagen für ausländische Investitionen und ein Seminar über Internetkriminalität waren für das Büro in Minsk die Höhepunkte des Jahres im Bereich Wirtschaft und Umwelt. Das Büro förderte auch den Aufbau von Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit durch eine Diskussionsrunde zu den Rechten der Roma, eine öffentliche Vorlesung über kostenlose Rechtsberatung und einen Lehrgang über die Kontrolle von Haftanstalten durch öffentliche Kommissionen.*

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Förderung erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz.** Das Büro half bei der Bewusstseinsbildung unter Studenten und Lehrern der Internationalen Sacharow-Umweltuniversität (ISEU) in Minsk. Es veranstaltete ein technisches Seminar über den optimalen Einsatz von erneuerbarer Energie unter Beteiligung österreichischer und deutscher Experten. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Amt für Energieeffizienz organisierte das Büro einen Workshop für Experten aus der Region über optimale Methoden zur Steigerung der Energieeffizienz in Mittel- und Osteuropa.

**Förderung internationaler Standards in der Staatsführung.** Das Büro veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Justiz und der Exekutive ein Seminar über gesetzliche Vorschriften zur Bekämpfung der Internetkriminalität auf der Grundlage des *Übereinkommens* des Europarats *über Internetkriminalität* von 2004. Es organisierte auch gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Corporation einen Workshop über den Abbau von Barrieren für ausländische Investitionen.

**Unterstützung von Belarus in Bezug auf seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll.** Das Büro veranstaltete für belarussische Experten in Minsk und Bonn ein Schulungsseminar zum Kohlenstoffregister. Im Dezember unterstützte es die belarussische Delegation bei der *Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen* in Posen (Polen).

**Unterstützung von Belarus in Bezug auf seine Verpflichtungen aus der Aarhus-Konvention.** Das Büro unterstützte belarussische Experten bei der Vorbereitung auf die Dritte Vertragsstaatenkonferenz der *Aarhus-Konvention* im Mai in Riga und der Teilnahme an dieser Konferenz. Dem Leiter des Aarhus-Zentrums in Minsk ermöglichte es eine praktische Ausbildung in Armenien.

**Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC).** Das Büro setzte sich weiter für länderübergreifende Wasserwirtschaftsprojekte für den Pripjet, den Grenzfluss zur Ukraine, und den Driswjaty-See an der Grenze zu Litauen und Lettland ein. Es förderte die regionale Studentenolympiade an der ISEU in Minsk, an der Teams aus Russland, der Ukraine, Belarus und Armenien teilnahmen.

**Sanierung der durch Tschernobyl in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete.** Als Gründungsmitglied der *Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den durch Tschernobyl in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten in Belarus*, eines Programms, an dem sich nationale und regionale Behörden,

internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen beteiligen, unterstützte das Büro Projekte für die jüngere Generation, die Bildung, Gesundheit und Ökologie miteinander verbinden, und Fachtagungen über die umfassende Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Bekämpfung des Menschenhandels und Gleichstellung der Geschlechter.** Das Büro unterstützte auch dieses Jahr den Kampf gegen den Menschenhandel, vor allem im Hinblick auf die Identifizierung, den Schutz und die Unterstützung der Opfer. Es ermöglichte die Teilnahme von Behördenvertretern und NROs an internationalen Foren und leistete einen finanziellen Beitrag zu einer Konferenz über Kinderhandel im April in Minsk, an der auch die Sonderbeauftragte und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels teilnahm. Das Büro unterstützte die Regierung bei einer Studie über Ausbeutung am Arbeitsplatz und nahm auf Arbeitsebene Kontakt mit dem Internationalen Ausbildungszentrum für Migration und Bekämpfung des Menschenhandels in Minsk auf.

Das Büro unterstützte die Regierung und NROs bei der Behandlung von Genderfragen und leistete einen finanziellen Beitrag zu einer öffentlichen Kampagne gegen häusliche Gewalt.

**Stärkung örtlicher Partner.** Das Büro, das sich mehr denn je für Rechtsstaatlichkeit und den Aufbau von Institutionen einsetzte, bot Mitgliedern öffentlicher Kommissionen zur Kontrolle von Haftanstalten Ausbildungsmöglichkeiten und Gelegenheiten, sich mit den besten internationalen Gepflogenheiten vertraut zu machen. Es unterstützte die Teilnahme von Experten, die sich mit der Entwicklung elektronischer Schnittstellen zwischen Verwaltungsbehörden und Bürgern befassen, an einer Studienreise in die Europäische Union. Für die Polizei veranstaltete das Büro Verhaltenstrainingskurse. Schulungseinheiten mit renommierten internationalen Fachleuten, die den Mitarbeitern des Minsker Polizeiausbildungszentrums geboten wurden, bewirkten Verbesserungen im Lehrplan des Ausbildungszentrums. Das Büro wählte eine Gruppe von Journalisten aus staatlichen und unabhängigen Medien für die Teilnahme an einem Vor-Ort-Forschungsprojekt in anderen OSZE-Teilnehmerstaaten aus.

In enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit organisierte das Büro öffentliche Diskussionen über Informationsfreiheit und Internetregulierung. Vor der Verabschiedung des neuen Mediengesetzes erstellte es ein Gutachten zum Medienrecht.

Gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte veranstaltete das Büro öffentliche Diskussionen über die Umsetzung des *Roma- und-Sinti-Aktionsplans* der OSZE in Belarus.

**Öffentlichkeitsarbeit.** Zur Förderung der OSZE-Werte und -Verpflichtungen veranstaltete das Büro gemeinsam mit den Vereinten Nationen das zweite Jahr in Folge das einwöchige Filmfestival *Würde, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit* aus Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte. Für Studenten organisierte das Büro eine öffentliche Vorlesung über kostenlose Rechtsberatung. Fachleute aus

Deutschland, Russland, der Ukraine und Moldau stellten verschiedene europäische Rechtsberatungsmodelle vor und gaben einen Überblick über Probleme und Errungenschaften, die allen osteuropäischen Ländern gemein sind.

**Beobachtungsaktivitäten.** Das Büro beobachtete Gerichtsverhandlungen, bei denen es um Vereinigungsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung und das Recht auf ein faires Verfahren ging. Es beobachtete außerdem öffentliche Demonstrationen und Fälle jugendlicher Aktivisten, denen Verwaltungsvergehen zur Last gelegt wurden.

**Beschwerden von Einzelpersonen.** Das Büro nahm zahlreiche Beschwerden von Einzelpersonen entgegen, meist in Bezug auf die Arbeit der Justiz und mutmaßliche Verstöße von Strafverfolgungsbehörden. Jeder Beschwerde wurde nachgegangen und in Fällen, die unter sein Mandat fielen, verwies das Büro die Beschwerden an die zuständigen belarussischen Behörden.

Leiter des Büros:

Botschafter Hans-Jochen Schmidt seit 4. Februar,

als Nachfolger von Botschafter Åke Peterson, dessen Mandat am 21. August 2007 endete

Haushalt: 962.300 EUR

[www.osce.org/belarus](http://www.osce.org/belarus)



## Die Mission in Moldau

*Die Mission leistete wie bisher Vorarbeiten für die Lösung der Transnistrien-Frage durch Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen und Kontakten zwischen den Konfliktparteien, Überwachung der Sicherheitszone durch Patrouillen und Ausübung einer Beobachterfunktion in der Gemeinsamen Kontrollkommission, die zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens von 1992 eingesetzt worden war. Die formellen Verhandlungen waren nach wie vor blockiert. Im Rahmen des Prozessbeobachtungsprogramms der Mission wurden über 1500 Strafprozesse überprüft, in denen es um Korruption, Menschenhandel, häusliche Gewalt oder Delikte gegen die Rechtspflege ging.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Verhandlungen über eine politische Konfliktregelung.** Der moldauische Präsident Vladimir Voronin und der transnistrische Führer Igor Smirnow trafen im April zum ersten Mal nach sieben Jahren zusammen. Ein weiteres Treffen folgte am 24. Dezember. Die Vermittler aus der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine und die Beobachter aus der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten trafen einander fünf Mal. Ebenfalls fünf Mal kam es zu informellen Treffen der Konfliktparteien mit Vermittlern und Beobachtern. Trotz dieser und weiterer Bemühungen der Mission im Rahmen der Reisediplomatie wurden die formellen Verhandlungen im „5+2“-Format nicht wiederaufgenommen.

**Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM).** Die Mission veranstaltete im April in Odessa ein Seminar über die wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekte von VSBM, an dem internationale Experten und Vertreter der moldauischen und der transnistrischen Seite teilnahmen. Mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE arbeitete die Mission an der Entwicklung eines Projekts zur Entsorgung gefährlicher Pestizide aus der Region Transnistrien. Sie ermöglichte die Bildung gemeinsamer moldauisch-transnistrischer Arbeitsgruppen, in denen die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Infrastrukturentwicklung und Umwelt erörtert wurde.

Um Transnistrien zu einem verstärkten Engagement zu bewegen, half die Mission dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten bei der Organisation eines Seminars zum Thema Autonomie, an dem im November in Odessa Vertreter beider Seiten teilnahmen, und sie arrangierte einen Englischkurs für Vertreter von transnistrischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NROs).

Das Konfliktverhütungszentrum der OSZE und die Mission arbeiteten mit dem moldauischen Verteidigungsministerium an der Entwicklung von Projekten zur Verbesserung der Verwaltung von Munitionslagerbeständen entsprechend den Praxisleitfäden der OSZE. Die Mission schloss ein von Finnland finanziertes Projekt zur Vernichtung veralteter Munition aus den Beständen der moldauischen Armee ab.

Gemäß ihrem Mandat führte die Mission in der Sicherheitszone und in ganz Transnistrien häufig Patrouillen durch.

**Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC).** Die JCC trat das ganze Jahr hindurch regelmäßig zusammen. An allen Sitzungen nahmen Mitarbeiter der Mission teil. Die JCC beobachtete wie schon in den vergangenen Jahren die Lage in der Sicherheitszone und gab dem Gemeinsamen Militärkommando der Gemeinsamen Friedenstruppen (JPF) Anleitungen. Innerhalb der JCC konnte man sich auf die Wiederaufnahme gemeinsamer Aktivitäten und Ausbildungsmaßnahmen aller drei JPF-Kontingente einigen.

Weiterhin diskutiert wurde in der JCC unter anderem über den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen, den Abzug von Posten, die nicht der Friedenssicherung dienen, aus der Sicherheitszone, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden der Republik Moldau und der Region Transnistrien und die Hebung der Effizienz der Militärbeobachter. Die Fortschritte in diesen Bereichen hielten sich in Grenzen, doch setzte die Mission ihre Bemühungen um Förderung eines konstruktiven Dialogs fort.

**Abzug von russischer Munition und russischem Gerät.** Der Abzug von russischer Munition und russischem Gerät aus der Region Transnistrien unterblieb 2008. Im Fonds für freiwillige Beiträge wären genügend Mittel für diese Aufgabe vorhanden.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Wahlen und Wahlreformen.** Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom April 2009 verfolgte die Mission die Abänderung der *Wahlordnung*. Gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte setzte sie ihre Beratertätigkeit im Hinblick auf weitere Verbesserungen in der Wahlordnung fort.

**Schutz der Sprachenrechte.** Die Mission arbeitete wie bisher mit moldauischen und transnistrischen Behörden zusammen, um den Betrieb jener Schulen in der Region Transnistrien sicherzustellen, die Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichten. Die Frage des Schulgebäudes in Ribnița, das 2004 von den örtlichen Behörden beschlagnahmt wurde, und der Rückkehr des ins Exil verbannten theoretischen Lyzeums „Ștefan cel Mare“ in seine Heimatstadt Grigoriopol ist nach wie vor ungelöst.

**Menschenrechtsmonitoring.** Die Mission reagierte auf Beschwerden über Menschenrechtsverstöße und beobachtete einige aufsehenerregende Strafprozesse, bei denen es unter anderem um Folter, das Recht auf ein faires Verfahren, Religionsfreiheit und Minderheitenrechte ging.

**Humanitäre Hilfe.** Die Mission leistete Schulen für Gehörgeschädigte in Transnistrien medizinische Hilfe und unterstützte moldauische Gefängnisse in fachlicher Hinsicht.

**Förderung der Menschenrechte.** Die Mission setzte sich weiterhin für Kleinprojekte zur Förderung von Menschenrechten und Toleranz über den Dnjestr/Nistru hinweg und für die Stärkung von NROs ein.

**Rechtsgutachten.** Auch dieses Jahr arbeitete die Mission in enger Absprache mit dem Parlament an Rechtsreformen und gab Stellungnahmen und Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen ab.

**Förderung der Medienfreiheit.** Die Mission verfolgte die Entwicklungen im Bereich der elektronischen Medien. In Zusammenarbeit mit dem Koordinationsrat für audiovisuelle Medien wurde ein Runder Tisch zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung audiovisueller Medien veranstaltet. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit organisierte die Mission eine Schulung für die Sprecher von Regierungsstellen und sie stand dem Parlament bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über Staatsgeheimnisse mit ihrem Fachwissen zur Seite. Wie schon in den vergangenen Jahren, thematisierte die Mission Fragen der Medienfreiheit auf höchster Regierungsebene.

**Verhütung von Menschenhandel und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.** Die Mission war wie schon bisher Gastgeberin regelmäßiger technischer Koordinierungssitzungen zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels und zu Gleichstellungsfragen und sie unterstützte Gender- und Menschenhandelsprojekte. Mit der NRO La Strada erarbeitete sie neue Methoden, um Opfern, die sich vom Rechtssystem Unterstützung erwarten, Hilfe und Schutz zukommen zu lassen. Sie unterstützte im ganzen Land die weltweite Kampagne *16 Tage gegen Gewalt an Frauen*. Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Ausarbeitung eines Gesetzes gegen Diskriminierung fort und half der Regierung bei der Umsetzung des jüngst verabschiedeten Gesetzes über Gewalt in der Familie.

**Im Rahmen des Prozessbeobachtungsprogramms** wurden in über 1500 Verfahren rund 7000 Gerichtsverhandlungen beobachtet. Es handelte sich um Fälle von Korruption, Menschenhandel und häuslicher Gewalt und um Delikte gegen die Rechtspflege. Im Juni wurde im Rahmen des *Programms* der *Zweite Analysebericht* über die Einhaltung der Standards für ein faires Verfahren in der moldauischen Justiz herausgegeben. Der Oberste Justizrat nahm den Bericht sofort zum Anlass, um Reformen vorzubereiten, durch die Mängel im System beseitigt werden sollen.

Leiter der Mission:  
Botschafter Philip Remler  
Haushalt: 1.956.400 EUR  
[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)

## **Der Projektkoordinator in der Ukraine**

*Der Projektkoordinator in der Ukraine unterstützte in enger Absprache mit den ukrainischen Behörden das Land in seinen Bemühungen um Aufbau von Institutionen, Stärkung der Menschenrechte, Bekämpfung des Menschenhandels, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Bewältigung gravierender Umweltbedrohungen, einschließlich nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel aus vergangenen Kriegen.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

#### **Hilfe bei der sozialen Eingliederung entlassener Angehöriger der Streitkräfte.**

Der Projektkoordinator organisierte in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Umschulung von 1027 entlassenen Offizieren und unterstützende Maßnahmen für deren beruflichen Wiedereinstieg. 84 Prozent von ihnen fanden dadurch einen Arbeitsplatz. Über 1420 aktive höhere Militärangehörige wurden über soziale Rechte und Garantien für das infolge der militärischen Umstrukturierung entlassene Personal informiert.

In der neu geschaffenen Abteilung für Kriminalitäts- und Risikoanalyse des Staatlichen Grenzwachendienstes wurden 55 Arbeitsplätze ausgestattet.

Der Projektkoordinator unterstützte die Bemühungen der OSZE, der Ukraine bei der Vorbereitung eines Projekts betreffend die Entsorgung ihrer Lagerbestände des toxischen Raketentreibstoffs *Mélange* Hilfe zu leisten.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Unterstützung der örtlichen Wirtschaftsentwicklung.** Der Projektkoordinator half Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen, eine dienstleistungsorientierte Haltung einzunehmen, die zu einer lebendigen Wirtschaftsentwicklung, Rechenschaftspflicht und einer transparenten Entscheidungsfindung auf allen Ebenen führt. Er förderte gemeinsam mit regionalen Behörden die Einführung von E-Governance-Praktiken, die Bürgern den elektronischen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen ermöglichen, und half der Regierung bei der Vereinfachung des Systems zur Ausstellung von Unternehmerlizenzen.

Zur Unterstützung der Bemühungen der Regierung um Einsparung von Ressourcen und Energie förderte der Projektkoordinator den Einsatz erneuerbarer und alternativer Energieträger, durch den die Gemeindehaushalte um bis zu 30 Prozent entlastet werden könnten. Infolge dieser Energiesparmaßnahmen könnten zusätzliche finanzielle Ressourcen beispielsweise in die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur und in Initiativen zur Entwicklung der örtlichen Wirtschaft gelenkt werden.

**Förderung des Umweltschutzes.** Der Projektkoordinator unterstützte die Tätigkeit des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE in Bezug auf das gemeinsame moldauisch-ukrainische Management des Nistru/Dnjestr-Beckens. Er unterstützte auch den nationalen Grundsatzdialog über den Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die menschliche Tätigkeit in den Bereichen Wasser

und Gesundheit. Er veranstaltete einen Workshop zur Begutachtung der Gesetzgebungs- und Vollzugsverfahren hinsichtlich der Entdeckung und Verhütung grenzüberschreitender Transporte von gefährlichen Abfällen und sorgte auf regionaler Ebene für die Ausbildung der entsprechenden Behörden. Diese Projekte wurden im Rahmen der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)* durchgeführt.

Der Projektkoordinator half bei der Organisation einer von der Ukraine und der OSZE gemeinsam veranstalteten Konferenz für alle Schwarzmeerstaaten und internationale Experten, die umweltfreundlichere Praktiken und die Sicherheit der Schifffahrt im Schwarzmeerbecken zum Gegenstand hatte.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels.** Der Projektkoordinator leistete wie schon bisher Unterstützung bei der Ausarbeitung eines umfassenden, mit internationalen Menschenrechtsstandards im Einklang stehenden Gesetzes gegen den Menschenhandel. Zur Bewusstseinsbildung und zur Verhinderung einer Stigmatisierung von Menschenhandelsopfern erhielten über 2200 Staatsbedienstete eine Ausbildung. Durch Partner unter den Nichtregierungsorganisationen (NROs) wurden rund 400 tatsächliche und potenzielle Menschenhandelsopfer unterstützt.

**Verwaltungsrecht.** Der Projektkoordinator half bei der Entwicklung der gesetzlichen und theoretischen Grundlagen für die ukrainische Verwaltungsrechtsreform und bei der Ausbildung von Richtern der Verwaltungsgerichte. Vom Projektkoordinator einberufene Arbeitsgruppen arbeiteten zahlreiche Entwürfe zu Gesetzbüchern, einzelnen Gesetzen und Abänderungen zu bestehenden Rechtsvorschriften zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern aus.

**Unterstützung bei der Gesetzgebung.** In enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Parlament prüfte der Projektkoordinator 71 Gesetze. Er legte Empfehlungen vor, um die Gesetze besser in Einklang mit internationalen Standards zu bringen.

**Überwachung von Haftanstalten.** Der Projektkoordinator unterstützte wie schon in der Vergangenheit die Ausarbeitung nationaler Überwachungsmechanismen gegen Folter und Misshandlung von Gefangenen. Beobachtergruppen, bestehend aus Vertretern der Zivilgesellschaft und Polizeibeamten, besuchten in 14 ukrainischen Regionen 103 örtliche Polizeigefängnisse. Mit Unterstützung des Projektkoordinators wurde ein umfassendes *Staatspolizeiliches Konzept zur Verhütung von Folter und von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe* ausgearbeitet und von der Nationalen Kommission zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebilligt.

**Rechtsstaatlichkeit.** Im Rahmen seines Beitrags zur Ausarbeitung eines Rechtsstaatlichkeitslehrplans für Universitäten sorgte der Projektkoordinator in akademischen Kreisen der Ukraine für eine Hebung des Bewusstseins und des Verständnisses in Bezug auf die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit.

**Stärkung demokratischer Gepflogenheiten.** Sein Eintreten für eine Wahlreform veranlasste den Projektkoordinator zur Unterstützung von Bemühungen um eine

einheitliche Wahlordnung und ein zentrales Wählerverzeichnis. Zu diesem Zweck gab er eine Studie, bei der sieben ukrainische Wahlgesetze im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau beleuchtet werden sollten, und eine Untersuchung über die Aktivitäten der Medien während der Wahlen in Auftrag.

Der Projektkoordinator setzte die Vorbereitungen für die Beschaffung der für die Einrichtung eines Wählerverzeichnisses erforderlichen Hardware fort und stand in engem Kontakt mit der Zentralen Wahlkommission, die für die Entwicklung der entsprechenden Software verantwortlich ist.

In Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte unterstützte der Projektkoordinator erste Ausbildungsmaßnahmen zur Stärkung der Rolle von Frauen in der kommunalen Verwaltung und zur Hebung des Genderbewusstseins im gesamten Land.

**Medien.** Der Projektkoordinator setzte sich in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit durch Unterstützung der Medienrechtsreform weiterhin für eine unabhängige und starke ukrainische Medienlandschaft ein.

**Stärkung der Zivilgesellschaft.** Der Projektkoordinator unterstützte über 80 Bürgerinitiativen, die sich mit Verstößen von Strafverfolgungsbehörden gegen die Rechte benachteiligter Gruppen und der öffentlichen Mitsprache in Entscheidungsprozessen befassen. Zur Förderung der Nachhaltigkeit und Effizienz von NROs führte der Projektkoordinator Schulungen für über 200 NRO-Vertreter durch. Er unterstützte auch Initiativen zur Überprüfung und Verbesserung bestehender Gesetze betreffend die Zivilgesellschaft.

Projektkoordinator:

Botschafter L'ubomir Kopaj seit 21. April,  
als Nachfolger von Botschafter James Schumaker, dessen Mandat am 26. März endete

Haushalt: 2.607.900 EUR

[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)

# *Südkaucasus*

## Das Büro in Baku

*Das Büro in Baku unterstützte Aserbaidshans bei seinen wahlbezogenen Verpflichtungen im Hinblick auf die Präsidentenwahlen vom Oktober. Es leistete Unterstützung bei der Umsetzung der vor Kurzem beschlossenen Abänderungen zur Wahlordnung und zum Gesetz über die Versammlungsfreiheit und bei der Umsetzung der Polizei- und Justizreform und es setzte sich für Medienfreiheit, Good Governance, Umweltbewusstsein und regionale Wirtschaftsentwicklung ein.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Steuerung öffentlicher Versammlungen.** Das Büro betätigte sich als Koordinator und Geldgeber in Bezug auf einen groß angelegten Ausbildungsplan für die Steuerung öffentlicher Versammlungen. Über 1000 Polizeibeamte und Angehörige der Truppen des Innenministeriums wurden in Methoden ausgebildet, die eine wirksame Steuerung öffentlicher Veranstaltungen unter Achtung der Rechte des Einzelnen, einschließlich des Rechts auf freie Versammlung, ermöglichen.

**Polizeiliche Grundausbildung.** Das Büro reagierte auf die Einführung eines neuen Lehrplans für die polizeiliche Grundausbildung mit einem finanziellen Beitrag zu einem Gedanken- und Meinungs austausch im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Regierung des Gastlandes und dem tschechischen Innenministerium. Mit dem im Januar in Kraft getretenen neuen Lehrplan verlängerte sich die polizeiliche Grundausbildung von drei auf sechs Monate.

**Bürger nahe Polizeiarbeit.** Ein Team von OSZE-Polizeiexperten begann eine Serie von Beratungsbesuchen an acht weiteren Örtlichkeiten in ganz Aserbaidshans, um das Gastland in seinen Bemühungen um Ausweitung der bürgernahen Polizeiarbeit zu unterstützen. Das Büro förderte das Gender Mainstreaming und die Beziehungen zwischen der Polizei und den Medien durch eine Reihe von Veranstaltungen, an denen sich die Zivilgesellschaft und verschiedene Bevölkerungsgruppen beteiligten. Das Büro half bei Qualifizierungsmaßnahmen im Sicherheitsbereich, indem es Personen aus der Zivilgesellschaft und Behördenvertretern die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen in Europa und Zentralasien ermöglichte.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Good Governance und Korruptionsbekämpfung.** Das Büro unterstützte auch dieses Jahr zwei von der aserbaidshanschen Sektion von Transparency International geführte Anwalts- und Rechtsberatungszentren, die Bürgern kostenlosen Rechtsbeistand in Korruptionsverfahren anbieten, das Bewusstsein für die Rechte des Einzelnen heben sollen und die Regierung in ihren Bemühungen um Bekämpfung der Korruption unterstützen.

**Regionale Wirtschaftsentwicklung.** Das Büro förderte die regionale Wirtschaftsentwicklung, indem es Kleinunternehmer außerhalb von Baku über die im Rahmen des Programms *Start and Improve your business* der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angewandten Methoden und die internationalen Grundsätze des Rechnungswesens unterrichtete. Das Büro arbeitete auch mit regionalen Vertriebs-



zentren zusammen, um Bauern und Betriebe der Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und der Vermarktungstechniken zu helfen.

**Umweltbewusstsein.** Das Büro setzte sich in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen für mehr Umweltbewusstsein unter der Bevölkerung ein, indem es die *Aarhus-Konvention* und die Aarhus-Zentren in Baku, Gandscha und Gasach unterstützte. Um die Jugend zu sensibilisieren, weitete es die Bildungsinitiative „Umweltkoffer“ auf 50 Lehrassistenten aus, die Schulen in ländlichen Gegenden zugeteilt wurden, und stellte dieses Instrument Professoren und Bediensteten der naturwissenschaftlichen und der pädagogischen Fakultät der Staatlichen Universität Nachtschiwan vor.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **Rechtsstaatlichkeit**

**Unterstützung bei der Gesetzgebung.** Das Büro verfolgte den Gesetzgebungsprozess rund um die Abänderungen zum *Gesetz* über die *Versammlungsfreiheit*. Nachdem diese Änderungen beschlossen worden waren, erstellte das Büro in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) Richtlinien für Aserbaidschan, um eine wirksame Umsetzung des *Gesetzes* im Einklang mit europäischen Standards zu ermöglichen.

**Prozessbeobachtung.** Das Büro legte dem Justizministerium, Richtern und Mitgliedern der aserbaidischen Anwältevereinigung den *Prozessbeobachtungsbericht* 2006–2007 vor.

**Kostenlose Rechtsberatung in den Regionen.** Um in den Regionen dem Mangel an ausreichenden und kostenlosen rechtlichen Ressourcen abzuwehren, eröffnete das Büro in Massally ein weiteres rechtliches Ressourcenzentrum, das Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Richter und in anderen Rechtsberufen Tätige unterstützen soll.

**Schulungsmaßnahmen.** Das Büro unterstützte Schulungsmaßnahmen für Richter, Rechtsanwälte, Staatsanwälte und Gerichtspersonal in Baku und Nachtschiwan zu folgenden Themen: Anwendung europäischer Standards in inländischen Gerichtsverfahren, Menschenhandel, Geldwäsche und Verhütung von Folter.

**Jugendgerichtsbarkeit.** Zur Förderung der wirksamen Umsetzung des *Übereinkommens über die Rechte des Kindes* unterstützte das Büro die Schaffung einer Rechtsberatungsstelle für Jugendliche in Baku und die versuchsweise Einrichtung eines Diversionszentrums als Alternative zu Freiheitsstrafen.

**Veröffentlichungen in aserbaidischer Sprache.** Das Büro unterstützte die Herausgabe einer dreibändigen Zusammenstellung ausgewählter Fälle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Aserbaidschanisch. Es sorgte außerdem für die Übersetzung und Veröffentlichung der *Richtlinien* des Europarats für die Umsetzung von Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Freiheit der Meinungsäußerung).

## **Demokratisierung**

**Unterstützung in Wahlangelegenheiten.** In enger Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission und der Präsidentialverwaltung hielt das Büro eine Reihe von Informationsveranstaltungen zur Umsetzung der vor Kurzem abgeänderten *Wahlordnung* und zum *Gesetz* über die *Versammlungsfreiheit* ab. Es setzte die Ausbildung einheimischer Wahlbeobachtergruppen fort und betrieb Wählererziehung und Informationspolitik.

**Medienfreiheit.** Das Büro setzte sein umfassendes Ausbildungsprogramm für den öffentlich-rechtlichen Sender ITV fort, das für mehr Professionalität sorgen soll. Durch Diskussionen mit hochrangigen Teilnehmern setzte sich das Büro insbesondere für eine verantwortungsvolle Rolle der Medien bei demokratischen Wahlen ein.

**Demokratische Staatsführung.** In enger Zusammenarbeit mit dem Parla-mentsausschuss für Sozialpolitik unterstützte das Büro ein Projekt zur Verbesserung der Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Parlamentariern und ihren Wählern. Es gab eine Studie in Auftrag, um festzustellen, in welchen Bereichen mit dem Parlament künftig zusammengearbeitet werden könnte.

**Entwicklung der Zivilgesellschaft.** Das Büro unterstützte die Bemühungen des Zentrums für Demokratie und Gender in Schamachy um Verstärkung seiner Aktivitäten und um eine regere Beteiligung an seinen Schulungskursen zur Ausbildung von weiblichen Führungskräften, Pflichtverteidigerinnen und Kandidatinnen für die Kommunalwahlen 2009.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Büro setzte seine Zusammenarbeit mit der ILO im Rahmen des Südkaukasusprojekts zur Bekämpfung des Menschenhandels fort. Diese Tätigkeit umfasste unter anderem einen Schulungskurs für Richter vom Gerichtshof für Schwerverbrechen und weitere Arbeiten an der Entwicklung eines nationalen Leitmechanismus.

Leiter des Büros:  
Botschafter José Luis Herrero  
Haushalt: 2.498.800 EUR  
[www.osce.org/baku](http://www.osce.org/baku)

## **Die Mission in Georgien**

*Die OSZE stellte 2008 ihren großen Nutzen und ihre operativen Stärken unter Beweis, als sie das Land bei den vorgezogenen Präsidenten- und Parlamentswahlen unterstützte und sich den großen, viel beachteten Sicherheitsproblemen stellte, mit denen Georgien insbesondere nach dem Ausbruch von Kampfhandlungen im August konfrontiert war.*

*Als der Krieg begann, stellte die Mission die dringend erforderlichen Bemühungen um Stabilisierung und Beobachtung der Lage sofort in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Innerhalb weniger Tage konnte sie problemlos 20 neue Offiziere aufnehmen, um die Beobachtungskapazitäten zu verstärken und zu einer Entschärfung der sicherheitspolitischen und humanitären Krise beizutragen.*

*Die wahlbezogenen Aktivitäten der Mission zeigten, wie wichtig es ist, dass sie technische Unterstützung und Beratung anbietet und die internationale Hilfe koordiniert.*

*Ansonsten hatte die Mission Erfolge in allen drei Sicherheitsdimensionen der OSZE zu verzeichnen. Zu den wichtigsten zählten die länderübergreifende zwischenbehördliche Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, die Reform der Polizei und des Strafvollzugs, die Integration nationaler Minderheiten, der Schutz von Menschenhandelsoffern, die Förderung von Kleinunternehmen und Good Governance und Initiativen betreffend die Umweltsicherheit.*

## **Konfliktbeilegung und Krisenbewältigung**

Die Mission unterstützte wie bisher die Parteien im georgisch-ossetischen Konflikt bei der Wiederaufnahme der Bemühungen um eine Lösung des Konflikts. Dazu zählten die Förderung des Dialogs und die Vertrauensbildung unter besonderer Betonung der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Im Zusammenhang mit dem georgisch-abchasischen Konflikt unterstützte die Mission weiterhin die Bemühungen der Vereinten Nationen (VN) um Beilegung des Konflikts.

Als die Spannungen in den Konfliktzonen zunahmen, leistete die Mission einen Beitrag zur Frühwarnung und Konfliktverhütung, indem sie ihre militärische Beobachtung und Berichterstattung und ihre diplomatischen Interventionen verstärkte. Trotz aller Bemühungen kam es im August zu schweren Kampfhandlungen. Dadurch änderte sich die Situation für die Mission und viele andere grundlegend.

Nach dem August-Krieg setzte sich die Mission intensiv für den Abbau der Spannungen zwischen den Konfliktparteien und die Entschärfung der humanitären Krise ein. In den betroffenen Regionen sollten die Voraussetzungen für einen politischen Dialog geschaffen werden, der auf längere Sicht zur Lösung des Konflikts führen würde.

Als Beitrag zur vollständigen Umsetzung des Sechspunkteplans vom 12. August vereinbarte der Ständige Rat am 19. August, die Anzahl der OSZE-Militärbeobachter in der Mission auf bis zu 100 zu erhöhen. 20 von ihnen wurden sofort in den an

Südostetien angrenzenden Gebieten stationiert. Die rasche Entsendung zusätzlicher Beobachter war ein wesentlicher Bestandteil der Reaktion der Organisation auf die Kampfhandlungen und deren Auswirkungen. Der Mission wurde jedoch der Zutritt zum ehemaligen Autonomen Gebiet Südostetien und die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit dort verwehrt.

Die Mission reagierte auf die neuen Herausforderungen rasch und effizient, unter anderem durch die Einrichtung eines vorgeschobenen Beobachtungsstützpunkts nahe Karaleti/Gori. Das *Wirtschaftliche Sanierungsprogramm* verlagerte sich in zugängliche Gebiete, die unter den Ereignissen vom August gelitten hatten. Die Mission leistete auch einen Beitrag zu den Genfer Gesprächen, bei denen die Europäische Union (EU), die Vereinten Nationen und die OSZE gemeinsam den Vorsitz führen. Ziel dieser Gespräche ist die Stärkung von Stabilität und Sicherheit und die Lösung der Frage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen.

## **Sonstige Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Dekontaminierung ehemaliger sowjetischer Militäreinrichtungen.** Die Mission unterstützte die Entfernung radioaktiver Rückstände und die Entfernung und umweltverträgliche Wiederaufbereitung gefährlicher Chemikalien, die von sowjetischen Truppen in ehemaligen Militäreinrichtungen zurückgelassen worden waren. Sie setzte auch eine Untersuchung fort, um Art und Ausmaß der Verschmutzung ehemaliger Militärflugplätze in Georgien festzustellen und Optionen für das weitere Vorgehen aufzuzeigen.

**Polizeireform.** Die Mission unterstützte das Innenministerium bei der Umsetzung der Polizeireform. Im Mittelpunkt standen dieses Jahr bürgernahe Polizeiarbeit und Verbrechensverhütung, Unterstützung für die georgische Polizeiakademie und Personalmanagement. Die Mission war auch am Aufbau der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen beteiligt.

**Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus.** Die Mission leistete den georgischen Behörden auch dieses Jahr Unterstützung bei der Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten und bei der Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen zur Terrorismusbekämpfung. Dazu zählten auch Ausbildungsprogramme, durch die die mit der Terrorismusbekämpfung befassten Dienststellen befähigt werden sollten, die aktuellen Bedrohungen durch chemische, biologische, radiologische, nukleare und hochexplosive Vorrichtungen und Schusswaffen zu bewältigen.

**Stärkung der Grenzmanagementkapazitäten.** Mit dem Start des *Programms für vorübergehende institutionelle Unterstützung* im Mai setzte die Mission die Unterstützung der für Grenzsicherheit und -management zuständigen georgischen Behörden fort. Dies umfasste auch Schulungen im Bereich der Strafverfolgung für die georgische Grenzpolizei, in einigen Fällen gemeinsam mit der Steuerbehörde des georgischen Finanzministeriums. Außerdem ermöglichte die Mission eine Reihe von länderübergreifenden Workshops an den wichtigsten Grenzübertretsstellen gemeinsam mit Grenzsicherheits- und -managementbehörden der Nachbarstaaten.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

### **Wirtschaftliche Fragen**

Die Mission finanzierte in Abchasien und Dschawacheti Zentren für betriebswirtschaftliche Unterstützung, die die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in diesen Regionen durch Schulungsmaßnahmen für Unternehmer unterstützen.

Sie setzte ihre Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen (NROs) fort, die die Einhaltung der Verpflichtung zur Umsetzung der Empfehlungen des Antikorruptionsnetzes der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durch die Regierung überwachen.

Die Mission unterstützte auch die Überwachung der Hilfsmittelflüsse in Georgien, um der Öffentlichkeit den Zugang zu nachvollziehbaren und verständlichen Informationen über die Zuteilung von Hilfsmitteln und die Umsetzung von Hilfsmaßnahmen zu erleichtern.

Die Finanzierung von Betriebswirtschaftskursen wurde fortgesetzt, um Binnenvertriebenen, die in Flüchtlingslagern in Tiflis, Kwemo Kartli, Samegrelo und Adscharien untergebracht sind, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Die Mission setzte auch ihre Unterstützung von Ressourcenzentren für Good Governance in Gardabani und Marneuli – Gebieten mit starken ethnischen Minderheiten – fort. Diese Zentren sind der örtlichen Verwaltung bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Haushaltspläne und bei der Verwaltung öffentlicher Mittel behilflich.

### **Umweltfragen**

Die Mission und das Umweltministerium unterstützten auch dieses Jahr das Aarhus-Zentrum, dessen Ziel die landesweite Förderung des Umweltbewusstseins ist. Darüber hinaus unterstützte die Mission zwei regionale Umweltzentren in Kwemo Kartli.

Sie unterstützte die *OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)* bei der Entwicklung von Projekten zur Bewältigung von Problemen im Bereich der Umweltsicherheit. Auch das *NATO/OSZE-Flussüberwachungsprojekt* wurde weiter gefördert.

20 Entscheidungsträger nahmen an einem von der Mission organisierten Workshop über Risikominderung und Schadensbehebung im Zusammenhang mit der Ölverschmutzung des Meeres und über den in Ausarbeitung befindlichen nationalen Notfallsplan gegen Ölverschmutzung teil.

Die Mission trug durch Finanzierung einer Umweltbewusstseins- und Umweltbildungskampagne zur landesweiten Förderung der Grundsätze und Gepflogenheiten der nachhaltigen Abfallbewirtschaftung bei. Sie organisierte Umweltjugendklubs, in denen über 300 georgischen Schülern Umwelterziehung geboten wurde.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Menschenrechte.** Im Umgang mit Fällen von Menschenrechtsverletzungen setzt sich die Mission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte ein, indem sie Prozesse beobachtet, die Haftbedingungen überwacht, Rechtsberatung anbietet und bei den zuständigen Behörden ihre Anliegen vorbringt.

Die Mission unterstützte unter anderem folgende Projekte: kostenlose Rechtsberatung für gefährdete Häftlinge und Aufklärung über die Rechte der Häftlinge; eine Regionalkonferenz zum Thema lebenslange Haft; Werbung für das *Handbuch* des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) über *Menschenrechte und Grundfreiheiten von Angehörigen der Streitkräfte* und Übersetzung des Handbuchs ins Georgische; ein Menschenrechtsseminar für Fachleute, die mit gefährdeten Kindern zu tun haben. Auf Initiative der Mission unterrichtete ein georgischer Experte 44 Juristen und Junganwälte über die europäischen Menschenrechtsstandards.

**Rechtsstaatlichkeit.** Die Mission setzte sich wie bisher für die Reform des Strafvollzugs ein, indem sie praktische Empfehlungen abgab und Gefängnisbediensteten eine fachliche Ausbildung zukommen ließ. Zur Unterstützung der Justizreform bot sie Strafverteidigern eine Schulung zur neuen *Strafprozessordnung* und zu Schwurgerichtsverfahren. Um das Gesetzgebungsverfahren transparenter zu machen, förderte sie offene Diskussionen über neue Gesetzesanträge und den Zugang zu Gesetzesentwürfen, die von Vollzugsbehörden ausgearbeitet worden waren. Die Mission setzte sich auch für die Umsetzung der von der Regierung der Autonomen Republik Adscharien geplanten Verwaltungs- und Rechtsreform ein.

**Demokratisierung und Wahlen.** 2008 fanden drei Wahlen statt: vorgezogene Präsidenten- und Parlamentswahlen und die Wahlen zum Obersten Rat Adschariens. In ihrem Einsatz für freie und faire Wahlen koordinierte die Mission das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Wahlangelegenheiten auf technischer und auf Botschaferebene, sie organisierte Gesprächsrunden zur Auswertung der Erfahrungen und gab eine Broschüre über die bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen geleistete Wahlhilfe heraus.

Ein inländischer „Wahlwächter“ prüfte das Wählerverzeichnis und beobachtete die Wahlen in Adscharien, jeweils mit finanzieller Unterstützung durch die Mission. Diese gab Gutachten zu Berufungs- und Beschwerdeverfahren ab und vermittelte zwischen dem BDIMR, der Venedig-Kommission und georgischen Wahlorganen einen Dialog über die Reform der *Wahlordnung*. Die Mission verwaltete das vom BDIMR finanzierte Zentrum für parlamentarische Reformen, das den Parlamentspräsidenten und leitende Parlamentsmitarbeiter in Fragen der Parlamentsarbeit und -reform fachlich berät und technisch unterstützt.

**Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts.** Die Mission unterstützte eine Reihe von Schulungskursen, in denen über 30 leitende Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in Bezug auf Gemeindeentwicklung und Bürgermobilisierung verbessern konnten. Ein kleines Zuschussprogramm musste nach Ausbruch der Kampfhandlungen eingestellt werden.

**Medienfreiheit.** Die Mission setzte sich wie bisher für die Verbesserung der beruflichen Qualifikation von Journalisten ein. In einer Reihe von Workshops über rechtliche Vorschriften im Medienbereich lernten Journalisten Methoden zur Beschaffung öffentlicher Informationen kennen. Die Mission finanzierte eine Onlinepublikation, [www.media.ge](http://www.media.ge), die Nachrichten und Analysen über Medienunternehmen und über die Lage auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit bringt. Die Mission unterstützte die Teilnahme von Reportern der webbasierten Magazine [www.civil.ge](http://www.civil.ge) und [www.media.ge](http://www.media.ge) an Workshops über das Publizieren im Internet, die von Transitions Online, Radio Liberty und dem Media Development Loan Fund in Prag angeboten wurden. Sie leistete einen finanziellen Beitrag zu einem Treffen von Verfechtern des bürgerorientierten Journalismus und Experten für neue Medientechnologien aus dem Südkaukasus, das im Sommer in Tiflis erstmals stattfand.

**Integration nationaler Minderheiten.** Die Mission setzte ihre Arbeit mit nationalen Minderheiten in Kwemo Kartli und Samzche-Dschawacheti fort – zwei Regionen mit hauptsächlich aserbaidshanisch- und armenischstämmiger Bevölkerung. Sie initiierte ein *Schüleraustauschprogramm*, in dessen Rahmen 16 armenischstämmige Schüler drei Monate lang georgische Schulen besuchten und bei georgischen Familien lebten. Sie setzte auch ihre Unterstützung für zwei Jugendzentren in von Minderheiten bewohnten Gebieten fort. In diesen Zentren lernten über 200 Jugendliche Georgisch, Englisch, Informatik und Staatsbürgerkunde. Die Mission vergab auch kleine Zuschüsse zur Entwicklung der Kapazitäten von sieben NROs in ländlichen Gegenden.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Mission arbeitete mit der Regierung und der Zivilgesellschaft an der Weiterentwicklung des Systems zur Identifizierung und Unterstützung von Menschenhandelsopfern, insbesondere von Opfern des Kinderhandels. Sie führte für Fachleute aus dem Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels ein Ausbildungsprogramm und einen Studienbesuch in Skopje durch und beteiligte sich außerdem an der Ausarbeitung des neuen *Nationalen Aktionsplans Georgiens zur Bekämpfung des Menschenhandels für die Jahre 2009–2010*.

Leiter der Mission:  
Botschafter Terhi Hakala  
Haushalt: 9.750.700 EUR  
[www.osce.org/georgia](http://www.osce.org/georgia)

## Das Büro in Eriwan

*Die Tätigkeit des Büros in Eriwan stand unter dem Zeichen politischer Spannungen im Anschluss an die Präsidentenwahlen vom Februar. Das Büro setzte sich für demokratische Reformen in den Bereichen Wahlen, Versammlungsfreiheit, Polizei, Justiz und Medien ein.*

**Wahlreform.** Im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom Februar unterstützte das Büro die Schulung der Wahlgorgane. Es leistete auch Bewusstseinsarbeit in Bezug auf die mit Wahlen verbundenen Rechte und Verfahren, einschließlich demokratischer Wahlstandards. Nach den Wahlen half das Büro den Behörden bei der Umsetzung der vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte abgegebenen Empfehlungen.

**Versammlungsfreiheit.** Das Büro unterrichtete politische Parteien, Richter von Verwaltungsgerichten, Kommunalverwaltungen und die Zivilgesellschaft über abgeänderte Gesetze, internationale Standards und die Spruchpraxis in Bezug auf das Recht auf freie Versammlung.

**Korruptionsbekämpfung.** Das Büro koordinierte internationale Initiativen zur Bekämpfung der Korruption. Es unterstützte die Behörden bei der Ausarbeitung der *Nationalen Korruptionsbekämpfungsstrategie 2008–2012*.

**Die OSZE als Modell.** Das Büro machte diese Initiative unter der armenischen Jugend bekannt und organisierte die erste armenische *Model-OSCE*-Konferenz.

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Polizeiunterstützungsprogramm.** Im April wurde versuchsweise eine von der OSZE geleitete Dienststelle für bürgernahe Polizeiarbeit eingerichtet, die später um zwei Außenstellen erweitert wurde. Das Büro und die Polizei unterzeichneten eine Vereinbarung über die Verbesserung der Bildungsstandards und eine bessere Handhabung der öffentlichen Ordnung in Armenien in Partnerschaft zwischen der Polizei und der Öffentlichkeit.

**Demokratische Kontrolle der Streitkräfte.** Das Büro gab für das Parlament Studien über die Nichtbefolgung der Einberufung, die rechtliche Grundlage für Governance im Sicherheitssektor und die Übertragung militärischer Aufgaben an Zivilisten in Auftrag. Es unterstützte auch den armenischen Menschenrechtsanwalt bei der Überwachung von Disziplinarstrafen in den Streitkräften.

**Grenzmanagement.** Grenzschutz- und Zollbeamte nahmen an einem Workshop über ganzheitliches Grenzmanagement teil, der sich in eine Reihe von Veranstaltungen fügte, die das Büro gemeinsam mit der Mission in Georgien organisierte. Themen des zweitägigen Praxisworkshops waren Gefahren durch das Schmugglerwesen im Kaukasus, Menschenhandel und Drogenfahndung.

**Zivilschutz.** Das Büro unterstützte das Katastrophenschutzministerium bei der Ausarbeitung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit in Presse und Rundfunk und bei einer Medienschulung für Mitarbeiter des Ministeriums.



## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

### **Abbau administrativer Barrieren für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).**

Das Büro setzte sich für die Stärkung der institutionellen Grundlagen und der fachlichen Qualifikation der für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Armenien verantwortlichen staatlichen Stellen ein. Es förderte auch die Integration Armeniens in internationale und gesamteuropäische KMU-Netze und stellte seine Fachkompetenz für die Ausarbeitung, Veröffentlichung und Verbreitung von Informationsmaterial für Entscheidungsträger und Unternehmer zur Verfügung.

**Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen.** Die Präsenz des Büros in Sjunik unterstützte die Bemühungen von KMU um Beschaffung von Startkapital. Sie ermutigte die örtlichen Unternehmer, die soziale Verantwortung für ihre Tätigkeit zu übernehmen, und förderte den im *Kyoto-Protokoll* vorgesehenen *Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung*, der zu nachhaltiger Entwicklung und zum Einsatz erneuerbarer Energieträger anregen soll.

**Die Aarhus-Konvention.** In den dreizehn vom Büro betriebenen Zentren zur Information der Öffentlichkeit über Umweltfragen fanden zur Förderung der *Aarhus-Konvention* Diskussionen mit der Öffentlichkeit, Vertretern der staatlichen Verwaltung und Geschäftsleuten statt. Das Büro veranstaltete einen Workshop und eine Studienfahrt zum Thema kommunale Selbstverwaltung in Umweltfragen. An der Staatlichen Universität Eriwan wurde mit Unterstützung des Büros ein neues Zentrum für Umweltrechte mit dem Themenschwerpunkt Umweltgesetze eröffnet.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Toleranz und Minderheitenrechte.** Das Büro veranstaltete Diskussionsrunden und Fernsehdebatten über Gewissens- und Religionsfreiheit. Es unterstützte Konferenzen, Ausbildungsveranstaltungen für Jugendliche und kulturelle Veranstaltungen über die Bewahrung von Kultur und Identität nationaler Minderheiten.

**Aufklärung der Öffentlichkeit über Menschenrechte.** Das Büro produzierte, verteilte und sendete Werbespots zum Thema Menschenrechte. Es unterstützte außerlehrplanmäßige Kurse an Schulen über interaktive Methoden in der Menschenrechtserziehung.

**Unterstützung der Volksanwaltschaft.** Das Büro unterstützte die Veröffentlichung des Jahresberichts der Volksanwaltschaft für 2007 und dessen Übersetzung ins Englische. Es führte den Vorsitz in einer internationalen Arbeitsgruppe, die die diesbezüglichen Aktivitäten koordiniert. Durch einen Besuch beim polnischen Volksanwalt sollte die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen verstärkt werden.

**Unterstützung der Strafrechts- und Justizreformen.** Das Büro organisierte für die Staatsanwaltschaft eine Ausbildung zum Thema Rechtshilfe in Strafsachen. Es unterstützte die Ausarbeitung von Abänderungen zum Anwältegesetz und half bei der Organisation des 51. Treffens der Internationalen Richtervereinigung. Es gab den Anstoß zu Diskussionen zwischen verschiedenen Akteuren über die Justizreformen.

Das Büro unterstützte die Gruppe, die Strafvollzugsanstalten beobachtet, und schulte Polizeibeamte und Mitglieder der Beobachtergruppe. Es veranstaltete eine Konferenz über die Umsetzung des *Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter*.

**Medienfreiheit.** Das Büro schloss ein Projekt zur Institutionalisierung der Ausbildung staatlicher PR-Referenten in Fragen der Medienfreiheit ab. Es führte eine Untersuchung über die öffentlich-rechtliche armenische Rundfunkanstalt durch, die dazu führen sollte, dass sich diese ihres öffentlichen Auftrags stärker bewusst wird. Das Büro ermöglichte Rechtsberatung zum Rundfunkrecht und unterstützte die Schaffung eines Mechanismus zur Selbstkontrolle der armenischen Medien.

**Bekämpfung des Menschenhandels und Migration.** Das Büro half bei der Einrichtung der Unterstützungs- und Ressourcenabteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels im Ministerium für Arbeit und Soziales. Gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung unterstützte es die Ausarbeitung eines nationalen Leitmechanismus und eines Schulungshandbuchs für Strafverfolgungsbehörden. Das Büro gab einen Bericht über die Rückwanderung nach Armenien in Auftrag.

**Genderfragen.** Das Büro unterstützte die Einrichtung des ersten Ressourcenzentrums für Frauen, dessen Ziel es ist, in der Provinz Sjunik das weibliche Unternehmertum und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu fördern. Es veranlasste das monatliche Erscheinen eines Inserats über Frauenrechte in großen armenischen Zeitungen.

**Jugend.** Mit dem Ministerium für Jugend und Sport unterzeichnete das Büro eine Vereinbarung über die Unterstützung regionaler Jugendzentren in ganz Armenien. Außerdem beauftragte es die Europäische Studentenunion mit der Durchführung einer Studie über den Stand der studentischen Demokratie an armenischen Universitäten.

Leiter des Büros:  
Botschafter Sergei Kapinos  
Haushalt: 2.523.200 EUR  
[www.osce.org/yerevan](http://www.osce.org/yerevan)

# *Zentralasien*

## Das Zentrum in Aschgabad

*Das Zentrum setzte sich auch dieses Jahr für die Stärkung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements ein und dehnte seine Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension auf die Bereiche Landwirtschaft, Schienenverkehr und Wasserressourcen aus. Es ermöglichte die Abhaltung einer OSZE-Veranstaltung in Aschgabad auf hoher Ebene – der Zweiten Vorbereitungskonferenz zum 16. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE – und unterstützte wie bisher die Rechts- und Wahlreform. Während der Parlamentswahlen vom Dezember unterstützte das Zentrum ein Wahlunterstützungsteam des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR).*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Stärkung von Grenzsicherheit und -management.** Das Zentrum organisierte einen zweiwöchigen Schulungskurs über die Verstärkung der Sicherheit von Reisedokumenten, bei dem Grenzschutzbeamte erörterten, wie gefälschte Dokumente erkannt werden können, und ihr Wissen über Reisedokumente aus aller Welt auf den neusten Stand brachten.

Sechs turkmenische Beamte nahmen an einem Schulungskurs über Grenzsicherheit und -management teil, den der finnische Vorsitz, das Sekretariat und die Feldoperationen in Zentralasien gemeinsam organisierten.

#### START BOX

##### Fortbildungsveranstaltungen

Rund 200 Zollbeamte aus dem ganzen Land nahmen an Englisch- und Computerkursen teil, die das Zentrum in Zusammenarbeit mit dem *Programm* der Europäischen Union „*Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*“ und der staatlichen Zollbehörde von Turkmenistan unterstützte. Das Projekt soll die berufliche Qualifikation von Zollbeamten verbessern.

#### END BOX

##### Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des illegalen Drogenhandels.

Das Zentrum organisierte einen Ausbilderkurs für Grenzsicherheitsbeamte über Kontrollstellen und Röntgenbildinterpretation zum Erkennen von Schusswaffen, Drogen und anderem Schmuggelgut. Ein Kursteilnehmer hielt anschließend zwei Röntgenkurse für Flughafenbedienstete ab. Das Zentrum unterstützte auch eine Reihe von Schulungskursen für Strafverfolgungsbeamte in Aschgabad, Serhetabat an der afghanischen Grenze und Artyk an der iranischen Grenze. Themen waren die Drogenfahndung und das Aufspüren und Erkennen von Drogen.

**Kleinwaffen und leichte Waffen und konventionelle Munition.** Das Zentrum veranstaltete im November in Aschgabad einen Workshop über den Umgang mit überschüssigen Waffen- und Munitionsbeständen.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Workshop über die Bekämpfung der Ölverschmutzung und Sanierungsmaßnahmen.** Das Zentrum und das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und

Umweltaktivitäten der OSZE veranstalteten mit finanzieller Unterstützung aus Spanien einen Workshop über bewährte Praktiken und die neusten Technologien zur Begrenzung von Umweltschäden durch Ölverschmutzung. Experten und Entscheidungsträger aus den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und internationale Organisationen nahmen daran teil.

**Unterstützung des Übergangs zur Marktwirtschaft.** Das Zentrum unterstützte zwei Workshops über Marketing und Marktforschung in der Agrar- und Ernährungswirtschaft und über Sicherheit in Nahrungsketten.

Das Zentrum unterstützte Turkmenistan in seinen Bemühungen um Integration in die wichtigsten internationalen Wirtschafts- und Handelsinstitutionen durch Schulungskurse zu den Themen Geschäftsdiplomatie, Handelspolitik, Wettbewerb und Verbraucherschutz.

Im Rahmen eines Informationsaustauschs über optimale Methoden zur Entwicklung der Aktienmärkte wurden Experten aus der kasachischen Börse eingeladen, über ihre diesbezüglichen Erfahrungen zu berichten.

## START PHOTO BOX

### Drogenfahndungskurs

„Der Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Ausbildnern und Teilnehmern war in unserer Zusammenarbeit zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels ein wichtiger Schritt vorwärts. Solche regelmäßige Ausbildungsveranstaltungen tragen wesentlich dazu bei, dass illegale Drogentransporte an den Grenzen gestoppt werden.“

Mikail Uçak, Chefinspektor der türkischen Internationalen Akademie gegen Drogen und organisierte Kriminalität und einer der Experten auf einem Schulungskurs der OSZE zum Thema Drogenfahndung

## END PHOTO BOX

**Bewirtschaftung der Wasserressourcen.** Das Zentrum veranstaltete drei Workshops über effiziente Bewässerung und den Einsatz von Technologien, die auf Geografischen Informationssystemen beruhen, für eine wirksame Wasserverteilung.

**Hebung des Umweltbewusstseins.** Das Zentrum setzte seine bisherigen Bemühungen um mehr Umweltbewusstsein unter Jugendlichen fort und veranstaltete eine Reihe von Ökocamps.

**Förderung der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen.** Das Zentrum unterstützte die Entwicklung profitabler Pilotsysteme für die Abfallbewirtschaftung und des sanften Tourismus.

**Entwicklung von Verkehr und Infrastruktur.** Das Zentrum veranstaltete zwei Workshops über Infrastrukturplanung und über Sicherheit im Eisenbahnverkehr und den Eisenbahnbetrieb. Ziel der Aktivitäten war die Verbesserung der Sicherheit im turkmenischen Eisenbahnnetz im Rahmen des neuen Nord-Süd-Verkehrswegs von Russland an den Persischen Golf.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Förderung der Beachtung der internationalen Menschenrechte.** Das Zentrum veranstaltete für leitende Beamte aus dem ganzen Land mehrere Schulungskurse zum Thema Rechtspflege und außerdem einen fünftägigen Völkerrechtskurs für Studenten der Turkmenischen Staatlichen Universität.

**Unterstützung legislativer Reformen.** Das Zentrum veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem BDIMR und dem Staatlichen Institut für Demokratie und Menschenrechte Seminare über Rechtsetzungstechnik, um die diesbezüglichen Kapazitäten des turkmenischen Gesetzgebers weiter zu stärken. Außerdem organisierte das Zentrum für fünf turkmenische Parlamentarier eine dreitägige Studienfahrt zum schwedischen Parlament.

**Parlamentswahlen.** Das Zentrum unterstützte ein vom BDIMR entsandtes neunköpfiges Wahlunterstützungsteam, das die Parlamentswahlen vom Dezember verfolgte und die Auswirkungen der jüngsten Abänderungen der turkmenischen Wahlordnung studierte.

**Unterstützung der Zivilgesellschaft.** Das Zentrum verstärkte seine Unterstützung für vier lokale Ressourcenzentren, die Jugendlichen Computer- und Englischkenntnisse, Lebenskompetenzen und Wissen über Gesundheitsvorsorge vermitteln. Dem Einsatz des Zentrums ist es zu verdanken, dass an Veranstaltungen in der menschlichen Dimension der OSZE eine größere Zahl von Vertretern der Zivilgesellschaft teilnahm als in den vergangenen Jahren.

**Förderung von Regressmechanismen zur Verwirklichung der Menschenrechte.** Das Zentrum bot über 200 Personen Rechtsberatung an. Es veröffentlichte fünf themenbezogene Rechtsinformationen – etwa zu den Rechten von Angeklagten und Inhaftierten, zu Freizügigkeit und Wohnrechten – und verbreitete sie unter Juristen und Bürgern.

Leiter des Zentrums:  
Botschafter Ibrahim Djikić  
Haushalt: 1.338.100 EUR  
[www.osce.org/ashgabad/](http://www.osce.org/ashgabad/)

## Das Zentrum in Astana

*Das Zentrum setzte seine Aktivitäten mit dem Schwerpunkt auf Projekten zur Unterstützung der laufenden politischen Reformen fort. Besondere Aufmerksamkeit widmete es der Aufklärung über die Tätigkeit der OSZE im Rahmen der Umsetzung seines Mandats und der Unterstützung des Gastlandes im Hinblick auf den Ministerratsbeschluss vom November 2007 über den kasachischen Vorsitz 2010. Prioritäten waren auch weiterhin die Förderung der Vertrauensbildung, transparenter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Justizreform.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Vertrauensbildung und zivile Kontrolle der Streitkräfte.** Das Zentrum förderte wie bisher vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Einklang mit dem *Wiener Dokument 1999*. In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium führte es für Offiziere aus den zentralasiatischen Staaten Schulungskurse zum Thema Rüstungskontrolle durch. Gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium und dem OSZE-Forum für Sicherheitskooperation veranstaltete das Zentrum ein Regionalseminar über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu *politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*.

**Aufbau moderner Polizeikräfte.** Gemeinsam mit dem Innenministerium und der Abteilung Strategische Polizeiangelegenheiten des OSZE-Sekretariats förderte das Zentrum demokratische Grundsätze in der polizeilichen Tätigkeit, unter anderem durch regionale Veranstaltungen zur praktischen Umsetzung des *Guidebook on Democratic Policing*. Das Zentrum unterstützte ein langfristiges, für Polizeidienststellen und Untersuchungsgefängnisse in Almaty konzipiertes Pilotprojekt betreffend internationale Standards.

**Grenzmanagement.** Das Zentrum setzte seine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren fort, um das Gastland bei der Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements zu unterstützen. Gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden für Grenzschutzbeamte Schulungskurse über moderne Grenzinspektionstechniken, das Aufspüren von illegalen Grenzgängern und Schmugglern und die Korruptionsbekämpfung durchgeführt.

**Politische Reformen.** Das Zentrum setzte sich aktiv für politische Reformen ein, durch die internationale Standards und Grundsätze verwirklicht werden sollen, wobei gesetzliche Vorschriften betreffend Wahlen, politische Parteien, Medien und die kommunale Selbstverwaltung im Mittelpunkt standen.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Förderung transparenter und effizienter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.** An vorderster Stelle stand für das Zentrum der Kampf gegen Korruption, gegen Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus. Es ermöglichte eine Ausbildung von Bediensteten der Finanzpolizei in Fragen der Untersuchung von Korruptionsfällen und ein Rechtsgutachten über den Kampf gegen Korruption in der Schattenwirtschaft. Es förderte die Einrichtung einer Finanzermittlungsdienststelle

durch Unterstützung neuerlicher Konsultationen über den vorgeschlagenen Gesetzesentwurf und die Schaffung einer zwischenbehördlichen Arbeitsgruppe.

**Nachhaltige Entwicklung als Bildungsaufgabe.** Das Zentrum schloss die Vorarbeiten zu einem Projekt über nachhaltige Entwicklung als Bildungsaufgabe ab. Als Ergebnis wird ein Unterrichtsbaustein über Ökologie und nachhaltige Entwicklung in den staatlichen Standardlehrplan für höhere Schulen eingefügt werden. Es half auch bei der Entwicklung und Durchführung eines neuen Schulungskurses über nachhaltige Entwicklung für Geschäftsleute.

**Umsetzung internationaler Umweltverträge.** Das Zentrum unterstützte die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* durch Schulungsmaßnahmen für Richter betreffend den Zugang zum Recht und durch Stärkung des Netzes regionaler Umweltgruppen. Es wurde ein nationaler Workshop über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen abgehalten. Als Maßnahme im Anschluss an das 16. *Wirtschafts- und Umweltforum* leistete das Zentrum unter den Beteiligten Aufklärungsarbeit über internationale Seerechtsübereinkommen, um deren Fähigkeit zur wirksamen Bekämpfung der Ölverschmutzung zu verbessern.

**Klimawandel.** Das Zentrum setzte gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und dem Umweltministerium einen Grundsatzdialog über Maßnahmen gegen den Klimawandel in Gang. Es wurden Empfehlungen betreffend die freiwillige Durchführung von Projekten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in Kasachstan ausgearbeitet.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Justiz- und Rechtsreformen.** In Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Experten analysierte das Zentrum den Stand der Justizreformen, das Strafvollzugssystem, die Humanisierung der Grundsätze der Strafjustiz, Ermittlungsverfahren, die kostenlose Rechtsberatung und den Entwurf zu einem Verwaltungsgesetzbuch. Die Empfehlungen wurden auf Expertentagungen erörtert und in einer Pressekonferenz vorgestellt.

**Menschenrechte und Demokratisierung.** Das Zentrum veranstaltete in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) und unter Beteiligung von Parlamentariern, Beamten und führenden Vertretern von Religionsgemeinschaften Debatten über den neuen Entwurf zu einem Gesetz über Religionsfreiheit. Es unterstützte das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei den Vorkehrungen für Konsultationen zwischen nationalen Behörden und internationalen Experten, durch die gewährleistet werden sollte, dass die Rechte der religiösen Mehrheit und der religiösen Minderheiten im Gesetzesentwurf entsprechend den internationalen Verpflichtungen berücksichtigt werden.

**Genderfragen.** Das Zentrum lud Parlamentarier, Beamte, nationale und internationale Experten und NROs zu Workshops und Diskussionsrunden ein, bei denen erörtert wurde, wie der Gesetzgeber und Kontrollorgane die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen wirksam gewährleisten können, unter anderem auch in Zusammenarbeit mit dem BDIMR. Es unterstützte außerdem das



BDIMR bei der Erstellung von Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen über die Gleichstellung der Geschlechter und über häusliche Gewalt.

**Unterstützung im Kampf gegen den Menschenhandel.** Das Zentrum unterstützte eine Initiative des Justizministeriums betreffend die Mitveranstaltung einer erweiterten Sitzung der Zwischenbehördlichen Kommission zur Bekämpfung des Menschenhandels unter Beteiligung von NROs aus kasachischen Regionen.

**Entwicklungen im Medienbereich.** Das Zentrum unterstützte die Entwicklung freier Medien und einen Meinungs austausch über Mediengesetze. Durch ein breites Spektrum von Schulungsseminaren setzte es sich auch für die Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Qualifikation von Journalisten ein.

Leiter des Zentrums:

Botschafter Alexandre Keltchewsky seit 11. Juni,  
als Nachfolger von Botschafter Ivar Vikki, dessen Mandat am 28. März endete  
Haushalt: 2.067.600 EUR

[www.osce.org/astana](http://www.osce.org/astana)

## **Das Zentrum in Bischkek**

*Im zehnten Jahr seines Bestehens konzentrierte das Zentrum in Bischkek seine Tätigkeit auf Grenzmanagement, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Es setzte die Erfüllung seiner langfristigen Verpflichtungen in Bezug auf die Polizeireform, die OSZE-Akademie und die Medienentwicklung in den Regionen fort. Das Zentrum unterstützte das Gastland in den Bereichen Staatsführung, Gesetzgebung, Umweltsicherheit und Wirtschaftsentwicklung.*

### **Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension**

**Entwicklung politischer Institutionen.** Das Zentrum schulte Vertreter politischer Parteien in politisch-militärischen Fragen betreffend die kirgisischen Regionen und in Fragen der öffentlichen Kommunikation. Daran anschließend richteten die Teilnehmer in einer der Provinzen als Pilotversuch Wählerbetreuungsstellen ein, und sie bildeten ihrerseits Mitarbeiter in den Regionen aus. Das Zentrum bot außerdem Mitgliedern des neuen Parlaments ein Kommunikationstraining und den neu gewählten örtlichen Gesetzgebern eine Schulung zum Thema Selbstverwaltung und Kontrolltechniken.

**Grenzmanagement.** Das Zentrum befasste sich in Zusammenarbeit mit Bevölkerungsgruppen, kommunalen Behörden und der Grenzwaache unter anderem mit Spannungen an der Grenze und in deren Nähe und mit der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Es schuf örtliche Verhandlungs- und Konfliktverhütungsmechanismen und unterrichtete die örtliche Bevölkerung unter aktiver Beteiligung der Grenzwaache über zwischenstaatliche Verfahren und über Rechtsansprüche und Pflichten.

**Polizeireform.** Durch Schulungsveranstaltungen und Seminare zu den Themen häusliche Gewalt und Tradition und Gesetz unterstützte das Zentrum den Aufbau einer gemeinschaftsorientierten Polizeiarbeit in entlegenen Gebieten. Zur Steigerung der Effizienz strafrechtlicher Ermittlungen half es bei der Verbesserung der beruflichen Qualifikation örtlicher Ermittlungsbeamter und Fahnder, und es leistete Unterstützung bei der Ausarbeitung und Revision von Gesetzen. Es unterstützte die Polizeiakademie und die Höhere Polizeifachschule bei der Hebung des Niveaus der Polizeiausbildung, um diese an internationale Standards heranzuführen.

**Konfliktverhütung.** Zur Förderung der Toleranz zwischen den Volksgruppen unterstützte das Zentrum in mehreren kirgisischen Regionen Initiativen unter Beteiligung von Staatsbediensteten, des Parlaments, von Jugendlichen und Journalisten. Es unterstützte örtliche Mediatoren bei der Beobachtung und Bewältigung potenzieller Konfliktsituationen. In Fragen der Religionsfreiheit förderte es das Rechtsbewusstsein unter Staatsbediensteten und den Dialog zwischen den Beteiligten.

**Medienentwicklung.** Das Zentrum setzte seine Unterstützung für die Medien-Ressourcenzentren auf Provinzebene in Talas, Karakol, Naryn und Batken fort. Es führte eine genaue Beobachtung der Mediensituation, auch von Verletzungen der Rechte von Journalisten, durch.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Wirtschaftsfragen.** Das Zentrum unterstützte die Bemühungen der Regierung um Verbesserung des Investitions- und Wirtschaftsklimas und Bekämpfung der Armut. Es half bei der Ausarbeitung von Gesetzen, der Entwicklung effizienter Investitionsstrategien, der Hebung der Qualifikation von Frauen und Jugendlichen als Kleinunternehmer, der Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten, der Bereitstellung sicherer Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitsmigranten und der Stärkung der unternehmerischen Verantwortung in bestehenden Unternehmen. Das Zentrum fördert an vier Orten die Tätigkeit des Netzes von Unterstützungszentren für Arbeitsmigranten.

**Umweltfragen.** Das Zentrum konzentrierte sich auf die Schaffung des nationalen und lokalen verordnungsrechtlichen Rahmens für Umweltfragen und auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Fragen, insbesondere betreffend die Rückstände aus der Uranerzaufbereitung. Die aktuellen Projekte betreffen die Behandlung radioaktiver Abfälle, die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen, die Verhütung von Konflikten um das Wasser, den Zugang zu Umweltinformationen und die Verbesserung der Naturkatastrophenvorsorge.

**Good Governance.** Das Zentrum unterstützte auch dieses Jahr die Regierung in ihrem Kampf gegen Korruption. Es leistete Bewusstseinsarbeit und bot der neuen Staatlichen Agentur für Korruptionsverhütung Hilfestellung in Form von Personalschulungen und Workshops. Das Zentrum unterstützte Aktivitäten zur Stärkung der Transparenz und zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Reform der Institutionen und Rechtsreform.** Das Zentrum unterstützte die Bemühungen um Angleichung der nationalen Gesetze an die *Verfassung* vom 23. Oktober 2007. Es unterstützte das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und die Venedig-Kommission des Europarats bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Abänderungsentwürfen zum *Gesetz* über die *Versammlungsfreiheit*. Das Zentrum setzte sich wie bisher für die Umsetzung des *Gesetzes* über die *Humanisierung des Strafrechts* ein. Im Zuge der Vorbereitung der Kommunalwahlen vom 5. Oktober unterstützte es Informationskampagnen, die Wählererziehung und die Einschulung von Wahlorganen und unabhängigen einheimischen Wahlbeobachtern.

**Förderung der Einhaltung humanitärer Völkerrechtsnormen.** Die Reform des Strafvollzugs blieb für das Zentrum eine vorrangige Aufgabe. Es unterstützte die Einführung der Bewährungshilfe, schulte Personal, sorgte landesweit für mehr Sicherheit und mehr Respekt vor den Menschenrechten in Haftanstalten und Straflagern und setzte sich für die Kontrolle dieser Einrichtungen durch die Öffentlichkeit ein. Das Zentrum leistete wie bisher Hilfe bei Schulungen für Bedienstete der Staatsanwaltschaft in Fragen des Medienrechts. Es setzte sich dafür ein, den Zugang sozial benachteiligter Gruppen, unter anderem auch von Folteropfern, zu kostenloser Rechtsberatung insbesondere in ländlichen Gebieten zu verbessern. Es leitete ein Projekt betreffend die Verhütung von Folter und die

Achtung der Menschenrechte in der polizeilichen Tätigkeit. Das Zentrum unterstützte seine Partner bei der Beobachtung von Prozessen in den Provinzen Osh, Dschalal-Abad und Batken.

**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Zentrum unterrichtete neue Mitglieder des Stadtrats von Osh über geschlechtersensible Analyse und Haushaltspolitik und Vortragende der Akademie für öffentliche Verwaltung über Methoden zur Vermittlung der Geschlechtertheorie. In den Provinzen Issyk-Kul und Naryn erteilte es Nichtregierungsorganisationen mit Genderschwerpunkt eine Projektmanagementausbildung, es unterstützte Radiosendungen zur Geschlechterthematik und trat gegen häusliche Gewalt und Brautraub auf. Es unterstützte Krisenzentren für Opfer häuslicher Gewalt in den Städten Talas und Naryn und Kampagnen zur Sensibilisierung für den Kampf gegen Menschenhandel und brachte sein Fachwissen in das neue *Staatliche Programm zur Bekämpfung des Menschenhandels* ein.

### START BOX

#### **Die OSZE-Akademie**

Im sechsten Jahr ihres Bestehens entließ die OSZE-Akademie 23 Studenten mit dem Titel eines Magisters der Politikwissenschaften, 25 Studenten aus zentralasiatischen Staaten und Afghanistan wurden in die Akademie aufgenommen. Sie erweiterte ihr Ausbildungsprogramm und gab den Anstoß zur Gründung eines neuen Forums für Sicherheitspolitikexperten aus Zentralasien, Ost- und Südostasien, Europa und den Vereinigten Staaten, das wichtige Fragen der regionalen Sicherheitsdynamik und praktische Fragen analysieren und erörtern soll. Außerdem bot die OSZE-Akademie dem kasachischen Außenministerium eine Schulung zur Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz.

### END BOX

Leiter des Zentrums:

Botschafter Andrew Tesoriere seit 25. Mai,

als Nachfolger von Botschafter Markus Müller, dessen Mandat am 14. Februar endete  
Haushalt: 5.051.900 EUR

[www.osce.org/bishkek](http://www.osce.org/bishkek)

## Das Büro in Tadschikistan

*Durch die Verabschiedung eines neuen, erweiterten Mandats am 19. Juni verstärkte sich die Zusammenarbeit mit der Regierung. Die Feldoperation der OSZE in Tadschikistan, das ehemalige Zentrum in Duschanbe, wurde in Büro in Tadschikistan umbenannt. Es wurde zusätzliches Personal eingestellt, der Haushalt wurde aufgestockt und das Büro übersiedelte in neue, größere Räumlichkeiten.*

*Das neue Büro in Tadschikistan ist nun besser darauf eingestellt, Tadschikistan bei der Bewältigung der Herausforderungen, mit denen es in dieser Phase seiner Entwicklung konfrontiert ist, beizustehen, einschließlich der Probleme, die sich durch die lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan ergeben.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Grenzsicherheit.** Das Büro verstärkte sein praktisches Engagement in Fragen des Grenzmanagements. Es unterstützte und beriet die Regierung bei der Ausarbeitung einer umfassenden nationalen Grenzstrategie und begann mit den Vorarbeiten für die Gründung einer OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement. Außerdem nahm es die Arbeit an zwei weiteren Grenzprojekten in Angriff, in deren Rahmen Schulungen für tadschikische Grenztruppen und Zollbeamte abgehalten werden sollen.

**Kleinwaffen, leichte Waffen und konventionelle Munition.** Das Büro verstärkte die Kapazitäten der Strafverfolgungsinstitutionen des Landes im Hinblick auf die sichere Lagerung von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition, wobei die zweite Phase des Programms erfolgreich abgeschlossen wurde. Es veranstaltete Schulungen und verstärkte die Kapazitäten in Bezug auf die Entsorgung unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen.

**Minenräumung.** Dieses Jahr wurden 22.074.105 m<sup>2</sup> Land, das zuvor als vermint galt, umgewidmet und wieder der örtlichen Bevölkerung übergeben. Weitere 833.818 m<sup>2</sup> vermintes Land wurden mithilfe eines Minenspürhunds und manuell arbeitender Teams gesäubert. Dabei wurden 5569 Minen sowie 1900 Stück Streumunition und nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel geortet und zerstört.

**Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM).** Das Büro unterstützte die Regierung und koordinierte Aktivitäten, um ihr bei der Erfüllung ihrer VSBM-Verpflichtungen nach dem *Wiener Dokument 1999* zu helfen.

**Politischer Dialog.** In Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Rat von Tadschikistan veranstaltete das Büro für Regierungsbeamte, politische Parteien und die Zivilgesellschaft Tagungen zur Erörterung des aktuellen Geschehens. Seminare zum Thema *Gesetz und Religion* trugen zum Abbau von Spannungen zwischen den säkularen Behörden und den etablierten islamischen Gemeinden bei.

**Hilfestellung für die Polizei.** Ein Berater für Terrorismusbekämpfung und Polizeiangelegenheiten wurde eingestellt. Er hat die Aufgabe, im Anschluss an eine im Februar durchgeführte Bedarfserhebung weitere Schritte zu unternehmen und Projekte zu entwickeln. Gemeinsam mit der Drogenkontrollstelle führte das Büro entlang der Grenze zu Afghanistan eine Informationskampagne über Drogenprävention durch.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Unterstützung von Handel und Gewerbe.** Durch sein Netz von Ressourcen- und Ausbildungszentren für Kleinbetriebe und Unternehmer, die grenzüberschreitenden Handel betreiben, unterstützte das Büro wie bisher örtliche Behörden und Unternehmer bei der betrieblichen Entwicklung. Dieses Jahr berieten die Zentren 6500 Personen, darunter 2000 im Import- und Exportgeschäft tätige Unternehmer. 1600 Unternehmer und Behördenvertreter nahmen an Schulungskursen teil. Das Büro setzte auch einen Prozess in Gang, der den Ressourcenzentren die Selbsterhaltungsfähigkeit sichern soll.

Mit einem im September in Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE veranstalteten Workshop über die Schaffung eines attraktiven Geschäfts- und Investitionsklimas dehnte das Büro seinen Tätigkeitsbereich auf Grundsatzfragen wie etwa die Schaffung von Freihandelszonen und Investitionsanreizen aus.

**Verbesserung der Umweltpolitik.** Das Büro unterstützte auch dieses Jahr die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* und die Ausarbeitung von Umweltgesetzen und -strategien. Es schlug dem Parlament eine Aktualisierung des *Naturschutzgesetzes* vor.

**Wasserwirtschaft.** Auf einer OSZE-Konferenz erörterten Experten aus Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan und Turkmenistan ein vom Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees ausgearbeitetes Grundsatzpapier, das die Entwicklung geeigneter Instrumente für die Wasserwirtschaft in Zentralasien fördern soll.

**Bewusstseinsbildung.** Auf Initiative des Büros wurden im staatlichen tadschikischen Fernsehen fünfzehn Umweltdokumentationen gesendet.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Menschenrechte, Demokratisierung und Wahlen.** Das Büro organisierte mehrere Runde Tische und Veranstaltungen, um die Zivilgesellschaft und Regierungsvertreter in die Erörterung des neuen *Gesetzes über den Menschenrechtsanwalt* und in Diskussionen über Eigentumsrechte, die Bekämpfung der Folter, den Zugang zu Gefängnissen sowie freie und faire Wahlen einzubeziehen. Eine wichtige Neuerung war für das Büro die Organisation von Diskussionen zu den Themen des *Vorbereitungstreffens*, das dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* voranging. Ab Januar war das Büro für die Koordinierung der monatlich in Tadschikistan stattfindenden *Treffen zu Menschenrechtsfragen* verantwortlich.

Das Büro führte auch Projekte über Eigentumsrechte durch, bot Universitätsstudenten Intensivkurse über Menschenrechte und Völkerrecht, unterstützte die Studie *Justizreformindex für Tadschikistan* und setzte sich für die Hebung des Menschenrechts- und Demokratiebewusstseins ein. Außerdem konnte das Büro in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte einigen Vertretern aus dem staatlichen Sektor und der Zivilgesellschaft die Teilnahme an Kurzzeit-Beobachtungsmissionen bei Parlamentswahlen im Ausland ermöglichen.

**Förderung der Demokratisierung im Medienbereich.** Das Büro leistete 21 Zeitungen konkret auf sie abgestimmte Unterstützung durch Papierspenden und eine Reihe von innerbetrieblichen Schulungskursen zu den Themen Management und Layout. Die Zeitungen arbeiteten Unternehmenspläne aus und konnten ihre Auflage und ihren Ertrag steigern. Zwei von der OSZE unterstützte internationale Konferenzen mündeten in Aufrufen an den Präsidenten und das Parlament, sich für transparentere Verfahren bei der Lizenzvergabe an elektronische Medien einzusetzen und den Tatbestand der üblen Nachrede aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Ein Seminar über mediale Selbstkontrolle in Berlin regte zu einer Diskussion über das journalistische Berufsethos unter Spitzenvertretern von Medienunternehmen, Medienverbänden, der Regierung und dem Parlament an. Darüber hinaus bot das Büro Journalisten innerhalb und außerhalb von Tadschikistan eine Vielzahl von Ausbildungsmöglichkeiten zur Verbesserung der technischen Kenntnisse, der Recherchetechniken und der Sprachkenntnisse.

**Genderfragen.** Das Büro bot nationalen Stellen, die mit Fragen der Gleichstellung der Geschlechter befasst sind, Rückhalt durch Bildungs- und Schulungsprogramme und Medienkampagnen. Es unterstützte zwölf Ressourcenzentren für Frauen bei der Bereitstellung von kostenloser psychologischer und rechtlicher Hilfe, um die Eigenständigkeit von Frauen zu fördern und die Alphabetisierungsrate unter Mädchen zu erhöhen. Es informierte das Personal der Ressourcenzentren für Frauen in Schulungen über die Art und Weise der Vernetzung untereinander und der Zusammenarbeit mit der Regierung. Das Büro half mit, unter Jugendlichen das Wissen um die Risiken und Folgen des Menschenhandels und die Rekrutierungsmethoden von Menschenhändlern zu heben. Es förderte die interregionale Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und den Aufbau ihrer Kapazitäten.

Leiter des Büros:  
Botschafter Wladimir Prjachin  
Haushalt: 4.724.900 EUR  
[www.osce.org/tajikistan](http://www.osce.org/tajikistan)

## Der Projektkoordinator in Usbekistan

*Der Projektkoordinator in Usbekistan legte besonderen Wert auf die Zusammenarbeit im politisch-militärischen Bereich mit Schwerpunkt auf dem Kampf gegen den Terrorismus, den illegalen Drogenhandel und die organisierte Kriminalität, und auf Wirtschafts- und Umweltaktivitäten, wo das Büro die meisten Projekte aufzuweisen hat. Der Projektkoordinator führte auch eine Reihe von Projekten im Bereich Menschenrechte und Demokratisierung durch, wobei ihn die usbekischen Behörden aktiv unterstützten.*

### Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Organisation von Workshops über Sicherheitsbedrohungen.** Das Büro des Projektkoordinators organisierte internationale Expertenworkshops über aktuelle Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität, darunter Terrorismus, religiöser Extremismus, internationale organisierte Kriminalität und illegaler Drogenhandel. Das Büro veranstaltete im April eine Konferenz zur Erörterung der regionalen Sicherheit und des Engagements für Afghanistan.

**Polizeiausbildung.** Im Rahmen seiner langfristigen Unterstützung für die usbekische Polizeiakademie machte das Büro des Projektkoordinators die Polizei wie bisher mit international bewährten Praktiken vertraut. Auf diese Weise sollte das polizeiliche Ausbildungssystem gestärkt werden.

**Aufbau demokratischer Institutionen.** Das Büro des Projektkoordinators organisierte Diskussionen über die Entwicklung politischer Parteien, die Verbesserung des Wahlsystems und die Verstärkung der Wählererziehung. Das Büro setzte sich für einen besseren Zugang zu Informationen über die Rolle sozial-politischer Organisationen und die Vorteile der partizipativen Demokratie ein. Um die Öffentlichkeit besser über die Struktur des Senats zu informieren, unterstützte es die Veröffentlichung von 2500 Exemplaren eines *Handbuchs über den Senat der Republik Usbekistan*.

### Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU).** Ein gemeinsames Projekt des Projektkoordinators und der usbekischen Vereinigung von Geschäftsfrauen bot Frauen und jungen Menschen Unterstützung bei der Gründung eines eigenen kleinen oder mittleren Unternehmens.

**Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen in Zentralasien.** Das Büro des Projektkoordinators half bei der Zusammenstellung eines Teams von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus der Transportwirtschaft, das die Aufgabe hat, bestehende Gesetze und Richtlinien zu analysieren und erste Schritte zur Errichtung eines Dispositionszentrums in Usbekistan zu unternehmen, das den nationalen, regionalen und internationalen Handel erleichtern soll.

**Förderung der ländlichen Entwicklung.** In Zusammenarbeit mit der Bauernvereinigung setzte sich der Projektkoordinator auch dieses Jahr für die sozioöko-



nomische Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten ein, indem er über neuerdings verfügbare Finanz- und Kreditsysteme, Steuern und Umweltsicherheit informierte.

**Good Governance.** In Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützte der Projektkoordinator die Regierung bei der Anwendung bewährter Lenkungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht.

**Umweltfragen.** Das Büro des Projektkoordinators veranstaltete gemeinsam mit dem Staatlichen Naturschutzkomitee im November eine Umweltschutzkonferenz. Das Büro des Projektkoordinators, das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE und deren Implementierungspartner, das Wissenschaftliche Informationszentrum der Zwischenstaatlichen Kommission für Wasserkoordination, veranstalteten im Oktober die Konferenz *Umweltsicherheit – ein wichtiger Faktor in der Wasserwirtschaft*.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NROs).** Durch seine fortlaufende Unterstützung der Nationalen Vereinigung usbekischer NROs förderte das Büro des Projektkoordinators eine wirksame gesellschaftliche Partnerschaft zwischen staatlichen Institutionen und NROs, insbesondere im Hinblick auf den sozialen Schutz benachteiligter Gruppen. Der Projektkoordinator unterstützte die Herausgabe mehrerer Handbücher.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Büro des Projektkoordinators unterstützte die Regierung und öffentliche Organisationen bei der Ausarbeitung eines Handbuchs über die Identifizierung verschiedener Formen von Menschenhandel, einer Zusammenstellung von Rechtsdokumenten und einer Analyse, bei der die in Usbekistan geltenden Rechtsgrundlagen mit internationalen Standards verglichen wurden.

**Volksanwaltschaft.** Das Büro des Projektkoordinators half bei der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Volksanwalt und Justiz- und Strafverfolgungsbehörden.

**Menschenrechte.** Das Büro des Projektkoordinators half Lehrern und Studenten von Rechtsfakultäten beim Druck von Unterlagen. Gemeinsam mit dem UNDP veranstaltete es anlässlich des 60. Jahrestags der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* eine Konferenz über die Demokratisierung der Gesellschaft und die Gewährleistung der Menschenrechte. Zur Stärkung der Menschenrechtsabteilung des Innenministeriums veranstaltete das Büro Diskussionsrunden über die Zusammenarbeit zwischen Dienststellen des Innenministeriums und anderen Vollzugsbehörden und staatlichen Einrichtungen, nationalen Menschenrechtsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen.

Projektkoordinator:  
Botschafter István Venczel  
Haushalt: 1.641.300 EUR  
[www.osce.org/tashkent](http://www.osce.org/tashkent)

*Unterstützung  
bei der  
Umsetzung  
bilateraler  
Abkommen*

## **Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen**

### **Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige**

*Der Vertreter leistete auch dieses Jahr Hilfe bei der Umsetzung des bilateralen Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.*

*Am 1. Juli 2008 waren insgesamt 15.603 Personen anspruchsberechtigt im Sinne des Abkommens, darunter 8.669 ehemalige Militärangehörige aus dem Verteidigungsministerium und dem Innenministerium zuzüglich 6.934 Familienangehöriger.*

### **Aktivitäten und Entwicklungen**

**Wohnungsprobleme erfolgreich bewältigt.** In den Gesprächen der Gemeinsamen Kommission ging es nach wie vor um Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Delogierung pensionierter Militärangehöriger und ihrer Familien aus Wohnungen, die in sowjetischer Zeit verstaatlicht und an Angehörige der sowjetischen Armee vergeben wurden und jetzt „entstaatlicht“ und den früheren Eigentümern zurückgegeben werden. Diese Gespräche dominierten jedoch die Tagesordnung der Kommission nicht mehr so sehr wie in den vergangenen Jahren. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Nachkommen gewährte Lettland den Inhabern dieser Wohnungen einen Aufschub von sieben Jahren und legte nach Ablauf dieser Frist zusätzlich Sonderbedingungen für pensionierte Militärangehörige und deren Familien sowie für andere Betroffene fest. Dazu zählten finanzielle Unterstützung und bevorzugter Zugang zu Sozialwohnungen. Diese Bemühungen zur Abfederung möglicher Härten waren erfolgreich. Seit über einem Jahr ist klar, dass die drohende Delogierung aus entstaatlichten Wohnungen für pensionierte Militärangehörige kein großes Problem mehr darstellt.

**Umsiedlungsprogramm wird fortgesetzt.** Rund 200 pensionierte Militärangehörige samt Familien machten Gebrauch von einem 2006 in Angriff genommenen, von Lettland finanzierten Umsiedlungsprogramm für pensionierte Militärangehörige, die Lettland verlassen und sich auf Dauer im Ausland niederlassen wollen.

OSZE-Vertreter:

Oberstlt. Helmut Napiontek

Genehmigter Haushalt: 9.600 EUR

*Die  
Institutionen*

## Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

*Das BDIMR ist die wichtigste jener OSZE-Institution, die den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie Hilfe leisten. Es handelt sich dabei um die menschliche Dimension als eine der drei Sicherheitsdimensionen der OSZE.*

### Wahlbeobachtungs- und Wahlbeurteilungsmissionen

Land	Art der Wahl	Datum	Art der Mission
Georgien	Präsidentenwahlen	5. Januar	Beobachtung
Serbien	Präsidentenwahlen	20. Januar & 3. Februar	eingeschränkte Beobachtung
Armenien	Präsidentenwahlen	19. Februar	Beobachtung
Spanien	Parlamentswahlen	9. März	Beurteilung
Montenegro	Präsidentenwahlen	6. April	Beobachtung
Italien	Parlamentswahlen	13.–14. April	Beurteilung
Serbien	Parlamentswahlen	11. Mai	eingeschränkte Beobachtung
Georgien	Parlamentswahlen	21. Mai	Beobachtung
EJRM	Parlamentswahlen	1. Juni & 15. Juni	Beobachtung
Belarus	Parlamentswahlen	28. September	Beobachtung
Aserbaidshan	Präsidentenwahlen	15. Oktober	Beobachtung
USA	allgemeine Wahlen	4. November	eingeschränkte Beobachtung

(Anmerkung: Allen Beobachtungen und Beurteilungen gingen Bedarfserhebungsmissionen voraus, bei denen empfohlen wurde, in welcher Form die Wahl beobachtet werden soll. Eine Bedarfserhebungsmission wurde im Dezember 2008 auch in Liechtenstein durchgeführt; es wurde empfohlen, keine Beobachtung vorzunehmen.)

### Überwachung von Verpflichtungen

Das BDIMR überwacht die Einhaltung der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten in der menschlichen Dimension.

Am stärksten wahrgenommen wird die Überwachungstätigkeit des Büros im Bereich der Wahlbeobachtung. 2008 entsandte das BDIMR zwölf Wahlmissionen in die gesamte OSZE-Region, an denen sich 2850 Beobachter aus 49 Teilnehmerstaaten beteiligten. Sehr viele Beobachter wurden aus dem BDIMR-Fonds für freiwillige Beiträge zur Verstärkung der geografischen Diversifizierung von Beobachtungsmissionen finanziert. Das BDIMR beobachtete einige Wahlen in Partnerschaft mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf der Grundlage des Kooperationsabkommens von 1997.

Die Überwachungstätigkeit des BDIMR endet nicht, wenn die Wahlen vorüber sind. 2008 veröffentlichte das Büro acht Rechtsgutachten über nationale Wahlsysteme. Es

nahm an zahlreichen Sitzungen, Diskussionsrunden und Seminaren teil, die die Verbesserung der Wahlgesetzgebung, die Abhaltung von Wahlen und andere Themen zum Gegenstand hatten.

Das BDIMR entsandte Experten zur Beschaffung von Informationen über die Menschenrechtslage in Armenien, nachdem es in Eriwan im März nach den Wahlen zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen war, und brachte der Regierung seine Bedenken und Empfehlungen zur Kenntnis. Das Büro unternahm – gemeinsam mit den Büros des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten und des Menschenrechtskommissars des Europarats – im Juli einen Vor-Ort-Besuch in Italien, um die Menschenrechtssituation der Roma und Sinti nach einer Reihe gewaltsamer Zwischenfälle, die sich gegen diese Volksgruppe gerichtet hatten, zu beurteilen. Auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden entsandten das BDIMR und der Hohe Kommissar im Oktober und November Teams nach Georgien, die die Menschenrechtssituation und die Lage der Minderheiten in den vom Konflikt im August betroffenen Gebieten beurteilen und über ihre Erkenntnisse berichten sollten.

### **Bereitstellung von Aus- und Fortbildung und Know-how**

Das BDIMR bot Personen, die im staatlichen Sektor und in zivilgesellschaftlichen Organisationen tätig sind, ein breites Spektrum an Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und Know-how.

Strafverfolgungs- und Justizbeamten die Informationen und Ausbildungsmöglichkeiten bereitzustellen, die sie benötigen, um Hassdelikte richtig zu erkennen und zu bekämpfen, war nach wie vor eine vorrangige Aufgabe des Büros. 2008 unterzeichnete es eine Vereinbarung mit dem Sicherheitsministerium von Bosnien und Herzegowina über die Umsetzung seines Ausbildungsprogramms für die Polizei – des *Programms für Strafverfolgungsbeamte zur Bekämpfung von Hassdelikten (LEOP)*. LEOP wird auch in Polen durchgeführt und bei einem Runden Tisch wurde über eine Umsetzung in der Ukraine diskutiert.

Über 30 Nichtregierungsorganisationen aus 18 Teilnehmerstaaten nahmen an einem Schulungsseminar des BDIMR über die Beobachtung und Meldung von Hassdelikten teil. Das Büro half zehn Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung von länderspezifischen Unterrichtsmaterialien und Lehrerfortbildungsseminaren über die Bekämpfung von Antisemitismus. Es initiierte neue Projekte zur Entwicklung von Unterrichtswerkzeugen gegen Intoleranz gegenüber Muslimen.

Das BDIMR schulte Menschenrechtsverteidiger in Moldau und Armenien in der Beobachtung der Lage hinsichtlich der Versammlungsfreiheit und in der Berichterstattung darüber.

Das Büro hielt seinen jährlichen Schulungskurs für Kurzzeit-Wahlbeobachter an der OSZE-Akademie in Bischkek und in Tirana ab. Darüber hinaus reagierte das BDIMR auf Ersuchen einiger Teilnehmerstaaten um Ausbildung ihrer Wahlbeobachter (so veranstaltete das Büro beispielsweise einen Schulungskurs für russische Beobachter an der russischen Diplomatischen Akademie).

## Unterstützung in Gesetzgebungsfragen

Um zu erreichen, dass die von den Staaten verabschiedeten Gesetze mit OSZE-Verpflichtungen im Einklang stehen, gab das BDIMR Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen über Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Informationsfreiheit, Religionsfreiheit, Wahlen, Genderfragen, häusliche Gewalt, Menschenhandel und Strategien gegen Diskriminierung und zu Verfassungsänderungen ab.

Der Expertenbeirat des BDIMR zu Fragen der Versammlungsfreiheit gab eine Rechtsauskunft zu Abänderungen des armenischen *Versammlungsgesetzes*, das während des Ausnahmezustandes im März erlassen worden war. Konsultationen in Eriwan gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats führten dazu, dass weitere Abänderungen verabschiedet wurden, in denen auf die Bedenken der Experten eingegangen wurde.

Das BDIMR achtet bei der Unterstützung in Gesetzgebungsfragen nunmehr auch auf die Gesetzgebungssysteme, also darauf, wie Gesetze ausgearbeitet, erörtert, verabschiedet und überwacht werden. Es gab im Laufe des Jahres zwei Berichte heraus, in denen die Rechtsetzungsverfahren in Moldau und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beurteilt wurden. In den Berichten wird empfohlen, auf welche Weise die Rechtsetzung transparenter, integrativer und effizienter gestaltet werden kann.

## Publikationen

Zu den wichtigsten Publikationen im Jahr 2008 zählten: *Hate Crime in the OSCE Region – Incidences and Responses*, der zweite derartige Jahresbericht, der charakteristische Muster hassbedingter Zwischenfälle und wirksame staatliche Gegenmaßnahmen aufzeigt; *Human Rights Defenders in the OSCE Region – Challenges and Good Practices*, ebenfalls der zweite Jahresbericht seiner Art; ein Bericht über den Stand der Umsetzung des *Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet* von 2003 durch die Teilnehmerstaaten; und das *Handbook on Human Rights and Fundamental Freedoms of Armed Forces Personnel*, das in Verbindung mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte im Mai herausgebracht wurde.

Unter den Publikationen des Jahres ragte *Trial-Monitoring: A Reference Manual for Practitioners* heraus, das für jene bestimmt ist, die an der Ausarbeitung und Durchführung eines Prozessbeobachtungsprogramms interessiert sind – ein Bereich, in dem die OSZE über große Erfahrung verfügt. Das BDIMR veranstaltete gemeinsam mit der „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje einen Workshop mit zwölf OSZE-Feldoperationen und führte Prozessbeobachtungsprogramme durch, um für die Verwendung des *Manual* zu werben.

Ausgehend von einer Begutachtung der Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in acht OSZE-Teilnehmerstaaten veröffentlichte das Büro einen Bericht über die Entschädigung von Menschenhandelsopfern.

Es gab auch ein Handbuch heraus, das die grundlegenden Menschenrechtsprinzipien beschreibt, die üblicherweise im Kampf gegen den Terrorismus eine Rolle spielen,

und erklärt, welche Verpflichtungen die Staaten in Bezug auf diese Rechte haben, wenn sie mit Terrorismus konfrontiert sind.

## **Konferenzen und Treffen**

Das BDIMR organisierte eine Vielzahl von Treffen, die sich im Format und im Grad der Formalität unterschieden, um Regierungen, Vertreter der Zivilgesellschaft und Experten Gelegenheit zu geben, Praktiken in Bezug auf Fragen der menschlichen Dimension zu besprechen und Erfahrungen auszutauschen.

Im September und Oktober veranstaltete das BDIMR in Warschau Europas größte jährlich stattfindende Menschenrechts- und Demokratiekonferenz, das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*. Die rund 1000 Teilnehmer der zweiwöchigen Begegnung besprachen die Fortschritte der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen betreffend Menschenrechte und Demokratie.

Außerdem organisierte das BDIMR im Mai in Warschau ein *Seminar zur menschlichen Dimension* über Verfassungsjustiz sowie drei *Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension* im Mai, Juli und November in Wien. Beim ersten erörterten die Teilnehmer die Rolle nationaler Institutionen im Kampf gegen die Diskriminierung von Migranten und Angehörigen nationaler Minderheiten. Im Mittelpunkt des zweiten Treffens stand die Rolle örtlicher Behörden bei der Integration der Roma, unter besonderer Betonung des Zugangs der Roma zu Bildung und Sozialeinrichtungen. Die Teilnehmer des dritten Treffens zeigten auf, wie Initiativen zur Stärkung der Transparenz und des integrativen Charakters von Rechtsetzungsverfahren gefördert und unterstützt werden können.

Das BDIMR leistete einen Beitrag zur Vorbereitung eines Seminars über Wahlfragen, das der Vorsitz im Juli in Wien veranstaltete, und beteiligte sich an den Diskussionen. Vertreter des BDIMR hatten auch Gelegenheit, bei Treffen, die der Europarat und der Vorsitz organisierten, die Problematik neuer Stimmabgabetechniken zu erörtern, und verteilten eine Diskussionsunterlage über die Beobachtung der elektronischen Stimmabgabe.

Leiter des Büros:

Botschafter Janez Lenarčič seit 1. Juli,

als Nachfolger von Botschafter Christian Strohal, dessen Mandat am 30. Juni endete

Haushalt: 14.405.100 EUR

[www.osce.org/odihr](http://www.osce.org/odihr)



## **Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)**

*Einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten gibt es seit 1992. Er soll ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten oder innerhalb dieser Staaten gefährden könnten, erkennen und im Frühstadium einer Lösung zuführen.*

Die Arbeit des Hohen Kommissars zu Fragen nationaler Minderheiten in internationalen Angelegenheiten gipfelte in der Herausgabe der *Bolzano/Bozen Recommendations on National Minorities in Inter-State Relations*. Darin finden sich Ratschläge betreffend den Schutz und die Förderung der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten bei gleichzeitiger Wahrung der Harmonie zwischen den Volksgruppen und Stärkung der Beziehungen zwischen den Staaten.

Der Hohe Kommissar schenkte auch der Lage der Roma und Sinti besondere Aufmerksamkeit. Er ist der Auffassung, dass die Hürden, die ihrer gesellschaftlichen Integration im Wege stehen, und neue Migrationstrends nach der EU-Erweiterung ihre Beziehungen zu anderen Volksgruppen und ihre Sicherheit gefährden könnten.

Der Hohe Kommissar unterstützte wie bisher den Zwischenstaatlichen Dialog über die gesellschaftliche Integration und das Minderheitenschulwesen in Zentralasien. Ein Expertentreffen hatte den mehrsprachigen und interkulturellen Unterricht zum Gegenstand, ein weiteres Informationstechnologie und Fernunterricht.

**Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.** Der Hohe Kommissar sprach bei einem Besuch im Januar über den Gebrauch der Sprachen, Flaggen und Symbole von Minderheiten. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er der im Land zu beobachtenden ethnischen Segregation im Sekundarschulwesen. Der Hohe Kommissar stellte ein Paket von landesspezifischen *Empfehlungen zum Thema Integration durch Bildung* vor, um Bemühungen zu unterstützen, durch die eine weitere Segregation verhindert wird und die interethnischen Beziehungen auf eine Grundlage gestellt werden, die nicht die Abschottung, sondern die Integration fördert. Zur Unterstützung der Behörden bei der Umsetzung seiner *Empfehlungen* führte der Hohe Kommissar in enger Zusammenarbeit mit der „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje zwei Projekte zur Bildungsthematik durch. Im Rahmen des ersten Projekts nahmen Schüler des ersten Jahrgangs aus verschiedenen Volksgruppen der Stadt Kičevo an einer Reihe von Schülerdiskussionen, Studienfahrten und anderen außerlehrplanmäßigen Aktivitäten teil, die in der Praxis Alternativen zur Segregation in Sekundarschulen aufzeigen sollten. Beim zweiten Projekt unterstützte der Hohe Kommissar die Schulung von Bildungsbeauftragten aus 44 Gemeinden in Fragen der Entwicklung und Umsetzung der Bildungspolitik auf lokaler Ebene, um ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im neuen, dezentralisierten System zu helfen.

**Georgien.** Der Hohe Kommissar besuchte 2008 zweimal Tiflis und Suchumi, wurde aber bedauerlicherweise an der Einreise nach Südossetien gehindert. Diese Reisebeschränkungen waren ein Verstoß gegen sein Mandat, dem zufolge er sich frei bewegen und ungehindert kommunizieren darf.

Thema der Gespräche in Tiflis waren seine Aktivitäten zur Konfliktverhütung und gesellschaftlichen Integration in den Regionen Samzche-Dschawacheti und Kwemo

Kartli und die Repatriierung der Mescheten. Er ging auch der Frage nach, auf welche Weise er der Regierung behilflich sein kann, damit die Repatriierung gelingt. In Suchumi forderte er die abchasischen De-facto-Behörden auf, georgischen Schülern im Bezirk Gali den Unterricht auf Georgisch zu ermöglichen, und er ersuchte diese Behörden, Georgier nicht zur Annahme der abchasischen Staatsbürgerschaft zu zwingen. Der Hohe Kommissar befürchtet, dass diese Zwangsmaßnahmen – wenn sie weiter angewendet werden – die Spannungen in der Region noch mehr anheizen und viele Georgier zum Wegziehen veranlassen könnten.

Da Zweisprachigkeit ein wirksames Instrument für die Integration von Minderheiten ist, unterstützte der Hohe Kommissar auch dieses Jahr mehrere versuchsweise eingerichtete zweisprachige Schulen in den von Minderheiten bewohnten Regionen Kwemo Kartli und Samzche-Dschawacheti, und er leistete Georgien Hilfe bei der Ausarbeitung einer Strategie und eines Aktionsplans für die Einführung des zweisprachigen Unterrichts auf breiterer Basis. Die Unterstützung von Medienunternehmen und die Bereitstellung kostenloser Rechtsberatung für Menschen in diesen Regionen waren weitere Projekte, die dazu dienten, Armenier und Aserbaidzchaner in die georgische Gesellschaft zu integrieren.

Der Hohe Kommissar gab eine Broschüre heraus, in der die im *Gesetz über die Repatriierung der Mescheten* festgelegten Verfahren in verständlicher Sprache erläutert werden, wodurch auch die georgische Regierung bei der Durchführung des Gesetzes unterstützt wird. Die Broschüre soll infrage kommende Personen über den Repatriierungsvorgang informieren, sie mit der Lage im heutigen Georgien vertraut machen und jenen, die sich letzten Endes für die Rückkehr entscheiden, die Wiedereingliederung in die georgische Gesellschaft erleichtern.

Im Oktober und November nahm der HKNM an einer OSZE-Mission zur Beurteilung der Menschenrechtssituation in Georgien teil. Seine Erkenntnisse fanden Eingang in den Bericht über diese Mission, der im November erschien.

**Kasachstan.** Bei einem Besuch im Juli erörterte der Hohe Kommissar Fragen im Zusammenhang mit der Vertretung von Minderheiten im Parlament, dem mehrsprachigen Unterricht und der Ausstrahlung von Sendungen in Minderheitensprachen, insbesondere durch Untertitelung. Ein Seminar für Medienvertreter zum Thema Untertitelung fand im Mai in Almaty statt. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Hohe Kommissar der Wahlrechtsfrage. Er legte konkrete Empfehlungen vor, wie die Bemühungen der Regierung um Gewährleistung der Mitsprache von Minderheiten im Parlament mit OSZE-Verpflichtungen in Einklang gebracht werden können. Der Hohe Kommissar unterstützte auch dieses Jahr die Lehrerfortbildung in Südkasachstan, darunter mehrere Projekte zur Förderung moderner Methoden des Sprachunterrichts.

**Kroatien.** Der Hohe Kommissar besuchte im November Kroatien, wo er die Umsetzung des *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten* erörterte. Er brachte einige wichtige Fragen zur Sprache, unter anderem die angemessene Vertretung nationaler Minderheiten im öffentlichen Sektor, Verfahren zur Förderung der Vertretung von Minderheiten im kroatischen Parlament und die notwendige Heranziehung des Unterrichts als Instrument zur Förderung besserer Beziehungen zwischen den Volksgruppen, der Toleranz und letztlich der Aussöhnung

zwischen den Gruppen. Integrationsunterricht ist diesbezüglich besonders wichtig. Während seines Besuchs in Vukovar fragte der Hohe Kommissar nach den Fortschritten bei der Wiedereingliederung von Schülern mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund in Schulen der Region.

**Lettland.** Der Hohe Kommissar besuchte Lettland, wo er sich über die Umsetzung der Bildungsreform und des Einbürgerungsprozesses informierte, im April. Danach empfahl er der Regierung, den Einbürgerungsprozess durch automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft an neugeborene Kinder aus Familien von Nichtstaatsbürgern und rückwirkend an alle nach 1991 in Lettland geborenen Kinder zu beschleunigen. Er riet den lettischen Behörden auch, Nichtstaatsbürgern, die im Land ihren Wohnsitz haben, bei Kommunalwahlen das Wahlrecht zu gewähren.

Er unterstützte eine Konferenz über Staatsbürgerschaftsfragen in den baltischen und nordischen Staaten, die am 20. und 21. November im lettischen Jūrmala stattfand. Die vom lettischen Einbürgerungsamt veranstaltete Konferenz ermöglichte es der lettischen Regierung, von den Erfahrungen der Nachbarstaaten zu lernen, um selbst eine effizientere Einbürgerungspolitik zu betreiben.

Der Hohe Kommissar verfolgte auch dieses Jahr die Umsetzung der Bildungsreform in Lettland. Er empfahl der Regierung, die Fortschritte regelmäßig zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf die Qualität des Unterrichts, und alle von einschlägigen Fachleuten sowie von Schülern und Eltern gemeldeten Mängel zu beheben. Er schlug auch vor, die Eltern verstärkt in den Beratungs- und Entscheidungsprozess betreffend die Bildungsreformen einzubeziehen.

**Moldau.** Bei einem Besuch im Juli sprach der Hohe Kommissar in Chişinău die Frage der sprachlichen Integration nationaler Minderheiten durch einen besseren Staats-sprachenunterricht an. Bei mehreren Begegnungen in Moldau besprach er die Situation in Gagausien im Allgemeinen und konkret die Beziehungen zwischen Chişinău und Comrat.

Der Hohe Kommissar begab sich auch in die Dnjestrregion, wo er mit Vertretern der De-facto-Behörden zusammentraf. Er äußerte dort Bedenken bezüglich des Schutzes der Menschen- und Minderheitenrechte, wobei er dem Recht – insbesondere nichtrussischer Bevölkerungsgruppen – auf Gebrauch der Muttersprache besondere Beachtung schenkte. Er bekundete den Schulen in der Region, die in lateinischer Schrift unterrichten und von den örtlichen Behörden unter Druck gesetzt werden, erneut seine Unterstützung.

Im November veranstaltete der Hohe Kommissar in Odessa (Ukraine) einen Runden Tisch über Lösungsmodelle für Gebietsstreitigkeiten, und zwar in dem für die Konfliktbeilegung gewählten „5+2“-Verhandlungsformat. Das Team des Hohen Kommissars stellte Mechanismen zur Machtteilung zwischen Gruppen, die in verschiedenen Gebieten des OSZE-Raums entwickelt wurden, in den Mittelpunkt der Betrachtungen.

**Montenegro.** Der Hohe Kommissar stand der montenegrinischen Kommission, die mit der Ausarbeitung einer Strategie für nationale Minderheiten betraut ist, helfend und mit Fachwissen zur Seite, und er beriet die Regierung über die Anwendung der

Verfassung, insbesondere in Bezug auf die Förderung einer wirksamen Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben.

**Rumänien.** Bei einem Besuch im Februar widmete sich der Hohe Kommissar der Frage des Ungarischen als Unterrichtssprache im tertiären Bildungsbereich. Er besuchte die Babeş-Bolyai-Universität in Klausenburg (Cluj-Napoca), wo er erörterte, wie der multikulturelle Charakter der Universität weiter verstärkt und wie auf die Bedürfnisse von Minderheiten besser eingegangen werden kann. Der Hohe Kommissar sagte der Universität seine Unterstützung zu und versprach, ihre Anliegen nicht aus den Augen zu verlieren, in der Überzeugung, dass solchen multikulturellen Institutionen eine wichtige Aufgabe bei der Integration und Konsolidierung multiethnischer Gesellschaften zukommt.

Wie in seinen Gesprächen mit den ungarischen Behörden über die ungarische Minderheit in Rumänien, brachte er in Rumänien die Frage der rumänischen Minderheit in Ungarn zur Sprache, wobei es wieder darum ging, wie der Staat Minderheiten im Ausland auf eine Weise unterstützen kann, die den Interessen der Minderheiten dient und friedliche Beziehungen zwischen den Staaten fördert.

Er sprach auch die Roma-Frage an und erörterte mit den Behörden deren Vorgehensweise im Umgang mit Problemen der Roma-Minderheiten.

**Russland.** Der Hohe Kommissar reiste zweimal nach Russland zu Treffen mit Regierungsvertretern, Parlamentariern und Nichtregierungsorganisationen. Bei seinen Gesprächen standen die Lage der nationalen Minderheiten in der OSZE-Region und die interethnischen Beziehungen in der Russischen Föderation im Mittelpunkt.

**Serbien.** Bei einem Besuch in Belgrad im September besprach der Hohe Kommissar die aktuelle gesetzgeberische Tätigkeit in Bezug auf Volksgruppen. Solche Gesetze, sagte er, müssten das Ergebnis integrativer Prozesse sein und den höchsten internationalen Standards gerecht werden. In diesem Zusammenhang machte er auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Volksgruppen in der Vojvodina und in Südserbien stärker in die Justiz, die Polizei und das höhere Schulwesen einzubinden. Der Hohe Kommissar erwähnte auch, dass Zugang zu einem angemessenen Staats-sprachenunterricht geboten werden müsse.

Bei Besuchen in Priština im Januar, Mai und September erwähnte der Hohe Kommissar die Probleme, die sich noch immer aus der mangelhaften Umsetzung der Rechtsgrundlagen des Kosovo etwa auf dem Gebiet der Verwendung von Volksgruppensprachen, der Eigentumsrechte und der Nichtdiskriminierung ergeben. Er wies darauf hin, dass unklar sei, welche Institutionen für die Umsetzung jener kosovarischen Gesetze zuständig sind, die sich besonders auf die Volksgruppen auswirken.

Während der drei Besuche warb der Hohe Kommissar wie bisher um Unterstützung für die Aussöhnung zwischen den beiden größten Volksgruppen im **Kosovo**. Dazu sollten sowohl die institutionellen Strukturen des Kosovo als auch eine öffentliche Debatte beitragen. In diesem Zusammenhang arbeitete er auch eng mit dem Internationalen Zentrum für Übergangsjustiz zusammen. Zur Erörterung der Frage, wie der Prozess der Übergangsjustiz gefördert werden kann, kamen örtliche Politiker,

Entscheidungsträger und Meinungsbildner aus der kosovoalbanischen und der kosovoserbischen Volksgruppe im Dezember in Ohrid, nach Treffen im Vorjahr, zu einer dritten Runde vertraulicher Gespräche zusammen. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass der Aussöhnungsprozess nur dann erfolgreich sein werde, wenn er im Wege einer entsprechenden öffentlichen Debatte zustande kommt. Zur Förderung dieser Debatte gab der Hohe Kommissar eine Diskussionsunterlage in Auftrag, die von einer örtlichen Nichtregierungsorganisation in einem konsultativen, multiethnischen Prozess erarbeitet wurde.

Schließlich brachte der Hohe Kommissar auch die Lage der Roma, Aschkali und Ägypter im Kosovo zur Sprache, insbesondere die fehlende amtliche Registrierung dieser benachteiligten Gruppen. Er geht derzeit der Frage nach, wie das auch andernorts auftretende Problem der fehlenden Registrierung der Roma durch einen regionalen Ansatz gelöst werden kann.

**Turkmenistan.** Der Hohe Kommissar stellte in den Mittelpunkt seiner Gespräche, die er bei einem Besuch im Mai führte, das Minderheitenschulwesen und die Modernisierung der Rechtsordnung, insbesondere der Verfassung. Er besuchte mehrere Schulen in der Region Lebap im Norden des Landes. Im Anschluss daran erteilte er der Regierung Empfehlungen, in denen der Grundsatz der Nichtdiskriminierung betont wurde.

**Ukraine.** Bei zwei Besuchen setzte sich der Hohe Kommissar für die Integration der Krimtataren in die ukrainische Gesellschaft und für eine Entschärfung der Probleme zwischen den auf der Halbinsel lebenden Volksgruppen ein. Er verwies auf die Notwendigkeit, Gesetze über den Status und die Rechte der ehemals Deportierten zu verabschieden.

Durch eine Konferenz, die gemeinsam mit dem ukrainischen Innenministerium in Simferopol veranstaltet wurde, setzte der Hohe Kommissar auf der Krim einen Dialog über internationale Standards und bewährte Praktiken in der Polizeiarbeit in Gang. Er unterstützte die Ukraine auch weiterhin bei der Förderung von Toleranz und der Verständigung zwischen den Kulturen auf der Krim.

Der Hohe Kommissar erwähnte die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der gesetzlichen Grundlagen betreffend die Minderheitenrechte und die Sprachenregelung, insbesondere zur Frage der Sprache in Medien und im Unterricht.

**Ungarn.** Bei einem Besuch in Budapest im Februar brachte der Hohe Kommissar das Thema der im Ausland, insbesondere in Rumänien und der Slowakei, lebenden ungarischen Minderheiten zur Sprache. Ihm ist sehr daran gelegen, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen, da seiner Ansicht nach die Frage der nationalen Minderheiten in den zwischenstaatlichen Beziehungen in Mitteleuropa auf effiziente, friedliche und freundschaftliche Weise gelöst werden und als Beispiel für andere OSZE-Regionen dienen kann.

Der Hohe Kommissar sprach auch die Roma-Frage an und erörterte mit den Behörden deren Vorgehensweise im Umgang mit Problemen der Roma-Minderheiten.

**Usbekistan.** Der Hohe Kommissar erörterte bei einem Besuch im März mit der Regierung und Vertretern nationaler Minderheiten ein breites Themenspektrum, insbesondere Bildungsfragen.

Hoher Kommissar:  
Knut Vollebæk  
Haushalt: 3.017.100 EUR  
[www.osce.org/hcnm](http://www.osce.org/hcnm)

## **Der Beauftragte für Medienfreiheit**

*Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit beobachtete auch dieses Jahr in den 56 Teilnehmerstaaten die Entwicklungen im Medienbereich und setzte sich für die vollständige Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit ein.*

*Alle geografischen Bereiche und alle wichtigen Fragen wurden untersucht, auch Fälle, in denen Staaten Schikanen tolerieren oder Morde an Medienschaffenden verübt werden, der Pluralismus durch ungebührliche staatliche Einflussnahme auf Rundfunk oder Printmedien stark eingeschränkt wird, Journalisten das Recht auf Ermittlungen in Bezug auf staatliche Informationen verwehrt wird oder ehrenrührige oder kritische Äußerungen oft – fast automatisch – als „Extremismus“ oder „Verhetzung“ bestraft werden.*

*In diesem Jahr war eine Verschlechterung in zwei entscheidenden Bereichen der Pressefreiheit – der persönlichen Sicherheit von Journalisten und dem rechtlichen Schutz kritischer Äußerungen – zu verzeichnen. Der Medienbeauftragte betonte nach wie vor, dass Gewalt gegen Journalisten kein „gewöhnliches Verbrechen“ sei, da sie darauf abzielt, eine der Grundfesten der Demokratie zu schwächen: die freie Presse.*

### **Regionalkonferenzen**

Im Oktober veranstaltete das Büro in Almaty (Kasachstan) die 10. *Zentralasiatische Medienkonferenz* und im November in Tiflis (Georgien) die 5. *Südkaucasische Medienkonferenz*. Themen dieser Veranstaltungen waren die Herausforderungen im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) und die Frage, wie sich die bevorstehende Digitalisierung zum Vorteil der Medienfreiheit und des Pluralismus auswirken kann. Durch das Angebot an objektiver Berichterstattung und Qualitätssendungen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wesentliches Instrument der Demokratie, das für die Gewährleistung freier und transparenter Wahlen, den Kampf gegen Verhetzung und den Schutz der Kultur von im Land lebenden Minderheiten unerlässlich ist.

An der Konferenz in Zentralasien nahmen Medienschaffende und im Bereich *Media Governance* tätige Regierungsvertreter aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan teil. Da in Zentralasien nur Kirgisistan über ein ÖRR-Gesetz verfügt und die betreffende Anstalt ihren Betrieb noch nicht aufgenommen hat, ging es in den Diskussionen um die vielen Vorteile, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet. Die Veranstaltung im Südkaukasus bot ein einzigartiges Forum für lebhafte und freundschaftliche Diskussionen unter führenden Medienschaffenden, Direktoren öffentlich-rechtlicher Sender, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Abgeordneten aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Sie tauschten Erfahrungen und Informationen über bewährte Praktiken aus und konnten ihre persönlichen Kontakte zu Berufskollegen verstärken.

Die Konferenzen behandelten auch die Veränderungen, denen der Rundfunk im digitalen Zeitalter unterworfen ist, und forderten die Regierungen auf, die wachsende Zahl an Sendekanälen auf allen neuen Plattformen als neue Chance für die Stärkung des Pluralismus im Medienbereich zu sehen.

## **Juristische Unterstützung**

Das Büro war bestrebt, die Teilnehmerstaaten im Laufe des Jahres weiterhin juristisch zu unterstützen. Es

- arbeitete mit den belarussischen Behörden in Bezug auf den ersten und zweiten Entwurf zum Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz von Informationen zusammen und überprüfte den Entwurf zum belarussischen Mediengesetz,
- gab juristische Überprüfungen einiger Gesetzesvorschläge betreffend die Medien in Kasachstan in Auftrag und gab gegenüber den kasachischen Behörden Stellungnahmen und Empfehlungen zum neuen Abänderungsentwurf hinsichtlich der Bestimmungen über üble Nachrede im *Straf-* und im *Zivilgesetzbuch* ab,
- gab eine Analyse des Entwurfs zum slowakischen Pressegesetz in Auftrag, samt praktischen Empfehlungen, wie dieses Gesetz mit den internationalen Verpflichtungen des Landes in Bezug auf den Schutz der Medienfreiheit in Einklang gebracht werden kann,
- beauftragte einen unabhängigen OSZE-Experten mit der Überprüfung einer Abänderung zum armenischen *Rundfunk- und Fernsehgesetz*, die die Einstellung der Ausschreibungen für die Vergabe von Sendelizenzen bis Mitte 2010 vorsieht,
- teilte den moldauischen Behörden die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen juristischen Überprüfung des Entwurfs zum Gesetz über Staatsgeheimnisse mit,
- schloss sich einem Rechtsgutachten des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) über den Entwurf zum armenischen Gesetz über Information, Informationstechnologien und den Schutz von Informationen an und ergänzte es um zusätzliche Empfehlungen.

## **Länderbesuche**

Wie in den Jahren zuvor, besuchte der Beauftragte Behörden in Teilnehmerstaaten. 2008 begab er sich nach Montenegro, Turkmenistan und Usbekistan.

In Montenegro traf der Beauftragte Vertreter der Staatsführung, unter anderem den Präsidenten und den Ministerpräsidenten, Medienschaffende sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen. Zweck der Reise war die Beschaffung von Informationen aus erster Hand, um den aktuellen Stand der Medienfreiheit im jüngsten Teilnehmerstaat der OSZE zu beurteilen, zumal der Besuch in eine Zeit hitziger öffentlicher Debatten über zwei Gesetzesentwürfe fiel: den Entwurf zum Gesetz über den elektronischen Nachrichtenverkehr und Abänderungen zum *Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk*. Die Ergebnisse des Besuchs finden sich in einem Beurteilungsbericht, der auf der Website des Büros abgerufen werden kann.



In Usbekistan und Turkmenistan traf der Beauftragte Akteure aus dem *Media-Governance*-Bereich der beiden Länder, um Möglichkeiten einer Reform im Sinne der OSZE-Verpflichtungen auf dem Gebiet der Medienfreiheit zu sondieren.

## **Publikationen**

Die beiden wichtigsten Publikationen des Büros in diesem Jahr betrafen die Medienselbstkontrolle sowie die aktuellen und künftigen Herausforderungen im Bereich der Medienfreiheit.

Das Büro setzt auf Medienselbstkontrolle als geeignetes Mittel zur Hebung der Qualität der Medien und als Korrektiv für Medienschaffende. Die Bemühungen auf diesem Gebiet finden sich zusammengefasst im *Media Self-Regulation Guidebook*, einer Zusammenstellung von Fragen und Antworten zum Thema mit Beiträgen von angesehenen internationalen Experten und Praktikern. Die Qualität der Medien sollte zwar niemals eine Vorbedingung für die Freiheit der Medien sein, doch ist Selbstkontrolle eine bewährte Methode zur Förderung des journalistischen Berufsethos. Ein gehobener Journalismus kann sich allerdings nur in einem Klima garantierter Freiheit entwickeln. Die Publikation ist auf Englisch, Französisch und Russisch erhältlich und wird derzeit in weitere Sprachen übersetzt.

Die jüngste Publikation des Büros, *Ten Years for Media Freedom – An OSCE Anniversary: Current and Forthcoming Challenges*, erschien in Würdigung der Tatsache, dass sich das Büro seit nunmehr zehn Jahren OSZE-weit für den Schutz und die Förderung der Medienfreiheit einsetzt. Sie enthält unter anderem Illustrationen des Karikaturisten Plantu von *Le Monde* und Beiträge von Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar des Europarats, Konstanty Gebert, Auslandskorrespondent der *Gazeta Wyborcza*, Karin Clark, Vorsitzende des Writers-in-Prison-Komitees, Gus Hosein, leitender Wissenschaftler von Privacy International, Firdevs Robinson, Redakteur des BBC World Service, Alexei Simonow, Präsident der Stiftung zur Verteidigung der Glasnost, und Oleg Panfilow, Leiter des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen.

## **Schulungsprojekte**

Das Büro unterstützte das ganze Jahr hindurch Schulungskurse für Journalisten und Pressesekretäre und setzte sich im Interesse eines besseren Zugangs der Öffentlichkeit zu amtlichen Informationen für ein wirksames Zusammenspiel zwischen Behördenvertretern und Journalisten ein. Es veranstaltete Schulungsseminare in Osch (Kirgisistan), Tiflis (Georgien), Chudschand (Tadschikistan), Chişinău (Moldau), Eriwan (Armenien) und Belgrad (Serbien).

Das Büro startete dieses Jahr auch eine neue Serie von Schulungskursen zur Förderung der Medienselbstkontrolle – eines glaubwürdigen Mechanismus, durch den ethische Standards und Professionalität gewährleistet werden. Schulungsseminare fanden in Odessa (Ukraine) und Bukarest (Rumänien) statt.

## **Internet**

2008 war das Büro einer der wichtigsten Sponsoren der weltweiten Studie *Internet Blocking and Filtering* der OpenNet-Initiative, einer Partnerschaft von vier führenden wissenschaftlichen Institutionen – der Universitäten Toronto, Harvard, Cambridge und Oxford. Die Publikation, die auch Analysen über Praktiken zur Filterung des Internets im OSZE-Raum enthält, wird 2009 erscheinen.

Außerdem veranstaltete das Büro gemeinsam mit dem belarussischen Informationsministerium in Minsk (Belarus) eine Diskussionsrunde über die Regulierung von Internetmedien. An der Veranstaltung nahmen belarussische Behördenvertreter und Journalisten sowie einschlägige internationale Experten teil. Bei dieser Veranstaltung ermutigte das Büro die Regierung, bei der Regulierung von Internetinhalten zurückhaltend zu agieren und die wichtigen OSZE-Verpflichtungen betreffend Pluralismus und den freien Informationsfluss zu respektieren.

## **Sonderberichte**

Das Büro fertigt regelmäßig Sonderberichte zu verschiedenen, die Medienfreiheit betreffenden Themen an. 2008 erstellte es im Anschluss an seinen im Juni 2007 erschienenen Bericht *Handling of the media during political demonstrations* eine nicht vollständige Liste von Zusammenstößen zwischen Medienschaffenden und der Polizei während politischer Demonstrationen, Kundgebungen oder anderer öffentlicher Veranstaltungen. Aus der Liste geht hervor, dass diese Art von Gewalt gegen Journalisten im OSZE-Raum nach wie vor ein großes Problem ist. Die Polizei sollte das Recht der Journalisten, über jede öffentliche Veranstaltung zu berichten, immer garantieren, unabhängig davon, ob es sich um eine genehmigte Veranstaltung handelt oder nicht. Andererseits sollten sich aber auch Journalisten offen als solche zu erkennen geben; ihre Berichterstattung sollte die Situation nicht noch zusätzlich anheizen und sie selbst sollten an der Demonstration nicht aktiv teilnehmen.

Dieses Jahr leistete das Büro auch einen finanziellen Beitrag zur Anfertigung von 200 Erkennungswesten für aserbaidchanische Journalisten, die bei öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen getragen werden sollen. Die Westen wurden aserbaidchanischen Medienschaffenden vom OSZE-Büro in Baku übergeben.

Der Beauftragte:

Miklós Haraszti

Haushalt: 1.312.000 EUR

[www.osce.org/fom](http://www.osce.org/fom)

*Das  
Sekretariat*

## Das Sekretariat

*Das vom Generalsekretär geleitete OSZE-Sekretariat ist bestrebt, die Umsetzung der OSZE-Beschlüsse zu gewährleisten und den politischen Dialog- und Verhandlungsprozess unter den Teilnehmerstaaten zu unterstützen. Es bietet allen OSZE-Organen Hilfestellung und setzt sich gemeinsam mit dem OSZE-Vorsitz für die Verwirklichung der Ziele der Organisation ein.*

*Kontinuität, Kohärenz und Kooperation* – die Leitprinzipien des finnischen Vorsitzes 2008 – könnten auch für die diesjährige Arbeit des Sekretariats stehen, das die Teilnehmerstaaten konsequent unterstützte, dabei auf Beständigkeit bedacht war und die Handlungen organisationsweit koordinierte.

2008 war für die OSZE ein Jahr besonderer Herausforderungen. Vom Anfang bis zum Ende unterstützte das Sekretariat die Bemühungen der Organisation um Bewältigung der Krise in Georgien, auch die Aktivitäten der Teilnehmerstaaten, des Vorsitzes und der Mission in Georgien, wobei insbesondere für die Kohärenz und Koordination des Gesamteinsatzes gesorgt werden musste. Das Sekretariat hatte unter anderem folgende Aufgaben: Frühwarnaktivitäten sieben Tage pro Woche rund um die Uhr, intensive Berichterstattung an die Teilnehmerstaaten über die Entwicklungen vor Ort während des Krieges im August sowie davor und danach, rasche Unterstützung bei der Entsendung zusätzlicher Beobachter in die Region, Unterstützung des Vorsitzes, der die OSZE bei den Genfer Gesprächen zu vertreten hatte, und Beurteilung der Auswirkungen des Konflikts auf die Umwelt gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen.

Das Sekretariat verstärkte auch seine themenbezogene Arbeit. Im Mittelpunkt standen dabei dimensionenübergreifende, den gesamten OSZE-Raum umspannende Reaktionen auf Bedrohungen und Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Dazu zählten Projekte und andere Aktivitäten zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten in Zusammenarbeit mit einschlägigen Feldoperationen unter anderem in folgenden Bereichen:

- Entsorgung von Kleinwaffen und leichten Waffen und von Lagerbeständen konventioneller Munition, einschließlich des Raketentreibstoffs *Mélange*
- Stärkung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements, insbesondere in Zentralasien
- Förderung der Terrorismusbekämpfung, unter anderem durch öffentlich-private Partnerschaften
- polizeiliche Aktivitäten, unter anderem Bemühungen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und illegale Drogen
- Förderung der Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich, unter anderem zu den Themen Good Governance, Verkehrswesen und Migrationssteuerung, durch verschiedene Mechanismen wie etwa die *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)*
- Bekämpfung des Menschenhandels, auch durch Bereitstellung fachlicher Unterstützung für die strafrechtliche Verfolgung der Täter, den Opferschutz und Präventionsmaßnahmen

- Bemühungen um Gleichstellung der Geschlechter in der gesamten Struktur und allen Programmen der Organisation

Das Sekretariat bemühte sich auch sehr um die Verstärkung des Dialogs mit den Kooperationspartnern der OSZE, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und die Förderung des Ansehens und der Sichtbarkeit der OSZE in der Öffentlichkeit. Wichtige Meilensteine waren diesbezüglich die erstmalige Abhaltung einer *OSZE/Afghanistan-Konferenz* in Kabul und die erste Veranstaltung unter der Bezeichnung *Model OSCE*, die die Ziele, Prinzipien und Erfahrungen der OSZE der jüngeren Generation in allen OSZE-Teilnehmerstaaten näherbringen sollte.

Das Sekretariat sorgte auch dieses Jahr für eine wirksame und effiziente Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen in der gesamten Organisation, für eine verstärkte Betonung der strategischen Planung auf der Grundlage der erwünschten mittel- und langfristigen Auswirkungen der Tätigkeit und für eine reibungslose Umsetzung des Regelwerks der OSZE. In einem allgemeinen Umfeld rückläufiger Ressourcen innerhalb der Organisation und schwieriger äußerer finanzieller und ökonomischer Faktoren sind diese Bemühungen eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Organisation die von den Teilnehmerstaaten erwarteten konkreten Ergebnisse liefern kann.

Ausführlichere Berichte über diese und weitere Aktivitäten des Sekretariats im Jahr 2008 finden sich in den folgenden Abschnitten, deren Abfolge den Aufbau des Sekretariats widerspiegelt: das Büro des Generalsekretärs, das Büro für Innenrevision, das Konfliktverhütungszentrum, das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen und die Hauptabteilung Personalressourcen.

Generalsekretär:

Marc Perrin de Brichambaut

Genehmigter Haushalt: 31.617.100 EUR

*Das Büro des  
Generalsekretärs*

## **Das Büro des Generalsekretärs**

*Zum Büro des Generalsekretärs (OSG) gehören das Leitende Management, die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Abteilung Externe Zusammenarbeit, der Rechtsdienst, die Abteilung Genderfragen, das Sicherheitsmanagement, die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels und die Gruppe Terrorismusbekämpfung sowie das Büro für Innenrevision.*

## **Das Leitende Management**

*Das Leitende Management des OSG unterstützt die Tätigkeit des Generalsekretärs und des Vorsitzes durch Wahrnehmung von Führungs- und Koordinationsaufgaben, um in den vielfältigen und oft langfristigen Aktivitäten der OSZE für Kohärenz und Kontinuität zu sorgen. Die Arbeit dieses Teams als Anlaufstelle für die interne Koordination und die tägliche Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz und dem Sekretariat hängt jedes Jahr wesentlich von der jeweiligen OSZE-Agenda ab und richtet sich nach den von den Teilnehmerstaaten vorgegebenen Aufgaben, den großen Entwicklungen im OSZE-Raum und den Prioritäten des Vorsitzes.*

Neben anderen Aktivitäten unterstützte das Leitende Management 2008 den Generalsekretär bei der Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* von 2007 über das *Engagement der OSZE für Afghanistan*. Das erforderte einen großen Arbeitseinsatz und eine sinnvolle Koordination zwischen verschiedenen Teilen der Organisation, damit der Generalsekretär den Teilnehmerstaaten konkrete und schlüssige Vorschläge unterbreiten konnte.

Ein weiteres wichtiges gemeinschaftliches Unternehmen in diesem Jahr war die Entsorgung des flüssigen Raketentreibstoffs *Mélange* in der Ukraine. Dieses Projekt war für die Organisation eine technische, finanzielle und administrative Herausforderung in einer bisher nicht gekannten Größenordnung.

Das Streben nach mehr Kontinuität und einer längerfristigen Planung in der Tätigkeit der OSZE, ohne dass deren Fähigkeit, rasch und flexibel auf unvorhergesehene Herausforderungen zu reagieren, verloren geht, stand an vorderer Stelle der Agenda des Vorsitzes und des Sekretariats. Neben der laufenden Arbeit, etwa an der Weiterentwicklung des Systems der leistungsbezogenen Haushaltserstellung nach Programmen, war dem Leitenden Management besonders daran gelegen, den Vorsitz bei seinen Bemühungen um einen aktiven Dialog zwischen der Troika und den künftigen Vorsitzländern Kasachstan und Litauen im Rahmen der Quintett-Initiative zu unterstützen.

## Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

*Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist für die Kommunikation der OSZE mit Medien und Web-Nutzern und für die Öffnung der Organisation nach außen verantwortlich, wobei sie insgesamt das Ziel verfolgt, die Tätigkeit der OSZE ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und um Unterstützung zu werben.*

Die Abteilung startete 2008 eine wichtige neue Initiative unter der Bezeichnung *Model OSCE*, mit der die jüngere Generation erreicht und über die Werte und Aktivitäten der Organisation informiert werden soll.

In einer ersten Phase entwickelte die Abteilung einen Lehrplan samt Test, den sie zusammen mit Informationen über die OSZE an 70 Schulen in der Region verteilte. Zunächst hatten die Schüler und Studenten ein Rollenspiel zu absolvieren. Dann wurden die 140 besten Oberschüler und Studienanfänger aus 30 OSZE-Teilnehmerstaaten eingeladen, vom 5. bis 7. Juli in Wien an einer Konferenz teilzunehmen, bei der über drei Problemkreise im Sicherheitsbereich debattiert wurde: Terrorismus und Internet, Wasserwirtschaft in Zentralasien und Romakinder als Opfer von Menschenhandel. Per Konsens wurden drei Dokumente verabschiedet. Dieses außerbudgetäre Projekt, das von sieben Teilnehmerstaaten (Finnland, Frankreich, Liechtenstein, Niederlande, Norwegen, Österreich und Vereinigte Staaten) finanziert wurde, stand unter der Aufsicht eines aus Mitgliedern von OSZE-Delegationen bestehenden Gremiums.

Um ein breiteres Publikum zu erreichen und unter jungen Menschen das Interesse für die Arbeit der Organisation zu wecken, richtete die Abteilung auf dem populären Videoportal YouTube unter [www.youtube.com/osce](http://www.youtube.com/osce) einen offiziellen OSZE-Kanal ein, der auch für die Online-Berichterstattung über das *Ministerratstreffen* von Helsinki verwendet wurde und 2009 weiter ausgebaut werden soll.

Eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen auf der öffentlichen Website und die Schwerpunktsetzung auf aktuellen Themen im OSZE-Magazin vertieften und verbreiterten die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung.

Über 3400 neue Dokumente, 1760 Fotos, 15 Konferenz-Sites, 43 Features und Hunderte neue Seiten kamen auf die Website, die zwecks besserer Aufrufbarkeit auf eine leistungsfähigere Host-Infrastruktur übersiedelte. Unter Verwendung eines Systems, das zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs mit vorhandenen Ressourcen errichtet wurde, fügte das Website-Team 2008 zu seiner Multimedia-Site insgesamt 63 Video- und Audioclips hinzu, die thematisch den Bogen vom *Ministerratstreffen* in Helsinki bis zu den Hilfsmaßnahmen in Georgien spannen.

Um Informationen über die OSZE einem breiteren Publikum verfügbar zu machen, veröffentlichte die Abteilung die Präsentation *Die OSZE und ihre Arbeit* zusätzlich zu den sechs offiziellen Sprachen und Kasachisch, das voriges Jahr hinzukam, auf Aserbaidschanisch und Niederländisch. Sie nutzte auch die organisationsinterne Web-Erfahrung zur Förderung innovativer neuer Veranstaltungen, indem sie die technische Plattform für die erste ausschließlich online abgehaltene OSZE-Konferenz einrichtete und bei der Entwicklung der Multimedia-Inhalte der Konferenz Hilfe leistete.



Das OSZE-Magazin bot facettenreiche, fundierte Berichte über die Krise in Georgien und andere große Themen, etwa die wichtige Arbeit der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Gewährleistung der Medienfreiheit.

Der Ausbruch von Kampfhandlungen in Georgien und deren Nachwirkungen rückten die OSZE in das Zentrum des weltweiten medialen Interesses. Die Abteilung koordinierte Anfragen von über 500 Journalisten um Interviews mit dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär und anderen OSZE-Mitarbeitern. 300 Journalisten nahmen am *Ministerratstreffen* von Helsinki teil. Außerdem verfasste die Abteilung im Namen des Amtierenden Vorsitzenden und des Generalsekretärs zahlreiche Artikel und Stellungnahmen für Zeitungen in der gesamten OSZE-Region, besonders im Kaukasus und in Zentralasien, zu diesem und anderen Themen.

Weitere wichtige Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit waren, ausgehend vom diesjährigen Aktionsplan:

- die Veröffentlichung von zwölf Ausgaben des Newsletters *OSCE Highlights*, darunter eine von Studenten der Universität Helsinki produzierte Sonderausgabe anlässlich des *Ministerratstreffens* von Helsinki, die Journalisten gezielt über die Tätigkeit der OSZE im praktischen Einsatz und über bevorstehende Ereignisse informierte
- Auftragsvergabe, Verteilung und Kontaktaufnahme mit allen Einrichtungen der Organisation in Bezug auf eine neues *Visual Identity Manual*, um das Erscheinungsbild der OSZE in Druckwerken zu vereinheitlichen und einprägsamer zu gestalten
- Herausgabe der OSZE-Merkblätter für Sekretariatsabteilungen und Feldoperationen in einem 2007 eingeführten neuen Design
- Zuteilung von ISBN-Nummern an alle Haupt- und Unterabteilungen des Sekretariats und an die Feldoperationen, um OSZE-Publikationen besser kenntlich zu machen
- Übersetzung der Website [polis.osce.org](http://polis.osce.org) der Abteilung Strategische Polizeiangelegenheiten ins Französische
- Kurs für neue Mitarbeiter über das Redigieren und Verfassen von Pressesaussendungen
- Organisation des OSZE-Fotowettbewerbs 2008 „Wasserläufe als Lebensadern“ für den Vorsitz und einer Fotoausstellung anlässlich des 500. Fluges im Rahmen des *Vertrags über den Offenen Himmel*
- Präsentation der OSZE vor über 60 Besuchergruppen – fast 1500 Personen aus 21 Ländern

## Die Abteilung Externe Zusammenarbeit

*Die Abteilung Externe Zusammenarbeit ist die erste Kontaktstelle für die Beziehungen mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen auf Amtsebene. Die Abteilung berät den Generalsekretär, den Vorsitz und die Troika in Sachfragen und leistet Unterstützung in organisatorischer Hinsicht, sie sorgt für die Koordination in Fragen der externen Zusammenarbeit innerhalb des Sekretariats und mit den OSZE-Institutionen und dient als Auskunftsquelle für einschlägige Informationen.*

Im Einklang mit der *Ministererklärung* von Madrid zu den *Kooperationspartnern der OSZE* setzte sich die Abteilung für die Stärkung der Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern und den Teilnehmerstaaten ein, unter anderem durch ganzjährige Unterstützung der Tätigkeit der Kontaktgruppen für die Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum und Unterstützung der Treffen der OSZE-Ministertroika mit den Partnern am Vorabend des *Ministerratstreffens* von Helsinki. Die Abteilung organisierte die beiden wichtigsten jährlichen Veranstaltungen mit den Kooperationspartnern: die *Mittelmeerkonferenz* 2008 im Oktober in Amman und die *OSZE/Afghanistan-Konferenz*, die im November erstmals in Kabul abgehalten wurde.

Mit der Einrichtung des Partnerschaftsfonds auf Beschluss des Ständigen Rates wies der Generalsekretär der Abteilung die Funktion des leitenden Projektmanagers zu, der mit den Gebern in Bezug auf Mittelbeschaffung und Berichterstattung und mit den einzelnen Projektmanagern in Verbindung steht. Im Rahmen des Fonds wurden fünf Projekte umgesetzt, vier davon unter direkter Leitung der Abteilung, darunter zwei in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte.

Die Abteilung stand in regelmäßigem Kontakt mit Partnerorganisationen und war für die Vorbereitung und Abwicklung der Teilnahme der OSZE an den bewährten Konsultationsmechanismen verantwortlich, in deren Rahmen mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Nordatlantikvertrags-Organisation und dem Europarat Gespräche auf hoher Ebene und auf Arbeitsebene geführt werden. Diese Konsultationen hatten unter anderem die internationale Präsenz im Kosovo und die Lage in Georgien nach dem Konflikt vom August zum Gegenstand. Die Abteilung unterstützte auch die auf Einladung erfolgte Teilnahme der OSZE an Gipfel- und Ministertreffen anderer regionaler Organisationen, etwa der Zentraleuropäischen Initiative oder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Zur Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* unterstützte die Abteilung regelmäßige Konsultationen mit einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen, die der Erkundung von Kooperationsmöglichkeiten dienen.

In Beantwortung entsprechender Anfragen empfing die Abteilung in Wien fünf Besuche von Delegationen der Liga der arabischen Staaten, der Afrikanischen Union und der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, die mehr über die Tätigkeit der OSZE in den drei Sicherheitsdimensionen, insbesondere über Frühwarnung und Konfliktverhütung, erfahren wollten. Sie leistete auch einen

Beitrag zum Austausch von Erfahrungen zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum.

Schließlich diene die Abteilung auch als wichtigster Ansprechpartner für die Zusammenarbeit mit der VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“, unter anderem durch Unterstützung des Generalsekretärs bei der Teilnahme am ersten Jahresforum der Allianz und bei der Ausarbeitung eines Berichts über dessen Ergebnisse und einen möglichen Beitrag der OSZE zur Umsetzungsphase im Einklang mit dem vom *Ministerrat* in Madrid erteilten Auftrag.

## Der Rechtsdienst

Zum Schutz der rechtlichen Interessen der OSZE erteilt der Rechtsdienst dem Generalsekretär, dem Direktor des Büros des Generalsekretärs und anderen Dienststellen des Sekretariats, den Institutionen und den Feldoperationen sowie dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten juristische Beratung.

Es ging um Fragen des öffentlichen Rechts sowie des Privat- und des Wirtschaftsrechts, soweit dieses die Organisation betrifft, konkret um

- die Auslegung von OSZE-Beschlüssen, unter anderem der *Geschäftsordnung der OSZE*,
- Übereinkünfte und Vereinbarungen mit Teilnehmerstaaten oder anderen internationalen Organisationen,
- die *Finanzvorschriften* und einschlägige Verwaltungsanweisungen,
- das *Personalstatut samt Dienstordnung* und einschlägige Verwaltungsanweisungen sowie Personalfragen betreffend den Diplomatenstatus, Vorrechte und Immunitäten und Dienstverträge für verschiedene Kategorien von Mitarbeitern,
- Übereinkünfte mit Gebern und Durchführungspartnern und
- von der OSZE geschlossene Beschaffungs- und Kaufverträge.

Der Rechtsdienst erteilte dem Vorsitz und dem Generalsekretär juristische Beratung zu Fragen in Bezug auf Kosovo, Afghanistan, Georgien, die Minsk-Gruppe und außerbudgetäre Projekte, etwa das Projekt zur Beseitigung von Lagerbeständen der toxischen Raketentreibstoffkomponente *Mélange* in der Ukraine.

Nachdem im Vorjahr am Entwurf eines Übereinkommens über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE gearbeitet worden war, nahm der Rechtsdienst am 22. Oktober in Wien an einem vom Vorsitz organisierten informellen Runden Tisch teil, für den er auch Unterstützung leistete. Den Vorsitz führten gemeinsam Päivi Kaukoranta, Direktorin der EU- und Vertragsrechtsabteilung des finnischen Außenministeriums, und Ida van Veldhuizen-Rothenbücher, die Ständige Vertreterin der Niederlande bei der OSZE. Außerdem organisierte der Rechtsdienst im März einen *Runden Tisch zu Rechtsfragen*, bei dem alle Durchführungsorgane der OSZE vertreten waren.

In Personalangelegenheiten beriet der Rechtsdienst auch dieses Jahr die Führungsebene in Disziplinarfällen und bei Berufungen von Bediensteten gegen Verwaltungsbeschlüsse. Er erstellte informative Grafiken über das Schiedsgremium und die Einleitung und Umsetzung von Disziplinarmaßnahmen.

## Die Abteilung Genderfragen

*Die Abteilung Genderfragen setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter in den Durchführungsorganen der OSZE ein und will dem Gender Mainstreaming über die menschliche Dimension hinaus auch im politisch-militärischen und im Wirtschafts- und Umweltbereich zum Durchbruch verhelfen.*

Die Umsetzung des *OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern* kam 2008 nur langsam voran. Um rascher zu Verbesserungen zu gelangen, leistete die Abteilung auch dieses Jahr dem Konfliktverhütungszentrum, das im Sekretariat der Ansprechpartner für die Entwicklung der Rolle der OSZE in der politisch-militärischen Dimension ist, und Feldoperationen fachliche Unterstützung bei der Einbeziehung der Genderperspektive in Projekte.

Mit Unterstützung des Vorsitzes, des Generalsekretärs und einer Gruppe von Leitern von Feldoperationen startete die Abteilung auch eine Initiative zur Beratung von Projektmanagern in der politisch-militärischen und der Wirtschafts- und Umweltdimension. So erstellte beispielsweise das Büro in Baku in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung einen *Aktionsplan* zur durchgehenden Berücksichtigung des Genderaspekts in seinen Projekten betreffend bürgernahe Polizeiarbeit, den es nun umsetzt.

Die Abteilung organisierte das jährliche Treffen der OSZE-Kontaktstellen für Genderfragen, dessen 40 Teilnehmer aus dem Kreis der OSZE-Bediensteten dadurch organisationsweit bei der Genderarbeit unterstützt werden sollten. Sie unterstützte die Hauptabteilung Personalressourcen bei der Erstellung eines Gender-Mainstreaming-Moduls, das in den *Allgemeinen Einführungsprogrammen* für alle neuen Mitarbeiter zum Einsatz kommen soll. Außerdem begann die Abteilung mit der Entwicklung eines neuen Instruments zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter – der von Österreich, Liechtenstein, Kanada und den Niederlanden finanzierten *CD Gender Matters in the OSCE*.

Um den Teilnehmerstaaten bei der Einstellung von Personal behilflich zu sein, bereitete die Abteilung die Schaffung eines von Norwegen finanzierten Verzeichnisses weiblicher Militär- und Polizeiangehöriger vor. Sie veranstaltete in Duschanbe (Tadschikistan) ein zweieinhalbtägiges Expertenseminar zur Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen Entscheidungsträgern über innovative Ansätze zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. An der von Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland und Österreich finanzierten Veranstaltung nahmen 89 Experten teil.

Die Abteilung bemühte sich gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) und der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels darum, unter Entscheidungsträgern das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Arbeitsmigrationspolitik zu heben. Die Partner erarbeiteten den Entwurf eines OSZE-Führers zum Thema Gender und Arbeitsmigrationspolitik und veranstalteten in Wien ein Expertenseminar zu dessen Besprechung. Das Projekt wurde teilweise von Finnland finanziert. Auch bei der Erstellung einer Broschüre über

die Art und Weise, wie die Genderperspektive in Umweltprojekte der OSZE einbezogen werden kann, arbeitete die Abteilung mit dem OCEEA zusammen.

Außerdem war die Abteilung während Besuchen bei den Feldoperationen in Albanien, Aserbaidshan, Belarus, Kasachstan, Moldau, Serbien und Tadschikistan und beim Hohen Kommissar für nationale Minderheiten in Den Haag in Bezug auf Genderfragen beratend bzw. ausbildend tätig. Sie erteilte fachliche Beratung bei mehreren internationalen und OSZE-Veranstaltungen, darunter die Missionsleitertreffen, die *Jahrestagung* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die Treffen des Ausschusses für die menschliche Dimension und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*, und leistete Beiträge zu diesen Veranstaltungen.

[www.osce.org/gender](http://www.osce.org/gender)

## Das Sicherheitsmanagement

*Das Sicherheitsmanagement, die zentrale Stelle der Organisation für alle sicherheitsbezogenen Fragen, legt die Sicherheitsstrategien und -standards fest und unterstützt die für die Sicherheit des Personals verantwortlichen Sicherheitsmanager. Das Sicherheitsmanagement hält auch den umfassenden, OSZE-weit geltenden Satz von Richtlinien – das Sicherheitsmanagementsystem – auf dem neuesten Stand.*

2008 leistete das Sicherheitsmanagement Hilfe bei der Koordinierung von Sicherheitsvorkehrungen vor Krisen und in Notfällen, etwa im Kosovo und in Georgien.

Es erhöhte das Sicherheitsbewusstsein des OSZE-Personals durch

- Herausgabe von Sicherheitsratgebern,
- Überarbeitung der Präsentationen zum Thema Sicherheit für das *Allgemeine Einführungsprogramm* und
- Fortsetzung der persönlichen Unterweisungen für Mitarbeiter mit Sicherheitsaufgaben.

Am 20. und 21. November traten die OSZE-Kontaktstellen für Sicherheitsfragen zu ihrem jährlichen Treffen zusammen, um ihre Führungsverantwortung in Sicherheitsangelegenheiten zu überdenken und sich über jüngste Entwicklungen und Sicherheitsvorkehrungen in Krisengebieten zu informieren.

Im vergangenen Jahr war das Sicherheitsmanagement in folgenden Bereichen tätig:

- Es half den Feldoperationen und Institutionen, die in den grundlegenden Sicherheitsrichtlinien der OSZE festgelegten Sicherheitsverfahren einzuhalten, indem es die Sicherheitsstrategie koordinierte und überwachte und vor Ort Inspektionen durchführte,
- es beurteilte wie bisher die Sicherheitsaspekte der für Feldoperationen in Betracht gezogenen Räumlichkeiten und
- half bei der Auswahl von Sicherheitspersonal.

Der Sicherheitsmanagementausschuss, in dem der Leiter des Sicherheitsmanagements den Vorsitz führt, besteht aus Vertretern des Büros des Generalsekretärs, des Konfliktverhütungszentrums, der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen, der Hauptabteilung Personalressourcen und des Informationstechnischen Dienstes, die alle im Sekretariat angesiedelt sind. Er fungierte als wichtigstes Gremium zur Beratung in Sicherheitsfragen, indem er

- Empfehlungen zu allen Formen von Sicherheitsvorkehrungen abgab,
- Ratschläge für Notsituationen erteilte und
- andere sicherheitsbezogene Maßnahmen koordinierte.

Das Sicherheitsmanagement beteiligte sich aktiv an den Treffen der Ad-hoc-Arbeitsgruppen zu Georgien, Afghanistan und Kosovo.

## Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

*Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten unterstützt die Teilnehmerstaaten beim Aufbau rechenschaftspflichtiger, transparenter und professioneller Polizeikräfte entsprechend den in OSZE-Beschlüssen festgelegten Prioritäten.*

Die Gruppe führte in Tadschikistan auf Ersuchen der Regierung und in Zusammenarbeit mit der OSZE-Feldoperation eine zweiwöchige Bedarfserhebungsmission durch. Im Mittelpunkt standen unter anderem Struktur und Effizienz der Polizei, bürgernahe Polizeiarbeit und Lehrpläne für die Polizeiausbildung. Die Umsetzung der im Bericht der Gruppe über den Entwurf zur Polizeireform vorgeschlagenen Verbesserungen begann im Dezember mit einem einwöchigen Lehrgang über Ermittlungen in Menschenhandelsfällen.

In Kasachstan organisierte die Gruppe eine Bedarfserhebungsmission betreffend die Entwicklung eines Pilotprogramms für bürgernahe Polizeiarbeit in Astana. Die Gruppe ermöglichte Treffen zwischen kasachischen Behördenvertretern und Experten zu allgemeinen Fragen der Polizeireform.

Zur Verstärkung des Kampfes gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, insbesondere den illegalen Drogenhandel und den Menschenhandel, kooperierte die Gruppe mit anderen einschlägigen Organisationen und OSZE-Organen im Hinblick auf die Abhaltung von Workshops, Konferenzen und Lehrgängen zur Stärkung der rechtlichen Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten. Zu diesen Veranstaltungen zählten:

- ein regionaler Workshop über die Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung und der Justiz in Bezug auf die Drogenrouten auf dem Balkan im Januar in Istanbul
- ein Workshop über die Verstärkung der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) im April in Wien veranstaltet wurde
- ein regionaler Workshop über die Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Strafverfolgung und Justiz zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Einschleusung von Migranten von und nach Zentralasien im Mai in Taschkent
- ein regionaler Workshop über die Beschlagnahmung, Einziehung und Weitergabe/Rückgabe von Erträgen/Tatwerkzeugen aus Straftaten, die ausländischen Justizbehörden übergeben wurden, im Juli in Almaty
- eine Expertenkonferenz über internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen und chemischen Vorläufersubstanzen im Juli in Wien
- das *Jährliche Treffen von Polizeiexperten* über den Kampf gegen Internetkriminalität im Oktober in Wien
- ein regionaler Workshop über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zentralasien mit Afghanistan zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen im November in Taschkent



Die Gruppe ermöglichte einen zweiwöchigen Lehrgang über Suchtstoffbekämpfung für zwölf afghanische Polizeibeamte, der von Mitarbeitern des Internationalen Ausbildungszentrums für Drogenbekämpfung der Gesamtrussischen polizeilichen Fortbildungsakademie in Moskau/Domodedowo abgehalten wurde.

Gestützt auf das Know-how der OSZE, erstellte die Gruppe einen Bericht, der einen Überblick über die Aktivitäten der Organisation zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Jahr 2008 bietet.

In Zusammenarbeit mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung und dem OSZE-Projekt-kordinator in Usbekistan organisierte die Gruppe im September in Taschkent einen regionalen Workshop über polizeiliche und zwischenbehördliche Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus in Zentralasien, dessen Ziel es war, Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren in der Region aufzuzeigen.

Die Propagierung bewährter Praktiken in polizeilichen Grundkompetenzen durch die Gruppe gipfelte 2008 in zwei wichtigen Publikationen: *Good Practices in Building Police-Public Partnerships* und *Good Practices in Basic Police Training-Curricula Aspects*, beide als Teil einer Reihe, durch die den Teilnehmerstaaten geholfen werden soll, ihren internationalen rechtlichen Verpflichtungen besser nachzukommen.

Ein regionaler Runder Tisch im November in Almaty hatte die Umsetzung der Empfehlungen aus einer anderen Publikation dieser Reihe, dem *Guidebook on Democratic Policing*, zum Gegenstand. Im Mittelpunkt der Diskussionsrunde standen der Einsatz von Gewalt, die Handhabung der öffentlichen Ordnung und Kontrollmechanismen.

Die Gruppe begann mit der Übersetzung des *Criminal Justice Assessment Toolkit* ins Russische. Dieses Instrumentarium, das 2006 gemeinsam mit dem UNODC ausgearbeitet wurde, soll Fachleuten bei der Beurteilung der Qualität der Polizei- und Strafjustizstrukturen in russischsprachigen Ländern helfen.

Die Gruppe arbeitete auch ein *Controlled Delivery Manual for South-Eastern Europe* aus, um zwischen den Ländern der Region die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels durch Bereitstellung der Kontaktdaten von Ansprechpartnern und rechtlicher Informationen zu erleichtern. Außerdem übersetzte sie ein handliches Taschenbuch, das Polizeibeamten bei der Identifizierung chemischer Vorläufer-substanzen helfen soll, ins Russische.

Eine französische Version des Online-Polizeiinformationssystems (POLIS) ist erschienen. Im Oktober wurde über POLIS erstmals ein OSZE-Seminar ausschließlich online abgehalten. Es hatte den Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet zum Gegenstand und zeichnete sich durch Präsentationen von sechs internationalen Experten aus, wobei die Diskussionen von der Gruppe moderiert wurden. Das zweite Cluster-Meeting über organisierte Kriminalität fand online über POLIS statt.

Um die Erfahrungen der OSZE auf dem Gebiet der Polizeiarbeit festzuhalten, erstellte die Gruppe einen Bericht, der die Herausforderungen, mit denen die Strafverfolgungsabteilungen der Feldoperationen konfrontiert sind, und deren Lösungsansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen beschreibt und vergleicht.

## **Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels**

*Der Sonderbeauftragte und Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels fördert die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen betreffend den Kampf gegen den Menschenhandel. Insbesondere hat er die Aufgabe, die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung des OSZE-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels und nachfolgender Ministerratsbeschlüsse von 2000 bis 2008 zu beraten und zu unterstützen.*

Um der Bekämpfung des Menschenhandels auf nationaler Ebene größeren Stellenwert einzuräumen und politische Prozesse in Gang zu setzen, die dem Menschenhandel einen Riegel vorschieben, beschloss die Amtsinhaberin, der Reihe nach einzelne Länder zu beurteilen. Begonnen wurde mit Spanien und Rumänien; die Beurteilungen werden 2009 veröffentlicht.

Zur Verstärkung des Dialogs mit den Teilnehmerstaaten stattete die Sonderbeauftragte Spanien, Aserbaidschan und Belarus offizielle Besuche ab. Bosnien und Herzegowina besuchte sie gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE anlässlich von Treffen mit Parlamentariern aus der Region.

Das Büro stand weiterhin an der Spitze der Bemühungen um Schaffung nationaler Koordinationsmechanismen. Diese sind wirksame Instrumente, die einen kohärenteren Ansatz und die Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure auf nationaler Ebene ermöglichen. Die Sonderbeauftragte ermutigte die im OSZE-Vorsitzquintett vertretenen Länder, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Position ihrer nationalen Berichtstatter oder ähnlicher Mechanismen zu stärken bzw. solche Einrichtungen zu schaffen, da auch sie wesentlich dazu beitragen, den Kampf gegen den Menschenhandel effizienter zu gestalten. Im November veröffentlichte das Büro eine ausführliche Untersuchung über die in den Teilnehmerstaaten und den Partnerstaaten bestehenden Strukturen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Das Büro veranstaltete im Rahmen der Allianz gegen Menschenhandel zwei Konferenzen auf hoher Ebene und ein Fachseminar. Im Frühjahr wurde auf der Konferenz über *Kinderhandel – Antworten und Herausforderungen auf lokaler Ebene* erstmals der Frage nachgegangen, wie Regierungen gegen den Kinderhandel in ihren Hauptstädten vorgehen und welchen Einfluss die nationale Strategie auf ihre Maßnahmen hat. In der zweiten Jahreshälfte bot die gemeinsam mit dem finnischen OSZE-Vorsitz veranstaltete Konferenz *Erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung des Menschenhandels – Herausforderungen und bewährte Praktiken* den Teilnehmern ausgezeichnete Informationen aus erster Hand zu der Frage, wie nationale Kapazitäten zur Ahndung von Menschenhandelsfällen unter Zugrundelegung eines opferzentrierten Ansatzes verstärkt werden können. Außerdem veranstaltete die Sonderbeauftragte ein *Follow-up-Fachseminar zur 6. Konferenz der Allianz über nationale Berichtstatter und ähnliche Mechanismen*. Diese Veranstaltungen zogen über 550 Teilnehmer aus 55 Teilnehmerstaaten und fünf Partnerstaaten an. Die Sonderbeauftragte und ihr Team leisteten auch Beiträge zu über 50 nationalen und regionalen Konferenzen und Expertentreffen.

Am Europäischen Tag gegen den Menschenhandel 2008 bekundete der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jacques Barrot, der Sonderbeauftragten der OSZE seine Unterstützung für ihre Bemühungen, durch Einsetzung nationaler Bericht-erstatte mehr Daten über den Menschenhandel zu erhalten und das Wissen und Verständnis in Bezug auf den Menschenhandel zu heben.

Das Büro leistete sichtbare Beiträge zur Vorbereitung des *Wiener Forums*, der wichtigsten Veranstaltung der Globalen Initiative der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels (UN.GIFT), und hatte dadurch maßgeblichen Anteil am Erfolg dieser Initiative.

Im Interesse einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit wurde die Website des Büros, [www.osce.org/cthb](http://www.osce.org/cthb), umgestaltet und beworben. Die Website, die täglich durch neue Nachrichten aus aller Welt in allen offiziellen OSZE-Sprachen aktualisiert wird, gibt einen umfassenden Einblick in das Engagement der Organisation im Kampf gegen den Menschenhandel. Sie enthält eine digitale Bibliothek mit audiovisuellem und anderem bildlichem Material. Die Anzahl der Besucher der neuen Website stieg 2008 kontinuierlich und erreichte fast 35.000 Erstzugriffe.

Sonderbeauftragte:

Eva Biaudet

[www.osce.org/cthb](http://www.osce.org/cthb)

## Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

In Beantwortung von Anfragen des Amtierenden Vorsitzenden, der Teilnehmerstaaten und des Generalsekretärs erstellte die Gruppe Terrorismusbekämpfung 2008 mehr als ein Dutzend Konzeptpapiere zu innovativen Antiterrorstrategien. Viele dieser Ideen, die beispielsweise die Verbesserung der Sicherheit von Pässen/Reisedokumenten, die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften oder den Kampf gegen die Nutzung des Internets für terroristische Zwecke betrafen, fanden später Eingang in OSZE-Initiativen.

Die Gruppe organisierte, unterstützte oder erleichterte auf andere Weise über 20 Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten auf OSZE-weiter, regionaler und nationaler Ebene und arbeitete dabei mit allen einschlägigen Organen der Vereinten Nationen, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Sonderorganisationen zusammen, um deren Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung zu unterstützen, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zwischen nationalen Behörden und internationalen Experten zu erleichtern.

Mit teilweiser Finanzierung durch Spanien leistete die Gruppe im Rahmen ihrer Programme zur Förderung des internationalen Rechtsrahmens und zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten mit Terrorismusbezug interessierten Teilnehmerstaaten Hilfe bei der Umsetzung von Übereinkünften zur Bekämpfung des Terrorismus, unter anderem durch Workshops zur Rechtsetzungstechnik.

Als Teil ihres Programms zur Verbesserung der Sicherheit von Pässen/Reisedokumenten und mit Finanzierung durch Spanien, die Vereinigten Staaten, Norwegen und Litauen lehrte die Gruppe Experten aus interessierten Teilnehmerstaaten, wie man gefälschte Dokumente erkennt, das entsprechende Interpol-Instrumentarium benutzt und die Standards für die Behandlung und Ausstellung von Reisedokumenten einhält, was zu einer deutlichen Verbesserung der Kompetenz auf nationaler und regionaler Ebene führte.

Mit Finanzierung durch Spanien, die Vereinigten Staaten und das russische Unternehmen Norilsk Nickel veranstaltete die Gruppe im September in Wien die *OSZE-Folgekonferenz über öffentlich-private Partnerschaften – Partnerschaft zwischen staatlichen Behörden, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zur Bekämpfung des Terrorismus*, die der Frage nachging, welches Potenzial für eine solche Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Terrorismusbekämpfung konkret vorhanden ist. Wann immer es geeignet erschien, bemühte sich die Gruppe um eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

Die Gruppe leistete interessierten Teilnehmerstaaten Hilfe bei der Erweiterung der Tätigkeit der OSZE im Kampf gegen die Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken. Dies sollte einem umfassenden Ansatz zur Verbesserung der Internetsicherheit dienen und führte dazu, dass das Forum für Sicherheitskooperation eine entsprechende Verpflichtung einging.

Mit Finanzierung durch das Vereinigte Königreich veranstaltete die Gruppe einen Workshop zur Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung als Vorstufen des Terrorismus. Die Erkenntnis aus dieser Veranstaltung lautete, dass man diese Phänomene besser verstehen und mit mehrdimensionalen Maßnahmen bekämpfen müsse.

In Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE organisierte die Gruppe ein von den Vereinigten Staaten finanziertes Expertentreffen über den *Schutz kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen*. Die Teilnehmer erörterten Bedrohungen und Herausforderungen und gingen der Frage nach, welche Beiträge die OSZE auf diesem Gebiet leisten könnte.

Die Gruppe nahm weitere Verbesserungen am *Antiterrornetzwerk* vor, was zu einer besseren Sichtbarkeit der Antiterroraktivitäten der OSZE und zu einem besseren Informationsaustausch zwischen einschlägig tätigen Fachleuten führte.

[www.osce.org/atu](http://www.osce.org/atu)

## **Das Büro für Innenrevision**

Das Büro für Innenrevision verstärkte dieses Jahr seine Aufsichtstätigkeit, indem es vermehrt Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchführte, die Verbesserungsmöglichkeiten in Programmabläufen erkennen lassen. Obwohl die Aufsicht durch das Büro in diesem Jahr hauptsächlich die Beurteilung von Kontrollen und die Einhaltung von Vorschriften betraf, ging das Büro immer mehr zur Prüfung bestimmter Programmbereiche über.

Das Büro prüfte und inspizierte mehrere Feldoperationen, das Sekretariat und Institutionen und gab 17 Berichte heraus, in denen rund 200 Verbesserungsvorschläge gemacht wurden. Entsprechend seinen Qualitätskriterien entschied sich das Büro bei der Auswahl der zu prüfenden Subjekte für einen risikoorientierten Ansatz, sodass es beim Einsatz seiner beschränkten Ressourcen Prioritäten setzen konnte. Geprüft wurden unter anderem das Finanz- und das Personalmanagement, Beschaffungsvorgänge, das Programmmanagement und die Beziehungen zu Durchführungspartnern.

Bei der Prüfung von Programmen stellte das Büro in mehreren Bereichen einen Verbesserungsbedarf fest. Erstens dürfen Programme nur beginnen, wenn zuvor eine Bedarfserhebung erfolgt ist und strategische Ziele festgelegt wurden. Zweitens müssen anhand eines verbesserten Instrumentariums realistischere Kostenschätzungen vorgenommen werden. Drittens müssen die Programmmanager nach detaillierten Durchführungsplänen vorgehen, um nach Maßgabe der Verfügbarkeit der von Gebern aufzubringenden Mittel eine Prioritätenreihung vorzunehmen und den zeitlichen Ablauf zu planen und zu gewährleisten, dass für das Programm geeignete technische und administrative Ressourcen und Kapazitäten bereitgestellt werden. Schließlich befand das Büro, dass die Beziehungen der OSZE zu ihren Durchführungspartnern einer Verbesserung bedürfen. Schwachpunkte waren unter anderem die Auswahl der Durchführungspartner, die Erstellung der Haushaltspläne, die Genehmigung der Finanzbuchhaltung und -berichterstattung und die Überwachung und Evaluierung der Tätigkeit der Durchführungspartner.

Das Büro verfolgte die im Anschluss an Prüfungen in den vergangenen Jahren abgegebenen Empfehlungen, um zu gewährleisten, dass diese vom Management erfolgreich umgesetzt werden. Über 90 Prozent der Empfehlungen der letzten beiden Jahre wurden akzeptiert und über 80 Prozent umgesetzt. Das Büro stellte fest, dass das Management gute Fortschritte im Hinblick auf die Umsetzung der übrigen gemacht habe. Diese hohe Akzeptanz- und Implementierungsquote war Ausdruck der guten Zusammenarbeit zwischen dem Büro und den geprüften Instanzen.

Die OSZE-Führung beriet sich mit dem Büro auch regelmäßig über andere Fragen, etwa Prüfungen durch Dritte, die Revision von Instruktionen, Kosteneinsparungen und die Vorbereitung größerer Ausschreibungen.

Die Tätigkeit des Büros wurde auch dieses Jahr vom Prüfausschuss genau kontrolliert. In seinem Bericht an den Ständigen Rat hob der Prüfausschuss die Wichtigkeit und die Qualität der Arbeit des Büros hervor.

# *Das Konflikt- verhütungszenrum*



## **Das Konfliktverhütungszentrum**

*Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) unterstützt die Organisation und ihre 56 Teilnehmerstaaten bei der Frühwarnung, der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktfolgenbeseitigung. Es koordiniert die Aktivitäten der Feldoperationen der OSZE und leistet diesen Hilfe bei der Umsetzung ihrer Mandate. Es ist auch der Ansprechpartner im Sekretariat für die Entwicklung der Rolle der OSZE in der politisch-militärischen Dimension.*

## **Der Grundsatzpolitische Unterstützungsdienst**

Das **Südosteuropa-Referat** unterstützte den Vorsitz bei der Lenkung des Engagements der Organisation in der Region, besonders nach der Ausrufung der Unabhängigkeit durch die Kosovo-Versammlung und angesichts der Auswirkungen dieses Schrittes auf die Lage in der gesamten Region.

Das Referat trug auch dieses Jahr zur Erleichterung der beiden regionalen Kooperationsprozesse bei, des *Palić-Prozesses* für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Justizbehörden bei Kriegsverbrecherprozessen und des *Sarajewo-Prozesses* für die Flüchtlingsrückkehr in der Region. Es führte den Dialog auf Expertenebene fort, unter anderem mit Partnerorganisationen wie etwa dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Kommission, um Auswege aus der Sackgasse zu finden, in die diese Prozesse geraten waren.

Das **Osteuropa-Referat** unterstützte die Bemühungen der Organisation um eine Verstärkung des Verhandlungsprozesses, der auf eine friedliche und dauerhafte Lösung der Transnistrienfrage abzielt. Es unterstützte wie bisher die Arbeit der in den Konfliktbeilegungsprozess eingebundenen Vermittler und Beobachter und nahm an deren Sitzungen teil.

Das Referat unterstützte die Feldoperation in Belarus in ihrem Bestreben, dem Gastland bei der Erfüllung seiner OSZE-Verpflichtungen in allen vom Mandat erfassten Bereichen behilflich zu sein. Es half dem Projektkoordinator in der Ukraine bei der Erfüllung der Projektwünsche der Regierungsbehörden und bei der Rationalisierung des Projektportfolios seines Büros. Das Referat bereitete außerdem alle Besuche des Vorsitzes in der Region vor, unter anderem den ersten Besuch eines Amtierenden Vorsitzenden in Belarus seit 2004, und nahm an diesen Besuchen teil.

Das **Kaukasus-Referat** leistete auch dieses Jahr den Feldoperationen Hilfe in Bezug auf die Prozesse zur Beilegung des georgisch-ossetischen und des Berg-Karabach-Konflikts. Ferner unterstützte es die Mission in Georgien und den Vorsitz in Fragen der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung im Vorfeld, im Verlauf und im Gefolge der Kampfhandlungen vom August. Das Referat war eng in die Vorbereitung und Durchführung der nach dem Konflikt aufgenommenen Genfer Gespräche eingebunden.

Das Referat leistete das ganze Jahr hindurch Beiträge zur Vorbereitung und Durchführung der Besuche hochrangiger Vertreter des Vorsitzes in der Region und zu den Maßnahmen im Anschluss an diese Besuche. Insbesondere begleitete und unterstützte es den Sondergesandten des Amtierenden Vorsitzenden während seiner

Besuche in Armenien, Aserbaidschan und Georgien im Zusammenhang mit den 2008 in allen drei Ländern abgehaltenen Wahlen und mit Krisensituationen in der Region.

Das **Zentralasien-Referat**, das Zentrum in Duschanbe und die tadschikische Regierung traten in Duschanbe zum zweiten jährlichen *Treffen der OSZE/Tadschikistan-Arbeitsgruppe* zusammen, um ihre gemeinsamen Ziele zu besprechen. Das Referat unterstützte den Vorsitz während seiner Verhandlungen über ein neues Mandat für das Büro in Tadschikistan. Zur Vorbereitung Kasachstans auf den Vorsitz im Jahr 2010 setzte es die Schulungen für kasachische Staatsbedienstete fort.

Auch der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär wurden bei Besuchen in der Region und bei Veranstaltungen vom Referat unterstützt. Dieses war an der Planung von Treffen der Feldoperationen in Zentralasien beteiligt und leistete einen Beitrag zu einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem *Ministerratsbeschluss* von 2007 über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* befasst. Es hielt auch dieses Jahr vor Studenten der OSZE-Akademie in Bischkek Vorlesungen über die Organisation.

## **Die Unterstützungsgruppe Programmherstellung und Evaluierung**

Die von den Feldoperationen der OSZE mit budgetären und außerbudgetären Mitteln durchgeführten Projekte werden immer größer und komplexer. In enger Zusammenarbeit mit dem Grundsatzpolitischen Unterstützungsdienst koordiniert die Unterstützungsgruppe Programmherstellung und Evaluierung die Beurteilung der außerbudgetären Projekte der Feldoperationen, wodurch sie einen effizienten Beitrag zum Austausch von Meinungen und Fachwissen zwischen den Feldoperationen, den Institutionen und dem Sekretariat leistet. 2008 evaluierte die Unterstützungsgruppe 133 von Feldoperationen und dem Sekretariat geplante außerbudgetäre Projekte mit einem Gesamtwert von über 23,8 Millionen Euro.

Die Unterstützungsgruppe half wie bisher Programm- und Projektmanagern in den Feldoperationen bei der Planung, Entwicklung und Evaluierung ihrer Programme und Projekte. Dieses Jahr leistete sie dem Büro in Baku, dem Zentrum in Bischkek, der Mission im Kosovo, der „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje, dem Büro in Tadschikistan und dem Projektkoordinator in der Ukraine Unterstützung vor Ort. Als Beitrag zur Vereinheitlichung des Programm- und Projektmanagements der OSZE und zur Förderung bewährter Praktiken gab die Unterstützungsgruppe den Anstoß zu zwei Veranstaltungen für Feldoperationen, Institutionen und das Sekretariat: einem Projektmanagement-Schulungsprogramm vom 10. bis 15. November und einer Schulungsveranstaltung über leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen vom 10. bis 12. Dezember, beide in Stadtschlaining (Österreich).

## **Der Operative Dienst**

**Operative Planung und Analyse.** Das Planungs- und Analyseteam des Operativen Dienstes, der wichtigsten Stelle für die Koordination der operativen Planung und Analyse im Sekretariat, half bei den Planungen für die Schließung der Mission in Kroatien, die Einrichtung des Büros in Zagreb, die Erhöhung der Anzahl der Militärbeobachter bei der Mission in Georgien und die Gründung einer Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan).

Was die operative Analyse betrifft, so konzentrierte sich der Operative Dienst auf die Weiterentwicklung eines systematischen Herangehens an den Lernprozess. Insbesondere koordinierte der Operative Dienst auch dieses Jahr die Abschlussbesprechungen mit scheidenden Führungskräften der Feldoperationen, und er arbeitete Empfehlungen aus, die der Erhöhung der Effizienz der OSZE dienen sollen. Er leistete außerdem Hilfe bei der Erstellung von *After Action Reports*, in denen Erfahrungen aufgearbeitet und Empfehlungen für die operative Planung abgegeben werden.

Der Operative Dienst, der auch einen Beitrag zur Verbesserung von Initiativen betreffend Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung leisten soll, erteilte nach dem Zwischenfall mit unbemannten Luftfahrzeugen (UAV) über Abchasien (Georgien) im April analytische Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit Mechanismen zur Risikominderung. Nachdem es im August in Georgien zu Kampfhandlungen gekommen war, leistete der Operative Dienst später auch Unterstützung für die Genfer Gespräche und die Konsultationen über das künftige Mandat der Mission in Georgien.

Zur Vorbereitung von Folgemaßnahmen nach den Konsultationen über die praktische Umsetzung von Vermittlungsbemühungen setzte der Operative Dienst seine Zusammenarbeit mit der VN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten fort. Er unterstützte auch dieses Jahr den Vorsitz bei der Organisation der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC)*. Zur Erleichterung der Diskussionen auf der ASRC erstellte der Operative Dienst eine Zusammenfassung und Übersicht der bestehenden OSZE-Mechanismen und -Verfahren für Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Er unterstützte auch den Sicherheitsausschuss.

**Einsatzbereitschaft sieben Tage pro Woche rund um die Uhr.** Über sein Lage-/Nachrichtenzentrum fungierte der Operative Dienst rund um die Uhr als operatives Bindeglied und Kontaktstelle zwischen OSZE-Organen, insbesondere außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Er leistete Echtzeitberichterstattung über den OSZE-Raum mit besonderem Schwerpunkt auf entstehenden Krisensituationen, etwa im Kosovo und in Georgien. Er verbreitete zeitgerecht präzise Informationen, die es dem Leitenden Management ermöglichten, die richtigen Entscheidungen zu treffen, wenn sich solche Situationen ergaben. Der Operative Dienst erstellte wie bisher tägliche Lageinformationen, zahlreiche Sonderinformationen, wöchentliche regionale Zusammenfassungen und Veranstaltungskalender. Darüber hinaus leistete er vor Ort operative Hilfe in Notfällen, auch im Fall sicherheitsgefährdender Zwischenfälle und Krisen und bei Evakuierungen aus medizinischen Gründen.

**Grenzsicherheit und -management.** 2008 sorgte der Operative Dienst mithilfe seines Grenzteams für das erfolgreiche Funktionieren des OSZE-Netzes nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherheit und -management (NFP), er organisierte das zweite NFP-Treffen in Wien mit Vertretern von Feldoperationen und verfasste Mitteilungsblätter, in denen die Aktivitäten und Pläne in Grenzschutzangelegenheiten zusammengefasst wurden. Außerdem organisierte er ein regionales Koordinations-treffen für Feldoperationen zu Fragen des Grenzmanagements in Zentralasien.

Nach der Verabschiedung des *Ministerratsbeschlusses* über Afghanistan trug der Operative Dienst zur Entwicklung eines Programms für Grenzschutzaktivitäten bei, das an alle Teilnehmerstaaten verteilt wurde, und er begann mit den Planungen für die Umsetzung der Grenzschutzinitiativen. Der Operative Dienst unterstützte auch mehrere Feldoperationen bei der Umsetzung von Grenzschutzinitiativen der OSZE, die Entscheidungsträger und Grenzschutzfachleute als Zielgruppe hatten.

Außerdem führte er ein von ihm geplantes Grenzmanagement-Schulungsprogramm durch, das die zwischenbehördliche Zusammenarbeit zum Gegenstand hatte und von Vertretern aller zentralasiatischen Grenzschutz- und Strafverfolgungsbehörden in Anspruch genommen wurde.

Der Operative Dienst leistete bei Veranstaltungen des Vorsitzes, der Gruppe Terrorismusbekämpfung und des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE Unterstützung im Hinblick auf Fragen des Grenzschutzes.

## **Die Abteilung FSK-Unterstützung**

Die Abteilung unterstützte auch dieses Jahr das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) bei der Überwachung der Umsetzung auf FSK-Dokumente zurückgehender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) und anderer Verpflichtungen im politisch-militärischen Bereich. Sie erstellte einen *Zusammenfassenden Bericht über die jüngsten Entwicklungen bei der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 und anderer während des AIAM behandelte Maßnahmen*, um die Diskussion auf dem *Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM)* zu erleichtern. Während des *AIAM* führte die Unterstützungsabteilung auch den Vorsitz in einer Sitzung der Leiter der Verifikationsstellen, bei der diese praktische Überlegungen und Erfahrungen in Bezug auf die Umsetzung von VSBM austauschen konnten. Im Laufe des Jahres unterstützte die Abteilung die Teilnehmerstaaten durch Anfertigung der *Monatsberichte des KVZ* und der *Vierteljahres- und Jahresübersichten des KVZ über ausgetauschte VSBM-Informationen* sowie eines *Zusammenfassenden Berichts über die von den Teilnehmerstaaten im Rahmen des einmaligen Informationsaustauschs in Bezug auf die OSZE-Prinzipien zur Kontrolle von Vermittlungsgeschäften mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) übermittelten Antworten*.

Gemeinsam mit der Schweiz und dem Zentrum in Astana veranstaltete die Abteilung FSK-Unterstützung ein Seminar über die *Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit in Zentralasien* und sie leistete Beiträge zu nationalen Workshops über den *Verhaltenskodex* in Bosnien und Herzegowina. Die Abteilung unterstützte auch einen von ihr vorbereiteten *Workshop über die Auswirkungen technischer, managementbezogener und finanzieller Fragen auf bestehende und geplante Projekte betreffend SALW und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA)*, der zu einem breiten Spektrum von Vorschlägen zur weiteren Verbesserung der Reaktion vonseiten der OSZE und ihrer Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen führte. Die Abteilung hatte maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des ersten Treffens der an SALW- und SCA-Programmen beteiligten internationalen Organisationen.

Gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) betreibt die OSZE zwei groß angelegte SALW- und SCA-Projekte in Montenegro und eines in Belarus. Die zweite Phase des umfassenden Unterstützungsprogramms für SALW und konventionelle Munition in Tadschikistan steht kurz vor dem Abschluss. Die Abteilung führte auch Beurteilungsbesuche in Albanien, der Ukraine, Kasachstan und Kirgisistan durch, um auch dort Projektaktivitäten zu entfalten. Ein kombinierter Geber- und Beurteilungsbesuch in Belarus ermöglichte eine Aktualisierung des Implementierungsplans für die zweite Phase des SALW-Programms der OSZE und des UNDP.

Die Abteilung gab das *Praxishandbuch „Konventionelle Munition“* heraus und erstellte die Fortschrittsberichte des FSK-Vorsitzes an den *Ministerrat* von Helsinki über SALW, SCA und den *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*. Sie organisierte dort eine Ausstellung über ihre SALW- und SCA-Projekte.

Das **OSZE-Kommunikationsnetz** erleichtert den Austausch wichtiger Informationen zur Förderung von Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten. Die Abteilung FSK-Unterstützung hält das System und die Individualsoftware zur Erzeugung der vertraglich vorgesehenen Notifikationen instand; 2008 erfolgten Verbesserungen und Erweiterungen. Die Parteien des *Friedensabkommens von Dayton* setzen nun ebenfalls diese Software ein. Das Netz ermöglichte dieses Jahr den Austausch von rund 260.000 Nachrichten zwischen den Teilnehmerstaaten und war zu 99,9 Prozent verfügbar. Die Abteilung führte auch weiterhin den Vorsitz in der Kommunikationsgruppe der OSZE. Diese übt im Namen und zum Nutzen der Delegationen eine wichtige Kontrollfunktion aus.

*Das Büro des  
Koordinators für  
Wirtschafts- und  
Umweltaktivitäten  
der OSZE*

## **Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA)**

Eine der wichtigsten Aufgaben war 2008 die Unterstützung des finnischen Vorsitzes bei der erfolgreichen Abwicklung des 16. *Wirtschafts- und Umweltforums* in Wien und Prag zum Thema *Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt im OSZE-Raum: Erhöhung der Sicherheit und Umweltschutz*. Mit dem Thema wurde an frühere Treffen des *Forums* angeschlossen, etwa das 13. zu Verkehrsfragen und das 14., bei dem es um den Zusammenhang zwischen Umwelt und Sicherheit ging.

Im Anschluss an das *Forum* setzte das Büro eine Reihe von Aktivitäten: Unter anderem unterstützte es den Vorsitz bei der Organisation der Konferenz *Sicherheit der Schifffahrt und Umweltsicherheit im grenzübergreifenden Zusammenhang des Schwarzmeerbeckens* in Odessa (Ukraine) vom 24. bis 26. Juni, und es arbeitete an einem Praxishandbuch für Grenzübertrittsstellen, das Mitte 2009 fertiggestellt sein soll. Die Ergebnisse und Empfehlungen des *Forums* führten zur Verabschiedung eines Folgebeschlusses durch den *Ministerrat* von Helsinki.

### **PHOTO BOX**

#### **Fotowettbewerb**

„Fischer am Fluss Bolschaja nahe der Stadt Oktjabrski auf der Halbinsel Kamtschatka“ von Andrei Schapran, der mit dieser Einsendung den OSZE-Fotowettbewerb 2008 „*Wasserläufe als Lebensadern*“ gewann. Das Foto entstammt dem Projekt *Land am Ende der Welt* über den Fernen Osten Russlands.

### **END BOX**

## **Wirtschaftskooperation und Migrationssteuerung**

Das OCEEA setzte sich auch dieses Jahr für die Schaffung eines investitions- und wirtschaftsfreundlichen Klimas im OSZE-Raum ein. Die *Initiative „Investition und Wettbewerbsfähigkeit“* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der OSZE für Länder in Zentralasien, Afghanistan und die Mongolei, die erstmals 2006 bei einer internationalen Konferenz Gegenstand von Erörterungen war, wurde im November in Berlin anlässlich einer Konferenz auf Ministerebene gegründet. Delegationen aus Afghanistan, Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei und Tadschikistan vereinbarten eine Schlusserklärung über die *Initiative*, und andere Länder der Region bekundeten ihr Interesse an dem Thema.

Das OCEEA setzte seine Aktivitäten zur Erleichterung des Dialogs und des Austauschs von Informationen über bewährte Praktiken in Fragen der Arbeitsmigration fort. Es entwickelte ein dimensionenübergreifendes Projekt zur Hebung des politischen Bewusstseins in Bezug auf die Geschlechterdimension der Arbeitsmigration.

## **Umwelt und Sicherheit**

Das OCEEA setzte in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern sein Engagement in der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)* mit einem Portfolio von über 50 Projekten und einem Gesamthaushalt von 11,3 Millionen US-Dollar fort.

*ENVSEC* fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Umwelt- und Sicherheitsfragen in Zentralasien, Südosteuropa, dem Südkaukasus und Osteuropa. Die *ENVSEC*-Publikation *Environment and Security, Transforming Risks into Co-operation – the Case of the East Caspian Region* wurde fertiggestellt und gedruckt. Das OCEEA war *ENVSEC* auch bei der Fertigstellung des Dnjestr-II-Projekts behilflich, in dessen Rahmen ein neues bilaterales Abkommen zwischen Moldau und der Ukraine ausgearbeitet und erörtert wurde. Gleichzeitig wurde das bestehende Abkommen aktualisiert. Die Änderungen betrafen die Mitsprache der Öffentlichkeit, die Wasserqualität und deren hygienisch-epidemiologische Prüfung. Außerdem unterstützte das OCEEA wie bisher das Wasserwirtschaftsprojekt im zentral-asiatischen Amu-Darja-Becken.

Im März organisierte das OCEEA in Turkmenbaschy (Turkmenistan) einen *Technischen Workshop über die Bekämpfung der Ölverschmutzung und Sanierungsmaßnahmen*. Teilnehmer aus Aserbaidshan, Kasachstan und Turkmenistan tauschten mit internationalen Experten Meinungen über die Entwicklung von Programmen zur Bekämpfung der Ölverschmutzung in der Kaspiregion aus. Der Workshop hatte zum Ziel, optimale Technologien zur Bekämpfung der Ölverschmutzung zu ermitteln und die Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen im Kampf gegen die Ölverschmutzung zu schaffen.

Die OSZE setzte sich dieses Jahr verstärkt für die Umsetzung der Prinzipien der *Aarhus-Konvention* ein. An einer OSZE-Veranstaltung am 11. Juni in Riga am Rande der *Dritten Vertragsstaatenkonferenz der Aarhus-Konvention* nahmen Fachleute aus von der OSZE unterstützten Aarhus-Zentren in Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kirgisistan und Tadschikistan teil. Sie konnten Erfahrungen und Informationen über bewährte Praktiken zur Umsetzung der *Aarhus-Konvention* austauschen.

Eine unabhängige, vom OCEEA in Auftrag gegebene Evaluierung von Aarhus-Zentren kam zu dem Ergebnis, dass die Zentren in den meisten der betroffenen Länder entscheidend zur Erleichterung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Öffentlichkeit beitragen. Im Zuge der Evaluierung konnte auf einige Erfolge verwiesen werden. Es zeigte sich aber unter anderem auch, dass noch nicht genug getan wurde, um den Bestimmungen der *Konvention* betreffend den Zugang zum Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit Rechtsmittel ergreifen kann, wenn ihr Umweltinformationen vorenthalten werden. Als Antwort auf dieses Problem veranstaltete die OSZE gemeinsam mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa am 17. und 18. November in Tirana einen *Regionalen Workshop für hochrangige Richter aus Südosteuropa zum Thema „Der Zugang zum Recht“*.

Im Oktober leitete der Koordinator eine gemeinsame Mission der OSZE und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Beurteilung der Auswirkungen des Konflikts in Georgien auf die Umwelt.



## Good Governance

Das Büro setzte sich noch stärker als bisher für die Bekämpfung der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und der Korruption ein. Im Juni leistete es der OECD Hilfe bei der Organisation der *7. Allgemeinen Tagung des Antikorruptionsnetzes* in Tiflis. Die Teilnehmer erörterten nationale Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption und den Stand der Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*. Gemeinsam mit Feldoperationen der OSZE und dem *Globalen Programm gegen Geldwäsche* des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veranstaltete das OCEEA im Juli in Wien für Richter aus Mittel-, Südost- und Osteuropa einen regionalen Workshop zum Thema *Bekämpfung der Geldwäsche*. Ebenfalls im Juli unterstützte das Büro die Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten, das Zentrum in Astana und das UNODC bei der Abhaltung eines regionalen Workshops zum Thema *Einziehung illegal erworbener Vermögenswerte, Bekämpfung der Geldwäsche und internationale Rechtshilfe* für Beamte aus Zentralasien, Russland und der Ukraine in Almaty (Kasachstan).

Im September veranstalteten das OCEEA, das Büro des Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels, das UNODC und die Republik Zypern eine Regionaltagung für Beamte aus der Mittelmeerregion über die *Bekämpfung der Geldwäsche und des Menschenhandels*, die erste Tagung dieser Art. Themen waren die Verbesserung der Präventionsmechanismen, die zwischenbehördliche Koordination und die internationale Zusammenarbeit. Die Veranstaltung fand in Larnaka (Zypern) statt.

2008 wurde die OSZE Beobachter im Expertenausschuss des Europarats für die Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche (MONEYVAL). Im Dezember nahm sie am 28. MONEYVAL-Plenum in Straßburg teil.

*Die Hauptabteilung  
Verwaltung und  
Finanzen*

## **Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen**

*Die Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen arbeitete weiter an der Verstärkung des Gemeinsamen Verwaltungsregelwerks (CRMS) der Organisation und stellte die Anwendung des Integrierten Ressourcenmanagementsystems auf eine von größerer Eigeninitiative getragene, funktionsfähigere Basis. Die Hauptabteilung, die aus dem Konferenzdienst, dem Finanzdienst, dem Bereich „Einhaltung finanzieller Vorgaben, Finanzsysteme und -unterstützung“, dem Missionsunterstützungsdienst, dem Informations- und kommunikationstechnischen Dienst und dem Prager Büro besteht, trug auch dieses Jahr zur Verstärkung und Institutionalisierung des Herangehens der Organisation an eine OSZE-weite leistungsbezogene Haushaltserstellung nach Programmen bei und bot den vor Ort mit der Verwaltung der Teilhaushalte befassten Dienststellen umfangreiche Unterstützung und fachliche Ausbildung, unter anderem auch in Fragen der Risikobewertung.*

### **Zu den bedeutendsten Leistungen im Jahr 2008 zählten**

- Fortschritte in Richtung eines geeigneten internen Kontrollumfelds durch Verbesserung des Zugangs zum Ressourcenmanagementsystem der Organisation, Ausbildung des programm- und verwaltungstechnischen Personals sowie Entwicklung eines Risikomanagement-Instruments für OSZE-Bedienstete und Schulung der Bediensteten in dessen Anwendung; die Abteilung prüfte auch fortlaufend Verfahren zur Gewährleistung der Einhaltung des CRMS, unter anderem durch Leitung einer funktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Frage der Durchführungspartner,
- der Abschluss der ersten von zwei Phasen eines Projekts für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) als Ersatz für die Hardware-Plattform Oracle; die Abteilung gab den Anstoß zu einer internen Studie, durch die die OSZE-weite IKT-Organisationsstruktur geprüft und eine Gesamtkostenbasis für die weitere Evaluierung geschaffen werden soll,
- die Koordination der Anschaffung und Lieferung von Panzerfahrzeugen und anderen Gütern für die Mission in Georgien innerhalb einer Woche im Anschluss an den Konflikt vom August,
- die Umsetzung eines OSZE-weiten Pauschalreisevertrags für 18 Standorte mit besonderem Augenmerk auf einer verstärkten Nutzung von Frühbucherangeboten zwecks Kostensenkung,
- die Beratung und Unterstützung von Feldoperationen in Bezug auf Rationalisierungen bei der Fahrzeugflotte, wodurch bedeutende Reduzierungen erzielt werden konnten,
- die Entwicklung einer Strategie für die Annahme der *International Public Sector Accounting Standards* (IPSAS) durch die OSZE bis 2010 und
- die Unterstützung des Vorsitzes, der Teilnehmerstaaten, der Gemeinsamen Beratungsgruppe und der Beratungskommission „Offener Himmel“ bei der

Abhaltung von Treffen und Konferenzen, darunter das *Ministerratstreffen* in Helsinki.

## **Das Prager Büro**

Das Prager Büro, das das OSZE-Archiv beherbergt, beging dieses Jahr das zehnjährige Bestehen seines *Gastforscherprogramms*, in dessen Rahmen Forschungen zum Thema OSZE betrieben werden.

**PHOTO CAPTION:** Diplomarbeiten und Dissertationen als Ergebnisse von *Gastforscherprojekten* stehen in der Forschungsbibliothek bereit.

Das Prager Büro unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation, indem es 2000 Erklärungen, Journale und Beschlüsse des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation ins Internet stellte und an die Teilnehmer der Veranstaltung *Model OSCE* im Juli Unterlagen versandte.

Dem Archiv des Prager Büros wurden weitere Bestände angeschlossen, nachdem bei der Mission in Kroatien eine Rationalisierung erfolgt war und die historischen Dokumente des Konferenzdienstes und des Konfliktverhütungszentrums nach der Übersiedlung des Sekretariats in neue Räumlichkeiten in Wien im Jahr 2007 hierher überstellt worden waren. Darunter waren auch die von der Abteilung FSK-Unterstützung seit 1993 zusammengestellten Aufzeichnungen über den Austausch militärischer Informationen.

Das Büro half bei der Organisation des zweiten Teils des 16. *Wirtschafts- und Umweltforums*, der im Mai in Prag stattfand, und bei der Vorbereitungskonferenz für das 17. *Forum*.

Gemeinsam mit der Gruppe Informationsmanagement in Wien beteiligt sich das Büro an der Planung praktischer Lösungen für eine dauerhafte Sicherung der Archivbestände der OSZE.

# *Die Hauptabteilung Personalressourcen*

## Die Hauptabteilung Personalressourcen

Mit ihren umfassenden Personaldienstleistungen ist die Hauptabteilung Personalressourcen nach wie vor eine wichtige Stütze des Personalreservoirs der OSZE.

### BOX

#### Mehr Effizienz bei der Personalbeschaffung

Die Hauptabteilung unternahm das ganze Jahr hindurch große Anstrengungen, um die durchschnittliche Einstellungsdauer zu reduzieren.

Bei der Einstellung von entsandtem Personal sank die Dauer von der Ausschreibung bis zur Zusage von durchschnittlich 68,9 Tagen im Jahr 2007 auf 68,4 Tage, bis zum Dienstantritt dauerte es 88,2 Tage gegenüber 95,9 Tagen 2007.

Bei der Einstellung von Vertragsbediensteten vergingen von der Ausschreibung bis zur Zusage durchschnittlich 90,1 Tage (gegenüber 97,8 Tagen 2007) und bis zum Dienstantritt 123,5 Tage (gegenüber 121,6 Tagen 2007).

Diese Zahlen liegen deutlich unter denen der Vereinten Nationen, wo es derzeit von der Ausschreibung bis zum Dienstantritt durchschnittlich 162 Tage dauert. Dies zeugt von der Fähigkeit der OSZE, eine effiziente Personalbeschaffungspolitik zu betreiben.

### END BOX

#### Zu den bedeutendsten Leistungen im Jahr 2008 zählten

- die rasche Anwerbung und unverzügliche Entsendung von 20 zusätzlichen Militärbeobachtern für Georgien, die innerhalb von zehn Tagen vor Ort einsatzbereit waren,
- der Abschluss der Vorbereitungen für Rationalisierungen bei der Einstellung von Beratern und die Freigabe einer neuen, benutzerfreundlichen Version des Online-Personalbeschaffungssystems der OSZE – des iRecruitment – sowie die weitere Individualisierung des Personalressourcen-Moduls im Rahmen des Integrierten Ressourcenmanagements zur Verbesserung der Berichterstattungskapazitäten,
- die Durchführung einer systematischen Kampagne, um die Anzahl qualifizierter weiblicher Bewerber/Kandidaten, insbesondere für höhere Posten, zu erhöhen,
- Ansätze zur Bewältigung der anspruchsvollen Aufgabe, hoch qualifiziertes Personal für die OSZE zu gewinnen und an die Organisation zu binden, durch Abänderungsvorschläge zum Personalstatut und zur Dienstordnung und Umsetzung der genehmigten Abänderungen,
- die Einrichtung einer voll funktionsfähigen Gehaltsabrechnungsstelle im Einklang mit einem Paket von Empfehlungen des Büros für Innenrevision und die Ausarbeitung und Bekanntmachung organisationsweit anzuwendender Standardarbeitsanweisungen für die Gehaltsabrechnung,
- die jährliche Überprüfung und regelmäßige Verbesserung des Gruppenversicherungssystems der OSZE und dessen stärkere Abstimmung auf den regulatorischen Rahmen der OSZE,
- die Umsetzung des modernisierten Stellenbewertungssystems,
- die weitere Verbesserung des beruflichen Umfelds am Arbeitsplatz, unter anderem durch Verstärkung des Mediatorennetzwerks, Start eines

Pilotprojekts, das obligatorische Abschlussbesprechungen mit scheidenden Mitarbeitern des OSZE-Sekretariats vorsieht, und Überprüfung der Aktivitäten zur Sensibilisierung der Mitarbeiter für den *Verhaltenskodex* und die Dienst-anweisung 21/2006, die *OSZE-Strategie gegen Schikanie, sexuelle Belästigung und Diskriminierung*,

- die versuchsweise Einführung der Gleitzeit im Sekretariat, um in der OSZE familienfreundliche und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen,
- die rasche und pünktliche Bearbeitung und Auszahlung von Ansprüchen und Leistungen an die Mitarbeiter und die effiziente Handhabung von Vertragsverlängerungen und des Leistungsbeurteilungssystems,
- die Fortsetzung des Programms „Nachwuchskräfte im Höheren Dienst“, das Berufseinsteigern aus unterrepräsentierten Teilnehmerstaaten die Möglichkeit bietet, Einblick in die Tätigkeit der Organisation zu gewinnen,
- die Bereitstellung effizienter und kostengünstiger Ausbildungsprogramme im Einklang mit der OSZE-Ausbildungsstrategie 2008–2010 und
- die kontinuierliche Unterstützung bewährter Methoden zur Einschulung angehender Missionsmitarbeiter durch die Teilnehmerstaaten und die Ermutigung zur Anwendung solcher Methoden, unter anderem durch Ausrichtung des jährlichen *OSZE-Treffens zu Fragen der Ausbildung und Personalbeschaffung*, das 2008 sinnvolle Maßnahmen zur Vorbereitung von Kurzzeit-Wahlbeobachtern auf ihren Einsatz zum Gegenstand hatte.

*Partner-  
schaften für  
Sicherheit  
und  
Zusammen-  
arbeit*



## Zusammenwirken mit Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Unter Leitung des finnischen Vorsitzes und im Einklang mit einschlägigen Beschlüssen des Ministerrats und des Ständigen Rates pflegte die OSZE während des ganzen Jahres aktive Kontakte und eine enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen, die sich in umfassender Weise der Sicherheit im OSZE-Raum annehmen. Die Entwicklungen in der Region hatten einen maßgeblichen Einfluss auf diese Interaktion. Die Umgestaltung der internationalen Präsenz im Kosovo und der Ausbruch des Konflikts in Georgien im August erforderten eine enge Absprache und Koordination mit den Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU) und anderen interessierten Organisationen. Die OSZE-Mission im Kosovo blieb ein zentraler Bestandteil der umgestalteten VN-Mission im Kosovo (UNMIK). Die OSZE beteiligte sich aktiv an den internationalen Bemühungen um Beilegung der Konflikte in Georgien. Sie führte gemeinsam mit der EU und den Vereinten Nationen den Vorsitz bei den drei Genfer Gesprächsrunden am 15. und 16. Oktober, am 18. und 19. November und am 17. und 18. Dezember.

Im *Ministerratsbeschluss* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* wurde der Generalsekretär beauftragt, in Koordination mit den Vereinten Nationen und anderen einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen Möglichkeiten für eine Kooperation zu erkunden. Um nach dem Ergänzungsprinzip zu handeln und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, plante die OSZE ihre Tätigkeit in enger Absprache mit den Vereinten Nationen, der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der EU und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO) sowie mit der Weltbank (WB) und der Weltzollorganisation.

Partnerorganisationen wurden regelmäßig zu OSZE-Veranstaltungen eingeladen, unter anderem zum *Ministerrat* von Helsinki, zur *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, zum *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* und zum *Wirtschafts- und Umweltforum*, während der OSZE-Vorsitz, der Generalsekretär und andere leitende Mitarbeiter die Organisation auf Einladung bei Gipfel- und Ministertreffen und anderen einschlägigen Treffen internationaler Organisationen vertraten.

Die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* 2008 mit den Schwerpunktthemen Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen bot Gelegenheit zur Bewertung und weiteren Verstärkung des Sicherheitsdialogs mit den Vereinten Nationen, der EU, der NATO, der CSTO, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung und der Regionalen Migrations-, Asyl- und Flüchtlingsinitiative.

Die OSZE nahm an den jährlich stattfindenden erweiterten Dreierkonsultationen auf hoher Ebene mit den Vereinten Nationen und dem Europarat teil, die Letzterer im Juli in Straßburg veranstaltete. Die drei Veranstalterorganisationen, erweitert um die Europäische Kommission, die NATO, die GUS, die CSTO und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), erörterten bei dieser Gelegenheit verschiedene

Aspekte ihrer Zusammenarbeit im interkulturellen Dialog, insbesondere die Rolle der Menschenrechte, die Förderung der interkulturellen Kompetenzen durch Bildung und den Zusammenhang zwischen dem interkulturellen Dialog und der Konfliktverhütung.

Eine Tagung über die Zusammenarbeit mit dem VN-Organisationsverbund und in Zentralasien tätigen regionalen Organisationen als Parallelveranstaltung zum *Regionalen Missionsleitertreffen* in Astana am 20. Juni bot den Teilnehmern Gelegenheit zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über ihre Aktivitäten in der Region. Unter den teilnehmenden Organisationen waren das VN-Entwicklungsprogramm (UNDP), der VN-Flüchtlingshochkommissar (UNHCR), das VN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), die EU, das IKRK, die GUS, die CSTO, die Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und der Internationale Fonds zur Rettung des Aralsees.

Das Konfliktverhütungszentrum förderte die weitere Zusammenarbeit in operativen Fragen durch einen Gedankenaustausch über die Entwicklung eines strukturierten Herangehens an Erfahrungen und bewährte Praktiken mit der VN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (UNDPKO) und dem Generalsekretariat des EU-Rates.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung setzte sich für einen kohärenten internationalen Ansatz in Fragen der Terrorismusbekämpfung durch Zusammenarbeit mit über 20 VN-Organen, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Sonderorganisationen ein.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) beteiligte sich auch dieses Jahr an der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC)*. Einer der Höhepunkte des Jahres war die Unterstützung einer von der OSZE und dem VN-Wirtschaftsprogramm (UNEP) vom 29. September bis 3. Oktober gemeinsam durchgeführten Mission zur Beurteilung der Auswirkungen des jüngsten Konflikts in Georgien auf die Umwelt durch *ENVSEC*.

Die Abteilung Genderfragen führte einen Dialog mit anderen internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Studiengruppen über Genderfragen in der politisch-militärischen Dimension und über die Fortsetzung ihrer Bewusstseinsarbeit in Bezug auf Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen. Sie nahm an einem von *ENVSEC* initiierten Workshop teil, der zur Etablierung einer geschlechtergerechten Perspektive in den Programmen dieser Initiative beitragen sollte.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE förderte, insbesondere im Zusammenhang mit ihren Wahlbeobachtungsmissionen, die Interaktion und Kooperation mit interparlamentarischen Gremien wie etwa der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Europäischen Parlament.

## **Vereinte Nationen**

Als größte und universellste regionale Organisation im Sinne von Kapitel VIII der VN-Charta nutzte die OSZE nach wie vor ihre engen Verbindungen zu den Vereinten

Nationen in Form politischer Konsultationen auf Amtsebene und praktischer Zusammenarbeit vor Ort.

Die Umgestaltung der internationalen Präsenz im Kosovo, der Konflikt in Georgien und das Engagement der OSZE für Afghanistan waren die Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen im Jahr 2008. In diesem Jahr öffneten sich auch neue Wege der Zusammenarbeit in Zentralasien. Die Vereinten Nationen gründeten ein Regionalzentrum für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien, das für seine friedensstiftenden Initiativen vom Know-how der OSZE in regionalen Fragen Gebrauch machte.

Im Laufe des Jahres kam es zu einer Reihe von institutionellen Kontakten zwischen den beiden Organisationen. Am 23. September hielt der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Alexander Stubb, eine Rede vor dem VN-Sicherheitsrat, in der er die Tätigkeit der OSZE und insbesondere ihre Rolle in Georgien, im Kosovo und in Bezug auf Afghanistan beleuchtete.

Der Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut erörterte die Lage in Georgien und die jeweilige Rolle der Vereinten Nationen und der OSZE am 14. Oktober während eines bilateralen Treffens mit dem VN-Generalsekretär am Rande der Genfer Gespräche. Darüber hinaus fand im September am Amtssitz der Vereinten Nationen während seiner Konsultationen mit hohen VN-Beamten ein Meinungsaustausch über verschiedene Fragen von beiderseitigem Interesse statt.

Am 24. Januar besuchte der Beigeordnete VN-Generalsekretär für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen (OROLSI) in der UNDPKO das OSZE-Sekretariat in Wien. Er führte Gespräche mit dem Generalsekretär und leitenden Mitarbeitern der OSZE, um die Tätigkeit des kürzlich geschaffenen OROLSI-Büros vorzustellen und zu sondieren, auf welche Weise mit der OSZE in den Bereichen Politikentwicklung und Mittelaufbringung zusammengearbeitet werden könnte.

Das jährliche OSZE/VN-Treffen auf Mitarbeiterebene wurde am 29. Mai von den Vereinten Nationen in New York veranstaltet. Der VN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten wies auf die wirksame und praxisbezogene Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE hin. Die Teilnehmer erörterten eine Reihe von regionalen Fragen und die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen in wahlbezogenen Fragen.

Am 23. Juli besuchten Vertreter der VN-Bewertungsmission in Abchasien das OSZE-Sekretariat. Die Gäste trafen mit dem OSZE-Generalsekretär und dem Direktor des Konfliktverhütungszentrums zu einem Meinungsaustausch über die Lage in den beiden Konfliktzonen zusammen.

Am 10. Juni traf der Direktor des Europa-Büros des UNHCR mit dem OSZE-Generalsekretär und leitenden Mitarbeitern des Sekretariats zusammen. In den Gesprächen wurde betont, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zunehmend pragmatischer und projektbezogener werde.

Die Leiterin des Brüsseler Verbindungsbüros des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten besuchte am 19. Juni das OSZE-

Sekretariat, wo sie mit hochrangigen Vertretern verschiedener Abteilungen zusammentraf, um Kontakte zu knüpfen und Kooperationsmöglichkeiten zu erkunden.

Die OSZE beteiligte sich an der Globalen Initiative der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels (UN.GIFT), die staatliche und nichtstaatliche Akteure dazu veranlassen soll, gegen den Menschenhandel vorzugehen, indem sie das Gefährdungspotenzial verringern und die Nachfrage nach Ausbeutung gleich welcher Art drosseln, den Opfern des Menschenhandels in geeigneter Weise Schutz und Unterstützung bieten und eine wirksame strafrechtliche Verfolgung der Täter ermöglichen. In enger Zusammenarbeit mit dem UNODC, der IOM, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und dem Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) leistete die OSZE einen Beitrag zur wichtigsten globalen Veranstaltung von UN.GIFT dieses Jahres, dem *Wiener Forum*. Die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels nahm am Lenkungsausschuss von UN.GIFT teil und positionierte die OSZE als eine der sechs wichtigsten Organisationen weltweit, die sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren.

Das OCEEA arbeitete eng mit dem *Globalen Programm gegen Geldwäsche* und dem *Globalen Programm gegen Korruption* des UNODC zusammen und unterstützte regionale und nationale Veranstaltungen. Unter den gemeinsamen Aktivitäten ist auch die Ausarbeitung eines technischen Leitfadens für die Umsetzung des *VN-Übereinkommens gegen Korruption* zu nennen.

Im Juli veranstalteten das OCEEA, die Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten und das OSZE-Zentrum in Astana in enger Zusammenarbeit mit dem UNODC in Almaty einen regionalen Workshop zum Thema *Einziehung illegal erworbener Vermögenswerte, Bekämpfung der Geldwäsche und internationale Rechtshilfe* für Beamte aus Zentralasien, Russland und der Ukraine.

Im September veranstalteten das OCEEA und das Büro der OSZE-Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels in enger Zusammenarbeit mit dem UNODC und der Regierung der Republik Zypern in Larnaka (Zypern) eine Regionaltagung für Beamte aus der Mittelmeerregion über die *Bekämpfung der Geldwäsche und des Menschenhandels*, die erste Tagung dieser Art, deren Teilnehmer insbesondere der Frage nachgingen, wie Präventionsmechanismen und die zwischenbehördliche Koordination und internationale Zusammenarbeit verbessert werden können.

Zur Förderung der Umsetzung der *Aarhus-Konvention* arbeitete die OSZE mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) bei der Organisation des Regionalen Workshops für hochrangige Richter zum Thema „Der Zugang zum Recht“ am 17. und 18. November in Tirana zusammen. Die Veranstaltung brachte Richter aus Südosteuropa und Experten für Umweltrecht aus anderen Teilen Europas an einen Tisch. Die OSZE war auch ein aktives Mitglied der Koordinationsgruppe für den Aufbau von Kapazitäten im Rahmen der *Aarhus-Konvention*, die sich den entsprechenden Bedürfnissen der einzelnen Länder widmet.

Ebenfalls fortgesetzt wurde die Zusammenarbeit mit der UNECE in Verkehrsfragen und in Bezug auf Handelserleichterungen. Im Mittelpunkt stand die Ausarbeitung eines Praxishandbuchs für Grenzübertrittsstellen. Durch ein kirgisisch-kasachisches Projekt wurde die Zusammenarbeit auf das *Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen* ausgedehnt.

Das OCEEA arbeitete mit der UNECE, dem UNDP und der EU-Wasserinitiative im Rahmen eines von *ENVSEC* finanzierten außerbudgetären Projekts zur *Stärkung des Potenzials für Wasserkooperation in Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien* zusammen.

Das OCEEA setzte seine Zusammenarbeit mit dem *Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung* fort; sie erstreckt sich nun auch auf die Weltorganisation für Meteorologie, insbesondere in den zentralasiatischen Regionen. Im Mai fand in Bischkek eine politische Folgeveranstaltung zum technischen Workshop in Taschkent vom November 2007 statt.

## **Europäische Union**

2008 vertiefte sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE in einer Reihe wichtiger Fragen. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE war wesentlich daran beteiligt, dass die EU in Georgien ein Waffenstillstandsabkommen vermitteln konnte.

In seiner Rede vor dem Ständigen Rat am 24. Januar betonte der slowenische Außenminister und Vorsitzende des EU-Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE fortgesetzt und vertieft werden müsse. Er sagte der OSZE im Namen der EU seine Unterstützung während der slowenischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 zu.

Zu dieser Unterstützung bekannte sich auch der französische Außenminister Bernard Kouchner während der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr. Am 17. Juli hob er in einer Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE hervor, dass die OSZE für Frieden und Stabilität in Europa unerlässlich sei, und er betonte, dass die OSZE und die EU nach mehr Komplementarität streben müssten. Er ging insbesondere auf den Kosovo und die ungelösten Konflikte im OSZE-Raum ein und warb um Unterstützung für die Stabilisierung Afghanistans. Auch Zentralasien wurde als ein wichtiger Bereich genannt, in dem die EU und die OSZE stärker zusammenarbeiten könnten.

Am 31. Januar sprach die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, vor dem Ständigen Rat. Sie hob die Bedeutung der OSZE als Forum für den politischen Dialog unter den 56 Teilnehmerstaaten sowie ihre ausgeprägte Feldpräsenz und ihre vereinbarten Werte und Verpflichtungen in allen drei Dimensionen hervor. Weitere hohe EU-Vertreter, die den Ständigen Rat informierten, waren die EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien und für die Krise in Georgien.

Der Amtierende Vorsitzende nahm im April am Treffen der *OSZE/EU-Ministertrioika* teil. Treffen der Botschaftertrioikas fanden im Februar und September statt. Themen waren unter anderem die Zusammenarbeit in Zentralasien, die Lage im Kosovo und

Langzeitkonflikte. Der Generalsekretär der OSZE sprach im Mai und November unter slowenischem bzw. französischem EU-Vorsitz vor dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und führte am Rande eine Reihe von bilateralen Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission (EK) und des Generalsekretariats des EU-Rates.

Das jährliche EU/OSZE-Treffen auf Mitarbeiterebene wurde von der EU am 13. Juni in Brüssel veranstaltet. Es ermöglichte einen konstruktiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter anderem zu folgenden Themen: die internationale Präsenz im Kosovo, im Südkaukasus, in Osteuropa und Zentralasien, die Umsetzung des *Beschlusses* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* und der Kampf gegen den Terrorismus.

Die OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels koordinierte die Bemühungen und Strategien hinsichtlich der Rolle der nationalen Berichterstatter mit der EK, insbesondere mit der Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gab die Sonderbeauftragte am Europäischen Tag gegen den Menschenhandel im Namen des Experten-Koordinationsteams der Allianz eine Erklärung zu den nationalen Berichtserstatern ab. Der Vizepräsident der EK lobte die gute Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten und verwies auf das gemeinsame Ziel, durch Einsetzung nationaler Berichterstatter mehr Daten über den Menschenhandel zu erhalten und das Wissen und Verständnis in Bezug auf den Menschenhandel zu heben. Ein Mitglied des Büros wurde in die jüngst eingerichtete Sachverständigengruppe Menschenhandel der EU gewählt.

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) arbeitete während Wahlbeobachtungsmissionen regelmäßig mit dem Europäischen Parlament zusammen. Vertreter des BDIMR nahmen auch an der OSZE- und Europarat-Arbeitsgruppe des EU-Rates teil, wo die Zusammenarbeit zwischen der EU, dem BDIMR und dem Europarat zum Thema Menschenrechte erörtert wurde.

In Minderheitenfragen arbeitete der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten eng mit der EK zusammen, insbesondere mit den Kommissaren für Erweiterung und für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik. Wichtige Themen waren der Schutz der Minderheitenrechte in EU-Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern sowie die Integration von Minderheitengruppen.

## **Europarat**

Aufbauend auf einem konsolidierten Kooperationsrahmen und regelmäßigen Kontakten arbeiteten die OSZE und der Europarat auch 2008 in Bezug auf gegenwärtige und sich abzeichnende Fragen von beiderseitigem Interesse auf politischer Ebene und auf Arbeitsebene – auch vor Ort – in enger Absprache zusammen.

Bei den Gesprächen zwischen den Amtierenden Vorsitzenden der beiden Organisationen, dem finnischen Außenminister Stubb und dem schwedischen Außenminister Carl Bildt, waren die Ereignisse in Georgien der wichtigste Tagesordnungspunkt. Bei einem Treffen in Brüssel am 12. September riefen sie zur

Umsetzung der vom französischen und vom russischen Präsidenten vereinbarten Waffenruhe auf, und sie erörterten die humanitären Auswirkungen und mögliche Folgemaßnahmen. Sie besprachen auch die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat in wahlbezogenen Fragen und in den vier vorrangigen Bereichen – Toleranz und Nichtdiskriminierung, Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Terrorismus und Menschenhandel –, wobei sie sich zu einer weiteren Vertiefung der schon bestehenden Zusammenarbeit bekannten.

Die konkreten Ergebnisse und Pläne für die Zusammenarbeit in den vier vorrangigen Bereichen wurden bei den zwei Treffen der Koordinationsgruppe in Wien und Straßburg am 14. März und 19. September erörtert. Dabei wurde betont, dass es wichtig sei, die bestehende Zusammenarbeit unter Achtung des unterschiedlichen Teilnehmerkreises und der unterschiedlichen Entscheidungsprozesse und Mandate der beiden Organisationen aufrechtzuerhalten.

Am 28. Februar wies der Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarats, Ján Kubiš, in seiner Rede vor dem Ständigen Rat darauf hin, dass es wichtig sei, den Dialog und die Koordination zwischen den beiden Organisationen weiter zu verstärken. Anschließend erörterte er in einem bilateralen Treffen mit dem Generalsekretär der OSZE regionale Fragen und die Zusammenarbeit in der Praxis.

Wie der Generalsekretär des Europarats in seiner Rede vor dem Ständigen Rat am 24. April, betonte auch der Generalsekretär der OSZE vor dem Ministerkomitee des Europarats am 7. Mai, dass der Europarat und die OSZE einander in wesentlichen Bereichen ihrer Tätigkeit ergänzen und dass durch eine effiziente Beziehung auf Arbeitsebene konkrete Ergebnisse erzielt werden könnten.

Beim Treffen leitender Mitarbeiter am 8. Juli hatten die beiden Organisationen Gelegenheit, den Meinungs austausch fortzusetzen und die Zusammenarbeit vor Ort zu fördern. Themenschwerpunkte waren Südosteuropa, der Südkaukasus und Osteuropa.

Fortschritte bei der Unterstützung kommunaler Selbstverwaltungsorgane in Südosteuropa und Möglichkeiten für weitere gemeinsame Projekte wurden bei dem routinemäßigen Treffen zur Umsetzung des *Kooperationsabkommens* über die *Unterstützung der kommunalen Verwaltung in Südosteuropa* am 13. November erörtert.

Das OCEEA arbeitete mit dem Europarat in Bezug auf Migration, Good Governance und die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Korruption unter anderem durch gegenseitige Einladungen zu Veranstaltungen zusammen. 2008 wurde die OSZE Beobachter im Expertenausschuss des Europarats für die Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche (MONEYVAL).

Der Beauftragte für Medienfreiheit führte mit dem Generalsekretär und dem Menschenrechtskommissar des Europarats Gespräche, um Fragen von beiderseitigem Interesse zu erörtern und die Zusammenarbeit zu verstärken. Außerdem rief er beim routinemäßigen Treffen des Lenkungsausschusses des Europarats für Medien und neue Kommunikationsdienste die Mitgliedstaaten auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um üble Nachrede zu entkriminalisieren.

Das BDIMR und die Kommission des Europarats für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) erstellten 2008 gemeinsame Gutachten zu Wahlgesetzen (Armenien, Moldau, Aserbaidschan) und Versammlungsgesetzen (Armenien, Kirgisistan) und zu gesetzlichen Bestimmungen über Religionsfreiheit (Kasachstan) und gegen Diskriminierung. Das BDIMR arbeitete regelmäßig mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas in Bezug auf Wahlbeobachtungsaktivitäten zusammen. Im Juli bewertete das Büro gemeinsam mit dem Menschenrechtskommissar des Europarats die Menschenrechtslage der Roma und Sinti in Italien.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten stand in regelmäßigem Kontakt mit den für nationale Minderheiten zuständigen Organen des Europarats. Auf sein Ersuchen verabschiedete die Venedig-Kommission einen Bericht über das Zweitstimmensystem für Angehörige nationaler Minderheiten.

### **Nordatlantikvertrags-Organisation**

Die Beziehungen zwischen der OSZE und der NATO entwickelten sich auch 2008 durch regelmäßigen politischen Dialog und Zusammenarbeit auf Expertenebene.

Am 9. Juli gab der Generalsekretär der OSZE vor dem Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) eine Erklärung ab, in der er einen Überblick über die Organisation gab und deren Werte und Verpflichtungen hervorhob. Er traf auch mit dem Generalsekretär und anderen hochrangigen Vertretern der NATO zusammen. Die Zusammenarbeit in regionalen Angelegenheiten und politisch-militärische Aktivitäten wurden bei regelmäßigen OSZE/NATO-Treffen auf Mitarbeiterenebene erörtert.

Der Stellvertretende Vorsitzende des NATO-Militärausschusses besuchte am 9. September das OSZE-Sekretariat, wo ein Meinungsaustausch mit OSZE-Mitarbeitern stattfand. Der Vorsitz und das Sekretariat unterrichteten den Unterausschuss „Democratic Governance“ des Ausschusses für die zivile Dimension der Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO am 25. November über die Tätigkeit der OSZE.

Auf Einladung des NATO-Generalsekretärs traf die OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels im März mit den EAPC-Mitgliedern zusammen. Sie besprach das Thema Menschenhandel unter dem Blickwinkel von Sicherheits- und Militäreinsätzen. Das Büro der Sonderbeauftragten leistete einen Beitrag zu einem in Ankara abgehaltenen Kurs gegen Menschenhandel.

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, João Soares, sprach vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO anlässlich ihrer 54. Jahrestagung.

### **Andere internationale, regionale und subregionale Organisationen und Initiativen**

Die OSZE verfolgte die Entwicklungen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit in Südosteuropa sehr genau. Im Januar empfing der Generalsekretär der OSZE den Generalsekretär des Regionalen Kooperationsrats (RCC), der das neu geschaffene Sekretariat vorstellte und Kooperationsmöglichkeiten sondierte. Der Generalsekretär der



OSZE und Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nahmen ihrerseits am abschließenden *Regionaltisch des Stabilitätspakts für Südosteuropa* und am 27. Februar an der Eröffnungssitzung des RCC in Sofia teil. Darüber hinaus besuchte der Generalsekretär der OSZE am 17. März als erster Vertreter einer internationalen Organisation das RCC-Sekretariat in Sarajewo. Ein Vertreter des Sekretariats nahm am 21. und 22. Mai in Pomorie (Bulgarien) am 11. *Treffen der Staats- und Regierungschefs des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses* teil.

Der Generalsekretär der OSZE nahm am 28. November in Chişinău am *Gipfeltreffen der Regierungschefs der Zentraleuropäischen Initiative* teil, wo er die Bereitschaft der OSZE zum Ausdruck brachte, mit der *Initiative* – insbesondere in Umweltfragen – weiter zusammenzuarbeiten.

Im Jahr 2008 verstärkten sich die Kontakte zur CSTO. Der Generalsekretär nahm auf Einladung des Generalsekretärs der CSTO am 5. September in Moskau als Beobachter an der Tagung des Rates für kollektive Sicherheit der CSTO teil. Am Rande des Gipfels trafen die Generalsekretäre der OSZE und der CSTO bilateral zusammen. Schwerpunktthema dieser Konsultationen war die Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* von Madrid über das *Engagement der OSZE für Afghanistan*. Weitere Beispiele für die Kontakte zur CSTO waren ein Besuch des Direktors des Konfliktverhütungszentrums im CSTO-Sekretariat im April und die erstmalige Teilnahme eines Experten aus dem OSZE-Sekretariat am internationalen Drogenbekämpfungseinsatz *Channel-2008* vom 15. bis 22. September in Moskau.

Am 3. Juli sprach der Exekutivsekretär der GUS vor dem Ständigen Rat. Am Rande fand eine bilaterale Begegnung mit dem Generalsekretär der OSZE statt, bei der Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert wurden. Das BDIMR stand im Zusammenhang mit den jeweiligen Wahlbeobachtungsmissionen der beiden Organisationen in ständigem Dialog mit dem Sekretariat der GUS und nahm auch an Treffen der Interparlamentarischen Versammlung der GUS zum Thema Wahlbeobachtung teil. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE führte mit der Parlamentarischen Versammlung der GUS einen intensiven Dialog über Fragen der Wahlbeobachtung. Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels leistete in Zusammenarbeit mit dem BDIMR und der Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten einen Beitrag zu einem Lehrgang am Internationalen Ausbildungszentrum der GUS für Migration und Bekämpfung des Menschenhandels in Minsk.

Der Direktor des Büros des Generalsekretärs der OSZE vertrat die OSZE beim 18. und 19. *Treffen des Rates der Außenminister* der Mitgliedstaaten der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum* (BSEC) am 17. April in Kiew und am 23. Oktober in Tirana. Anlässlich dieser Treffen wurde das Potenzial für die weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen hervorgehoben, insbesondere im Wirtschafts- und Umweltbereich, wo ganz offensichtlich Synergien vorhanden sind.

Im Einklang mit dem *Ministerratsbeschluss* von Madrid über *Toleranz und Nichtdiskriminierung: Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander* nahm der Generalsekretär der OSZE am 15. Januar in Madrid am ersten *Jahresforum der Allianz der Zivilisationen* teil. Einen Bericht über dessen Ergebnisse

legte er den Teilnehmerstaaten vor. Diese sollen einen geeigneten Beitrag der OSZE zur Umsetzungsphase der Initiative in Erwägung ziehen.

Vertreter des IKRK besuchten im Februar das OSZE-Sekretariat, wo sie ihre jährlichen Konsultationen mit Vertretern verschiedener Abteilungen abhielten. Das Treffen diente dem Austausch von Informationen über aktuelle und geplante Aktivitäten der beiden Organisationen.

Im Juni unterstützte die OSZE die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in enger Zusammenarbeit mit der Rechtsinitiative der amerikanischen Anwältevereinigung für Mittel- und Osteuropa und der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) bei der Organisation der *7. Allgemeinen Tagung des Antikorruptionsnetzes* der OECD für Osteuropa in Tiflis.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) reagierte auf die Einladung des finnischen OSZE-Vorsitzes und des Büros des Koordinators mit einem umfangreichen Beitrag zum *16. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE*, das dem Thema *Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschiffahrt im OSZE-Raum: Erhöhung der Sicherheit und Umweltschutz* gewidmet war.

Das OCEEA setzte während des ganzen Jahres seine Zusammenarbeit mit der IOM und der ILO fort.

Die Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels setzte im Rahmen der Allianz gegen den Menschenhandel, einer OSZE-Initiative, durch die ein informelles Forum für den Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten und internationalen Organisationen geschaffen wurde, ihre enge Zusammenarbeit mit den wichtigsten in diesem Bereich tätigen Organisationen fort. Sie hielt im Rahmen der Allianz zwei Konferenzen auf hoher Ebene und ein Fachseminar ab. Die Teilnehmer dieser Veranstaltungen erörterten die jüngsten Entwicklungen und die Erfahrungen aus gemeinsamen Initiativen und aus der Arbeit der Teilnehmer der Allianz – UNICEF, OHCHR, UNHCR, UNODC, Europarat, IOM, ILO, der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM), die Sachverständigengruppe Menschenhandel der EU, die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol), das Europäische Polizeiamt (Europol), das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD), ECPAT International (Bewegung gegen Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kinderhandel zu sexuellen Zwecken), Anti-Slavery International, La Strada International, Save the Children und Terre des Hommes.

## **Internationale Finanzinstitutionen**

Das OCEEA setzte seine Zusammenarbeit mit der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ fort.

Im Oktober veranstaltete das OCEEA in Zusammenarbeit mit dem Financial Integrity Network und dem Europarat in Davos (Schweiz) für Ermittlungsbeamte, Staats-

anwälte, Experten von Finanzermittlungsdienststellen und andere Beamte aus OSZE-Ländern ein internationales Seminar über die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE nahm an einem Weltbank-Treffen des Osteuropäischen Parlamentariernetzwerks in Tirana teil.

## **Nichtregierungsorganisationen**

NROs wurden zu den wichtigsten OSZE-Treffen und -Veranstaltungen eingeladen, zu denen sie auch Beiträge leisteten. Sie arbeiteten wie bisher mit den Institutionen, Feldoperationen und dem Sekretariat – häufig als Projektpartner – zusammen.

## **Ausgewählte Bereiche der Zusammenarbeit vor Ort**

### **Südosteuropa**

Die **Präsenz in Albanien** arbeitete mit der Europäischen Kommission, dem Europarat und dem BDIMR an einer Reform der Wahlordnung und des Personenstandswesens. In Fragen der Dezentralisierung arbeitete sie mit dem Europarat zusammen. Mit der EK unternahm sie gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Justiz-, Polizei- und Eigentumsreform. Mit dem UNDP arbeitete sie an der Genderreform. Die Geberkoordination erfolgte gemeinsam mit dem UNDP, der Weltbank und der EK.

Die **Mission in Bosnien und Herzegowina** führte ihre verschiedenen Programme in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Agenturen durch, darunter UNHCR, UNDP, NATO, EUFOR, die EK-Delegation, der Europarat und das Büro des Hohen Repräsentanten und des EU-Sonderbeauftragten in Bosnien und Herzegowina.

Die **Mission in Montenegro** führte 2008 insgesamt 58 aus dem regulären Haushalt finanzierte Projekte und zwölf Hilfsprojekte im Bereich Beratung/Monitoring durch, davon 26 in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.

Die **Mission in Serbien** arbeitete in ihren fünf Programmbereichen – Rechtsstaatlichkeit/Menschenrechte, Demokratisierung, Strafverfolgung, Medien sowie Wirtschaft und Umwelt – mit VN-Sonderorganisationen wie UNDP, UNHCR und UNODC und mit der EU, dem Europarat, der NATO, dem ICTY, der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und NROs zusammen.

Die **Mission im Kosovo** ging auch dieses Jahr aktiv auf einschlägige internationale Institutionen zu, darunter UNHCR, UNDP, Europarat, IOM, NATO und ICTY.

Neben der bewährten Zusammenarbeit mit dem UNDP, der EK und verschiedenen internationalen Organisationen begann die „**Spillover**“-**Überwachungsmission der OSZE in Skopje** eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Hilfsprojekt „Polizeiliche Entwicklung“ des CIVI.POL Conseil betreffend bürgernahe Polizeiarbeit, Ausbildung und eine strukturelle Polizeireform.

Das **Büro in Zagreb** arbeitete in enger Absprache mit der EK-Delegation, UNHCR und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) an Fragen der Wohnraumbeschaffung und der strafrechtlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen.

## **Osteuropa**

Das **Büro in Minsk** war in enger Absprache mit den in Minsk präsenten VN-Organisationen – UNDP, UNHCR und IOM – tätig. Das Büro veranstaltete ein Seminar zum *Übereinkommen über Internetkriminalität*, für das der Europarat Know-how zur Verfügung stellte. Im Bereich Wirtschaftsreformen hielt das Büro gemeinsam mit der Internationalen Finanz-Corporation ein Seminar ab und es ließ sich hinsichtlich eines Workshops über Energieeffizienz von der Weltbank und der EK fachlich beraten. Im Rahmen der *ENVSEC*-Initiative arbeitete das Büro auch eng mit UNEP und UNDP zusammen.

Die **Mission in Moldau** arbeitete bei der Förderung der Demokratie, der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit und der Bekämpfung des Menschenhandels wie bisher eng mit den Vereinten Nationen, dem Europarat und der EU zusammen.

Der **Projektkoordinator in der Ukraine** koordinierte seine Tätigkeit mit dem Europarat, der EU, USAID, der IOM, der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit sowie örtlichen und internationalen NROs.

## **Südkaucasus**

Die **Mission in Georgien** führte im Vorfeld der Präsidenten- und Parlamentswahlen gemeinsam mit den Vereinten Nationen den Vorsitz in der Botschafter-Arbeitsgruppe. In Fragen der Wahlreform arbeitete sie eng mit dem Europarat zusammen. Um nach den Kämpfen vom August einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage zu leisten, arbeitete die Mission mit der neuen EU-Beobachtermission vor Ort zusammen. Sie stand auch in engem Kontakt mit internationalen humanitären Organisationen, um diese bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für Binnenvertriebene und Bewohner der an Südossetien angrenzenden Gebiete zu unterstützen.

Das **Büro in Baku** arbeitete mit dem Europarat in Bezug auf ein Gesetz über Versammlungsfreiheit, mit der UNICEF in Fragen der Jugendgerichtsbarkeit, mit der ILO und dem ICMPD bezüglich der Verstärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel und mit dem UNDP im Hinblick auf eine bessere Koordination der Hilfeleistung zusammen.

Das **Büro in Eriwan** arbeitete mit dem Europarat, den Vereinten Nationen, der EU, der Weltbank, dem IMF und USAID in den Bereichen Wahlen, Korruptionsbekämpfung, Volksanwaltschaft, Medien, Gender, Bekämpfung des Menschenhandels und Migration zusammen. Insbesondere führte das Büro gemeinsam mit der ILO und dem ICMPD ein großes Projekt gegen den Menschenhandel durch.

Das **Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst,**

stand im Zusammenhang mit den großen Problemen der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, Kriegsgefangenen, Vermissten und Inhaftierten und mit der Minenräumung in Kontakt mit Organisationen wie EU, Europarat, UNHCR und IKRK und mit verschiedenen internationalen NROs.

## **Zentralasien**

Das **Zentrum in Aschgabad** arbeitete mit VN-Sonderorganisationen, dem EU-Programm *Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* und dem U.S. Peace Corps zusammen, um Staatsbedienstete in Fragen der Grenzsicherheit, der Bildung, der Gesundheit und der Umwelt zu schulen und Bauernvereinigungen zu unterstützen. Wesentlich intensiver als bisher arbeitete das Zentrum mit Hochschuleinrichtungen und örtlichen Bildungsorganisationen zusammen.

Das **Zentrum in Astana** arbeitete mit dem UNDP in Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, mit der IOM und dem EK-Programm *Grenzmanagement für Zentralasien* in Fragen des Grenzmanagements, mit der UNECE in Fragen der länderübergreifenden Wasserwirtschaft, mit UNIFEM und UNDP in Genderfragen, mit der Weltbank im Kampf gegen Geldwäsche und mit dem UNODC im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität eng zusammen.

Das **Zentrum in Bischkek** arbeitete mit mehreren internationalen Organisationen bei Großprojekten betreffend Menschenrechte, wirtschaftliche Sicherheit, andere Bereiche der umfassenden Sicherheit und demokratische Werte zusammen. Es arbeitete mit dem IMF im Kampf gegen Geldwäsche zusammen und hielt gemeinsam mit dem UNDP Konferenzen zum Thema „Demokratische Regierungsführung“ ab. Das Zentrum arbeitete mit dem UNODC im Kampf gegen Korruption, mit der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme in Fragen der Wahlbeobachtung, mit der Venedig-Kommission in Bezug auf Menschenrechtsgesetze und mit der IOM in Migrationsfragen zusammen.

Das **Büro in Tadschikistan** setzte seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, darunter VN-Sonderorganisationen, internationalen Entwicklungsbanken, internationalen NROs und in Tadschikistan tätigen bilateralen Gebern in einer Reihe von Programmbereichen in erweiterem Umfang fort. Diese Partnerschaften waren für Projekte betreffend Grenzmanagement, Korruptionsbekämpfung, Umweltfragen, Menschenrechte und Medien sehr wichtig.

Der **Projektkoordinator in Usbekistan** organisierte verschiedene Veranstaltungen mit internationalen Organisationen und NROs und führte mit dem UNDP Projekte in den Bereichen Steueraufsicht und Menschenrechte durch. Gemeinsam mit dem OCEEA und dem Wissenschaftlichen Informationszentrum der Zwischenstaatlichen Kommission für Wasserkoordination veranstaltete der Projektkoordinator im Oktober die Konferenz *Umweltsicherheit – ein wichtiger Faktor in der Wasserwirtschaft*.

# **Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raumes**

## **Der Partnerschaftsfonds**

Am Rande des *Ministerrats* von Madrid 2007 verabschiedeten die Teilnehmerstaaten einen *Beschluss* des Ständigen Rates über die *Einrichtung eines Partnerschaftsfonds*, durch den die Einbindung der Kooperationspartner in die OSZE gefördert werden soll. Anfang des Jahres erließ der Generalsekretär Richtlinien für die Handhabung des Fonds, und er bestimmte die Abteilung Externe Zusammenarbeit zum Fondsverwalter, der auch die Aufgabe hat, mit Gebern in Bezug auf die Mittelbeschaffung und Berichterstattung und mit den einzelnen Projektmanagern hinsichtlich der laufenden Verwaltung konkreter Projekte Kontakt zu halten.

Im ersten Jahr seines Bestehens wurden 552.049,36 Euro zugesagt. Neben den Troika-Mitgliedern Finnland (253.597,88 Euro), Griechenland (100.000 Euro) und Spanien (100.000 Euro) waren unter den Gebern (in der Reihenfolge des OSZE-Alphabets) die Vereinigten Staaten, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Irland, Liechtenstein, Slowenien, die Schweiz, Japan, die Republik Korea und Ägypten.

2008 wurden fünf Projekte entwickelt und im Rahmen des Fonds umgesetzt:

- ein Seminar für Jungdiplomaten aus den Partnerländern im Mittelmeerraum (Projekt Nr. 1100726)
- Unterstützung der Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft aus dem Mittelmeerraum an der *OSZE-Mittelmeerkonferenz 2008* (Projekt Nr. 1100748)
- Afghanistan: technische Wahlhilfe durch OSZE/BDIMR (Projekt Nr. 1100744)
- Unterstützung der Teilnahme von Vertretern der Kooperationspartner an den in PC.DEC/812 genannten Veranstaltungen (Projekt Nr. 1100705)
- Veröffentlichung einer französischsprachigen Version der Mittelmeerausgabe des *Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies* der OSZE/Internationalen Organisation für Migration/Internationalen Arbeitsorganisation (Projekt Nr. 1100701)

Wie im *Beschluss* verlangt, berichtete der Generalsekretär dem Ständigen Rat über das Funktionieren des Partnerschaftsfonds.

### **IN BOX OR TO SIDE**

**Die Kooperationspartner in Asien:** Afghanistan, Japan, Mongolei, Republik Korea und Thailand. 2008 führte Spanien den Vorsitz in der Asien-Kontaktgruppe.

**Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum:** Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien. 2008 führte Griechenland den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe.

**END BOX**

**START BOX**

## Das Engagement für Afghanistan

Während des ganzen Jahres 2008 arbeitete das Sekretariat im Gefolge von *Beschluss Nr. 4/07 des Ministerrats* von Madrid an der Vertiefung des OSZE-Engagements für Afghanistan, das seit 2003 einer der Kooperationspartner in Asien ist. Im Juni schlug der Generalsekretär 16 konkrete Maßnahmen vor, denen mehrere Erkundungsmissionen im Land und Konsultationen mit Teilnehmerstaaten und einschlägigen internationalen Organisationen vorangegangen waren. Darunter waren Vorschläge zur Stärkung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements, zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Verstärkung der nationalen Strafverfolgungskapazitäten. Die Projekte hätten teils in der OSZE-Region, teils in Afghanistan selbst durchgeführt werden sollen.

Obwohl sich die Teilnehmerstaaten sehr für eine Vertiefung des OSZE-Engagements für Afghanistan aussprachen, konnte vor Ende 2008 kein Konsens über Projektaktivitäten in Afghanistan selbst erzielt werden. Das Sekretariat leitete daher die Arbeit an einigen vorrangigen, innerhalb des OSZE-Raums im Rahmen der bestehenden Mandate von Feldoperationen in Zentralasien abzuwickelnden Projekten in die Wege. Dazu zählen die Gründung einer neuen Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe und eines Schulungszentrums für den Zolldienst in Bischkek sowie Hilfe für Turkmenistan in Zoll- und Grenzschutzangelegenheiten. Weitere Projekte waren zu Jahresende noch offen; die Diskussion unter den Teilnehmerstaaten über eine mögliche Abwicklung von OSZE-Projekten auf afghanischem Hoheitsgebiet wird fortgesetzt.

Der Generalsekretär besuchte Kabul zwei Mal, im September und November, um die vorgeschlagenen Aktivitäten zu erörtern. Im Laufe des Jahres führten verschiedene Dienststellen des Sekretariats im Rahmen ihrer bestehenden Mandate Aktivitäten mit Bezug zu Afghanistan durch. Die Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten schulte Mitarbeiter der staatlichen afghanischen Polizei und der afghanischen Drogenfahndungsstelle in Fragen der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels. Die Gruppe Terrorismusbekämpfung und das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) veranstalteten eine Konferenz über Sicherheit in der Region.

Das OCEEA ermöglichte auch die afghanische Teilnahme an einer regionalen Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen der Energiegewinnung und des Verkehrswesens in Zentralasien befasst. Afghanistan beteiligte sich auch an einem von der OSZE unterstützten regionalen Prozess, der darauf abzielt, wirksame Grundsätze der Wasserwirtschaft auszuarbeiten. Im September nahmen Vertreter Afghanistans an einem OSZE-Seminar über das Investitions- und Wirtschaftsklima teil.

Der Partnerschaftsfonds ermöglichte Vertretern Afghanistans die Teilnahme an weiteren OSZE-Aktivitäten. Aus ihm wurde ein wahlbezogenes Projekt finanziert, das von Afghanistan beantragt und von der Abteilung Externe Zusammenarbeit im Büro des Generalsekretärs und dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführt wurde. Die Jahrestagung der asiatischen Partner fand erstmals in Kabul statt.

Das Engagement der OSZE für Afghanistan wird wegen seiner langfristigen Auswirkungen auf die Sicherheit aller OSZE-Teilnehmerstaaten unter den vorrangigen Tätigkeitsbereichen der Organisation weiterhin einen wichtigen Platz einnehmen.

END BOX

## **Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern**

Eine feste Grundlage für die Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Jahr 2008 boten die *Ministererklärung* von Madrid zu den *Kooperationspartnern* und der *Ministerratsbeschluss* über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* von Ende 2007 sowie der *Beschluss* des Ständigen Rates über die *Einrichtung eines Partnerschaftsfonds*.

## **Bericht des OSZE-Vorsitzes**

Der finnische OSZE-Vorsitz verfolgte die Entwicklungen in den Beziehungen zu den Partnern in Asien und im Mittelmeerraum sehr genau und unterstützte bei Bedarf die Arbeit des spanischen und des griechischen Vorsitzes der jeweiligen Kontaktgruppe.

Der Praxis der vergangenen Jahre folgend, wurden die Partner regelmäßig zu Sitzungen des Ständigen Rates sowie zum Forum für Sicherheitskooperation und dessen Arbeitsgruppen eingeladen. So gab es eine Plattform für eine nahezu ständige Interaktion. Die Partner wurden auch zu allen wichtigen OSZE-Veranstaltungen des Jahres eingeladen, darunter das *Wirtschafts- und Umweltforum*, das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* und die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*. Der Vorsitz ließ Fragen, die für die Partner von besonderer Bedeutung sind, auf die Tagesordnung des Ständigen Rates setzen. So sprach etwa Amre Moussa, der Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, am 17. April im Ständigen Rat.

Die Partner gaben auch dieses Jahr den Anstoß zu neuen und interessanten Debatten und Aktivitäten. Im September fand in Wien das dritte Jahr in Folge eine informelle Diskussion über die vielen Berührungspunkte zwischen der menschlichen Sicherheit und dem OSZE-Konzept der umfassenden und kooperativen Sicherheit statt. Finnland war neben dem Initiator Japan und mehreren Partnern einer der Sponsoren dieser Veranstaltung.

Um entsprechend einer Empfehlung der *OSZE/Korea-Konferenz* von 2005 die Beziehungen zum ASEAN-Regionalforum (ARF) zu verstärken, nahm der finnische Vorsitz neben dem Sekretariat an einem wichtigen, von Deutschland im Frühjahr veranstalteten ARF-Workshop über vorbeugende Diplomatie teil, zu dem er auch einen Beitrag leistete.

Hinsichtlich der politisch-militärischen Dimension setzte sich der finnische Vorsitz dafür ein, dass sich die Partner auf freiwilliger Basis stärker an den *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* binden. Die aufeinanderfolgenden Vorsitze des Forums für Sicherheitskooperation und dessen österreichischer Koordinator werden – wie im *Beschluss* des Forums über die *Öffnung und Verankerung des Verhaltenskodex im öffentlichen Bewusstsein* verlangt – die Partner



weiterhin in einen Prozess einbinden, der auf eine freiwillige Übernahme der Grundsätze des *Verhaltenskodex* abzielt.

Nachdem der Generalsekretär dem finnischen Vorsitz einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet hatte, führte Letzterer mit Teilnehmerstaaten ausführliche Konsultationen über den Entwurf zu einem Beschluss des Ständigen Rates betreffend die Umsetzung des *Ministerratsbeschlusses* über das *Engagement der OSZE für Afghanistan*, doch fand dieser leider keinen Konsens. Dennoch wurde Afghanistan eingeladen, sich im OSZE-Raum an Projekten zu beteiligen.

Die OSZE-Konferenz des Jahres 2008 mit den asiatischen Partnern wurde am 9. und 10. November erstmals von Afghanistan in Kabul veranstaltet. Die Teilnahme des Gastlandes auf hoher Ebene und dessen aktive Rolle und Diskussionsbeiträge auf der Konferenz waren von großem Wert. Darüber hinaus ersuchte Afghanistan die OSZE, sich bei den 2009 bevorstehenden Wahlen im Land zu engagieren. Der finnische Vorsitz sprach sich für eine positive Beantwortung dieses Ersuchens aus.

Nachdem die Palästinensische Nationalbehörde 2004 erstmals einen Antrag auf Zuerkennung des Partnerstatus durch die OSZE gestellt hatte, wiederholte deren Außenminister Riad Malki am 22. Juli in einem Schreiben an den Amtierenden Vorsitzenden das Ersuchen. Der finnische Vorsitz nahm dieses Schreiben zum Anlass für Konsultationen. Aufgrund der divergierenden Auffassungen der Teilnehmerstaaten kam der Vorsitz zu dem Schluss, dass derzeit ein Konsens zu einem positiven Beschluss unwahrscheinlich sei.

Dem finnischen Vorsitz war es jedoch wichtig, die informelle Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Vertretern Palästinas fortzusetzen. Der Vorsitz war erfreut darüber, dass die Palästinensische Nationalbehörde auf Einladung des Gastlandes Jordanien an der *OSZE-Mittelmeerkonferenz 2008* teilnahm. Der finnische Vorsitz unterstützte auch die Absicht des designierten griechischen Vorsitzes, die Beratungen in dieser Angelegenheit 2009 fortzusetzen.

Finnland zahlte über 250.000 Euro in den Partnerschaftsfonds ein. Mit einem Teil dieses Betrags wurde die Teilnahme zweier Experten der Unabhängigen Zentralen Wahlkommission (ICEC) Afghanistans am *Seminar des Vorsitzes zu wahlbezogenen Fragen* am 21. und 22. Juli finanziert. Mitfinanziert wurden ein Wahlhilfeprojekt für die ICEC unter Beteiligung Koreas und Sloweniens und eine Parallelveranstaltung zur *Mittelmeerkonferenz* in Amman für Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem Mittelmeerraum unter Beteiligung Dänemarks und der Vereinigten Staaten.

## **Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien**

**Die Arbeit der Asien-Kontaktgruppe.** Die Asien-Kontaktgruppe hielt 2008 fünf Sitzungen ab. Im Mittelpunkt stand eine Reihe von Fragen in allen drei Dimensionen, von der Terrorismusbekämpfung bis zu Grenzmanagement und -sicherheit, Aktivitäten im polizeilichen Bereich und der Bekämpfung des Menschenhandels. Nachdem empfohlen worden war, die Beziehungen zum ARF zu verstärken, fand eine Diskussion über die Ergebnisse des von Deutschland im März 2008 veranstalteten ARF-Seminars über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und

vorbeugende Diplomatie statt, zu dem das Sekretariat und der finnische Vorsitz einen Beitrag geleistet hatten.

Ausführlich erörtert wurden in der Kontaktgruppe auch die Ergebnisse des *Ministerrats* von Madrid, der die drei oben genannten Dokumente über die Kooperationspartner genehmigt hatte, und der *Beschluss* des Ständigen Rates über die Gründung eines Partnerschaftsfonds.

**Die OSZE/Afghanistan-Konferenz.** Höhepunkt der Arbeit der Asien-Kontaktgruppe war die *OSZE/Afghanistan-Konferenz* zum Thema *Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien zur Bewältigung von Herausforderungen für die Sicherheit*, die am 9. und 10. November in Kabul stattfand. Die Konferenz hatte drei Schwerpunktthemen: der Beitrag der OSZE zum Aufbau von Kapazitäten in der OSZE-Region und bei den asiatischen Partnern; Bedrohungen für die gemeinsame Sicherheit und Stabilität der OSZE-Teilnehmerstaaten und der asiatischen Partner unter besonderer Berücksichtigung Zentralasiens und Afghanistans; und Herausforderungen und Chancen der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements einschließlich der Modernisierung des Zolls.

Der Veranstaltungsort Kabul hatte hohen symbolischen Wert – Afghanistan und darüber hinaus die Sicherheit in der zentralasiatischen Region rückten so in den Mittelpunkt. Die Teilnehmer waren der Ansicht, dass der OSZE in Afghanistan eine Rolle zukomme, unter anderem beim Aufbau von Kapazitäten etwa in den Bereichen Zoll, Grenzmanagement und -sicherheit, Drogenbekämpfung und Polizei. Auch eine mögliche Unterstützung durch die OSZE bei den Wahlen in Afghanistan im kommenden Jahr kam zur Sprache.

In weiteren Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass viele Tagesordnungspunkte, etwa illegaler Drogenhandel oder Terrorismus, von Natur aus länder- und regionenübergreifende, grenzüberschreitende Sicherheitsbedrohungen seien. Sie beschränken sich nicht auf ein Land und können auch nicht von einem Staat oder einer Organisation im Alleingang bewältigt werden, sondern erfordern eine solide und systematische Zusammenarbeit.

**Informeller Workshop zum Thema „Menschliche Sicherheit“.** Der informelle Workshop zum Thema „Menschliche Sicherheit“ befasste sich mit konkreten Projekten zur menschlichen Sicherheit in der OSZE-Region und sollte verständlich machen, wie das Konzept in der Praxis funktioniert. Die Redner nannten Bereiche, in denen sowohl die OSZE als auch die Vereinten Nationen (VN) tätig sind, und wiesen darauf hin, dass auch die OSZE-Region vom VN-Treuhandfonds für menschliche Sicherheit profitiere. Sie stellten ferner fest, dass die Teilnehmerstaaten besser auf Fragen der menschlichen Sicherheit eingehen können, wenn sie auf das Know-how der OSZE zurückgreifen.

Die Redner machten darauf aufmerksam, dass der Treuhandfonds auch für bestimmte Bereiche gilt, in denen die OSZE über besonderes Fachwissen verfügt, etwa Menschenhandel oder Landminen. Anhand konkreter Projekte des Treuhandfonds konnte beispielhaft gezeigt werden, dass sich hier die Interessen und Anliegen mit jenen der OSZE decken und dass eine Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen sinnvoll wäre.

Spanien legte auf dem *Ministerratstreffen von Helsinki*, wie in der *Ministererklärung* von Madrid zu den *Kooperationspartnern* verlangt, einen Bericht über die Arbeit der Asien-Kontaktgruppe vor.

Spanien zahlte in den Partnerschaftsfonds 100.000 Euro ein.

## **Bericht des Vorsitzes der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum**

**Die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe.** 2008 hielt die Mittelmeer-Kontaktgruppe acht Sitzungen ab, bei denen Fragen aus allen drei Dimensionen behandelt wurden. In Bezug auf die politisch-militärische Dimension erhielten die Mittelmeerpartner ausführliche Informationen über die Tätigkeit des Sicherheitsausschusses und des Forums für Sicherheitskooperation. Im Anschluss an die Seminare von Valencia und Rabat vom Dezember 2007 fand unter den Mittelmeerpartnern ein lebhafter Meinungsaustausch statt, in dessen Verlauf heikle Fragen wie das Vordringen der Wüste, die Bewirtschaftung von Wasserressourcen und Migration erörtert wurden. Hinsichtlich der menschlichen Dimension fanden einige Diskussionen statt, deren Themen von Medienfreiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung bis zu Menschenhandel und Genderfragen reichten. Die Mittelmeerpartner trugen zur Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen im Sicherheitsbereich bei, indem sie ihre eigenen Sichtweisen und Vorschläge zum Ausdruck brachten.

**Seminar für Jungdiplomaten.** Gemeinsam mit dem Sekretariat organisierte der griechische Vorsitz ein Seminar für Jungdiplomaten aus den Partnerstaaten im Mittelmeerraum und den Quintett-Ländern, das im Juni in Athen und Wien stattfand. Die über 40 Teilnehmer hatten Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über Fragen der europäischen Sicherheit und die Entwicklung des europäischen Sicherheitsgefüges im Allgemeinen, gleichzeitig erfuhren sie Näheres über das Sicherheitskonzept der OSZE in Theorie und Praxis.

**Die OSZE-Mittelmeerkonferenz 2008.** Um dem stärkeren und ernsthafteren Engagement der Mittelmeerpartner in der OSZE gerecht zu werden, wertete der griechische Vorsitz diese jährliche Veranstaltung auf, indem er sie in *OSZE-Mittelmeerkonferenz 2008* umbenannte.

Die Konferenz unter dem Titel *Das OSZE-Konzept der regionalen Sicherheit – ein Modell für den Mittelmeerraum* fand am 27. und 28. Oktober in Amman (Jordanien) statt. Auf der Tagesordnung fanden sich Problembereiche aus allen drei OSZE-Dimensionen.

Im politisch-militärischen Bereich erörterten die Teilnehmer die entscheidende Rolle der VSBM bei der Herstellung von gegenseitigem Vertrauen, Transparenz und Vorhersehbarkeit im OSZE-Raum, gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass es sinnvoll wäre, VSBM an die Bedürfnisse der Mittelmeerregion anzupassen und dort umzusetzen. Als Beispiel für die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wurde erwähnt, dass die OSZE die Teilnehmerstaaten und die Partnerstaaten im Mittelmeerraum etwa bei der Verstärkung der Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten oder der Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten unterstützt. Die

zweite Sitzung galt dem Problemkreis Umwelt und Sicherheit. Die Teilnehmer stellten fest, dass politische Spannungen und Langzeitkonflikte in der Region die regionale Sicherheit und die Umwelt bedrohen und die Entwicklung hemmen. Partner- und Teilnehmerstaaten waren sich darin einig, dass es auf regionaler und zwischenstaatlicher Ebene einer verstärkten Zusammenarbeit bedarf.

Die Diskussion über die menschliche Dimension machte deutlich, dass die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur Bekämpfung von Intoleranz und zur Nichtdiskriminierung unter Zuhilfenahme der geeigneten Instrumente, die von der OSZE entwickelt wurden, nach wie vor hohe Dringlichkeit hat. Darüber hinaus würdigten die Teilnehmer den Beitrag der Zivilgesellschaft und der nationalen Menschenrechtsinstitutionen.

Am Vorabend der Konferenz fand eine aus dem Partnerschaftsfonds finanzierte Parallelveranstaltung über *Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und NROs im Mittelmeerraum zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung* statt. Die bei dieser Veranstaltung abgegebenen Empfehlungen wurden auf der Konferenz vorgestellt.

Griechenland berichtete dem *Ministerrat* von Helsinki, wie in der *Ministererklärung* von Madrid zu den *Kooperationspartnern* verlangt, über die Arbeit der Mittelmeer-Kontaktgruppe.

Griechenland zahlte in den Partnerschaftsfonds 100.000 Euro ein. Ein Teil dieses Betrags wurde für die Finanzierung des Jungdiplomatenseminars verwendet.

## **Bericht des Generalsekretärs**

Das Sekretariat unterstützte die Bemühungen des OSZE-Vorsitzes und der Vorsitze der jeweiligen Kontaktgruppen um Stärkung der Beziehungen zu den Kooperationspartnern, unter anderem durch die Abhaltung der jährlichen *Mittelmeerkonferenz* und der *OSZE/Afghanistan-Konferenz*. Der Generalsekretär ergriff bei beiden Veranstaltungen das Wort.

Am Rande der *Mittelmeerkonferenz* erörterte der Generalsekretär in einer Audienz bei König Abdullah II. und in bilateralen Begegnungen mit Ministerpräsident und Verteidigungsminister Nader A. Dahabi und Außenminister Salaheddin Al-Bashir die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Jordanien. In den Gesprächen ging es um eine mögliche engere Zusammenarbeit in Fragen der Wasserwirtschaft und der Umweltsicherheit und die Unterstützung der OSZE durch jordanische Experten in Fragen des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit in Zentralasien und in Bezug auf Afghanistan.

Am 28. und 29. April besuchte der Generalsekretär auf Einladung der Republik Korea Seoul zu Beratungen mit koreanischen Behörden. Während seines Aufenthalts traf er mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Yu Myung-hwan, und dessen Stellvertreter Kim Sung-hwan sowie mit anderen hohen Beamten des Ministeriums zusammen. Die Konsultationen hatten Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Korea und eine eventuelle

Zusammenarbeit bei Projekten zur Unterstützung Zentralasiens und Afghanistans zum Gegenstand.

Vom 9. bis 11. September besuchte der Generalsekretär Kabul zu Konsultationen über die Umsetzung des *Beschlusses* über das *Engagement der OSZE für Afghanistan* unter besonderer Berücksichtigung der 16 vom Sekretariat ausgearbeiteten Projekte. Während seines Aufenthalts traf der Generalsekretär mit Präsident Hamid Karzai, Außenminister Rangin Dadfar Spanta und dem Stellvertretenden Innenminister General Mohammad Daud zusammen. Weitere Gesprächspartner waren der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für Afghanistan, Kai Eide, der EU-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Ettore Sequi, und andere Vertreter des örtlichen diplomatischen Korps. Sie bekundeten dem Generalsekretär ihre volle Unterstützung für die vorgeschlagenen Aktivitäten der OSZE zugunsten Afghanistans.

### **Zusammenwirken mit Organisationen außerhalb des OSZE-Raums**

Der Dialog und die Zusammenarbeit der OSZE mit regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums erfuhr 2008 eine Ausweitung. Neben der üblichen Einladung dieser Organisationen zu einschlägigen OSZE-Veranstaltungen, darunter der *Ministerrat* von Helsinki, die *OSZE-Mittelmeerkonferenz 2008* und die *OSZE/Afghanistan-Konferenz*, gab die OSZE ihre Erfahrungen – insbesondere in Bezug auf vorbeugende Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen – in größerem Umfang an diese Organisationen weiter, was in der *Ministererklärung* von Madrid 2007 zu den *Kooperationspartnern der OSZE* befürwortet worden war.

Im März und April empfing die Abteilung Externe Zusammenarbeit zwei Delegationen des neu geschaffenen Sekretariats des Friedens- und Sicherheitsrats (PSC) der Afrikanischen Union auf dessen Ersuchen. Im Rahmen der Bemühungen der Union um den Aufbau von Kapazitäten fanden zwischen den Vertretern des PSC-Sekretariats und verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Sekretariats eingehende Besprechungen statt, die dem Austausch von Erfahrungen mit der OSZE in Fragen betreffend das Mandat der Organisation und Aktivitäten in Bezug auf Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktfolgenbeseitigung dienten. Die Vertreter wurden auch vom finnischen Vorsitz empfangen. In einem anschließenden Schreiben an den Generalsekretär stellte das PSC-Sekretariat fest, dass es „wertvolle Erfahrungen gemacht hat, insbesondere in Bezug auf die Bereitstellung operativer Unterstützung für Friedens- und Sicherheitsorgane und einschlägige Aktivitäten“.

Die Abteilung Externe Zusammenarbeit empfing bei zwei verschiedenen Anlässen im Februar und Dezember auch Delegationen des Sekretariats der Liga der arabischen Staaten zu einem Erfahrungsaustausch mit der OSZE, nachdem diese Organisation 2006 einen Friedens- und Sicherheitsrat gegründet hatte. Die Delegationen wurden vom Konfliktverhütungszentrum und von anderen einschlägigen Abteilungen und Dienststellen des Sekretariats ausführlich über die Tätigkeit der OSZE in allen drei Sicherheitsdimensionen informiert, unter besonderer Betonung von Frühwarnung und Konfliktverhütung. Die Delegierten der Liga wurden auch vom Generalsekretär und vom Vorsitz empfangen. Außerdem besuchte die zweite Delegation den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten in Den Haag, um sich über dessen Mandat und Aktivitäten zu informieren, sowie Skopje, wo sie sich ein Bild davon machen konnte, wie ein Feldeinsatz der OSZE funktioniert.

Der Generalsekretär führte auch ein bilaterales Gespräch mit dem Generalsekretär der Liga, Amre Moussa, als sich dieser anlässlich seiner Rede vor dem Ständigen Rat in Wien aufhielt.

Die Beziehungen zur Konferenz über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) erfuhren 2008 eine weitere Förderung. Der Generalsekretär der OSZE traf während seines Besuchs in Astana im April und am Rande des *Ministerrats* von Helsinki mit dem Exekutivdirektor der CICA zusammen. In den Gesprächen ging es um Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der CICA in Fragen der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements in Zentralasien und Afghanistan. Außerdem trafen im Juli Mitarbeiter des CICA-Sekretariats in Wien mit dem Generalsekretär der OSZE und Vertretern verschiedener Sekretariatsabteilungen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Wie schon in den vergangenen Jahren, nahmen Vertreter der CICA an mehreren OSZE-Veranstaltungen teil, unter anderem am *Ministerrat* von Helsinki.

Im März nahm das Sekretariat gemeinsam mit dem Vorsitz an einem ARF-Workshop über *vertrauensbildende Maßnahmen und vorbeugende Diplomatie in Asien und Europa* teil. Dieser von Deutschland in Berlin veranstaltete Workshop bot eine praktische Gelegenheit zu einem Informationsaustausch und zur Weitergabe von Erfahrungen zwischen der OSZE und dem ARF. Ende April sprach der Leiter der Abteilung Externe Zusammenarbeit auf Einladung der kanadischen Regierung vor den Mitgliedern der Intersessionalen Unterstützungsgruppe des ARF für *vertrauensbildende Maßnahmen und vorbeugende Diplomatie*.

# Anhänge

## Die OSZE auf einen Blick

*Mit ihren 56 Teilnehmerstaaten in Europa, Nordamerika und Zentralasien, rund 3000 Mitarbeitern in 19 Feldoperationen, mehreren Fachinstitutionen und einem Sekretariat in Wien ist die OSZE in ihrem Einsatzgebiet eines der wichtigsten Instrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Stabilisierung in der Konfliktfolgezeit. Die Organisation hat den Status einer regionalen Abmachung im Sinne der Charta der Vereinten Nationen.*

Aus der Einsicht heraus, dass der Faktor Sicherheit viele Aspekte unseres Lebens und die Art, wie wir regiert werden, mitbestimmt, befasst sich die OSZE mit einer Vielzahl von Fragen, die sie traditionellerweise in drei Bereiche oder Dimensionen gliedert. In der **politisch-militärischen Dimension** leistet sie nicht nur wichtige Arbeit in den traditionellen Bereichen der Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, sondern sie ist den Teilnehmerstaaten auch bei der Verbesserung des Grenzmanagements und der Reform der Streitkräfte und der Polizei behilflich. In der **Wirtschafts- und Umweltdimension** fördert die OSZE wirtschaftliche Zusammenarbeit und Good Governance, einen Eckpfeiler der Stabilität. Sie setzt sich für die Hebung des Umweltbewusstseins ein, fördert die Zusammenarbeit der Staaten im Hinblick auf die gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen und hilft ihnen bei der Entsorgung von Giftmüll. In der **menschlichen Dimension** setzt sich die Organisation für die Achtung der Menschenrechte, für demokratisches Regieren und für die Förderung von Minderheitenrechten in ihren Teilnehmerstaaten ein.

Die OSZE arbeitet kooperativ. Oft agiert sie hinter den Kulissen, indem sie zu einem Diskurs anregt und Spannungen entschärft, bevor daraus ein Konflikt entsteht. Alle 56 Staaten haben denselben Status. Beschlüsse werden per Konsens gefasst und sind politisch, nicht jedoch rechtlich bindend. Die OSZE arbeitet auch mit Ländern außerhalb des OSZE-Raums zusammen, insbesondere mit sechs Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und fünf Kooperationspartnern in Asien. Sie unterhält eine enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat und der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO).

### Geschichtliches

Die Anfänge der OSZE liegen in den frühen 1970er Jahren, als im Rahmen der zweijährigen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Vertreter östlicher und westlicher Länder in Helsinki und Genf zusammenkamen und schließlich die *Schlussakte von Helsinki* verabschiedeten, die am 1. August 1975 unterzeichnet wurde. Dieses Dokument enthält eine Reihe wichtiger Verpflichtungen in politisch-militärischen, Wirtschafts- und Umwelt- und Menschenrechtsfragen und legte auch grundlegende Prinzipien zur Regelung des Verhaltens der Staaten gegenüber ihren Bürgern und untereinander fest.

Das Ende des Kalten Krieges brachte für die KSZE eine neue Rolle mit sich, galt es doch, den historischen Umbruch in Europa zu bewältigen und sich den neuen Herausforderungen im Sicherheitsbereich zu stellen. Anfang der 1990er Jahre wurde die Arbeit der Konferenz stärker strukturiert, die Sitzungen fanden regelmäßiger statt und es kam zur Einrichtung von Feldoperationen. Die KSZE gründete ständige Institutionen, darunter ein Sekretariat, ein Büro für freie Wahlen und ein Konfliktverhütungszentrum. 1990, 1992, 1994 und 1999 wurden wichtige Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im militärischen Bereich unterzeichnet (*Wiener Dokumente*). 1990 schlossen die der NATO bzw. dem Warschauer Pakt angehörenden KSZE-Teilnehmerstaaten ein wichtiges Rüstungskontrollübereinkommen, den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa*, der 1999 aktualisiert wurde. 1992 wurde ein weiteres Übereinkommen mit KSZE-Bezug, der *Vertrag über den offenen Himmel*, unterzeichnet.

Nachdem die KSZE nun über eine bloße Konferenz hinausgewachsen war, kamen die Teilnehmerstaaten in Anerkennung dieser Entwicklung auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 überein, sie in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umzubenennen.

Im 21. Jahrhundert erwies das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE zunehmend seinen Nutzen bei der Bewältigung neuer Herausforderungen – etwa der Kampf gegen den Terrorismus und den Menschenhandel –, die sich einer Einordnung in eine der drei Sicherheitsdimensionen entziehen. Eines der vorrangigen Anliegen der Organisation ist nach wie vor die Beilegung von Langzeitkonflikten in der ehemaligen Sowjetunion und die Herstellung von Stabilität auf dem Balkan. Im 21. Jahrhundert schlossen die Teilnehmerstaaten wichtige Rüstungskontrollübereinkommen, darunter das *Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen* (2000) und das *Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition* (2003).

## Die Arbeitsweise der OSZE

In der OSZE führt jeweils einer der Teilnehmerstaaten für die Dauer eines Jahres den Vorsitz. 2008 hatte Finnland den Vorsitz inne. Im Interesse einer besseren Langzeitplanung und größerer Kontinuität förderte Finnland im Rahmen der Quintett-Initiative einen aktiven Dialog zwischen seinen Troikakollegen Spanien (2007) und Griechenland (2009) und den künftigen Vorsitzländern Kasachstan (2010) und Litauen (2011).

Der Amtierende Vorsitzende kann auch Persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für bestimmte Fragen und Situationen ernennen.

In regelmäßigen Abständen finden in der OSZE Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs statt. In der Zeit zwischen den Gipfeltreffen treten einmal jährlich die Außenminister der Teilnehmerstaaten zum *Ministerrat* zusammen, um die Aktivitäten der OSZE zu überprüfen und um Leitlinien und die Richtung vorzugeben. Das *Wirtschafts- und Umweltforum* tagt ebenfalls einmal im Jahr und widmet sich ausgewählten Wirtschafts- und Umweltfragen. Die *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz* und das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* befassen sich mit Schlüsselfragen in der politisch-militärischen bzw. der menschlichen Dimension.



Der Ständige Rat ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er setzt sich aus den ständigen Vertretern der Teilnehmerstaaten bei der OSZE zusammen und tagt einmal wöchentlich in Wien, um alle anstehenden Fragen zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Das Forum für Sicherheitskooperation ist für die politisch-militärische Dimension der OSZE zuständig und tritt ebenfalls einmal pro Woche in der Wiener Hofburg zusammen.

Das Sekretariat der OSZE hat seinen Sitz in Wien. Es steht unter der Leitung des Generalsekretärs Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich, der im Juni 2008 für eine zweite Amtszeit von drei Jahren bestellt wurde. Als höchster Verwaltungsbeamter lenkt Botschafter Perrin de Brichambaut die Organe und Operationen der OSZE und er unterstützt den OSZE-Vorsitz.

Die OSZE verfügt über folgende Fachinstitutionen, die die Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen unterstützen: das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (1990 als Büro für freie Wahlen gegründet) mit Sitz in Warschau (Polen), den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (1992) mit Sitz in Den Haag (Niederlande) und den Beauftragten für Medienfreiheit (1997) mit Sitz in Wien. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (1991), ein eigenes Gremium, das sich aus 320 Parlamentariern aus allen Teilnehmerstaaten zusammensetzt und seinen Sitz in Kopenhagen hat, unterstützt den interparlamentarischen Dialog und spielt auch eine wichtige Rolle bei der Wahlbeobachtung.

Die OSZE unterhält 19 Feldoperationen in 17 Staaten. Knapp über 69 Prozent des OSZE-Haushalts 2008 von 164 Millionen Euro waren für die Feldoperationen bestimmt, 19 Prozent für das Sekretariat und 11 Prozent für die Institutionen.

[www.osce.org](http://www.osce.org)

# Organisationsplan

## **Gipfeltreffen**

Periodisches Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE

## **Ministerrat**

Jährliches Treffen der Außenminister (*außer in Jahren mit Gipfeltreffen*)

## **Ständiger Rat**

Reguläres Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung (*tagt wöchentlich in Wien*)

## **Forum für Sicherheitskooperation**

Reguläres Gremium für Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (*tagt wöchentlich in Wien*)

## **Amtierender Vorsitzender**

Finnland

## **Parlamentarische Versammlung der OSZE**

Kopenhagen

## **Troika (2008)**

Spanien, Finnland, Griechenland

## **Generalsekretär**

### **Sekretariat**

Wien

Prager Büro

### **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte**

Warschau

### **OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit**

Wien

### **Hoher Kommissar für nationale Minderheiten**

Den Haag

### **Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden**

### **Hochrangige Planungsgruppe**

Vorbereitung einer OSZE-Friedenstruppe für Berg-Karabach

## **OSZE-Feldoperationen**

### **Südosteuropa**

Präsenz in Albanien

Mission in Bosnien und Herzegowina

Mission im Kosovo

Mission in Montenegro

Mission in Serbien

„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Büro in Zagreb

### **Osteuropa**

Büro in Minsk

Mission in Moldau

Projektkoordinator in der Ukraine

### **Südkaucasus**

Büro in Baku

Mission in Georgien

Büro in Eriwan

### **Zentralasien**

Zentrum in Aschgabad

Zentrum in Astana

Zentrum in Bischkek  
Büro in Tadschikistan  
Projektkoordinator in Usbekistan

**Unterstützung bei der Umsetzung bilateraler Abkommen**

Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige

**Gremien mit Bezug zur OSZE**

**Gemeinsame Beratungsgruppe**

Fördert die Umsetzung des KSE-Vertrags (*tagt regelmäßig in Wien*)

**Beratungskommission „Offener Himmel“**

Fördert die Umsetzung des Vertrags über den Offenen Himmel (*tagt regelmäßig in Wien*)

**Vergleichs- und Schiedsgerichtshof**

Genf

**OSZE-Haushalt 2008 nach Teilhaushalten (Beschlüsse 839, 882 des  
Ständigen Rates)**

Teilhaushalt	Euro	% vom Gesamtbetrag
Sekretariat	31,617,100	19.26%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	14,405,100	8.77%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	3,017,100	1.84%
Beauftragter für Medienfreiheit	1,312,000	0.80%
<b>Sekretariat und Institutionen gesamt</b>	<b>50,351,300</b>	<b>30.67%</b>
Verstärkungen*	5,340,900	3.25%
Mission im Kosovo	30,010,300	18.28%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	15,254,500	9.29%
Büro in Zagreb**	2,748,800	1.67%
Mission in Serbien	8,200,400	5.00%
Präsenz in Albanien	3,544,600	2.16%
"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje	9,078,800	5.53%
Mission in Montenegro	2,309,500	1.41%
Mission in Moldau	1,956,400	1.19%
Projektkoordinator in der Ukraine	2,607,900	1.59%
Büro in Minsk	962,300	0.59%
Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige	9,600	0.01%
Mission in Georgien	9,750,700	5.94%
Büro in Eriwan	2,523,200	1.54%
Büro in Baku	2,498,800	1.52%
Hochrangige Planungsgruppe	192,200	0.12%
Minsk-Prozess	953,300	0.58%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden - Minsk-Konferenz	1,050,900	0.64%
Zentrum in Astana	2,067,600	1.26%
Zentrum in Aschgabad	1,338,100	0.82%
Zentrum in Bischkek	5,051,900	3.08%
Projektkoordinator in Usbekistan	1,641,300	1.00%
Büro in Tadschikistan***	4,724,900	2.88%
<b>Feldoperationen gesamt</b>	<b>113,816,900</b>	<b>69.33%</b>
<b>SUMME</b>	<b>164,168,200</b>	<b>100.00%</b>

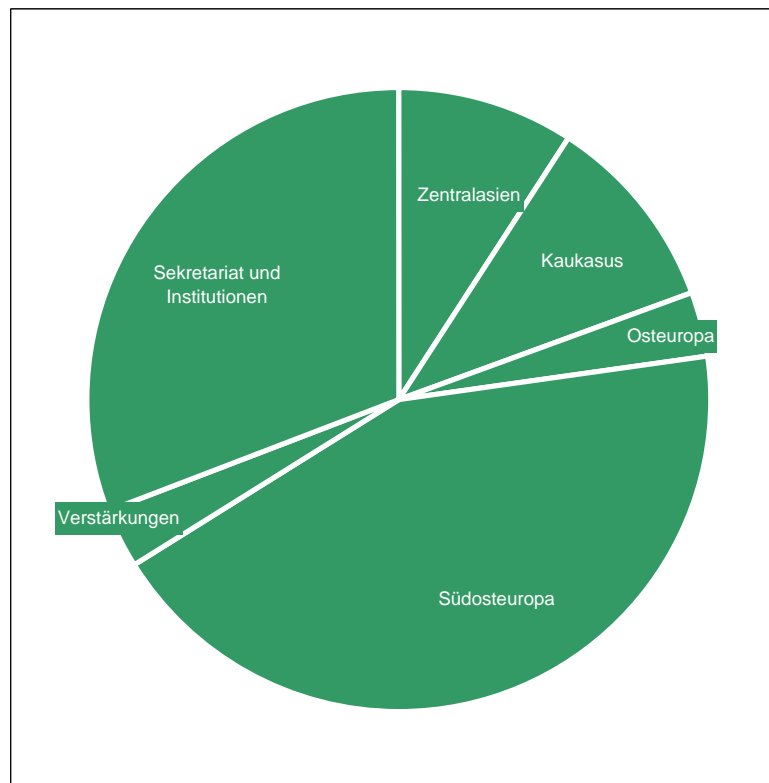
\* Verstärkungen als eigener Teilhaushalt eingerichtet lt. StR-Beschluss 827

\*\* Büro in Zagreb eingerichtet lt. StR-Beschluss 836

\*\*\* Zentrum in Duschanbe umbenannt in Büro in Tadschikistan lt. StR-Beschluss 852

## Haushalt 2008 nach Institutionen und Regionen

Zentralasien	9.0%
Kaukasus	10.3%
Osteuropa	3.4%
Südosteuropa	43.3%
Verstärkungen	3.3%
Sekretariat und Institutionen	30.7%



**OSZE-Personal mit befristetem Dienstvertrag, Stand: 31. Dezember 2008**  
(einschließlich des aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Personals)

Nationalität	Kosovo	Bosnien & Herzegowina	Zagreb	Georgien	Skopje	Serbien	Montenegro	Moldau	Albanien	Astana	Aschgabad	Bischkek	Tadschikistan	Usbekistan	Baku	Minsk	Eriwan	Minsk-Konferenz	Ukraine	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Medienfreiheit, Wien	HKNM, Den Haag	BDIMR, Warschau	Sekretariat & Institutionen gesamt	SUMME
Albanien																				0					0	
Andorra																					0					0
Armenien	1	1										1							1	4				1	1	5
Aserbaidshan	2	1			1															4	1				1	5
Belarus	1			2	3															6	1	1	1	2	5	11
Belgien																				0	3				3	3
Bosnien und Herzegowina	8			1	2	1					1								13	1			2	3	16	
Bulgarien	2	2		1			3	1	2		1		1			1		1	15	5				5	20	
Dänemark				1									1						2	1			1	2	4	
Deutschland	18	5		7	4	2	1	1	2	1			2	1	2	2	1		49	12		2	3	17	66	
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	3																		3	1				1	4	
Estland				1	1	2		2											6	0			1	1	7	
Finnland	3	2		5	1			1			1		3		1				17	8		1	2	11	28	
Frankreich	7	7		4	2	1	1	2		1	1		2	1	1	1	1		32	10	1		6	17	49	
Georgien	1				1	1													3	1		1	2	4	7	
Griechenland	6	2		1															9	3			1	4	13	
Heiliger Stuhl																			0	0					0	
Irland	5	5			1	2	1												14	4		1		5	19	
Island																			0	0					0	
Italien	13	8	1	1	6	3	1		1	1			2						37	9		1	4	14	51	
Japan					1														1						1	
Kanada	2	1										1			1				5	6			6	12	17	
Kasachstan				1									1						2	1			2	3	5	
Kirgisistan		2																	2	1				1	3	
Kroatien	5	1			1	1													8	1			1	2	10	
Lettland				1				1	1										3				1	1	4	
Liechtenstein																			0						0	
Litauen	2							1											3	1				1	4	
Luxemburg																			0	3				3	3	
Malta	1																		1	1				1	2	
Moldau	2			1		2				1		1	1				1		9	2		1	1	4	13	
Monaco																			0						0	
Montenegro	1																		1						1	
Niederlande	4	3				2			4				1				1		15	2		2	3	7	22	
Norwegen				2	1	4	1						1						9	2		2	2	6	15	
Österreich	16	5	1	5	3	1	1		3			1			1				37	9	1	1	2	13	50	
Polen	2			2			1	1				1						1	8	3		1	7	11	19	
Portugal	3								1										4						4	
Rumänien	2	1		1			1		2			1							8	3			1	4	12	
Russische Föderation	2	3			3							1	2				1		12	14	1		1	16	28	
San Marino																			0						0	
Schweden	5	3		2	2	3	1			1		1			1	1			20	6			1	7	27	
Schweiz	1			2															3	2	1			3	6	
Serbien				1											1				2	2			1	3	5	
Slowakei	1	2	1				1												6	1			1	2	8	
Slowenien		1			1	1													3				2	2	5	
Spanien	17	3	3	1	4						1		1		2				32	12		1		13	45	
Tadschikistan	1	2																	3	2					2	5
Tschechische Republik		1		1	1				2										6	3				3	9	
Türkei	7			4	5	3	1					1			2				23	6				6	29	
Turkmenistan																			0	2					2	2
Ukraine	2			3	1	1						2	1						10	4		1		5	15	
Ungarn	2	2		4	1	2				1				1	1				17	1	2		1	4	21	
Usbekistan	2																1		3		1		1	2	5	
Vereinigte Staaten	17	11	1	3	4	5	2	2	4			2	2						54	14		2	7	23	77	
Vereinigtes Königreich	5	1		2	4	3		1	3			1							22	13		1	5	19	41	
Zypern																			0	1				1	1	
<b>Internationales Personal</b>	<b>172</b>	<b>75</b>	<b>7</b>	<b>60</b>	<b>54</b>	<b>41</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>26</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>13</b>	<b>22</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>5</b>	<b>9</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>546</b>	<b>178</b>	<b>8</b>	<b>19</b>	<b>71</b>	<b>276</b>	<b>822</b>
<b>Ortspersonal</b>	<b>580</b>	<b>435</b>	<b>24</b>	<b>144</b>	<b>146</b>	<b>136</b>	<b>36</b>	<b>37</b>	<b>79</b>	<b>19</b>	<b>18</b>	<b>68</b>	<b>87</b>	<b>15</b>	<b>21</b>	<b>9</b>	<b>37</b>	<b>11</b>	<b>45</b>	<b>1947</b>	<b>187</b>	<b>2</b>	<b>9</b>	<b>58</b>	<b>256</b>	<b>2203</b>

# Kontakt

## **Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

OSZE-Sekretariat  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 6000  
Fax: +43 1 514 36 6996  
E-Mail: [info@osce.org](mailto:info@osce.org)  
[www.osce.org](http://www.osce.org)

## **Parlamentarische Versammlung**

Internationales Sekretariat  
Rådhusstræde 1  
1466 Kopenhagen K  
Dänemark  
Tel.: +45 33 37 80 40  
Fax: +45 33 37 80 30  
E-Mail: [osce@oscepa.dk](mailto:osce@oscepa.dk)

## **Institutionen**

### **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte**

Aleje Ujazdowskie 19  
00-557 Warschau, Polen  
Tel.: +48 22 520 06 00  
Fax: +48 22 520 06 05  
E-Mail: [office@odhr.pl](mailto:office@odhr.pl)

### **Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten**

Prinsessegracht 22  
2514 AP Den Haag  
Niederlande  
Tel.: +31 70 312 55 00  
Fax: +31 70 363 59 10  
E-Mail: [hcnm@hcnm.org](mailto:hcnm@hcnm.org)

### **OSZE-Bbeauftragter für Medienfreiheit**

Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 68 00  
Fax: +43 1 514 36 68 02  
E-Mail: [pm-fom@osce.org](mailto:pm-fom@osce.org)

## **OSZE-Feldoperationen**

### **Südosteuropa**

### **OSZE-Präsenz in Albanien**

Sheraton Tirana Hotel & Towers, 1st Floor  
Tirana, Albanien  
Tel.: +355 4 235 993  
Fax: +355 4 235 994  
E-Mail: [Post.Albania@osce.org](mailto:Post.Albania@osce.org)

### **OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina**

Fra Andjela Zvizdovića 1  
71000 Sarajewo  
Bosnien und Herzegowina  
Tel.: +387 33 752 100  
Fax: +387 33 442 479  
E-Mail: [info.ba@osce.org](mailto:info.ba@osce.org)

### **OSZE-Mission im Kosovo**

OSCE Headquarters  
10000 Priština  
Kosovo-UNMIK  
Tel.: +381 38 240 100  
Fax: +381 38 240 711  
E-Mail: [press.omik@osce.org](mailto:press.omik@osce.org)

**OSZE-Mission in Montenegro**  
Bulevar Svetog Petra Cetinjskog 147  
81000 Podgorica  
Montenegro  
Tel.: +382 81 40 64 01  
Fax: +382 81 40 64 31  
E-Mail: [omim@osce.org](mailto:omim@osce.org)

**OSZE-Mission in Serbien**  
Čakorska 1  
11000 Belgrad, Serbien  
Tel.: +381 11 36 06 100  
Fax: +381 11 36 06 119  
E-Mail: [ppiu-serbia@osce.org](mailto:ppiu-serbia@osce.org)

**OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje**  
QBE Makedonija Building, 11  
Oktomvri Str. 25  
MK-1000, Skopje  
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien  
Tel.: +389 23 23 40 00  
Fax: +389 23 23 42 34  
E-Mail: [info-mk@osce.org](mailto:info-mk@osce.org)

**OSZE-Büro in Zagreb**  
Florijana Andrašeca 14  
10000 Zagreb, Kroatien  
Tel.: +385 1 309 66 20  
Fax: +385 1 309 66 21  
E-Mail: [osce-croatia@osce.org](mailto:osce-croatia@osce.org)

#### **Osteuropa**

**OSZE-Büro in Minsk**  
Prospekt Gazety Pravda 11  
220116 Minsk, Belarus  
Tel.: +375 17 272 34 97  
Fax: +375 17 272 34 98  
E-Mail: [office-by@osce.org](mailto:office-by@osce.org)

**OSZE-Mission in Moldau**  
Str Mitropolit Dosoftei 108  
2012 Chişinău, Moldau  
Tel.: +373 22 88 78 03  
Fax: +373 22 22 34 96  
E-Mail: [moldova@osce.org](mailto:moldova@osce.org)

**OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine**  
16 Striletska St.  
01034 Kiew, Ukraine  
Tel.: +380 44 492 03 82  
Fax: +380 44 492 03 83  
E-Mail: [csaba.csizmadia@osce.org](mailto:csaba.csizmadia@osce.org)

**OSZE-Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige**  
Wallnerstraße 6  
1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 68 58  
Fax: +43 1 514 36 61 24  
E-Mail: [helmut.napiontek@osce.org](mailto:helmut.napiontek@osce.org)



## **Südkaucasus**

### **OSZE-Büro in Baku**

The Landmark III  
96 Nizami St.  
Baku, Aserbaidshan  
Tel.: +994 12 497 23 73  
Fax: +994 12 497 23 77  
E-Mail: [office-az@osce.org](mailto:office-az@osce.org)

### **OSZE-Mission in Georgien**

Krtsanisi Governmental Residence  
Krtsanisi St.  
0114 Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 202 303  
Fax: +995 32 202 304  
E-Mail: [po-ge@osce.org](mailto:po-ge@osce.org)

### **Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst**

4 Freedom Square  
GMT Plaza, 1st Floor  
0105 Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 99 87 32  
Fax: +995 32 98 85 66  
E-Mail: [prcio@osce.org](mailto:prcio@osce.org)

### **OSZE-Büro in Eriwan**

64/1 Sundukyan St.  
Eriwan 0012, Armenien  
Tel.: +374 10 229610-14  
Fax: +374 10 229615  
E-Mail: [yerevan-am@osce.org](mailto:yerevan-am@osce.org)

## **Zentralasien**

### **OSZE-Zentrum in Aschgabad**

Turkmenbashy Shayoly 15  
744005 Aschgabad  
Turkmenistan  
Tel.: +993 12 35 30-92  
Fax: +993 12 35 30-41  
E-Mail: [info\\_tm@osce.org](mailto:info_tm@osce.org)

### **OSZE-Zentrum in Astana**

10 Beibitshilik St.  
Astana 010000, Kasachstan  
Tel.: +7 7172 326804  
+7 7172 321940  
Fax: + 7 7172 328304  
E-Mail: [astana-kz@osce.org](mailto:astana-kz@osce.org)

### **OSZE-Zentrum in Bischkek**

139 St. Toktogula  
720001 Bischkek, Kirgisistan  
Tel.: +996 312 66 50 15  
Fax: +996 312 66 31 69  
E-Mail: [pm-kg@osce.org](mailto:pm-kg@osce.org)

### **OSZE-Büro in Tadschikistan**

18a A. Donish Ave.  
734012 Duschanbe, Tadschikistan  
Tel.: +992 37 251 0034  
Fax: +992 37 251 0137  
E-Mail: [cid-tj@osce.org](mailto:cid-tj@osce.org)

**OSZE-Projektordinator in Usbekistan**

Afrosiyob Street 12b, 4th Floor

700015 Taschkent

Republik Usbekistan

Tel.: +998 71 120 44 70

Fax: +998 71 120 61 25

E-Mail: [osce-cit@osce.org](mailto:osce-cit@osce.org)